

Studien zur

Philosophie & Wissenschaft

gesellschaftlicher Praxis

Die Übergangsgesellschaft des 21. Jahrhunderts Kritik, Analytik, Alternativen

Kritische Gesellschaftstheorie
und konkrete Praxisanalytik

Produktivkraft der Informatik
Privatisierung des Öffentlichen

Scheitern des Realsozialismus und
Alternativen im 21. Jahrhundert

Horst Müller (Hg.) - Beiträge und Quellen einer Tagung

Horst Müller, Dr. phil., geb. 1945, studierte Wirtschaftswissenschaften, Soziologie, Philosophie und politische Wissenschaft in Nürnberg und Erlangen. Er ist als Sozialinformatiker tätig und Redakteur der Webseite www.praxisphilosophie.de Arbeitsschwerpunkte: Konkrete Praxisphilosophie, Kritik und Alternativen der politischen Ökonomie, Stadt- und Sozialforschung.

Horst Müller (Hrsg.)

Die Übergangsgesellschaft

des 21. Jahrhunderts

Kritik, Analytik, Alternativen

Bibliographische Informationen der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar

ISBN 978-3-8334-9769-8

2. Auflage 2007

© 2007 Dr. Horst Müller

Herstellung und Verlag: Books on Demand GmbH, Norderstedt

ISBN 978-3-8334-9769-8

INHALT

<i>Vorwort</i>	7
<i>Arno Münster</i>	
Jean-Paul Sartre und die Verantwortung des Intellektuellen in der Gesellschaft	12
<i>Ursula Reitemeyer</i>	
Marx' Theorie der entfremdeten Arbeit im Spiegel der sich auflösenden Lohnarbeitsgesellschaft	38
<i>Wolfdietrich Schmied-Kowarzik</i>	
Der Grundwiderspruch zwischen der Wertlogik des Kapitals und dem Reichtum der Menschen und der Erde	54
<i>Harald Lemke</i>	
Was ist Praxologie? Von Marx über die Kritische Theorie zu einer Philosophie der Praxis	66
<i>Julia Schnegg</i>	
Praxis als Erkenntnis- und Theorieproblem Die Feuerbachthesen von Marx und die Theorie der Praxis von Bourdieu	86
<i>Wolf Göhring</i>	
Die revolutionäre Bedeutung von Informations- und Kommunikationstechnik als besonderer Produktivkraft	114
<i>Werner Rügemer</i>	
Privatisierung als neoliberale Staatsumgründung und die Alternative einer kooperativen Ökonomie	140

Klaus Steinitz

Scheitern des Realsozialismus im 20. Jahrhundert -
Konsequenzen für einen zukünftigen Sozialismus 156

Joachim Bischoff

Politische Ökonomie der Lohnarbeit im 21. Jahrhundert 184

Horst Müller

Alternativkonzepte der politischen Ökonomie -
Sozialismus des 21. Jahrhunderts? 204

Klaus Thaler

Auf dem Weg zu einer neuen Linkspartei in Deutschland 268

Anhang

Angaben zu den Autoren 282

Abstracts der Beiträge 288

Vorwort

Der Sammelband *Die Übergangsgesellschaft des 21. Jahrhunderts* enthält Beiträge und Materialien einer Tagung, veranstaltet im November 2006 von der *Initiative für Praxisphilosophie und konkrete Wissenschaft* in Nürnberg. Ein vorheriges Theorieereignis galt dem Thema *Das PRAXIS-Konzept im Zentrum gesellschaftskritischer Wissenschaft* und wurde 2005 publiziert. Eine Übersicht zu den ReferentInnen und Vortragsthemen dieser ersten PRAXIS-Tagung findet sich am Ende des hier vorliegenden Bandes.

Die damit begonnene Publikationsreihe der *Studien zur Philosophie und Wissenschaft gesellschaftlicher Praxis* soll die Verbindung zwischen dem wertvollsten Erbe der kritischen, dialektisch inspirierten Gesellschaftstheorie und einer aktuellen, historisch-konkreten Praxisanalytik herstellen und damit zur „Selbstverständigung“ über die „Kämpfe und Wünsche“¹ unserer Zeit beitragen. Insbesondere wird angestrebt, den praxistheoretischen Ansatz auch in *Zukunftsfragen der politischen Ökonomie* zur Geltung zu bringen.

Die entsprechend ausgerichtete zweite PRAXIS-Tagung war ursprünglich mit *Transformation der gesellschaftlichen Praxis* überschrieben. Dieser Leitbegriff wurde für die vorliegende Veröffentlichung in einen neuen Titel übersetzt: *Die Übergangsgesellschaft des 21. Jahrhunderts* hebt eine zeitgeschichtliche Situationswahrnehmung hervor, die mehr oder weniger im Hintergrund aller Beiträge steht. Er führt sie zugleich zur politisch-philosophischen Konkretion: *Übergangsgesellschaft* war vormals eine Bezeichnung für ‚realsozialistische‘ Experimente, die man als Aufbruch zu einem gesellschaftsgeschichtlichen Anderland deuten konnte. Heute mehrten sich die Anzeichen, dass das kapitalistische Weltsystem selbst in eine *Übergangsperiode* eingetreten ist.

Eklatierende *innere* Widersprüche und existenzielle *ökologische* Schranken der zivilisatorischen, mondialen Entwicklung lassen allenthalben gesellschaftliche Kräfte und Proteste wach werden, welche die akuten Transformationsprozesse der *widersprüchlichen gesellschaftlichen Praxis* begreifen und eingreifen möchten, um einen alternativen Entwicklungspfad zu eröffnen. Aber solches eminentes Begreifen der Praxis erfordert die Aneignung bestimmter philosophisch-wissenschaftlicher Denkgrundlagen und besondere

¹ Vgl. Brief Marx an Ruge 1843 in : MEW Bd. 1, S. 346.

intellektuelle Anstrengungen zur Gewinnung eines konkreten Selbst-, Welt- und Praxisverständnisses.

Der erste, einleitende Beitrag dazu gilt der politisch-intellektuellen Biographie Jean-Paul Sartres sowie wesentlichen Aspekten seiner philosophischen Hauptarbeit *Kritik der dialektischen Vernunft*: Arno Münster/Paris vergegenwärtigt uns auf eindrückliche Weise eine Person und ein Werk *revolutionär-humanistischer Praxisphilosophie*.

Zur notwendigen *Erarbeitung von Denkgrundlagen* zählt vor allem die Aufgabe, den Kern des Marxschen Praxisdenkens genauer zu identifizieren und entsprechend den wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Anforderungen unserer Zeit weiter zu entwickeln. Die im Praxis-Konzept angelegte neuartige Wirklichkeitswissenschaft erbrachte erkenntnistheoretische, politisch-ökonomische und geschichtswissenschaftliche Erkenntnisse, an die auch heute noch wesentlich angeknüpft werden muss. Entsprechend liegt der erste Schwerpunkt des vorliegenden Sammelbandes auf Beiträgen zur Grundlegung und Zeitdiagnose einer praktisch-kritischen Gesellschaftstheorie aus der Marxschen Wurzel.

Zunächst rückt Ursula Reitemeyer/Münster die brennenden Probleme der Arbeitswelt, der Arbeitslosigkeit und Armut in einer der reichsten Industrienationen in den Blick. Wie kann angesichts des *Umfangs und der Absurdität des bestehenden Entfremdungszusammenhangs* die Würde des Menschen noch gesichert werden? Es bedarf einer neuen, *kosmopolitischen Logik* und letztlich eines Humanisierungsprojektes, an dem jeder Mensch als Bürger dieser einen Welt gleichberechtigt partizipiert. Wolfdietrich Schmied-Kowarzik/Kassel vertieft die Problemsicht anhand sozialphilosophischer Gedankenentwicklungen von Aristoteles über Hegel, Marx und Bloch bis in die aktuelle Diskussion. Im *doppelten Widerspruch* zwischen *Kapital und Arbeit* sowie zwischen *Kapital und Natur* wurzeln ungelöste gesellschaftliche Existenzprobleme. Diese verweisen auf eine noch nicht ausgemessene Aktualität der Marxschen Revolutionstheorie.

Harald Lemke/Lüneburg unternimmt den Versuch, den ontologischen Praxisbegriff aus praktizistischen Verengungen zu befreien und, im Hinblick auf eine mitgegebene emanzipatorische Dimension, *Praxis als selbstzweckliches Tätig-Sein* zu bestimmen. Damit stellen sich auch die im *gesellschaftstheoretischen* Diskurs oft wenig bedachten Fragen einer *geglückten oder glücklichen Lebenspraxis*, welche jeden Menschen betreffen.

Julia Schnegg/Berlin geht der Frage nach, wie Pierre Bourdieu in seiner „Theorie der Praxis“, 150 Jahre nach Marx, die in den Feuerbachthesen auf-

geworfenen Konstitutions- und Erkenntnisfragen der *Praxis im Theoriekontext unserer Zeit* bearbeitet hat. Mit diesen Darlegungen wird das Forschungs- und Streitfeld einer modernen, praxistheoretisch fundierten Gesellschaftswissenschaft betreten. Es zeigt sich: Bourdieus Praxisdenken ist als *Aufforderung zur tätigen Praxis-Forschung und reflektierten (Weiter)Bewegung wissenschaftlicher Tätigkeit* zu lesen, deren Ertrag sich immer an und in der Praxis messen lassen muss.

In den genannten Beiträgen werden verschiedene Sichtweisen deutlich, was die Konzeptualisierung des Schlüsselbegriffs *Praxis*, insbesondere die Interpretation Marxscher Ideen und schließlich die Signatur einer modernen Praxisanalytik und Gesellschaftstheorie angeht: Das praxistheoretische Feld ist auch als solches ein Spannungsfeld. Es kommt darauf an, dessen unausgeschöpfte kritische und analytische Potentiale sichtbar zu machen, als Entwicklungsaufgaben einer Philosophie der Praxis zu verstehen und nicht zuletzt in einer neu zu belebenden philosophisch-wissenschaftlichen Streitkultur zur Geltung zu bringen.

In diesem Sinne war ursprünglich beabsichtigt, einen unorthodoxen erkenntnistheoretisch-methodologischen Beitrag als Brückenschlag zu den nachfolgenden politisch-ökonomischen Untersuchungen einzufügen. Dabei ginge es um die Erarbeitung einer Logik der Forschung im Sinne des Praxiskonzepts, vor allem auch um eine Wiederaufnahme der sträflich vernachlässigten Frage der Dialektik. Solche Gesichtspunkte sind nun, weniger ausdrücklich, mit in den Beitrag über *Alternativen der politischen Ökonomie* eingegangen.

Aus dem Ablauf der Tagung im November 2006 hat sich stattdessen ein zweiter Abschnitt ergeben, in dem besonders bedenkenswerte *emanzipatorische Potentiale* und *regressive Tendenzen* untersucht werden: Wolf Göhring, langjähriger Informatiker und Betriebsrat, rückt das Aufheben der Warenform der Produkte in den Blick, indem er die *revolutionäre Bedeutung von Informations- und Kommunikationstechnik als besonderer Produktivkraft* untersucht. Werner Rügemer/Köln, dessen Werk *Privatisierung in Deutschland - Eine Bilanz* schon als Standardwerk gilt, weist auf, dass die *Privatisierung des Öffentlichen* auf eine *neoliberale Staatsumgründung* hinausläuft. Mit dem fragenden Ausblick auf eine *alternative, kooperative Ökonomie* ist die zentrale Problematik des anschließenden Themenbereichs bereits angesprochen:

Der dritte Hauptteil stellt ein ausgesuchtes Spektrum fortgeschrittener Analysen und Konzepte für eine alternative Produktionsweise und zukünftige gesellschaftliche Assoziation vor. Klaus Steinitz/Berlin, Verfasser u.a.

von *Chancen für eine alternative Entwicklung – Linke Wirtschaftspolitik heute* untersucht aus unmittelbarer Kennerschaft das *Scheitern des Realsozialismus*. Er versucht aus der Verarbeitung von negativen, aber auch von nicht zu unterschlagenden positiven Erfahrungen Konsequenzen für einen *demokratischen Sozialismus* des 21. Jahrhunderts zu ziehen. Joachim Bisschoff/Hamburg widerlegt den Mythos, das Ende der Arbeitsgesellschaft sei angebrochen. Er eruiert Wandlungen in den Struktur- und Funktionszusammenhängen des *hochentwickelten, entfesselten Kapitalismus* und künftige Möglichkeiten einer veränderten Politik. Deutlich wird, inwiefern die Emanzipation der Lohnabhängigen eine *Gestaltung durch politische Macht* verlangt.

Im Beitrag von Horst Müller/Nürnberg wird die herausfordernde, viel-diskutierte Publikation *Der Sozialismus des 21. Jahrhunderts* einer philosophisch-wissenschaftlichen und politisch-ökonomischen Untersuchung unterzogen und in zentralen Fragen mit *praxistheoretischen* Auffassungen sowie mit dem positiven Konzept einer *Sozialwirtschaft als Systemalternative* konfrontiert.

Zum Beschluss, wenn man so will auch für einen neuen Anfang, referiert Klaus Thaler/Nürnberg: Aus persönlicher Nähe zum gegenwärtigen politischen Formierungsprozess werden auf spannende Weise die Schritte *Auf dem Weg zu einer neuen Linkspartei in Deutschland* vergegenwärtigt und eine Reihe *praktischer und programmatischer Aspekte* mit nachdenklichem Optimismus erörtert.

Die Spannweite und Aktualität der hier versammelten Untersuchungen und die dabei notierten Hinweise auf vertiefende und weiterführende Quellen machen *Die Übergangsgesellschaft des 21. Jahrhunderts* als Studienbuch für 'bewegte' Menschen interessant. Zusammen mit der Vorveröffentlichung zum *PRAXIS-Konzept* sind definitive Ansatzpunkte und reichhaltiger Denkstoff für weitergehende Forschungen und Diskussionen zu Frontproblemen der politischen Philosophie und Ökonomie gegeben.

Horst Müller, im Juni 2007

Eröffnungsvortrag

Arno Münster

Jean-Paul Sartre und die Verantwortung des Intellektuellen in der Gesellschaft

I

Der 100. Geburtstag von Jean-Paul Sartre im Jahr 2005 war nicht nur für Sartre-Fans, sondern auch für alle Anhänger einer kritischen Sozialphilosophie ein willkommener Anlass, sich erneut produktiv mit einem unbequemen Denker und Philosophen auseinanderzusetzen, der in die Philosophiegeschichte des 20. Jahrhunderts zweifellos als Repräsentant bahnbrechender theoretischer Entwürfe eingegangen ist. Deren Höhepunkte sind - neben der „Flaubert“-Trilogie - eindeutig „Das Sein und das Nichts“ sowie die „Kritik der dialektischen Vernunft“, ein Buch, das Existentialismus und historischen Materialismus in origineller Weise miteinander verbindet und das gleichzeitig auch die revolutionär-humanistisch orientierte Praxisphilosophie des vergangenen Jahrhunderts in einzigartiger Weise bereichert hat. Dieses Werk verdient durchaus die Bezeichnung eines literarisch-philosophisch-essayistischen „Gesamtkunstwerks“, das mit seinem Profil alles andere überragt und sich damit jeder einfachen Klassifizierung entzieht. Seine Entstehung geht einher mit der Praktizierung einer politischen Radikalität und eines politischen Engagements, das Sartre in den 60er und 70er Jahren des vergangenen Jahrhunderts nicht nur viele Bewunderer und Anhänger, sondern auch sehr viele Feinde eingebracht hat, die ihm z.B. in der heißen Phase des Algerienkriegs sogar nach dem Leben getrachtet haben.

So verübten OAS-Aktivistinnen 1960 und 1961 Sprengstoffattentate auf Sartres Wohnung in der rue Bonaparte, im Quartier Latin. Fanatische Rechtsradikale forderten noch 1971 auf einem Meeting in der Pariser „Mutualité“ Sartres sofortige „Erschießung“. Und die wütend giftigen Reaktionen der deutschen Boulevard-Presse auf Sartres Besuch bei Baader im Gefängnis von Stuttgart-Stammheim im Dezember 1974 zeigten, dass er auch in Deutschland vor Schmähungen keineswegs sicher war, auch wenn zugegebenermaßen angezweifelt werden kann, ob Sartre wirklich richtig beraten war, als er den Entschluss fasste, diese Reise nach Deutschland zu machen, um in spektakulärer Form gegen die Haftbedingungen der RAF-Mitglieder zu protestieren. Dass er dies mit einer generellen Kritik am Terrorismus und dessen Methoden verbunden hatte, war nämlich von eben dieser west-

deutschen Presse wissentlich verschwiegen worden, die ihn zynisch als einen „Terroristenfreund“ unter den kritischen Intellektuellen zur medialen Treibjagd freigab.

Obwohl Sartre wegen seiner bürgerlichen Herkunft und seiner Ausbildung auf einer Elite-Schule der „grande nation“ zunächst keineswegs dazu prädestiniert schien, ein kritischer an der Arbeiterbewegung orientierter Intellektueller zu werden, zeigt ein Blick auf die Biographie, dass seine entscheidende Wende vom bürgerlichen zum antifaschistischen sozialkritischen Schriftsteller und Philosophen bereits in den Jahren 1941-1943 erfolgte, als er mit dem Theaterstück „Les Mouches“ (Die Fliegen) indirekt, aber mit unüberhörbaren Anspielungen zum Widerstand gegen die deutsche Okkupation Frankreichs aufrief und als er mit der Veröffentlichung von „Das Sein und das Nichts“ - im Gegensatz zu Heidegger, dem er philosophisch allerdings so manches verdankt - den Aspekt der ontologischen Fundierung der Freiheit als der Grundvoraussetzung jeglichen Handelns so sehr herausstellte, dass viele seiner damaligen Leser sich stark beeindruckt zeigten von der philosophischen Aufbruchstimmung, die dieses Buch (dessen offizieller Untertitel „Ein Essay phänomenologischer Ontologie“ war) ausstrahlte. Dem vorausgegangen war bereits die von Sartre unmittelbar nach seiner Rückkehr aus der Kriegsgefangenschaft im März 1941 in Paris gegründete intellektuelle Widerstandsgruppe „Socialisme et Liberté“ (Sozialismus und Freiheit), der auch Dominique und Jean-Toussaint Desanti angehörten. Diese stellte jedoch bereits im Herbst 1941 ihre Tätigkeit ein, die auf das Verteilen einiger Flugblätter und den Entwurf einer neuen Verfassung Frankreichs nach der Befreiung beschränkt gewesen war, und löste sich auf. Auch ist durch eindeutige Quellen belegt, dass Sartre seit 1944 Kontakte zur Redaktion der von den Kommunisten dominierten „Lettres Françaises“ hatte, die ihm wiederum ermöglichten, dem Comité National des Ecrivains (C.N.E.) beizutreten, dessen Mitglieder ausschließlich Schriftsteller, Publizisten und Intellektuelle waren, die mit der Résistance sympathisierten. Trotz alledem sah sich Sartre noch viele Jahre nach der Libération dem Vorwurf ausgesetzt, der Résistance aktiv nicht angehört zu haben und stattdessen nur den lediglich im Sinne des Existentialismus engagierten Intellektuellen im hoch eleganten Pariser „Café des Flores“ gespielt zu haben. Entsprechende Schmähartikel erschienen 1945-46 nicht nur in der konservativen, sondern auch in der kommunistischen Presse Frankreichs.

Sartres Gegenangriff bestand in der Gründung seiner Monatszeitschrift „LES TEMPS MODERNES“ im Oktober 1945, deren Redaktionskomitee damals noch Raymond Aron und Maurice Merleau-Ponty angehörten. Die

Zeitschrift veröffentlichte bereits in ihrer allerersten Ausgabe einen Artikel Sartres mit Manifestcharakter, in dem der Autor von „Das Sein und das Nichts“ die besondere Notwendigkeit des Intellektuellen unterstrich, sich nicht nur an der theoretisch-philosophisch-literarischen Front eindeutig zu engagieren, sondern auch in der Politik. Ein Absatz daraus – vielleicht der wichtigste – lautet:

„Wir schämen uns nicht, zu schreiben und wir haben absolut keine Lust nur zu reden, um nichts zu sagen.(...) Weil der Schriftsteller sich absolut der Sache nicht entziehen kann, wollen wir, dass er sich ganz und gar seiner Epoche stellt. Sie ist seine einzige Chance. Sie ist durch ihn entstanden und sie hat ihn hervorgebracht. Wir können die Gleichgültigkeit eines Balzac angesichts der Juni-Unruhen des Jahres 1848 nur bedauern, wie auch das von Angst geprägte Unverständnis eines Flaubert gegenüber der Pariser Commune. Wir bedauern dies ihretwegen; denn da wurde etwas Wichtiges von ihnen für immer verpasst. Wir hingegen wollen nichts an unser Zeit verpassen.(...) Wir haben nur dieses eine Leben zu leben inmitten dieses Kriegs und vielleicht dieser Revolution.

Der Schriftsteller befindet sich seiner Epoche gegenüber stets in Situation: Jedes seiner Worte löst ein Echo aus. Das gilt auch für sein Schweigen. Ich mache Flaubert und die Gebrüder Goncourt für die Repression, die auf die Pariser Commune folgte, verantwortlich, weil sie nichts getan haben, um dies zu verhindern. Das ging sie nichts an, werden manche sagen. Aber der Prozess gegen Calas, ging das nicht einen Voltaire etwas an? Und die Verurteilung des Hauptmanns Dreyfus, ging das nicht einen Emile Zola an? Und die Kolonialverwaltung des Kongo, ging das nicht einen André Gide an? Alle diese Autoren haben hier unter ganz bestimmten Lebensumständen ihre Verantwortung als Schriftsteller unter Beweis gestellt. Genauso fällt die Besetzung Frankreichs [durch Deutschland] in unseren eigenen Verantwortungsbereich. Indem wir mit unserer eigenen Existenz auf unsere Epoche einwirken, handeln wir aus freiem Entschluss.(...) Indem wir dergestalt in der Einzigartigkeit unserer Zeit Partei ergreifen, verewigen wir gewissermaßen unser Tun und es ist und bleibt unsere Aufgabe als Schriftsteller, jene ewigen Werte zur Geltung zu bringen, die mit den sozialen und politischen Auseinandersetzungen untrennbar verbunden sind.“¹

Am Tag genau, an dem dieses Manifest in den „Temps Modernes“ erschien, hielt Sartre in einem bis auf den letzten Platz gefüllten Vortragssaal in der Nähe der Pariser Champs-Élysées einen vielbeachteten Vortrag mit

¹ Jean-Paul Sartre, Présentation des *Temps Modernes* n° 1, Paris, octobre 1945.

dem Titel „L'Existentialisme est un humanisme“², in dem er dieses Engagement noch einmal beteuerte, sich gleichzeitig aber philosophisch vom Materialismus und Marxismus noch abgrenzte. Kurz danach öffnete sich auch der französische Rundfunk Sartres Ideen eines radikalen Humanismus und ab Januar 1946 wurde die von Sartre einmal monatlich geleitete „Tribune des Temps Modernes“ eine der meist gehörten Sendungen von „France Culture“, eine Sendereihe, die sich ausgesprochen kritisch auch mit politischen Tagesthemen befasste.

Deziiert sozial-kritisch, antifaschistisch, anti-kolonialistisch und libertär ausgerichtet, war diese Sendung viele Jahre lang ein Sprachrohr der um Sartre versammelten kritischen Intelligenz, der in der Anfangsphase auch Merleau-Ponty, André Gorz und Raymond Aron angehörten, der sich jedoch bereits 1947 aus dem Redaktionskomitee der „Temps Modernes“ und dem Freundeskreis um Sartre demonstrativ zurückzog. Mit dem 1948 zur Zeit des Koreakriegs und des Ausbruchs des „Kalten Krieges“ gegründeten „Rassemblement Démocratique Révolutionnaire“ (R.D.R.) versuchte Sartre, damals noch unterstützt von David Rousset, einem Überlebenden des Konzentrationslagers Buchenwald, seinen revolutionären Humanismus auch parteipolitisch umzusetzen. Der Versuch zielte darauf, jenseits von Stalinismus und dem sozialdemokratischen Reformismus der SFIO in Frankreich eine dritte linke Kraft und Partei zu begründen, die zugleich demokratisch und revolutionär war und die sich den Wählern als eine überzeugende Alternative zum stalinistischen Bürokratismus der KPF und zum kompromisslerischen Reformismus der Sozialisten anbot. Das Scheitern dieser Bewegung – nicht zuletzt an den ewigen internen politischen Auseinandersetzungen zwischen Sartre und David Rousset – war für Sartre keineswegs ein zureichender Grund, sein politisches Engagement aufzugeben. Im Gegenteil: Trotz gewisser theoretischer und politischer Vorbehalte suchte er nun eine Annäherung zu den Kommunisten. Dabei war die anti-kommunistische Hysterie in den USA unter Mc Carthy, die auch auf Westeuropa überschwappte, der Korea-Krieg und die merkwürdig zwiespältige Politik der französischen Sozialisten gegenüber den antikolonialen Befreiungsbewegungen im ehemaligen französischen Kolonialreich in Indochina, Nord- und Westafrika für das Umschwenken des existentialistischen Philosophen der Freiheit ins kommunistische Lager ausschlaggebend. Dieser „Flirt“ mit der KPF und der kommunistischen Weltfriedensbewegung dauerte jedoch nur vier Jahre (von 1952 – 1956) und endete spektakulär mit

² Cf. J.-P. Sartre, *L'existentialisme est un humanisme*, Nagel, Paris, 1946.

Sartres äußerst kritischen Äußerungen zur Niederschlagung des ungarischen Volksaufstandes im Oktober/November 1956 in einem Interview mit der Pariser Wochenzeitschrift „Express“, in dem er die blutige Niederwalzung des Volksaufstands in Budapest durch sowjetische Panzer scharf verurteilte. In der danach in den „Temps Modernes“ veröffentlichten Artikelserie „Le Phantôme de Staline“ hat Sartre diese Kritik an den Strukturen und bürokratisch-repressiven Perversionen des „real existierenden Sozialismus“ innerhalb des sowjetrussischen Imperiums noch erheblich vertieft, mit Kritik an Rakocsi und den ungarischen Statthaltern dieses Systems nicht gespart und gleichzeitig auch auf die Tatsache hingewiesen, dass es während der dramatischen Ereignisse in Budapest im Oktober/November 1956 spontan auch zur Bildung von Arbeiterräten³ kam, die in diesem Aufstand eine relativ große Rolle spielten. So wurde für Sartre der Bruch mit der KPF und dem Sowjetmarxismus definitiv und unwiderrufbar.

II

Die „Kritik der dialektischen Vernunft“ (1960) war nichts anderes als der groß angelegte Versuch, die politische Abrechnung mit dem Stalinismus durch eine philosophische Abrechnung zu ergänzen, die v.a. das Ziel verfolgte, der erstarrten, verknöcherten und schrecklich dogmatischen Dialektik des Sowjetmarxismus das Konzept einer erneuerten materialistischen Dialektik entgegenzusetzen, die sich jeglichem Schematismus versagt und die sich gleichzeitig als lebendige Methode einer Theorie der gesellschaftlichen Praxis bewährt. Sartre will damit endgültig den Eindruck aus der Welt schaffen, er habe sich mit der Veröffentlichung des Buches „Les Communistes et la Paix“ (1952) eindeutig auf die Seite des Sowjetmarxismus und seiner französischen Nachbeter in den Reihen der KPF und der CGT geschlagen. Mit bewusstem Rückgriff auf Marx stellt Sartre die Dialektik uneingeschränkt wieder her als unerlässliche Erkenntnismethode für den Bereich der menschlichen Praxis, den das geschichtliche Handeln darstellt. Insofern stellt es den wichtigsten theoretischen Beitrag zur Neubegründung einer kritischen, undogmatischen und auf weiten Strecken neo-marxistischen Praxisphilosophie im 20. Jahrhundert – nach Antonio Gramsci, nach Ernst Blochs „Prinzip Hoffnung“ und praxisphilosophischen Arbeiten aus dem Umkreis der Frankfurter Schule – dar.

³ Cf. hierzu auch Hannah Arendt, «The Hungarian Revolution»(1957), in *The Origins of Totalitarianism*, 2.Auflage, New York, 1958.

So eindeutig damit belegt wird, dass Sartres Bruch mit dem Stalinismus keineswegs ein Bruch mit dem Marxismus war, sondern vielmehr mit dem ernsthaften Bemühen einherging, die wahre Dialektik Marxens wiederzuentdecken und bewusst gegen die verengte Perspektive und Praxis der stalinistischen Dogmatiker ins Feld zu führen, so unleugbar ist auch die Tatsache, dass er damit keineswegs bereit war, sein existentialistisches Philosophieren vollständig aufzugeben. Es geht ihm vielmehr um den Versuch einer Synthese von Existentialismus und Marxismus⁴, die in dieser Form noch nie unternommen worden war. Sartre war dabei von vornherein darauf bedacht, die Zugeständnisse, die er an den Marxismus zu machen bereit war, in gewissen Grenzen zu halten. Hatte er in seinem bereits 1946 erschienenen Essay „Matérialisme et Révolution“⁵ seinen prinzipiellen Vorbehalt gegenüber dem Materialismus in der Form erneuert, dass er aus der Sicht des Existenzialismus jegliche Bestimmung des subjektiven Bewusstseins durch objektive externe Faktoren ablehnte, so wird diese negative Haltung zur Marx'schen These der letztendlichen Determinierung des Klassenbewusstseins durch das objektive gesellschaftliche Sein in der „Kritik der dialektischen Vernunft“ in allerdings stark abgeschwächter Form erneuert: Sartre hält auch nach seiner Annäherung an den historischen und dialektischen Materialismus in seiner Praxisphilosophie, in der er einen Kompromiss zwischen Existenzialismus und Marxismus anstrebt, an der Prävalenz des subjektiven Faktors im geschichtlichen Handeln fest. Damit wird die Praxis von Individuen und Gruppen eindeutig aufgewertet gegenüber der geschichtlichen Praxis der sozialen Klassen. So entsteht der Eindruck, Sartre strebe im Grunde genommen nichts anderes an als eine anthropologische Erweiterung der Geschichtsdiagnostik des historischen Materialismus unter gleichzeitiger Auf- bzw. Überbewertung des subjektiven Faktors. So gesehen bezweckt die „Kritik der dialektischen Vernunft“ eigentlich nichts anderes als den Nachweis, dass die kollektive Praxis letztendlich immer nur auf die Praxis der in sie verwobenen Individuen zurückzuführen ist. Wie Hadi Rizk diesbezüglich zurecht bemerkt hat, wird in dieser Perspektive das Individuum, d.h. das handelnde menschliche Subjekt, nicht in seiner Funktion des fortlaufenden Beharrens im Sein definiert, sondern als ein vom Mangel getriebener lebendiger Organismus, der auf ständiger Suche nach dem Sein ist.

⁴ Cf. Sartre betont diesen Aspekt u.a. in seiner Interview-Serie mit Michel Contat in „Le Nouvel Observateur“ (1975).

⁵ Cf. Sartre, « Matérialisme et Révolution », in *Situations*, I, Gallimard, Paris, 1946.

Der Mangel wird hierbei nicht etwa wie bei Marx vor allem als das materielle Bedürfnis definiert, dessen Befriedigung die Menschen unerlässlich zum Handeln antreibt, sondern als ein „ontologisches Ereignis“, das die Unmöglichkeit für die menschlichen Subjekte so weiterzuleben ausdrückt - eine Unmöglichkeit, die die in den menschlichen Beziehungen vorhandene Wechselseitigkeit in eine Beziehung der Wechselwirkung des Antagonismus verwandelt.⁶ Indem Sartre dergestalt den ontologischen und den Inter-subjektivitäts-Aspekt in der Philosophie der Praxis herausstellt, stellt er unter Beweis, dass er - trotz seiner klaren Hinwendung zum historischen Materialismus - weiterhin noch an einem phänomenologischen Erbe zehrt, das er nie ganz wird verleugnen können, selbst dann nicht, wenn er zentrale Begriffe der Marxschen Sozialphilosophie, wie z.B. den Begriff der Entfremdung und der Verdinglichung produktiv aufgreift und wenn er sich klar zur Marxschen Theorie der „sozialen Revolution“ bekennt.

Untersucht man den Praxisbegriff Sartres im Kontext seiner ideengeschichtlichen Entwicklung und v.a. im Kontext der in seiner philosophischen Entwicklung festzustellenden Verschiebung von der phänomenologischen Ontologie zum existentiellen Marxismus, so fällt auf: Sartre entfernt sich in verschiedenen Schritten und Phasen im Zeitraum von 15 Jahren von seinem ursprünglich radikal phänomenologischen Ansatz in dem Buch „Das Sein und das Nichts“ (1943), wo die Praxis noch ausschließlich als das individuelle Handeln eines gesellschaftlich völlig isolierten Für-sich-Seins (als Subjekt) im Raum des Möglichen definiert wird, und wird sich zunehmend der wichtigen Rolle und Funktion des kollektiven Handelns - als Wir-Subjekt - bewusst. Dies mag der ausschlaggebende Grund dafür gewesen sein, dass das eigentliche Subjekt seiner geschichtsmaterialistischen Praxisphilosophie in der „Kritik der dialektischen Vernunft“ (1960) die „Fusionsgruppe“ (*groupe en fusion*) - als Resultat des dialektischen Vereinigungsprozesses autonomer Individuen, die der Serialität entronnen sind - ist und nicht mehr das isolierte „Für-sich-sein“ des ins Sein als Projekt sich entwerfenden selbstreflexiven Individuums als autonomes Bewusstsein. Wie Sartre zeigt, bewährt sich die dialektische Einheit der „Fusionsgruppe“ ausschließlich in der Praxis des gemeinsamen Handelns gegen eine als feindselig empfundene und erlebte Wirklichkeit. Diese Praxis ist notwendig zielorientiert und kann, obwohl sie prinzipiell gegen entfremdete Verhältnisse rebelliert, auch zu neuen Formen der Entfremdung führen. So gesehen ist Sartre als Theoretiker der Praxis wohl gerade da am überzeugendsten,

⁶ Cf. Hadi Rizk, *La constitution de l'être social. (Le statut ontologique du Collectif dans la « Critique de la raison dialectique »*, Kimé, Paris, 1996, p. 11.

wo er anhand konkreter Beispiele aus der Französischen Revolution aufzeigt, aufgrund welcher jeweiligen dialektischen Vermittlungen die Individuen in jeweils konkreten, extremen historischen Situationen ihre Serialität aufheben und sich spontan zu aktionsorientierten Fusionsgruppen zusammenschließen, die in der Lage sind, im geschichtlichen Prozess der gesellschaftlich-politischen Veränderung entscheidende Durchbrüche zu erzielen. Der andere theoretische Höhepunkt in Sartres „Kritik der dialektischen Vernunft“ ist zweifelsohne Sartres Versuch der Neubegründung einer sozialen Ontologie, die in gewisser Weise mit dem neo-marxistischen Projekt von Georg Lukacs⁷ konkurriert, insgesamt aber weit weniger materialistisch verfährt als die „Ontologie des gesellschaftlichen Seins“ des großen ungarischen Philosophen.

Die Ontologie des gesellschaftlichen Seins, so wie Sartre sie versteht, weicht nämlich in einem ganz entscheidenden Punkt von den anderen geschichtsmaterialistischen Ontologien ab: die Gesellschaft, die gesellschaftliche Wirklichkeit als Ganzes, wird hier eben nicht als auf objektive sozio-ökonomische Faktoren gegründete Totalität definiert, deren Antagonismen gesellschaftliche Krisen, Streiks, Protestaktionen, Klassenkämpfe und alternative gesellschaftliche Entwürfe hervortreibt, sondern als „einheitliches Sein der intersubjektiven Vielfalt (Multiplizität)“ sowie als unüberwindbare Notwendigkeit eines eher passiven und ohnmächtigen Zusammenseins.⁸ Durchweg gewinnt hier bei Sartre immer wieder ein direkt von der Phänomenologie ererbtes ontologisches Intersubjektivitätsdenken die Oberhand, verquickt sich aber auch immer wieder in verschlungenen Pfaden mit der geschichtsmaterialistischen Perspektive des Marxismus. Und selbst dort, wo Sartre – in relativ großer Nähe zu Marx – in der „Kritik der dialektischen Vernunft“ mit zentralen marxistischen Begriffen wie „Arbeit“ oder „Entfremdung“ operiert, wird gelegentlich wieder die Handschrift des ehemaligen ontologischen Phänomenologen transparent, dem es a priori schwer fällt, sich problemlos diese marxistischen Kategorien anzueignen.

Dies nun wirft wiederum ein entscheidendes Licht auf Sartres spezifische und in jeder Hinsicht außergewöhnliche Beziehung zu Marx, deren Komplexität eine gründliche Erforschung verdienen würde. Wenn in diesem Zusammenhang dann auch immer wieder der Vergleich angestellt wird, Sartre verhalte sich prinzipiell philosophisch zu Marx so wie Kierkegaard

⁷ Cf. Georg Lukacs, *Zur Ontologie des gesellschaftlichen Seins*, Luchterhand, Darmstadt-Neuwied, 1972.

⁸ Cf. Hadi Rizk, *Op.cit.*, S.12.

zu Hegel, d.h. er spiele immer wieder radikal den existentiell-subjektiven Faktor des Individuums gegen die Transsubjektivität einer rationell in sich geschlossenen und letztendlich mit der Realität versöhnten Geistphilosophie aus, so wird da ganz richtig etwas benannt, das zum Wesenskern des Sartreschen Philosophierens gehört. Dieser hat im Grunde genommen den Existentialismus nie ganz aufgegeben, auch da nicht, wo er spektakulär als revolutionärer Humanist und Marxist auftrat. So kennzeichnet die Kernstruktur der „Kritik der dialektischen Vernunft“ vom ersten Kapitel „Questions de Méthode“ bis zu den allerletzten Abschnitten dieses 800 Seiten dicken Buches Sartres ständiges Bemühen, trotz aller Zugeständnisse an den historischen und dialektischen Materialismus die Substanz des Existenzialismus zu retten. Dies mündet zwangsläufig in den groß angelegten Versuch, die in der „Kritik der dialektischen Vernunft“ exponierte Praxisphilosophie im Kontext des geschichtsverändernden Handelns der Individuen, der „Fusionsgruppen“ und sozialen Klassen durch eine „Ontologie des Sozialen“ und eine neue philosophische Anthropologie zu erweitern, die sich zentral mit der Praxis von Fusions-Gruppen im Prozess der Geschichte beschäftigt und die sich nicht schämt, anthropologisch die Heraufkunft eines „neuen Menschen“ jenseits von Entfremdung, Ausbeutung und Unterdrückung zu beschwören. Dabei wird von Sartre unterstrichen, dass das Einseins der Gruppe stets von Außen ausgelöst wird durch die Anderen, den „Dritten“, und dass in der Interiorität der Gruppe die Bewegung der vermittelten Wechselseitigkeit das Eins-Sein der praktischen Gemeinschaft zu einer ständigen Detotalisierung macht, die von der totalisierenden Bewegung hervorgebracht wird.⁹ In der Wechselseitigkeit von Individuen, Gruppen und Kollektiv macht er so etwas wie die Zirkularität der dialektischen Erfahrung aus. Das In-der-Gruppe-Sein wird von ihm prinzipiell definiert als ein ständiges In-der-Transzendenz-Immanenz-Spannung-sein, das nicht nur Brüderlichkeit und Solidarität, sondern beinahe notwendigerweise auch Gewalt und Terror als Strukturformen der gemeinsamen Beziehungen in der Gruppe hervorbringen kann. (Hier spricht er bezeichnenderweise von dem dialektischen Begriffspaar „fraternité-terreur“.) Dabei beschränkt sich Sartre - im ersten Band - auf Beispiele aus der Französischen Revolution und den französischen Juni-Aufstand des Jahres 1848. Im zweiten ganz und gar dem Problem der Intelligibilität der Geschichte ge-

⁹ Cf. J.-P.Sartre, *Kritik der dialektischen Vernunft. I.Band:Theorie der gesellschaftlichen Praxis*, Deutsch von Traugott König, rowohlt, Reinbek bei Hamburg, 1967.

widmeten Band¹⁰ illustriert er diese These jedoch auch mit klaren Beispielen aus den parteiinternen Kämpfen in der Sowjetunion nach dem Tode Lenins, v.a. den Kämpfen zwischen den Trotzlisten¹¹ und der Stalinfraktion und den innenpolitischen Vorgängen in der Sowjetunion, die dazu führten, dass Stalin gewissermaßen als die real-politische nationale „Inkarnation“ der Sowjetmacht zum unbeschränkten Diktator und Tyrannen der UdSSR wurde.

Sartres hartnäckige und konsequente Verteidigung des subjektiven Faktors im Rahmen einer weitestgehend endogmatisierten materialistischen Dialektik, die v.a. als Praxis fusionierender Gruppen formuliert wird, deren Ziel die Umgestaltung der bestehenden die Entfremdung zementierenden Verhältnisse ist, hätte eigentlich logischerweise seine Annäherung an die von der Frankfurter Schule vertretene Sozialphilosophie und Dialektkonzeption bewirken müssen; paradoxerweise ist diese jedoch nicht erfolgt. Die Gründe dafür sind mannigfaltig. Zum Einen wurde Sartres Werk in der Rezeption durch den Neo-Marxismus des 20. Jahrhunderts noch bis Anfang der 60er Jahre aufgrund der weltweiten Ausstrahlung des Buches „Das Sein und das Nichts“ ganz und gar der ontologischen Phänomenologie zugeordnet. In dieser nahezu einhelligen Verurteilung des Existenzialismus durch den Marxismus als „kleinbürgerlich-anarchischer“ Strömung, die den Subjektivismus bis an ihre absurdesten Grenzen treibt, wurde bewusst übersehen, dass Sartre sich schon in den ersten Nachkriegsjahren nicht nur politisch, sondern auch philosophisch eindeutig aus der Umklammerung durch Husserl und Heidegger gelöst hatte. Auch, dass er gleichzeitig ein radikales politisches Engagement verkörperte, das sehr anti-bürgerlich und anti-kapitalistisch war und das dem Begriff des politischen Engagiertseins des bürokratischen Stalinismus und des sozialdemokratischen Reformismus einen neuen, sehr lebendigen und sehr radikalen Begriff des Engagements im Sinne eines revolutionären Humanismus entgegensetzte. Dies wurde von der Mehrzahl der Repräsentanten des Neo-Marxismus – dazu gehören neben Adorno auch Georg Lukacs und Ernst Bloch – damals nicht verstanden. Ernst Bloch wird man zugute halten müssen, dass er gegen Ende seines Lebens, nachdem er Auszüge aus der „Kritik der dialektischen Vernunft“ in den 60er Jahren gelesen hatte, diesen Fehler bemerkte und zu

¹⁰ Cf. J.-P.Sarte, *Critique de la raison dialectique*, t. II (De l'intelligibilité de l'histoire), Gallimard, Paris, 1985.

¹¹ Zu Trotzki's internationalistischer Alternative zu Stalins Strategie des „Sozialismus in einem Land“ vgl. Arno Münster, *Trotzkis Theorie der permanenten Revolution*, Luchterhand „Typoskript“, Darmstadt-Neuwied, 1973.

korrigieren wünschte. Auch war er sehr beeindruckt von Sartres politischem Engagement und Mut sowohl während des Algerienkriegs als auch bei der Vorbereitung und Abhaltung des Russel-Tribunals über die Kriegsverbrechen der USA im Vietnam-Krieg 1967. Der von mir selbst betriebene Vermittlungsversuch, Sartre und Bloch anlässlich von Ernst Blochs allerletztem Besuch in Paris im März 1975 doch noch zusammenzubringen, scheiterte leider an Sartres Widerstand. Er hatte von Bloch soviel wie nichts gelesen und wollte und konnte sich wohl deswegen dieser Begegnung nicht aussetzen. So wurde dem alten und nahezu erblindeten Ernst Bloch, der zudem kein Französisch konnte, letztendlich die Möglichkeit genommen, sich doch noch öffentlich mit Sartre zu solidarisieren. Ähnlich erging es Adorno, der bei seinem Parisaufenthalt anlässlich der Vorträge, die er am „Collège de France“ 1965 hielt, ebenfalls mit Sartre nicht zusammentraf. In seinem 1962 veröffentlichten Aufsatz „Dialektik des Engagements“, in dem er die Theaterstücke Sartres mit dem dialektischen und epischen Theater Bertolt Brechts vergleicht, bleibt die „Kritik der dialektischen Vernunft“ Sartres ebenso unerwähnt wie das klare linke politische Engagement des französischen Philosophen. Stattdessen hagelt es Kritik am „extremen Subjektivismus“ dieses großen Repräsentanten des Existenzialismus, dem Adorno schon deswegen misstraute, weil er mit dem Buch „Das Sein und das Nichts“ einer Existenzialontologie huldigte, die sich auf weiten Strecken auf Heideggers phänomenologische Ontologie des Daseins stützte. Dass es dabei jedoch ganz gewaltige Differenzen zwischen Heidegger und Sartre gab, z.B. hinsichtlich der Interpretation des Begriffs des „Mit-Seins“ oder des Heideggerschen Begriffs des „Seins zum Tode“ und der Interpretation des existenziellen In-der-Welt-Seins als „entschlossenem Vorlaufen zum Tode“, dies wurde von Adorno nicht zur Kenntnis genommen. (Die relativ späte Rezeption der „Kritik der dialektischen Vernunft“ Sartres in Deutschland – die deutsche Übersetzung erschien erst sieben Jahre nach der französischen Originalausgabe i.J. 1967 – könnte dafür ein Mitgrund gewesen sein.) Sartre seinerseits könnte entgegengehalten werden, seine Rezeption der zeitgenössischen deutschen Philosophie zu ausschließlich auf die Rezeption der phänomenologischen Schule (Husserl, Heidegger...) beschränkt und die repräsentativen Werke des deutschsprachigen Neo-Marxismus der Nachkriegszeit, d.h. die Standardwerke der „Frankfurter Schule“ und die Werke Ernst Blochs nicht gelesen und nicht genügend berücksichtigt zu haben. So finden sich in der Kritik der dialektischen Vernunft zwar Anspielungen und Zitate von Georg Lukacs und Antonio Gramsci. Jedoch bleiben Adorno, Horkheimer, Marcuse und Ernst Bloch völlig unerwähnt, und dies obwohl z.B. seine Antisemitismusstudie („Réflexions sur la question juive“,

1946) zeitgleich erschienen war mit der Dialektik der Aufklärung von Adorno/Horkheimer. Politische Gründe, wie z.B. die Vorgänge am „Institut für Sozialforschung“ und an der Frankfurter Universität in den Jahren 1968-69, d.h. Adornos und auch Habermas' Unverständnis und neurotische Abwehrhaltung gegenüber der anti-autoritären Studentenbewegung, die sich auf die Praxisphilosophie des frühen Horkheimer durchaus berufen konnte, könnten Sartre eventuell davon abgehalten haben, sich gegenüber der Sozialphilosophie der „Frankfurter Schule“ zu öffnen; hatte er sich doch selbst – mit seinem mutigen Auftritt in der von den Studenten besetzten Sorbonne im Mai 1968 – eindeutig mit den rebellierenden Studenten und ihrem anti-autoritären Kampf für eine andere, bessere Gesellschaft solidarisiert.

Hier gerade wäre jedoch eine Konvergenz - v.a. mit Ernst Bloch und Herbert Marcuse - im Politischen durchaus möglich gewesen. Ernst Bloch hatte dies erkannt. Sartre – offensichtlich verschreckt von der Polemik der Frankfurter Schule gegen den Existenzialismus – zögerte. Dennoch besteht nicht der geringste Zweifel daran, dass er sich politisch mit Ernst Bloch total verstanden hätte, wenn das Zusammentreffen 1975 in Paris – zwei Jahre vor Blochs Tod – noch zustande gekommen wäre. Ob dies auch mit Adorno möglich gewesen wäre bleibt dahingestellt. Dass sich in der 1966 von Adorno veröffentlichten „Negativen Dialektik“ kein einziges Zitat von Sartres „Kritik der dialektischen Vernunft“ befindet; dass dieses Hauptwerk, dieser absolute Höhepunkt im philosophischen Schaffen Adornos, dieser einzigartige Versuch, die Dialektik nach Hegel und Marx materialistisch neu zu begründen, nicht die geringste Anspielung auf Sartres prinzipiell gleichgerichtetes Bemühen enthält, ist und bleibt ein Defizit und ein Paradox. Es ist um so bedauernswerter, als sich gerade hinsichtlich der Verteidigung des subjektiven Faktors, des Protests gegen die Verdinglichung, des Denkens als Resistenz gegen das ihm Aufgedrängte¹² und hinsichtlich der Verteidigung des Partikularen gegen die die Subjektivität auslöschende Totalität und deren Objektzwang Konvergenzen zwischen Adorno und Sartre ergeben, die in der Forschung – auf beiden Seiten – noch nicht genügend untersucht und gewürdigt worden sind. Dennoch stehen dieser in vieler Hinsicht wünschbaren Versöhnung von Sartre und Adorno zwei gewaltige Hindernisse im Wege: zum Einen die bereits in der Einleitung zur „Negativen Dialektik“ von Adorno zum Ausdruck gebrachte Skepsis gegenüber der Praxis, die Adorno, was nicht leicht nachvollziehbar ist, auf „unabsehbare Zeit

¹² Cf. Adorno T.W., *Negative Dialektik*, Frankfurt, Suhrkamp, 1966, S. 28 ff.

vertagt“ sehen will und die er als „Einspruchsinstanz gegen selbstzufriedene Spekulation“ schon deshalb nicht mehr gelten lassen will, weil er in ihr primär nur einen „Vorwand“ sieht, „unter dem Exekutiven den kritischen Gedanken als eitel abzuwürgen“¹³; zum Anderen, weil Adorno v.a. im 2. Kapitel der „Negativen Dialektik“, dem Kapitel „Sein und Existenz“, nach wie vor scharf gegen die Ontologie, d.h. die Ontologisierung des Ontischen bei Heidegger und implizit auch gegen den Existenzbegriff¹⁴ des Existenzialismus polemisiert, ohne dass dabei auch nur einmal der Name Sartres fällt. Für Adorno eliminiert die „existentielle Erhöhung des Subjekts diesem zuliebe nur, was ihm aufgehen könnte. Damit überantwortet sie sich dem Relativismus, über den sie erhaben sich dünkt, und bringt das Subjekt herunter auf seine undurchsichtige Zufälligkeit.“¹⁵ Auch wenn dies eindeutig gegen Heideggers existenzial-phänomenologische Fundamental-Ontologie geschrieben ist, fällt damit auch ein Schatten auf Sartre, der höchstwahrscheinlich diese radikale Kritik an der Ontologisierung des Ontischen und am Existenzbegriff der phänomenologischen Ontologie ebensowenig akzeptiert hätte wie Heidegger. Dennoch trennt sich Sartre von Heidegger nicht nur hinsichtlich der Interpretation des „Mit-seins“, sondern auch hinsichtlich seines expliziten Bestrebens, die ontologisch-phänomenologischen Forschungen nicht nur auf das Gebiet der Geschichte, sondern auch auf das der Anthropologie auszudehnen.

Dies führt folgerichtig Sartre dazu, in der „Kritik der dialektischen Vernunft“ zu versuchen, die geschichtlich-sozialen Strukturen dialektischen Handelns aus den anthropologischen Strukturen abzuleiten, die er bereits in seinem Buch „Das Sein und das Nichts“ aufgezeigt hatte. (Zu ihnen gehören u.a. die Strukturen der Werte und des Entwurfs¹⁶...).

War das Hauptziel der „Kritik der dialektischen Vernunft“ eindeutig das Aufzeigen der Praxisdimension der dialektischen Vernunft im weltverändernden Handeln der Individuen, fusionierenden Gruppen und Klassen, so verleitet die Aufwertung dieser anthropologischen Dimension Sartre immer wieder dazu, in seinen Analysen v.a. die anthropologische Struktur der Entfremdung aufzuzeigen. Dieser Aufweis erfolgt wiederum rein ontologisch und in der Überzeugung, dass eine materialistische Theorie der

¹³ Cf. Adorno, *Ebda.*, S. 13.

¹⁴ Cf. Adorno, *Ebda.*, S. 130 ff.

¹⁵ *Op.cit.*, S. 131.

¹⁶ Cf. hierzu : Gerhard Seel, *La dialectique de Sartre*, Lausanne, L'Âge d'Homme, 1995, S. 22.

Geschichte nur auf der Basis einer anthropologisch strukturellen Ontologie genuin begründet werden kann, weil sie allein in der Lage ist, die Intelligibilität der individuellen und Gruppenpraxen aufzuzeigen und zu erklären, warum diese intersubjektive Praxis reziproker Aktionen neue Formen von Entfremdung hervorbringt. Wie Leo Fretz¹⁷ aufgezeigt hat, erfordert das Aufzeigen der Existenz der dialektischen Vernunft zum Einen einen apodiktischen Evidenzbeweis und zum Anderen die Anerkennung der Notwendigkeit, dass Erkenntnis und Sein materiell und stets als Praxis gegeben sind. Darüber hinaus hat die Erforschung der transzendentalen Bedingungen des Phänomens der Entfremdung in der Geschichte die anthropologische Analyse charakteristischer Elemente der Geschichte der Menschheit zur Voraussetzung.

III

Eine genaue Untersuchung der Entwicklung des Praxis-Begriffs in Sartres Philosophie von der ontologisch-phänomenologischen Phase des „Seins und das Nichts“ bis zur historisch-anthropologisch-sozialphilosophischen Phase der „Kritik der dialektischen Vernunft“ muss zwangsläufig zu der Feststellung führen, dass Sartre dabei einen gewaltigen Fortschritt und Überschritt vollzieht. Dieser Schritt führt von einem zunächst noch ganz und gar individualistisch gefassten Konzept des Handelns eines ausschließlich intentionalen gesellschaftlich isolierten Bewusstseins, das mittels der Nichtung seinen explizit individuellen Entwurf in die Welt rein subjektiver Handlungsmöglichkeiten einbringt, bis hin zur dialektischen Analyse des geschichtlichen Handelns eines Wir-Subjekts, d.h. eines Kollektivs (in der Form der Fusionsgruppe), im Rahmen einer neuen existential-marxistischen Dialektik- und Praxis-Konzeption¹⁸. Diese geht im Gegensatz zum Geschichtsmaterialismus eines Marx und eines Engels von der Grundannahme aus, dass „jegliche Form von Dialektik in der Geschichte ausschließlich auf die Praxis der Individuen gegründet ist insofern diese bereits dialektisch ist.“ Wie relativ einfach nachweisbar ist, wird diese neue Praxiskonzeption von Sartre sogleich auch anthropologisch-soziologisch ausgebaut zu einer Theorie des Konflikts gesellschaftlicher Gruppen und gleichzeitig zu einer

¹⁷ Cf. Leo Fretz, *Knappheit und Gewalt : Kritik der dialektischen Vernunft*, in Traugott König (Hsg.), *Sartre. Ein Kongress*, rowohlt, Reinbek bei Hamburg, 1988, S.249.

¹⁸ Vgl. hierzu : Arno Münster, *Sartre et la praxis (Ontologie de la liberté et praxis dans la pensée de Jean-Paul Sartre)*, L'Harmattan, Paris, 2005.

dialektischen Theorie der prozessualen Praxis. Diese gipfelt im Theorem der prozessualen Praxis als Gewalt im Kontext des Kolonialismus und des Kampfes gegen den Kolonialismus, dem das gesamte letzte Kapitel der Kritik der dialektischen Vernunft gewidmet ist. (In diesem Zusammenhang verdient Sartres explizites Plädoyer für das Recht der Opfer kolonialistischer Gewalt auf aktiven Widerstand Beachtung.)

Wie aber steht es nun eigentlich mit dem Verhältnis von Dialektik und Praxis im Rahmen jener produktiven und originellen Erneuerung dialektischen Denkens, die Sartre in der Kritik der dialektischen Vernunft so spektakulär in Anschlag bringt? Dass sich Sartre 1960 bereits meilenweit von der in dem Kapitel „Sein und Tun“ entfalteten rein existentiellphänomenologischen Konzeption der Praxis als rein individuellem Akt des Entwurfs eines Seienden als spontanem Bewusstsein in die Welt entfernt hat, braucht nicht näher unterstrichen zu werden, hat er doch bereits definitiv den Heideggerschen rein ontologischen Begriff der Selbstheit als „Ipseität“ überwunden. An die Stelle des intentional bestimmten individuellen Bewusstseins als Fürsich-Sein und des mit ihm korrelierenden Begriffs des intentionalen Handelns tritt nun die Perspektive des Wir-Subjekts in der Form der Fusionsgruppe, die sich, wie Sartre v.a. an Hand von Beispielen aus der Französischen Revolution aufweist, v.a. in geschichtlichen Ausnahmesituationen konstituiert, indem die Individuen, die sich in ihr zusammenfinden, um gemeinsam zu handeln, ihre „Serialität“ aufheben. Wie es u.a. auch von Günther Albrecht Zehm¹⁹ in seiner Studie „Historische Vernunft und direkte Aktion“ beschrieben wurde, besteht das eigentlich Neue in der Kritik der dialektischen Vernunft darin, dass die aktive Hinwendung des Für-Sich zur Welt nun nicht mehr rein phänomenologisch als Nichtung des Seins des Bewusstseins erklärt wird und dass gleichzeitig die Beziehung des Für-Sich (als Selbstbewusstsein) zum Anderen nicht mehr als eine intersubjektive Beziehung gefasst wird, in der sich zwei völlig autonome Bewusstseinsformen gleichwertig und feindselig gegenüberstehen. Vielmehr kann es, v.a. bei der Konstituierung des Wir-Subjekts in der Fusionsgruppe und der ihr eigenen Gruppenpraxis in der Geschichte, auch zu positiven anthropologisch-moralischen Ausdrucksformen kommen, z.B. zur Solidarität unter Menschen, die für ein gleiches Ziel kämpfen.

Das bedeutet eine Annäherung an die marxistische Konzeption: Beim kollektiven Kampf einer (unterdrückten) sozialen Gruppe oder Klasse für

¹⁹ Cf. Günther Albrecht Zehm, *Historische Vernunft und direkte Aktion. (Zur Politik und Philosophie Jean-Paul Sartres)*, Klett, Stuttgart, 1964, p. 187 ff.

das Ziel der sozialen Emanzipation können sich die Beteiligten, z.B. die den Entfremdungszustand der Serialität überwindenden Arbeiter, in der Form eines solidarischen Miteinanders zusammenfinden, um eine aktive Fusionsgruppe zu bilden. Diese wird dann zum Praxiskollektiv, dessen interne Beziehungen von der vermittelten Gegenseitigkeit (Reziprozität) im Handeln, von Solidarität und Brüderlichkeit im Kampf für das gemeinsame Ziel bestimmt sind. Diese Gruppenpraxis ist notwendig teleologisch, d.h. zielbestimmt und zielorientiert. Als solche unterliegt sie – Sartre zufolge – der besonderen Dialektik von Totalisierung und Detotalisierung. Obwohl sie eindeutig bestrebt ist, entfremdete Verhältnisse und (Arbeits)Bedingungen, wie z.B. die kapitalistische Produktionsweise zu überwinden, ist sie nicht gefeit vor dem Problem, dass ihr Handeln zu neuen – nicht gewollten – Formen der Entfremdung führen kann. Als Ursache dafür nennt Sartre u.a. die von der Interaktion der Praxis mit dem Praktisch-Inerten ausgelöste Gegenfinalität.

Wie u.a. von Thomas R. Flynn²⁰ unterstrichen wurde, hat die in dieser Gestalt von Sartre beschriebene Praxis in ihrer dialektischen Beziehung zur Vernunft der Geschichte eine dreifache Funktion: (1) eine erkenntnistheoretische, (2) eine ontologische und (3) eine anthropologische. Auf der Ebene der Erkenntnistheorie wird die Praxis zunehmend zum Schlüsselbegriff der Erkenntnis der Wahrheit in der Geschichte; ontologisch ersetzt die Praxis als kollektives Handeln eines spontan konstituierten Wir-Subjekts als aktives Gemeinsamsein in der Geschichte die auf ein rein individuelles beschränktes Handlungsfeld begrenzte Praxis des intentionalen individuellen Bewusstseins des Ichs; und anthropologisch erhebt sie das durch Solidarität zusammengeschweißte handelnde Kollektiv in den Rang eines aktiv in den Geschichtsprozess eingreifenden und die Geschichte und die Gesellschaft verändernden Subjekts.

Die andere wichtige Entdeckung Sartres besteht in dem Hinweis auf das Vorherrschen einer Zirkularität in der dialektischen Erfahrung der in den Handlungsprozess verwickelten Menschen, Gruppen und Individuen. Diese ist nichts anderes als eine dialektische Zirkularität zwischen der Serialität der Individuen, der Praxis der Fusionsgruppen und dem Praktisch-Inerten:

²⁰ Cf. Thomas R. Flynn, "Sartre:Marxisme existentialiste ou Existentialisme marxiste ? », in Arno Münster et Jean-William Wallet (sous la direction de), *Sartre : le philosophe, l'intellectuel et la politique (les Actes du Colloque « Sartre » d'Amiens (Mai 2005)*, L'Harmattan, Paris, 2006, p.31 ff.

„Die Serie steckt die Gruppe mit ihrer Passivität an; sie verinnerlicht (internalisiert) sie, verwandelt sie in Instrumentalität und zerstört sie letztendlich. Die Gruppe zwingt in allen ihren Formen die Andersheit (altérité), den Status ihrer Unmittelbarkeit aufzugeben und bestimmt als solche die Reflexion im Kollektiv.“²¹

Wie Sartre in dem Unterkapitel „Dialektische Erfahrung als Totalisierung“ aufzeigt, kann „die Auflösung des Seriellen in bestimmten Fällen der Akt der Vereinigung mit den anderen, eine totale (oder zumindest proviso-rische) Vernichtung der früheren Serialität sein(...), aber dann handelt es sich bloß um eine Überschreitung der Serialität. Diese Überschreitung soll jedoch länger dauern als eine Demonstration oder gar ein Streik. Sie kann sich z.B. in einer Aufstandspraktik zeigen, und sie kann sich in revolutionäre Aktion verwandeln(...) Solange es sich jedoch um den Kampf einer beherrschten Klasse gegen eine herrschende Klasse handelt, ist die Serialität, noch vor den internen Streitigkeiten, das Produkt der Ausbeutung und der Status, der sie aufrechterhält. Sie muss man besiegen, um das geringste gemeinsame Ergebnis zu erreichen(...). Aber sie ist es auch, die die fordernde Gruppe gerade in ihrer Passivität als mögliche Energiequelle erhält.“²² Und das heißt, wie Sartre weiter ausführt, „dass das Klassen-sein als vergangene, gegenwärtige und zukünftige Serialität immer der ontologische Status des Arbeiters ist und dass die Gruppenpraxis als Auflösung der Alteritätsbeziehung an der Oberfläche in der Klasse (...) entweder die gegenwärtige und praktische Realität des gemeinsamen Individuums ist oder die zukünftige Möglichkeit (...), die aus der Zukunft her an der Serie festhält.“²³ Wie Sartre hervorhebt, kann die Serie andererseits durchaus mit partiellen Aktionsformen demonstrieren, wie sie sich dem Punkt nähert, an dem sie sich in einer Gruppe auflöst. Sie kann aber auch Druck auf eine aktive Gemeinschaft, die sie repräsentiert, ausüben, und die von interner Verknöcherung befallene Gruppe kann auch infolge ihrer Trägheit zum Hindernis für die Auflösung der Serialität im Kollektiv werden.“²⁴

In diesem Zusammenhang verweist Sartre u.a. auf die Praxis der Gewerkschaften und stellt dazu ernüchert fest, dass „die Gewerkschaft als institutionelle Gruppe“ absolut kein reales Eins-sein repräsentiert. „Die Gewerkschaft als institutionelle Gruppe“, bemerkt Sartre, „setzt in sich

²¹ Sartre, Kritik der dialektischen Vernunft, S. 757.

²² Op.cit., S.727.

²³ Op.cit., S. 728-729.

²⁴ Op.cit., S. 729.

selbst Rückläufigkeits- und Alteritätsstrukturen voraus, die auf der Trennung und der seriellen Zirkularität fussen“ (...), aber „das Institutionell-Sein ihrer Mitglieder ist nur Trägheit und kann in gar keinem Fall als Gruppen-sein auftreten. Diese Trägheit (...) begründet eben gerade die Permanenz der Einheit der Arbeiter als immer für die Serie vorhandene Möglichkeit: Der (Gewerkschafts)Funktionär ist selbst diese Einheit, insofern sein Mandat (...) in seiner institutionellen Dauer nicht an individuelle Merkmale oder an die organische Praxis gebunden ist.“²⁵ „Das Sein des Funktionärs ist also keineswegs das Sein der institutionellen Gruppe“²⁶; denn dieses Gruppen-sein hat keinerlei Realität. Und dies aus dem einfachen Grund, weil die „Einheit der ausgebeuteten Klasse stets eine praktische“ ist.²⁷ Diese Aussage wird nur dann richtig verständlich, wenn man in Betracht zieht, dass in Sartres dialektischer Soziologie die soziale Klasse (die Arbeiterklasse, das Proletariat) nicht als eine stabile und konstante soziologische Größe definiert wird, die sich qua ihrer Wesenstruktur antagonistisch zu den anderen Gesellschaftsklassen verhält. Sie erscheint vielmehr als soziologischer Vektor, der sich in spezifischen Kampf- und Konfliktsituationen jeweils spontan mittels der Fusionsgruppen konstituiert, die ihre Mitglieder aus der Serialität reißen. Damit wird der Marxsche Klassenbegriff und implizit auch Marxens Theorie vom Klassenkampf spontaneistisch aufgelöst, wenn auch nicht total negiert. Das Klassensein wird überdies von Sartre als „inerte Bedingtheit“ definiert, die es ermöglicht, „die Einheit als einen anderen ontologischen Status zu erfassen.“ Dementsprechend wird dann auch die Differenz zwischen dem Gewerkschaftsfunktionär, der notwendigerweise ein Apparatschik und Bürokrat ist, und der breiten Arbeiterbevölkerung als eine „Übereinstimmung durch Trägheit“²⁸ charakterisiert. Entscheidend für Sartre ist, dass die Gruppe ihre eigene Souveränität ausübt und die Gewerkschaftssouveränität entlässt (die eben die ihre als andere ist). „Für uns allein ist wichtig“, so unterstreicht Sartre, „dass die Arbeiterklasse in der täglichen Aktion ihre praktische Einheit als Totalisierung praktischer, objektiver, aber inerter Bedeutungen bestimmt, die von einem Souverän herkommen, der nichts anderes ist als sie selbst in der Exteriorität und als beharrliche Auflösung der seriellen Trägheitskräfte. Diese sind ihrerseits auch nur eben diese Klasse in ihrem Sein im Laufe einer Gruppierungsaktion, die ein transzendentes Ziel ansteuert und die sich als Prozess-Praxis bestimmen

²⁵ Ebd.

²⁶ Op.cit., S. 730.

²⁷ Ebd.

²⁸ Ebd.

muss. Die Arbeiterklasse existiert weder nur als militante Gemeinschaft noch nur in passiver Zerstreung, noch nur als institutionalisierter Apparat. Sie ist eine komplexe sich verändernde Beziehung zwischen verschiedenen praktischen Formen, von denen jede sie vollständig enthält und deren eigentliches Band die Totalisierung ist (als Bewegung, die von jeder Form in die anderen eingeführt wird und von jeder auf die anderen zurückkommt.)“²⁹ Wichtig und ausschlaggebend ist die jeweils dynamische Einheit dieser komplexen Beziehung in der geschichtlichen Praxis, in der sich das Klassen-sein der Arbeiterklasse spontan konstituiert und für die Durchsetzung von Forderungen mobilisiert werden kann.

IV

Zusammenfassend ließe sich sagen, dass Sartres Kritik der dialektischen Vernunft - ein Buch, das am Kreuzungspunkt von Existentialismus, historischem Materialismus, sozialer Ontologie, Soziologie und Anthropologie entstanden ist - in die zeitgenössische Philosophiegeschichte als ein Werk von ganz außergewöhnlichem Charakter eingegangen ist, das seine Originalität v.a. seiner Heterodoxie verdankt. Niedergeschrieben in den Jahren 1957 - 1959, im weltgeschichtlichen Kontext der Suez-Krise, des Volksaufstands in Ungarn und des Algerienkriegs, repräsentiert dieses Buch nicht nur die große Wende Sartres vom Existentialismus zum Marxismus, sondern gleichzeitig auch seinen Bruch mit den französischen Kommunisten und dem Sowjetmarxismus, dem er in den Jahren 1952 - 1956 zumindest politisch nahegestanden war. Sein Plädoyer für eine neue, lebendige, entknöcherte Dialektik war nicht nur eine schallende Ohrfeige für die Propagandisten und Theoretiker eines dogmatisierten Marxismus, der zur Apologetik des „Panzerkommunismus“ verkam, der vom Ende der 50er bis Ende der 60er Jahre seine blutige Spur durch ganz Osteuropa zog, sondern zugleich der wichtigste und auch umfangreichste theoretische Beitrag, der im 20. Jahrhundert jemals zur kritischen, materialistischen Praxisphilosophie - nach Antonio Gramsci und Ernst Blochs „Das Prinzip Hoffnung“ - geleistet wurde. Höchstwahrscheinlich haben bei dieser theoretischen Wende nicht nur zeitgenössische dramatische politische Ereignisse eine wichtige Rolle gespielt, sondern auch die Kritik, die z.B. Maurice Merleau-Ponty in seinem Buch „Die Abenteuer der Dialektik“ (1955) an Sartres politischem Engagement an der Seite der Kommunisten geübt hatte. Der zwei

²⁹ Op.cit., S.730-731.

Jahre später für eine polnische Zeitschrift geschriebene Aufsatz „Question de méthode“ (Methodenfragen...) setzte eindeutig das Signal für diesen spektakulären theoretischen Aufbruch Sartres zu „neuen Ufern“, u.a. mit seiner Kritik am sowjetischen Einmarsch in Budapest und seiner ebenfalls sehr scharfen Kritik an Engels Naturdialektik. Dass dieser Text dann drei Jahre später zum „Eingangsportal“ der Kritik der dialektischen Vernunft wurde, ist keinesfalls Zufall; es entsprach dem expliziten Willen Sartres, gegenüber dem Stalinismus und dem (leninistischen) Dogmatismus einen klaren Schlussstrich zu ziehen, ohne damit jedoch mit Marx selbst zu brechen, dessen materialistische Dialektik er quasi widerspruchlos anerkannte. Dies allerdings mit dem Vorbehalt, dass innerhalb der geschichtsmaterialistischen Dialektik der subjektiv-existenzielle Faktor stärker berücksichtigt werden müsse als Marx und Engels es zulassen wollten.

Diese Wende Sartres von der phänomenologischen Ontologie zum historischen Materialismus mit der Konsequenz der Begründung eines Existential-Marxismus, der nicht bereit war, das subjektiv-existenzielle Moment in der Geschichts- und Praxis-Dialektik einem externen objektiven Determinismus aufzuopfern, hatte zur direkten Folge eine Verquickung des historischen Materialismus mit der Anthropologie und einer Ontologie des Sozialen. Diese haben die Forschungen zur Ontologie des gesellschaftlichen Seins um wichtige Erkenntnisse hinsichtlich der im geschichtlichen Praxisfeld waltenden intersubjektiven Beziehungen und vermittelten Wechselseitigkeiten bereichert, insbesondere auch durch das Geltendmachen einer Dialektik der Andersheit bei der Transformation und Integration der de-serialisierten Individuen in die Fusionsgruppen. Dabei muss unbedingt unterstrichen werden, dass die Sartresche Annäherung an die Anthropologie alles andere ist als ein „Flirt“ mit der strukturalen Anthropologie eines Claude Lévi-Strauss, von der der Autor der Kritik der dialektischen Vernunft sich klar abgrenzt: Die Ersetzung des Subjektiv-Existenziellen durch einen trans-individuellen und trans-historischen Strukturbegriff ist absolut unvereinbar mit Sartres inzwischen reichlich „marxisierten“ Existenzialismus. Auch wenn – gerade aus der Sicht der Bloch-Schule – bedauert werden muss, dass Sartre die utopische Dimension und Funktion eines antizipierenden Bewusstseins weitestgehend ignoriert, so kann doch – trotz aller bestehenden theoretischen und politischen Differenzen – nicht von der Hand gewiesen werden, dass Ernst Bloch, Adorno, Herbert Marcuse und Sartre dennoch insofern wichtige theoretische Verbündete sind, als sie gemeinsam im theoretisch-politischen Kontext der 60er und 70er Jahre Front machen nicht nur gegen den dialektischen Hyper-

Empirismus eines Gurvitch, sondern auch gegen den subjektfeindlichen Strukturalismus, den logischen Positivismus des „Wiener Kreises“ (Carnap, etc.) und die angelsächsische sprachanalytische Philosophie. („Statt Wittgenstein zu lesen, lese ich lieber einen Kriminalroman“ soll diesbezüglich Sartre einmal geäußert haben.) In gleichzeitiger kritischer Wendung gegen ultra-dogmatische und ökonomistisch-reduktionistische Tendenzen im Marxismus geht es allen in dieser Front vereinten Theoretikern und Sozialphilosophen darum, die wahre Dimension und kritische Funktion der dialektischen Vernunft in Geschichte und Gesellschaft für eine emanzipationsorientierte revolutionär-humanistische Praxisphilosophie wieder zur Geltung zu bringen. So ist Sartre der festen Überzeugung, dass der einzig richtige Weg beim Beschreiten dieser neuen Dialektik derjenige ist, der es ermöglicht, dass diese dialektische Vernunft sich ständig als „freie Kritik und als Bewegung *der Geschichte und der Erkenntnis begründet und entwickelt*“.³⁰

Vorbedingung dazu ist allerdings, dass sich die dialektische Vernunft aus der Blockade durch den Dogmatismus befreit. Sartre zufolge liegen die Ursprünge dieses Dogmatismus in der prinzipiellen Schwierigkeit des historischen Materialismus nach Marx, sich nach der Marxschen – materialistischen – Umstülpung der Hegelschen Dialektik gegen die Gefahr eines allzu mechanistischen Determinismus abzuschotten. So erkennt er durchaus Marxens Originalität an, die u.a. ja darin besteht, gegen Hegel die Irreduzibilität des (gesellschaftlichen) Seins auf das Wissen sowie die ständige dialektische Bewegung im Sein wie im Wissen behauptet zu haben. „Marx“, sagt Sartre – und in diesem Punkt befindet er sich in völliger Übereinstimmung mit dem Autor des „Kapitals“ – „denkt die Vernunft stets praktisch.“ Die Marxisten nach Marx hätten jedoch mit ihrem Verzicht darauf, die Dialektik neu zu durchdenken, dem Positivismus in die Hände gespielt.³¹ Diese Kritik betrifft natürlich nicht den Neo-Marxismus des 20. Jahrhunderts in seiner Gesamtheit, sondern nur seine sowjet- und vulgärmarxistische Variante. Sie betrifft den antidogmatischen Marxismus als Praxisphilosophie eines Antonio Gramsci ebensowenig wie denjenigen des frühen Horkheimer und noch weniger den Freudo-Marxismus eines Herbert Marcuse, den nietzscheanischen Neo-Marxismus von Henri Lefebvre oder den noch stark mit Metaphysik durchsetzten humanistisch-utopischen Neo-Marxismus eines Ernst Bloch. Denn zwischen all diesen Strömungen im zeitgenössischen Marxismus und dem marxisierenden Existenzialismus Sartres besteht

³⁰ Sartre, Kritik der dialektischen Vernunft, Bd.I, S. 141.

³¹ Op.cit., S. 142.

in einem wichtigen Punkt Übereinstimmung: nämlich bezüglich der Forderung, dass der „Marxismus als Dialektik den Relativismus des Positivismus absolut zurückweisen muss und dass es notwendig ist, gegen den Positivismus den Nachweis zu führen, dass die dialektische Vernunft – und sie allein – in der Lage ist, wenn schon nicht die ganze Wahrheit, so doch zumindest totalisierende Wahrheiten auszusagen.“³² Für den Sartre der „Kritik der dialektischen Vernunft“ ist diese Dialektik wesentlich Praxis. Deshalb kann Sartre nun ungestört behaupten, dass das „Denken sowohl das Sein wie die Erkenntnis des Seins ist. Genauer gesehen geht es da stets um die Praxis des Individuums oder der Gruppe unter ganz bestimmten Bedingungen und zu einem bestimmten geschichtlichen Zeitpunkt. Diese Praxis erträgt die Dialektik als ihr eigenes Gesetz gleichzeitig als Ganzes und als Teil des geschichtlichen Prozesses.“³³

So gesehen wäre dem Urteil Iring Fetschers³⁴ durchaus zuzustimmen, dass die wichtigste Korrektur Sartres am zeitgenössischen Marxismus darin besteht, die externen objektiven Gesetze, auf die er sich beruft, durch interne [zu ergänzen wäre hier: inter-subjektive, existenzielle, anthropologische] Gesetze zu ergänzen, durch die alle geschichtlichen Ereignisse vermittelt sind. Das andere Korrektiv Sartres besteht im Aufzeigen der unerlässlichen Rolle und Funktion der Individuen in ihrer Singularität im geschichtlichen Handeln, im Gesamtzusammenhang ihrer Bestimmung durch universell gültige überindividuelle Faktoren wie z.B. die sozio-ökonomischen. Es besteht nicht der geringste Zweifel daran, dass Sartre diese beiden Korrekturen am Neomarxismus v.a. deswegen anbringen will, weil er der festen Überzeugung ist, dass der historische Materialismus in seiner dogmatisierten Gestalt nichts anderes als eine modifizierte Wiederauflage der Hegelschen Systematik ist, wo das Individuum in der anonymen Struktur des „objektiven Geistes“ unterzugehen droht und wo die Individuen bestenfalls den Status von „Agenten des Weltgeistes“ haben.³⁵

Das weltweite – überwiegend positive – Echo, das die Kritik der dialektischen Vernunft auslöste, konnte Sartre natürlich nur weiterhin darin bestärken, sein philosophisch-politisches Engagement, das er i.J. 1945 zum ersten Mal in demonstativer Form in den „Temps Modernes“ artikuliert

³² Op.cit., S. 143.

³³ Op.cit., S. 144-145.

³⁴ Cf. Iring Fetscher, *Sartre und der Marxismus*, in Traugott König (Hsg.), *Sartre. Ein Kongress*, rowohlt, Reinbek bei Hamburg, 1988, S. 229.

³⁵ Cf. I. Fetscher, a.a.O., S.230.

hatte, in einem weltpolitisch veränderten Koordinatensystem zu erneuern. Seine Japan-Reise³⁶ im Jahre 1966, die Vorbereitung des internationalen Russel-Tribunals zur Aufklärung der US-Verbrechen im Vietnam-Krieg im Jahre 1967, seine Rede in der von rebellierenden Studenten besetzten Sorbonne in Paris im Mai 1968 sowie sein Protest als Intellektueller gegen das Verbot der maoistischen Zeitung „La Cause du Peuple“ (1972) waren die eindeutigen Höhepunkte dieser erneuten Mobilisierung des kritischen Intellektuellen, der mehr als alle anderen seiner intellektuellen Zeitgenossen den Mut hatte, öffentlich und radikal „Nein“ zu sagen, wo immer dazu die Gelegenheit sich bot: „Nein“ zu den Razzien, Strafaktionen und Folterungen aufständischer Algerier durch die französische Armee im Algerienkrieg! „Nein“ zur gaullistischen Verfassungsreform des Jahres 1958, die die Rechte des Parlaments erheblich beschnitt und die dem Staatspräsidenten in einem gefährlichen Regress in Richtung Monarchie außergewöhnliche Machtbefugnisse einräumte! „Nein“ zum Vietnam-Krieg der Amerikaner. „Nein“ schließlich auch zur Verleihung des Literaturnobelpreises, den ihm die Schwedische Akademie 1964 angetragen hatte und den Sartre – und dies war ein einmaliger Vorgang in der Geschichte des Nobel-Preises! – ablehnte! Mit all diesen Stellungnahmen und Aktionen zeichnete sich Sartre selbst das Profil eines „homme de la rupture“ und Neinsagers, der bis zuletzt seine kritisch-negative Haltung gegenüber den Institutionen des bürgerlichen Staates und des modernen Spätkapitalismus samt all seinen kolonialistischen und imperialistischen Auswüchsen aufrecht erhielt. Und selbst wenn man ihn 1979 an der Seite von Raymond Aron und André Glucksmann im Elysée-Palast sah, um sich beim damaligen französischen Staatspräsidenten Valéry Giscard d’Estaing persönlich für die „Boat-People“ in Vietnam einzusetzen (und dies war in gewisser Weise sein allerletzter politischer Auftritt!), war dies keineswegs ein Einknicken, sondern nur das allerletzte spektakuläre Signal des Philosophen der Freiheit, der bis zuletzt aufrecht und unbestechlich für seine Ideen eintrat, dass der Kampf gegen Ausbeutung, Unterdrückung und Gewalt untrennbar mit dem Kampf für die Erhaltung der Menschenrechte und auch der individuellen Freiheiten verbunden sein muss, weil – sollte dies nicht der Fall sein – die reale Gefahr besteht, dass Revolutionen ihr eigentlich humanes Ziel letztendlich verfehlen. (Dies war auch der Grund dafür, weshalb Sartre – nach-

³⁶ In seiner Vortragsserie an den Universitäten von Tokyo und Kyoto im Jahre 1966 behandelte Sartre v.a. die Rolle des kritischen Intellektuellen in der Gesellschaft, wobei er sich u.a. auch auf Antonio Gramscis Begriff des „organischen Intellektuellen“ berief. (Cf. J.-P.Sartre, *Situations*, VII, Paris, 1967.)

dem er 1960 anlässlich seiner Reise nach Kuba die kubanische Revolution begeistert als eine Revolution der Massenspontaneität und eine reale Alternative zum bürokratischen System des Sowjetkommunismus begrüßt hatte – anlässlich der Padilla-Affäre mit Fidel Castro brach.) Bis zuletzt hat Sartre an der Auffassung festgehalten, dass Sozialismus und Freiheit zwei nicht auseinander dividierbare Größen sind und sein Abschiedsbrief an Fidel Castro war deshalb lediglich so etwas wie eine moralisch-politische Mahnung und Verwarnung an den Revolutionsführer (*lider maximo*), dem er zu Beginn der Kubanischen Revolution noch volles Vertrauen geschenkt hatte, dessen Regime aber unter dem gewaltigen wirtschaftlichen und politischen Druck der Sowjetunion und des von den USA verhängten Embargos allmählich immer autoritärere Züge annahm.

Dessen sollten wir alle, um das Gedächtnis Sartres in Ehren zu halten und um seine philosophische und politische Leistung zu würdigen, eingedenk sein.³⁷

³⁷ Dieser Vortrag weist einige inhaltliche Überschneidungen mit meinem Beitrag zum „Sartre“-Kongress von Amiens auf, der unter dem Titel „Dialectique, praxis et ontologie du social dans la pensée de Jean-Paul Sartre (Une relecture de la „Critique de la raison dialectique“)“ veröffentlicht wurde in dem Sammelband (Sous la direction de Arno Münster et Jean-William Wallet): *Sartre: le philosophe, l'intellectuel et la politique (Les Actes du colloque d'Amiens (Mai 2005))*, L'Harmattan, Paris, 2006, p.51-70.

**Kritische Gesellschaftstheorie
und konkrete Praxisanalytik**

Ursula Reitemeyer

Marx' Theorie der entfremdeten Arbeit im Spiegel der sich auflösenden Lohnarbeitsgesellschaft

Angesichts einer stabilen Arbeitslosenquote in Millionenhöhe in allen Ländern dieser einen und globalisierten Welt, einer Arbeitslosenquote, die trotz konjunktureller Schwankungen und regionaler Besonderheiten insgesamt eher eine steigende, denn fallende Tendenz aufweist, muss die Frage erlaubt sein, ob Vollbeschäftigung im Sinne von bezahlter Arbeit für alle, überhaupt eine realpolitische Zielperspektive sein kann. Denn es ist wohl unbestritten, dass eine auf der Logik der Profitrate basierende Ökonomie den technologischen Fortschritt in erster Linie zur Steigerung des Profits, und das heißt zur Senkung der Lohnkosten einsetzt und nicht etwa unter dem moralischen Anspruch steht, die Arbeit für den Einzelnen zu erleichtern. Dies mag etwa in Form von Arbeitszeitverkürzung und der Abschaffung von Kinderarbeit ein Nebeneffekt der maschinellen Aufrüstung sein, der aber weder ihr Zweck ist, noch sich automatisch einstellt, nur weil z. B. bestimmte Schrauben bei der Automontage von einem Roboter eingesetzt werden können statt von menschlicher Hand. Insofern nämlich der einzelne Arbeiter kraft der neuen Technologie eine höhere Stückzahl produzieren muss, erleichtert die Maschine nicht im umfassenden Sinn sein Handwerk, sondern macht es nur profitabler.

In der Tat hat sich in den letzten zwanzig Jahren die Produktion fast verdoppelt und die Zahl der in der Produktion Beschäftigten halbiert. Im Dienstleistungsbereich, der zunächst als Auffanglager der arbeitslosen Arbeiter diente, sieht es inzwischen nicht viel anders aus. Dank des Computers kann eine Sachbearbeiterin jetzt die Arbeit von vormals vier Kolleginnen verrichten, ohne Überstunden machen zu müssen. Aber ob die der Sachbearbeiterin abgenötigte Effizienz ihre Arbeit erleichtert oder deren Entfremdungsgrad zurücknimmt, darf bezweifelt werden. In Abwandlung des berühmten Kantzitats aus der Aufklärungsschrift, muss in der Tat gefragt, warum der Mensch sich auf diesen technologischen Höchststand emporgearbeitet hat, wenn er diese Errungenschaften nicht nutzt, seine Arbeit zu erleichtern, d. h. die Arbeitszeit insgesamt zu verkürzen und durch gleichmäßige Verteilung der Lohnarbeit Bildung und Wohlstand insgesamt, und nicht nur partiell, zu ermöglichen.

Im Grunde genommen ist es jedem vernunftbegabten Menschen einsichtig, dass eine ökonomische, soziale und politische Balance das gesellschaftliche Zusammenleben friedlich ordnet und Wissenschaft, inklusive des technischen Fortschritts, vor allem dazu eingesetzt werden sollte, um diese Balance zu stabilisieren. Dies würde bedeuten, dass der Roboter am Fließband der Autoproduktion nicht ausschließlich, und philosophisch betrachtet, nicht vorrangig dazu dient, die Stückzahl zu erhöhen, sondern den Entfremdungsgrad der Arbeit zu senken. Anstelle stupider, gleichförmiger Arbeit, die mit Fließbandarbeit unweigerlich verbunden ist, könnte, so der gesunde Menschenverstand, durch den Einsatz von Maschinen die Arbeitszeit ohne Effektivitätseinbuße verkürzt und die dadurch freigesetzte Arbeitskraft in weniger entfremdeten Handlungsfeldern wie der Kindererziehung, der Weiterbildung oder der Stadtteilarbeit gegenständlich werden.

Soweit der gesunde Menschenverstand, dessen Pragmatismus sich an diesem Punkt nicht substantiell von einer modernen, an der Würde des Menschen orientierten, rechtsstaatlichen Argumentationslinie unterscheidet.

Marx' Ausblick in eine zukünftige, und wie ich behaupte, bürgerliche Gesellschaft von Freien und Gleichen, in der „Jeder nicht einen ausschließlichen Kreis der Tätigkeit hat, sondern sich in jedem beliebigen Zweige ausbilden kann“¹, und deren Grundprinzip die ökonomische, soziale und politische Balance unter den verschiedenen Klassen ist, erscheint mit Blick auf die vom Staat zu gewährleistende Sicherheit seiner Bürger, welches nur in Verhältnissen des sozialen Friedens gelingt, nicht so romantisch oder utopisch, mit einem Wort unpragmatisch, wie die Gegner aus dem liberalen Lager seit jeher mutmaßen. War es Naivität, die Marx glauben machte, dass der technische Fortschritt, wenn nicht die Arbeitsteilung aufheben, so doch den Entfremdungsgrad der Industriearbeit senken und dadurch die Chance auf eine identische Lebensweise auch in der Industriemoderne verbessern würde? Oder stand diese Schlussfolgerung nicht eher unter den Vorzeichen einer pragmatischen Logik, der sich gerade auch der gesunde Menschenverstand bedient, wenn er das Allgemeinwohl in Beziehung zum subjektiven Glücksanspruch setzt? War es naiv, eine Neubewertung von Arbeit insgesamt und von Mehrwert erzeugender Lohnarbeit im besonderen einzufordern angesichts explosionsartig steigender Produktions- und Profitraten? Und würden Maschinen nicht auch die Arbeit der Kinder ersetzen, die

¹ K. Marx / F. Engels: Die deutsche Ideologie (1845/46). In: MEW. Bd. 3. Berlin 1969, S. 33.

statt dessen zur Schule gehen könnten, erstens um sich zu bilden, also urteilsfähig zu werden, und zweitens um sich anschließend auf einen selbst gewähltes Beruf vorzubereiten?²

Marx, der inmitten der Industriemetropole London mehr schlecht als recht seine Existenz fristete und die seiner Familie kaum sichern konnte, war als Verfasser des Kapitals ebensowenig ein Sozialromantiker wie als Kommunarde in Paris, wo er im Rahmen der Ökonomisch-philosophischen Manuskripte die Theorie der entfremdeten Arbeit verfasste³. Der gegenüber der Philosophie erhobene Anspruch, die Welt zu verändern⁴, war verknüpft mit der Forderung, sich auf einen neuen Pragmatismus einzulassen, wodurch man erstens den gesunden Menschenverstand wieder mit ins Boot holte und zweitens den Zeitgeist mit sich selbst, d. h. mit der ihm innewohnenden, letztlich pragmatischen Systemrationalität konfrontieren konnte. Stand seit Hegel die unterm Protektorat des absoluten Geistes sich vollziehende epochale Selbstvervollkommnung des Systems als unhintergehbare Rationalität über den realen Ereignissen, wird diese nun vom Hegelschüler Marx für das System der bürgerlichen Gesellschaft als ihre innere Struktur selbst eingeklagt. Wenn die große Systemphilosophie und mit ihr der in ihrer Systemrationalität aufgehende Zeitgeist, die Logik des Systems an die Schaltstellen wissenschaftlicher, gesellschaftlicher, politischer und ökonomischer Umwälzungen setzt, dann ist in dieser Systemlogik auch ein zweckrationaler Pragmatismus enthalten. Der Zweck wäre der bürgerliche Rechtsstaat, in dem Vernunft und die realen gesellschaftlichen Verhältnisse eine Einheit gebildet hätten, und der auf diesen Zweck ausgerichtete Vermittlungsprozess würde sich einer entsprechenden Handlungslogik unterwerfen, hätte also Handlungsmaximen daraufhin zu untersuchen, ob sie

² Vgl. dazu Marx' Entwurf der polytechnischen Erziehung. Die Arbeit von Frauen und Kindern. Genfer Resolution des Generalrates (1866). In: Der Vorbote. Organ der Internationalen Arbeiter-Assoziation. Erster Jahrgang (Oktober 1866), No. 10. Siehe auch: U. Reitemeyer: Bildung und Arbeit von der Aufklärung bis zur nachmetaphysischen Moderne. Kap. III.

³ K. Marx: Ökonomisch-philosophische Manuskripte. In: Marx Werke. Hrsg. v. H.-J. Lieber u. P. Fürth. Erster Band. Frühe Schriften. S. 559 ff.

⁴ Zweifellos bezieht sich Marx in der letzten der berühmten Thesen über Feuerbach auf dessen Schrift „Grundsätze der Philosophie der Zukunft“ (1843) (in: Ludwig Feuerbach: Werke in sechs Bänden. Hrsg. v. E. Thies. Frankfurt 1975. Bd. 3), die, obgleich mit dem spekulativen Idealismus und der großen Systemphilosophie abschließend, doch nur wieder Philosophie produziere, die dem Weltgeschehen wie die Eule der Minerva hinterherfliege, statt es zu gestalten. Vgl. MEW Bd. 3, S. 7.

dem Zweck, einen Vernunft- bzw. Rechtsstaat zu gründen, entsprechen oder nicht.

Vom Standpunkt der anti-restaurativen Praxisphilosophie des Vormärz gehörte Hegels neuer Systementwurf, der Natur und Geschichte vermittelt des Prinzips der Entwicklung zu einem sich selbst vervollkommnenden, epochal strukturierten Ganzen zusammenschnürte und damit auch die unmittelbare Lebenswelt unter die Ordnung der Vernunft brachte, streng genommen gar nicht mehr zur Schule des Idealismus⁵. Vielmehr führe die von Hegel aufgehobene Trennung zwischen intellegibler und empirischer Welt, zwischen philosophischem und lebenspraktischem Denken als unterschiedene Seiten des gleichen Vernunftprozesses direkt in eine Praxisphilosophie, deren Grundlage, wie Marx schließt, ein systemrationaler Pragmatismus sei, den Hegel selbst nicht erkenne. Wendet man, aus Sicht des Junghegelianismus, die Rationalität des sich im aufsteigenden Bewusstseins unweigerlich vervollkommnenden Systems auf sich selbst an, dann müsste der hier und jetzt die Lebenswelt ordnende Staat dieser Systemrationalität auch unterworfen und damit pragmatisch auf das Allgemeinwohl ausgerichtet sein⁶. War der bürgerliche Rechtsstaat erst einmal als höchster Zweck gesellschaftlicher Praxis definiert, war in dieser Definition die Anweisung zu einem an diesem Zweck ausgerichteten Handeln mit enthalten. Je enghemmaschiger Hegel das Netz der Systemlogik webt, so dass kein Wirklichkeitspartikel mehr durchfallen kann, um so mehr verfängt sich das spekulative Denken in einem politischen Pragmatismus, dem es sich, wenn das Wahre das Ganze und das Wirkliche gleichzeitig das Vernünftige ist, kaum entziehen kann. Können, wie Marx argumentiert, „Rechtsverhältnisse wie Staatsformen weder aus sich selbst ... noch aus der sogenannten allgemeinen Entwicklung des menschlichen Geistes“ begriffen werden, sondern nur durch die Analyse der „materiellen Lebensverhältnisse“⁷, dann führt eine solche Analyse eben auch zur Erkenntnis der Unvernunft und Unwahrheit

⁵ Vgl. hierzu Feuerbachs Brief an Hegel vom 22. November 1828, in dem er fordert, dass es nun an der Zeit sei, die Idee zu verweltlichen bzw. zu verwirklichen, also die „Inkarnation des Logos“ zu betreiben. In: Werke in sechs Bänden: A. a. O. S. 354. Hegel hat diesen Brief, soviel bekannt ist, nie beantwortet.

⁶ Vgl. G. W. F. Hegel: Grundlinien der Philosophie des Rechts (1821). In: Werke in zwanzig Bänden. Hrsg. v. E. Moldenhauer u. K. M. Michel. Frankfurt 1971. Bd. 7. § 125, 126, S. 236 ff.

⁷ K. Marx: Zur Kritik der Politischen Ökonomie (1859). In: MEW. A. a. O. Bd. 13, S. 8.

des Ganzen und der ihm innewohnenden pragmatischen Systemlogik, die nicht dem Menschen, bzw. der Verbesserung seiner materiellen Lebensverhältnisse dient, sondern nur dem System selbst.

Die Systemlogik ist, streng betrachtet, also pragmatisch in sich selbst, auch wenn Hegel diesen Schluss bekanntlich selbst nicht zog und es seinen Schülern überließ, die von ihm ins Leben gerufenen Systemrationalität in mehr oder weniger pragmatische Programmschriften⁸ zu übersetzen, die in der Tat die Welt veränderten, oder weniger emphatisch ausgedrückt, politische Geschichte geschrieben haben und bis in die Gegenwart schreiben. Nun lässt sich kein politisches Programm zur Realisierung des Vernunft- und Rechtsstaats schreiben, ohne gleichzeitig positiv zu werden. Das bedeutet, dass in der Kritik des Bestehenden als das noch nicht zur Vernunft Gekommene das zur Vernunftkommen durch Veränderung des Bestehenden als Positives immer schon enthalten ist. Dieses hinter jeder Kritik stehende Positive, ob ausdrücklich benannt oder nicht, erfordert notwendig einen Plan zur Umgestaltung bestehender sozialer, politischer und ökonomischer Strukturen, insofern die bestehenden einer Prüfung durch die Vernunft nicht standhalten. Die Qualität eines solchen Plans wird nicht zuletzt an seiner Praktikabilität gemessen werden müssen, d. h. es reicht nicht aus zu zeigen, dass ein nach Vernunftprinzipien geordneter Staat soziale, politische und ökonomische Balance mit sich führt. Zu einem guten Plan gehört, dass man neben dem Ziel auch einen Weg mit entsprechenden Stationen benennen kann und dies bedeutet zugleich, dass man dort anfangen muss, wo man steht. Nur so ist nämlich auch gewährleistet, dass die Aufgabe erfüllt wird, auch wenn Marx sicher ist, dass sich die Menschheit nie Aufgaben stellt, die sie nicht auch lösen kann, „denn genauer betrachtet wird sich stets finden, dass die Aufgabe selbst nur entspringt, wo die materiellen Bedingungen ihrer Lösung schon vorhanden oder wenigstens im Prozess ihres Werdens begriffen sind“⁹.

Mit Blick auf die durch die Industrielle Revolution ausgelöste „Umwälzung“ der Stände- zur Klassengesellschaft überrascht es daher kaum, dass die aus der Hegelschule hervorgehende Praxisphilosophie ihre Verbündeten in den „positiven“ (Natur-)Wissenschaften und dadurch vermittelt im

⁸ Neben dem Manifest der Kommunistischen Partei von 1847/48 in: MEW Bd. 4 wäre vor allem auf Friederich Engels Schrift: Grundsätze des Kommunismus (1847) ebd. zu verweisen, aus der das Manifest im wesentlichen hervorgeht.

⁹ K. Marx: Zur Kritik der Politischen Ökonomie. A. a. O. S. 8.

technischen Fortschritt sah¹⁰. Wenn erst einmal alle Wissenschaften positiv geworden wären, d. h. sich ihrer spekulativen Inhalte entledigt hätten¹¹ und in den Dienst des technischen und gesellschaftlichen Fortschritts getreten wären, würden sich infolge der Umstrukturierung der Arbeit die bestehenden Klassenstrukturen entweder durch Revolution oder schrittweise auflösen. Innerhalb dieses Umstrukturierungsprozesses mögen revolutionäre Bewegungen diesen beschleunigen bzw. auf die Spitze treiben, aber sie lösen ihn nicht aus. Dies besorgt, ganz im Stil der Hegelschen Systemrationalität bzw. Entwicklungslogik, die Dynamik des Systems selbst, dessen Prinzip das Werden ist, wodurch das Bestehende einem permanenten Auflösungsprozess ausgesetzt ist. Vom Standpunkt einer universalistischen Systemphilosophie betrachtet, der sich gerade die systemkritische Praxeologie der Linkshegelianer nicht entziehen kann¹², befindet sich mit dem gesamten System der bürgerlichen Gesellschaft auch der Wissenschaftsbetrieb als eines ihrer Subsysteme in einem permanenten Umbruch, steht also in einem permanenten Ablösungsprozess vom Alten und Traditionalen, und zwar unabhängig davon, ob dies dem Zeitgeist bewusst ist oder nicht. Die Auflösung der Klassengesellschaft ist ihr als existierende eingeschrieben, so wie der technische Fortschritt unweigerlich zu einer Automatisierung der Arbeit und damit zur Intensivierung der Arbeitszeit führt, die dann auch verkürzt werden kann¹³.

Nun haben sich aus der Perspektive des 21. Jahrhunderts, wenigstens in den westlichen Industriegesellschaften, zwar einzelne Klassen, wie etwa das Proletariat oder das Bürgertum, aufgelöst, nichtsdestoweniger blieb die Klassenstruktur der bürgerlichen Gesellschaft insgesamt in ausdifferenzier-

¹⁰ Vgl. dazu: *Materialismus und Spiritualismus. Philosophie und Wissenschaften nach 1848*. Hrsg. v. A. Arndt u. W. Jaeschke. Hamburg 2000.

¹¹ Es heißt in der *Deutschen Ideologie*: „Da, wo die Spekulation aufhört, beim wirklichen Leben, beginnt also die wirkliche, positive Wissenschaft, die Darstellung der praktischen Betätigung, des praktischen Entwicklungsprozesses des Menschen. Die Phrasen vom Bewußtsein hören auf, wirkliches Wissen muß an ihre Stelle treten. Die selbständige Philosophie verliert mit der Darstellung der Wirklichkeit ihr Existenzmedium.“ MEW Bd. 3, S. 27.

¹² Marx bestreitet eine mögliche Affinität seiner Kritik der Politischen Ökonomie mit Hegels Systemlogik bekanntlich sehr entschieden. Vgl. K. Marx: *Nachwort zur zweiten Auflage des Kapitals* (1873). In: MEW Bd. 23. A. a. O. S. 27.

¹³ Ebd. S. 431 ff.

ter Form erhalten¹⁴. Wenn eine der weltweit reichsten Industrienationen wie die Bundesrepublik Deutschland nicht in der Lage ist, einem Drittel ihrer Bürgerinnen und Bürger existentielle Sicherheit zu gewährleisten, dann scheint sich Hegels Wort zu bewahrheiten, dass eine an der Logik der Profitrate sich ausschließlich ausrichtende Ökonomie, die Gesellschaft nie so reich mache, dass keine Armut mehr existieren könne¹⁵. Im Gegenteil: im Zuge der Auflösung nationalökonomischer Strukturen, des immensen Anwachsens internationalen Kapitals und des unbarmherzigen Konkurrenzkampfes auf dem globalen Arbeitsmarkt hat sich auch in den reichen Industrienationen die Zahl der Armen signifikant vergrößert, woraus sich der

¹⁴ Vgl. hierzu eine Studie der TNS Infratest Sozialforschung Berlin im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung, welche die Klassenstruktur der bürgerlichen Gesellschaft in ausdifferenzierter Form darstellt. Danach setzt sich das deutsche Wahlvolk aus folgenden „politischen Typen“ zusammen: Leistungsindividualisten (11%), Etablierte Leistungsträger (15%), Kritische Bildungseliten (9%), Engagiertes Bürgertum (10%), Zufriedene Aufsteiger (13%), Bedrohte Arbeitnehmermitte (16%), Selbstgenügsame Traditionalisten (11%), Autoritätsorientierte Geringqualifizierte (7%) und das abgehängte Prekariat (8%). Vgl. http://www.fes.de/inhalt/Dokumente/061016_Gesellschaft_im_Reformprozess.pdf

Zählt man die durch Arbeitsplatzverlust bedrohte Arbeitnehmermitte zusammen mit den Geringqualifizierten und dem Prekariat, ergibt sich, dass ein Drittel der deutschen Bevölkerung in unsicheren Verhältnissen arbeitet und lebt und etwa 4-5 Millionen Menschen in Armut. Darunter befinden sich laut einer Unicef-Studie 2,8 Millionen Kinder. Vgl. http://www.unicef.de/fileadmin/content_media/presse/fotomaterial/Kinderarmut/Report_Card_RWI_Child_Poverty_in_Germany.pdf

¹⁵ Im Paragraph 245 der Rechtsphilosophie heißt es: „Wird der reicheren Klasse die direkte Last aufgelegt, oder es wären in anderem öffentlichen Eigentum ... die direkten Mittel vorhanden, die der Armut zugehende Masse auf dem Stande ihrer ordentlichen Lebensweise zu erhalten, so würde die Subsistenz der Bedürftigen gesichert, ohne durch die Arbeit vermittelt zu sein, was gegen das Prinzip der bürgerlichen Gesellschaft und des Gefühls ihrer Individuen von ihrer Selbständigkeit und Ehre wäre; oder sie würde durch Arbeit (durch Gelegenheit dazu) vermittelt, so würde die Menge der Produktionen vermehrt, in deren Überfluß und dem Mangel der verhältnismäßigen selbst produktiven Konsumenten gerade das Übel besteht, das auf beide Weisen sich nur vergrößert. Es kommt hierin zum Vorschein, daß bei dem *Übermaße des Reichtums* die bürgerliche Gesellschaft *nicht reich genug* ist, d. h. an dem ihr eigentlichen Vermögen nicht genug besitzt, dem *Übermaße der Armut* und der Erzeugung des Pöbels zu steuern“ (G. W. F. Hegel: Grundlinien der Philosophie des Rechts. A. a. O. S. 390).

Schluss ziehen lässt, dass der technische oder technologische Fortschritt zwar zur Steigerung der Produktivität, aber nicht zur Humanisierung der Arbeitswelt bzw. zu einer Verteilungsgerechtigkeit bezahlter Arbeit beigetragen hat.

Vielleicht ist das Marxsche Programm zur Humanisierung der Arbeitswelt und, von dort ausgehend, zur Humanisierung der bürgerlichen Gesellschaft an seinem sich selbst nicht durchschauenden Wissenschaftspositivismus gescheitert. Warum sollten sich die positiven Wissenschaften in den Dienst eines unbestimmten, abstrakten Allgemeinwohls stellen, wenn ihre Produkte direkt in bare Münze umgewandelt werden können?¹⁶ Vom Ende aus betrachtet ist es inkonsequent zu hoffen, instrumentelle Vernunft von dem System der bürgerlichen Gesellschaft, deren Produkt sie ist, ablösen zu können, um so den von ihr erzeugten technologischen Fortschritt als Werkzeug des Humanisierungsprojekts in Anschlag zu bringen. Wenn nämlich der Fortschritt des instrumentellen Pragmatismus nur durch Ausschluss der moralphilosophischen Reflexionsebene erkaufte wird, dann ist ihm das Inhumane inhärent auch in den Händen des Proletariats, das sich kraft Aneignung der Produktionsmittel und deren effizienter Nutzung zwar „über“ die anderen Klassen „erheben“ mag, aber die Klassenstruktur selbst nicht zum Verschwinden bringt¹⁷.

In Wirklichkeit ist es natürlich nicht so, als wäre der Gesellschaft die Arbeit ausgegangen. Wer heute bezahlte Arbeit hat, muss mehr leisten als noch vor zehn Jahren und dies in doppelter Hinsicht. Einerseits verrichtet der Arbeitnehmer dank technologischen Fortschritts ein doppeltes Arbeitspensum, andererseits bezahlt er für die wegfallenden Arbeitsplätze, indem er jenes Sozialsystem finanziert, das die Nichterwerbstätigen auffängt. Stehen heute in der Bundesrepublik Deutschland schon drei Nichterwerbstätige einem Erwerbstätigen gegenüber, wird sich dieses Verhältnis innerhalb der nächsten zwanzig Jahre weiter verschärfen, so dass es Prognosen gibt, die von einem eins zu fünf Verhältnis im Jahr 2030 sprechen. Insofern die

¹⁶ Auf diesen Umstand macht Max Horkheimer in seiner Programmschrift: *Traditionelle und Kritische Theorie* von 1937 aufmerksam. In: *Kritische Theorie*. Hrsg. v. A. Schmidt. Frankfurt 1972, Bd. II.

¹⁷ So heißt es etwa am Ende des oben bereits zitierten Artikels über Frauen- und Kinderarbeit, dass „die Verbindung von bezahlter produktiver Arbeit, geistiger Bildung, körperlicher Übung und polytechnischer Abrichtung ... die Arbeiterklasse weit über die höheren und mittleren Klassen heben“ werde. In: *Der Vorbote*. A. a. O. S. 151.

Produktions- und Profitrate im gleichen Verhältnis steigt wie die Anzahl der Arbeitsplätze abnimmt, zahlt nicht nur das Heer der Erwerbslosen die Rechnung, sondern jeder verbliebene Erwerbstätige, dessen Lohn sich im Unterschied zu seiner Produktivität eben nicht verdoppelt.

Es war Marx, der die künstliche Verknappung von Arbeitsplätzen als ein Instrument des Kapitals identifizierte, das eingesetzt wird, um erstens den Arbeitsmarkt zu kontrollieren, also die Lohnkosten so gering wie möglich zu halten, und zweitens um die Akkumulation des Kapitals zu befördern¹⁸. Die vom Liberalismus aufgestellte Theorie, dass im Zuge der Kapitalakkumulation der Wohlstand für fast alle als Nebenprodukt miterzeugt werde, wird von Marx bereits in der Mitte des neunzehnten Jahrhunderts als Ideologie demaskiert und ließ sich eigentlich nur in den Jahren des Wiederaufbaus von Europa in der westlichen Hemisphäre verkaufen. Seitdem die Wirtschaftswunderjahre Geschichte sind und dem Import billiger Arbeitskraft bzw. dem Auslagern von Arbeitsplätzen in Niedriglohngelände keine Grenzen mehr gesetzt sind, zeigt der Liberalismus in Form von Armutsberichten, Bildungsstudien und Arbeitslosenstatistiken sein inhumanes Gesicht auch in den sogenannten „reichen“ Industrieländern. Wie kann es sein, fragt sich der gesunde Menschenverstand ein weiteres Mal, dass der „Exportweltmeister“ Deutschland nicht genug Geld hat, um die immer weniger werdenden Kinder angemessen zu unterrichten? Kann es sein, so ließe sich mit Marx dagegen fragen, dass die hohe Produktivität gerade durch die „Züchtung“ eines bildungs- und arbeitsplatzfernen „Prekariats“ erkaufte wird, indem nur in sogenannte „Spitzenforschung“ investiert wird, die sich im Unterschied zu mittelfristigen allgemeinen Bildungsprogrammen sofort amortisiert?

So unmissverständlich Marx die Verknappung von bezahlter Arbeit als Instrument des Profitstrebens darstellte, so undistanziert stand er dem neuen Wissenschaftspositivismus und dem von ihm forcierten technischen Fortschritt gegenüber, die er beide nur einer relativen Ideologiekritik unterzog. Sonst wäre ihm aufgefallen, dass die Automatisierung der Produktion, die eben nur im Zeichen der Effizienz und des Profits steht, auch unter veränderten Verhältnissen nicht notwendig „zur Quelle humaner Entwicklung“ umschlägt¹⁹. Erst wenn die durch Automatisierung erzielte Verkür-

¹⁸ In dem Abschnitt über die Produktion des relativen Mehrwerts bearbeitet Marx diesen Kontext unter dem Titel: Übergang der modernen Manufaktur und Hausarbeit zur großen Industrie. In: Das Kapital. A. a. O. S. 494 ff.

¹⁹ Ebd. S. 514.

zung der Arbeitszeit nicht zu einer gleichzeitigen und gleichmäßigen Verknappung von Arbeitsplätzen führen würde, welches jedoch ein Selbstwiderspruch ist, ließe sich so etwas wie ein Humanisierungspotential der Maschine bescheinigen. Insofern technischer Fortschritt menschliche Handarbeit zunehmend vernichtet, vernichtet er mehr Arbeitsplätze, als er neue schafft und beschleunigt so die Reproduktion von überflüssiger menschlicher Arbeitskraft. Dieser Überschuss an menschlicher Arbeitskraft in Zeiten eines technologischen Überschlags kann unter den Vorzeichen einer globalisierten „Eine-Welt-Ökonomie“ auch nicht durch die Geburtenrückgänge in den westlichen Industriestaaten wettgemacht werden, so dass Armut infolge von Erwerbslosigkeit als unhintergehbare andere Seite des technischen Fortschritts immer mitgesetzt ist.

Dass infolge zunehmender Automatisierung von Arbeit mehr Arbeitsplätze wegfallen als geschaffen werden, ist nun aber kein Zeichen dafür, dass insgesamt weniger gearbeitet würde. Vielmehr wird, verdeckt durch den Begriff der Effizienz, immer mehr gearbeitet, welches sich in steigenden Wachstumsraten niederschlägt, die von zunehmend weniger Beschäftigten in die Höhe getrieben werden. Diese Entwicklung ist der Eigendynamik des kapitalistischen Produktionssystems ebenso geschuldet, wie dessen Tendenz sich auszudehnen, also bestehende Märkte sich einzuverleiben bzw. neue Märkte zu schaffen. Insofern schafft der globale Markt von seiner Gesamttendenz aus betrachtet allenfalls kurzfristig Arbeitsplätze in sogenannten Schwellenländern. Haben sich dort die Märkte erst einmal etabliert und die Arbeitslöhne angepasst, werden auch in diesen neuen Industriegesellschaften sämtliche Rationalisierungsmaßnahmen zu Gunsten der Rendite zur Anwendung gebracht, weshalb in diesen Ländern Armut höchstens vorübergehend und partiell abgebaut wird, sich aber insgesamt verdoppelt. Die Kunst des Kapitalismus, die Profitrate innerhalb von Produktions- und Dienstleistungsprozessen durch In- und Exklusion vom Arbeitsmarkt zu steigern, besteht also auch darin, Armut immer wieder neu zu erzeugen, und zwar erstens um die Löhne niedrig zu halten und zweitens um eine Konsumentenschicht für billige Massenprodukte zur Verfügung stehen zu haben. An der Armut der Menschen lässt sich von hier aus betrachtet in vielfältiger Weise verdienen, auch dann noch, wenn man eine mögliche Sozialfürsorge in Rechnung stellt.

Im Zuge des gleichzeitigen Prozesses der Ausdehnung und Monopolisierung des Kapitals, auch Globalisierung genannt, treten die von Marx genannten Merkmale entfremdeter Arbeit in ungewohnt scharfer Form auch in den reichen Ländern wieder ins Bewusstsein, müssen aber noch durch

ein weiteres Merkmal, nämlich strukturelle Arbeitslosigkeit, ergänzt werden. Nicht nur leidet der Beschäftigte unter dem Arbeitsdruck, Konkurrenzkampf und zunehmender Verdinglichung seines Bewusstseins. Für den Beschäftigungslosen erhöht sich dieser Druck noch insofern, als es ihm, und nicht etwa der Arbeitsmarktpolitik, angelastet wird, keinen Arbeitsplatz zu besitzen. In Wahrheit ist die Verknappung von bezahlter Arbeit jedoch ein strategisches Instrument der Marktkontrolle, ist also auch politisch gewollt, insofern politische Herrschaft und materielle Vorteilsnahme in der bürgerlichen Gesellschaft eine unauflösbare Allianz eingehen. Deshalb schreibt Marx auch eine Kritik der *politischen* Ökonomie, denn hinter einer Politik, die ihre Macht nur als verlängerter Arm der Logik der Profitrate etablieren, erhalten oder ausbauen kann, steht immer auch ein politischer Wille. Das bedeutet, dass die Ökonomie nicht so blind in Bezug auf ihre realen Tendenzen ist, wie es autopoietischen Systemen gern zugeschrieben wird. Insofern sie auch nur ein Teilbereich des Gesamtsystems der bürgerlichen Gesellschaft ist, ist sie von deren Ideologie durchdrungen und tappt nicht bewusstlos in die Armutsfalle des Kapitalismus. Armut, d. h. der Ausschluss einer wie auch immer bezeichneten breiten Bevölkerungsschicht von bezahlter Arbeit, Bildung, Gesundheit und sinnerfüllter Existenzweise, ist daher substantielles Element der bürgerlichen Gesellschaft und in ihr bzw. durch sie auch nicht zu beseitigen²⁰.

Weil die bürgerliche Gesellschaft, getragen und durchdrungen von der Ideologie des Wettbewerbs, notwendig Verlierer, also Armut produziert, muss sie, wie Marx fordert, abgeschafft werden²¹. Denn es ist nicht zu erwarten, dass ein System, das sich durch die Erzeugung und Reproduktion von Armut erhält, diese beseitigen könnte. Im Gegenteil: der permanente Klassenkampf ist der bürgerlichen Gesellschaft eingeschrieben, innerhalb derer wohl Macht- und Eigentumsverschiebungen möglich sind, aber nicht die Auflösung der Klassen bzw. Klassenstruktur. Diese ergibt sich zwar aus der ungleichen Verteilung von Eigentum, aber dieser auf materieller Ungleichheit basierenden Ökonomie geht die Ideologie des Konkurrenzkamp-

²⁰ Auf die Bedeutung eines individuellen, jenseits des Klassenbewusstseins zu verortenden Sinnhorizonts, den Marx allenfalls indirekt in seiner Kritik der entfremdeten Arbeit anspricht, macht insbesondere der späte Marcuse aufmerksam. Vgl. insbesondere: Das Ende der Utopie. Frankfurt 1980.

²¹ In der Deutschen Ideologie spricht Marx von der „Auflösung aller Klassen“ durch eine kommunistische Revolution, die nicht nur notwendig sei, um die herrschende Klasse zu stürzen, sondern um „sich den ganzen alten Dreck vom Halse zu schafffen“ (a. a. O. S. 70).

fes voraus, dessen Regeln, wie Kant schon argwöhnnte, eher dem Dschungel, also dem Tierreich, entstammen als einem auf der Würde des Menschen basierenden Rechtsstaats.

Marx' Forderung, die bürgerliche Gesellschaft bzw. das bürgerliche Konkurrenzsystem abzuschaffen, ist mit Blick auf die von ihr produzierte Armut, die es zu verhindern gilt, einerseits eine logische Schlussfolgerung, andererseits aber auch moralphilosophisch dimensioniert, geht es im Entwurf der klassenlosen Gesellschaft doch vor allem um die Verteidigung der individuellen Würde. Denn die Ordnungsstruktur der bürgerlichen Gesellschaft ist selektiv, d. h. nicht jeder befindet sich im Stand des Bürgers, dessen Würde geschützt ist, sondern nur derjenige, der entweder über Eigentum verfügt oder jedenfalls über Fertigkeiten, die ihm eine selbständige Existenzweise sichern. Damit ist die große Masse der vorindustriellen Tagelöhner, der frühindustriellen Fabrikarbeiter, der spätkapitalistischen Handlanger, der postindustriellen Sozialhilfeempfänger, mit einem Wort die Masse der „Überzähligen“²², die gleichwohl als Reservearmee des Arbeitsmarkts gebraucht werden, um erstens Löhne permanent niedrig zu halten und zweitens, um bei Bedarf kurzfristig eingestellt zu werden, zwar Teil der bürgerlichen Gesellschaft, als zahlenmäßig stärkste Klasse sogar ihr Fundament bzw. ihre Basis. Indem sie aber als „Überzählige“ des Systems faktisch nicht in der Lage sind, im Konkurrenzkampf zu bestehen und daher kaum ihre Existenz sichern, geschweige denn Eigentum erwerben können, gelten sie nicht als Rechtssubjekte, sondern als „Schutzgenossen“²³, womit ein weiteres Merkmal entfremdeter Existenzweise angesprochen wäre, vielleicht das entscheidende. Vom Ende aus betrachtet, d. h. vom Standpunkt einer hoch technologisierten gesellschaftlichen Realität, in der eine natürliche, nicht-entfremdete Existenzweise schlechterdings unmöglich ist - es sei denn, man würde den Krieg aller gegen alle unter sechs Milliarden Menschen riskieren - kann es nämlich nur darum gehen, ob jeder einzelne Mensch als Rechtssubjekt, als Bürger dieser einen Welt in Würde leben kann oder nicht, und zwar unabhängig davon, ob er über einen Arbeitsplatz verfügt oder zur Reservearmee des Arbeitsmarktes gehört.

²² K. Marx: Das Kapital. A. a. O. S. 526.

²³ So Kant in seinem Aufsatz: Über den Gemeinspruch: Das mag in der Theorie richtig sein, taugt aber nicht für die Praxis (1793). In: Kants gesammelte Schriften. Hrsg. v. d. Königlich Preußischen Akademie der Wissenschaften. Berlin 1902-23. Bd. VIII.

Nun könnte man einwenden, dass die bürgerliche Gesellschaft sich wenigstens in Europa einen Rechts- und Sozialstaat zur Seite gestellt hat, der unter dem Prinzip der Rechtsgleichheit auch die Würde des Armen schützt. Nicht umsonst gelte Europa als El Dorado für Immigranten aus weniger entwickelten Weltregionen, die hier wenigstens ihr Recht, wenn nicht Arbeit finden können. In der Tat sind in Afrika, Asien und Osteuropa nicht nur die Arbeitsbedingungen schlechter, sondern häufig auch die Rechtsstrukturen unsicherer und damit der Entfremdungsgrad der Existenzweise höher. Doch die zur Migration zwingende, manchmal bis auf den Hungertod entwirklichte Existenz²⁴ ist nicht Resultat einer „natürlichen“ Entwicklung, wie es die Ideologie der Klassengesellschaft gern behauptet und damit ihr rassistisches Potential offenbart. Das globale und regionale „Prekariat“ ist Resultat der künstlichen Verknappung von bezahlter Arbeit und der systematischen Vernichtung nicht industrialisierter Lebensräume zu Gunsten des Systems, welches die bürgerliche Klassengesellschaft ist.

Schon zu Marx' Zeiten agierte die bürgerliche Klassengesellschaft nicht national, sondern global. Deshalb spricht Marx von der „Großen Industrie“, für die der Nationalstaat nur ein Durchgangsstadium war, um wirtschaftliche Interessen, gestützt durch eine zentrale Verwaltung, effektiver durchsetzen zu können. Im sogenannten globalen Zeitalter geht es nur noch um Standortvorteile, die heute hier, morgen dort sein können, aber nicht mehr national besetzt sind. Insofern haben alle Nationalideologien etwas Rückwärtsgewandtes und sind für das Große Kapital nicht länger interessant. Aber die Klassenstruktur selbst, d. h. die Systemlogik der bürgerlichen Konkurrenzgesellschaft ist unabdingbar für den Aufbau globaler Märkte, und dies bedeutet, dass die Anzahl der „Überflüssigen“, in relativen und absoluten Zahlen betrachtet, steigen wird. Solange der technische Fortschritt im Dienst der Profitrate und der sie stützenden Klassen- bzw. Rassenideologie steht, deren Produkt er wahrscheinlich ist - warum sonst, wenn nicht in Erwartung eines satten Gewinns hätten die Alchemisten den Stein der Weisen finden wollen - solange wird die Automatisierung der Arbeit nicht zur Verbesserung der individuellen Arbeits- und Lebensverhältnisse führen oder gar den Entfremdungsgrad der jeweiligen Existenzweise senken. Denn am Grad der Entfremdung gemessen sind sich die durchschnittlich bezahlt oder unbezahlt arbeitenden Menschen in der globalen Klassengesellschaft alle gleich, und ob eine der Fastfood-Industrie geschuldete Fettsucht vor allem im Reservistenmilieu der reichen Industrie-

²⁴ Vgl. K. Marx: Ökonomisch-philosophische Manuskripte. A. a. O. S. 561.

länder auf eine weniger entfremdete Existenzweise schließen lässt als eine Lebensform, die durch Hungersnöte, Krieg und Flucht gekennzeichnet ist, mag noch dahingestellt sein, auch wenn sicher sein dürfte, dass die Entfremdung von einer natürlichen, sozialen Lebensform in einem Flüchtlingscamp schmerzhafter erfahren wird als im vorstädtischen Wohnblock der Überzähligen.

Liest man Marx' Kritik der politischen Ökonomie nicht nur als Kritik der Nationalökonomie, sondern vor allem als Kritik der „Anatomie der bürgerlichen Gesellschaft“²⁵, also als Kritik eines auf Expansion, Konkurrenz und Selektion beruhenden Wirtschafts- und Sozialsystems, dann dürfte klar sein, dass die bürgerliche Konkurrenzgesellschaft sowenig wie die ihr zuarbeitende Ökonomie der Kapitalakkumulation ins Korsett des Nationalstaats gezwungen werden kann, dessen sie sich immer nur bediente. Die bürgerliche Gesellschaft agiert global und schafft, unterstützt durch regionale Binnenstrukturen, ein globales Klassensystem zwischen West und Ost, Nord und Süd, wodurch sie sich, und eben auch Armut, immer neu reproduziert. Als Verlierer des Wettkampfes innerhalb der globalen Klassengesellschaft sind die Armen und Entrechteten von vornherein vereint in Gestalt eines ungefähr vier Milliarden Menschen umfassenden „Prekariats“, dessen Schwäche vor allem - auch an dieser Stelle lässt sich noch uneingeschränkt mit Marx argumentieren - im Mangel an Klassenbewusstsein besteht. Nun kann die Entfaltung eines solchen Bewusstseins von der Verstrickung des eigenen Schicksals in die globale Klassenstruktur nicht mehr vom Proletariat erwartet werden, das im Zuge des technischen Fortschritts zusammen mit den Arbeitsplätzen in der Industrie verschwand. Und ob die bürgerliche Gesellschaft infolge ihrer neuen Differenzierungskriterien die Kraft hat, selbstemanzipatorisches Potential freizusetzen, das vermutlich nicht die Klassen abschaffen, aber vielleicht in Balance halten könnte, dürfte nicht zuletzt davon abhängen, inwieweit sie die von ihr selbst geschaffene Dynamik, nie reich genug zu sein, um Armut zu verhindern, unter politische, d. i. rechtsstaatliche Kontrolle bringt.

Gelingt der bürgerlichen Gesellschaft der Rechtsstaat und damit die Integration der Überzähligen in den politischen Diskurs, wäre mehr gewonnen als ein die Politikverdrossenheit ersetzendes neues politisches Klassenbewusstsein. Im Bewusstsein ihrer Würde wären die vom Arbeitsmarkt Ausgeschlossenen dennoch in den Kontext eines universalen Humanisierungsprojektes eingebettet, an dem jeder Mensch als Bürger dieser einen

²⁵ K. Marx: Zur Kritik der Politischen Ökonomie. A. a. O. S. 8.

Welt gleichberechtigt partizipiert. Nur unter der Voraussetzung, dass die bürgerliche Gesellschaft im bürgerlichen Rechtsstaat eine ihr ebenbürtige Gegenstruktur vorfindet, sich also nicht nur globalisiert, sondern zugleich als Kosmopolis konstituiert, wird sie die von ihrem blanken Gewinnstreben verursachten Folgeprobleme wie globale Armut, Umwelt- und Kulturzerstörung oder auch eines ausschließlich am Konsum orientierten Massenbewusstseins in den Griff bekommen. Vielleicht liegt der Schlüssel ökonomischer und sozialer Balance ja nicht in der Schaffung neuer Arbeitsplätze, die innerhalb des ökonomischen Konkurrenzsystems und angesichts der technologischen Entwicklungen niemals genug sein werden, um allen Menschen eine angemessene Grundexistenz zu sichern. Vielleicht ließe sich eine Balance innerhalb der globalen Klassengesellschaft dadurch herstellen, dass nicht-bezahlte Arbeit als der eigentliche Kitt des Lohnarbeitersystems entsprechend des von ihr produzierten Mehrwerts entlohnt würde²⁶. Dies wäre kein Gnadentakt gegenüber den Überzähligen, sondern im Grunde genommen die einzig verbliebene Chance der bürgerlichen Gesellschaft, ihre Geschichte noch etwas fortzuschreiben.

Insofern muss das Kommunistische Manifest auch nicht als Grundlegung einer nicht mehr bürgerlichen Gesellschaft gelesen werden, sondern als eine ihrer letzten pragmatischen Verteidigungsschriften. Entweder wird die Logik der Profitrate zu Gunsten einer kosmopolitischen Logik aufgegeben, oder die bürgerliche Klassengesellschaft liefert sich einem Selbstzerstörungspotential aus, das die geschichtliche Zukunft des Menschen gleich mitvernichtet. Einen Vorschein auf solche Realität in Permanenz liefern uns die täglichen Bilder des Welt- und inzwischen auch des Lokalgeschehens. Sie sollten uns Anlass genug sein, nicht nur zu räsonieren, sondern auch tatkräftig zu widersprechen. Denn etwas anderes, als in Widerspruch zum Zeitgeist und zu seinen Subideologien zu treten, kann die Philosophie immer noch nicht, und wird sie wohl auch nie können.

²⁶ Vgl. hierzu vor allem André Gorz: Arbeit zwischen Utopie und Misere. Frankfurt 1999.

Wolfdietrich Schmied-Kowarzik

Der Grundwiderspruch zwischen der Wertlogik des Kapitals und dem Reichtum der Menschen und der Erde

Um das Verhältnis von Politik und Ökonomie zu klären, beginne ich mit einem Hinweis auf Aristoteles und seinen Lehrer Platon. Die Besinnung auf diese philosophischen Anfänge schärft den Blick für die weitere Gedankenentwicklung, die über Hegel und Marx bis in unsere gegenwärtige Problemlage führt.

Gutswirtschaft und Gelderwerbswirtschaft

Aristoteles unterscheidet im ersten Buch seiner *Politik*¹ zwischen der Oikonomia und der Chrematistik. Die Oikonomia, die Haus-, genauer Gutswirtschaft hat die Erhaltung des Gutes als Basis der politischen Selbstständigkeit des Herren, des adligen Bürgers einer Polis im Auge, aber natürlich auch das Wohlergehen aller zum Gut gehörender Personen, der Frau, den Kindern, des Verwalters, der Bauern und der Dienerschaft. Dazu bedarf es einer florierenden Gutswirtschaft, Landwirtschaft und Viehzucht, und zwar nicht nur zu Versorgung und Wohlbefinden der gegenwärtigen Generation, sondern auch für die kommenden Generationen, für den Sohn als kommenden Gutsherren sowie der Versorgung der übrigen Söhne sowie der ausheiratenden Töchter. Daher sind die Nachhaltigkeit des Wirtschaftens und die familiäre Solidarität auch mit den verschwägerten Familien eine selbstverständliche Perspektive für die Oikonomia. (Aristoteles 1253b-1255b)

Demgegenüber steht die Chrematistik, die Gelderwerbswirtschaft, die seit Einführung des Geldes vor ca. 400 Jahren die Grundfesten der griechischen Polisgemeinschaften und die Sicherheit der Oikonomia immer wieder und immer radikaler bedroht. Denn die Chrematistik ist nicht wie die Oikonomia auf den nachhaltigen Fortbestand des Gutes und das Wohlergehen der zum Gut gehörenden Personen bezogen, um so die wirtschaftlichen Fundamente der Polis zu sichern, sondern ihre Logik zielt auf die Vermehrung des Geldvermögens, also einen unendlichen Akkumulationsprozess, der alle solidarischen und nachhaltigen Zielsetzungen durchbricht, ihnen widerstreitet, ja sie zersetzt und zerstört. „Die Kaufmannskunst [...] scheint sich um das Geld zu drehen. Denn das Geld ist das Element und die Grenze

¹ Aristoteles, *Politik*, übers. u. hrsg. von Olof Gigon, München 1973.

des Umsatzes. [...] Die Hausverwaltung (Oikonomia) dagegen, die nicht diese Erwerbskunst (Chrematistik) ist, hat eine Grenze. Denn dieser Reichtum ist ja nicht ihre Aufgabe. Insofern scheint es denn, daß jeder Reichtum eine Grenze haben müsse. In Wirklichkeit sehen wir aber das Gegenteil: alle, die sich mit Erwerb befassen, vermehren ihr Geld ins Unbegrenzte.“ (Aristoteles 1257a-b)

Daher sinnt Aristoteles auf Mittel, wie die Politik die Chrematistik bändigen und zügeln kann. Dazu gehört zum einen, dass die Händler und Kaufleute als Träger der Geldwirtschaft keine Polis-Bürger werden dürfen, sie bleiben als Banausen aus der Polis ausgeschlossen. Nur diejenigen Neugutsbesitzer, die sich zehn Jahre lang aller Handelsgeschäfte enthalten haben, dürfen als freie politische Bürger in eine Polis aufgenommen werden. (Aristoteles 1329a-b) Zum anderen muss sich die Polis das Recht vorbehalten, jene Händler und Kaufleute, die durch ihre Geldakkumulation zu mächtig werden – beispielsweise wenn sie eine die Polis insgesamt bedrohende Monopolstellung bei der Gold- und Silbergewinnung erlangen –, gegen Entschädigung enteignen zu können, wobei die Polis die Schürfrechte dann wieder an mehrere Interessenten veräußern kann und soll. Denn – und das ist Aristoteles gegen seinen Lehrer Platon sehr wichtig – am Prinzip der Privatinitiative muss festgehalten werden, da das private Interesse ein unentbehrlicher Motor der wirtschaftlichen Grundlage einer florierenden und expandierenden Polis ist. (Aristoteles 1263a)

Platon zur gerechten Polis

Damit sind wir an dem Punkt angelangt, von dem aus die radikalere Ökonomiekritik von Platon in den Blick kommen kann. Für Platon wird es – wie er in der *Politeia*² ausführt – solange keine gerechte Polis geben, solange die Privatinteressen fortbestehen, die die gegenwärtigen Poleis dominieren – seien diese nun von der unbegrenzten Geldvermehrung der Chrematistik oder an dem nachhaltigen Familienerbe der Oikonomia oder den individualisierten Egoismen der Demokratie oder den Machtinteressen einzelner Tyrannen her motiviert. (Platon 589a-592b) Daher sieht Platon allein in einer radikalen revolutionären Umwälzung, einer *betabolē*, durch die das politische Prinzip der Gerechtigkeit über die ökonomischen Privatinteressen die Oberhand gewinnt, die einzige konkret-utopische Hoffnung für die Polisgemeinschaft und für die Menschheit schlechthin. Bevor nicht Philoso-

² Platon, *Der Staat*, übers. von Friedrich Schleiermacher, bearb. von Dietrich Kurz, Darmstadt 1971.

phen, sittliche Männer und Frauen, vom Prinzip der Gerechtigkeit aus die politischen Geschehnisse einer Polis in die Hand nehmen, „eher gibt es keine Erholung von dem Übel für die Staaten [...] und ich denke auch nicht für das menschliche Geschlecht“. (Platon 473b-e)

Politik und Ökonomie bei Hegel

Machen wir nun einen Sprung über zweitausend Jahre hinweg. Hier begegnet uns die gleiche Fragestellung erneut, jedoch auf der Grundlage der geschichtlich vorangeschrittenen ökonomisch-politischen Probleme und in dialektischer Ausdifferenzierung bei Hegel und Marx.

Hegel versucht in seiner *Rechtsphilosophie*³ – mit Rückbezug auf Adam Smith – dem Problem des Verhältnisses von Politik und Ökonomie in einer strukturellen Dialektik in den Griff zu bekommen:

Auf der Basis der ursprünglichen Sittlichkeit der Familie, die in den Verhältnissen von Mann und Frau, Eltern und Kindern die Grundlage und das Erneuerungszentrum aller Sittlichkeit darstellt, erhebt sich die grundsätzlich zerrissene Sittlichkeit der Erwerbswirtschaft, die politische Ökonomie der bürgerlichen Gesellschaft. Hier steht jeder allein auf seine Subsistenz bezogen in Konkurrenz gegen jeden anderen. Allerdings stellt sich hinter dem Rücken der individuell handelnden Arbeiter und Unternehmer die abstrakte Allgemeinheit des Marktes ein, die Not und Gewalt der Abhängigkeit aller von allen. „Der selbstsüchtige Zweck in seiner Verwirklichung, so durch die Allgemeinheit bedingt, begründet ein System allseitiger Abhängigkeit, daß die Subsistenz und das Wohl des Einzelnen [...] nur in diesem Zusammenhange wirklich und gesichert ist.“ (Hegel, Rph. § 183, VII 340)

Entscheidend aber ist, dass diese individuelle Konkurrenz und die blinden Gesetze des Marktes zwangsläufig und unaufhebbar zu immer wiederkehrenden und sich verstärkenden Widersprüchen führen (Rph. § 236), und zwar gerade dort, wo sich die bürgerliche Gesellschaft, d.h. die Erwerbs- und Marktwirtschaft im blühenden Progress des Wachstums befindet, ist sie doch nicht reich genug, die selbst erzeugte Armut und Arbeitslosigkeit zu steuern. „Es kommt hierin zum Vorschein, daß bei dem *Übermaße des Reichtums* die bürgerliche Gesellschaft *nicht reich genug* ist, d.h. an dem ihr

³ Georg Wilhelm Friedrich Hegel, *Grundlinien der Philosophie des Rechts*, (Werke Bd. VII), Frankfurt a.M. 1970.

eigentümlichen Vermögen nicht genug besitzt, dem Übermaße der Armut und der Erzeugung des Pöbels zu steuern.“ (Hegel, Rph. § 245, VII 390)

So ergibt sich, dass die Zerrissenheit der bürgerlichen Marktwirtschaft aufgrund ihrer immanenten Widersprüchlichkeit unaufhebbar zerrissen bleibt, lediglich den ärgsten Spitzen schreienden Unrechts und existentieller Abstürze kann entgegengewirkt werden, sowohl von Seiten des Staates her durch eine vorausplanende Wirtschaftspolitik und durch Schaffung sozialer Netze einer sozialen Marktwirtschaft als auch von Seiten der Arbeiter und Unternehmer her durch Schaffung von Selbsthilfeorganisationen – Interessenvertretungen und Vorsorgeversicherungen.

Gerade weil die Zerrissenheit der ökonomischen Sphäre niemals überwindbar ist, bedarf es nach Hegel der strukturell versöhnenden Sittlichkeit des Staates, dessen politische Aufgabe es ist zum Wohle des einzelnen und der Allgemeinheit das Ganze nachhaltig zu erhalten. Der moderne, d.h. der nachrevolutionäre Staat gründet auf dem Prinzip der Anerkennung der politischen Freiheit und Gleichheit jedes einzelnen Bürgers und kann daher von jedem Bürger – ob reich oder arm – erwarten als gemeinsame Handlungseinheit anerkannt zu werden. „Das Prinzip des modernen Staates hat diese ungeheure Stärke und Tiefe, das Prinzip der Subjektivität sich zum *selbständigen Extreme* der persönlichen Besonderheit vollenden zu lassen, und zugleich es in die *substantielle Einheit zurückzuführen* und so in ihm selbst diese zu erhalten.“ (Hegel, Rph. § 260, VII 407)

Hegel, der in seiner gesamten Philosophie des objektiven Geistes nicht von den menschlichen Subjekten her denkt, sondern von den objektivierten Institutionen, sieht im Staat das höchste nicht mehr zu überhöhende kollektive Handlungssubjekt. Ihm, dem Staat, stehen jedoch noch andere Staaten als weitere politische Handlungssubjekte gegenüber, mit denen jeder Staat in einem Naturzustand des Krieges aller gegen alle steht, der unaufhebbar bleibt – wie Hegel polemisch gegen Kants „Idee des ewigen Friedens“ (Rph. § 333) ausführt. Daher wird gemäß der strukturellen Dialektik noch eine höhere versöhnende Gestalt notwendig, die Hegel im Weltgeist der Geschichte erblickt. Der Weltgeist der Geschichte erweist sich als Weltgericht über die entstehenden und vergehenden Völker und Staaten und ihrem Beitrag zur freien, geistigen Bewusstwerdung. Aber die Weltgeschichte ist kein politisches Handlungssubjekt mehr, weder die einzelnen Staaten noch Staatenbünde können Geschichte gestalten wollen, sondern die Weltgeschichte vollzieht sich an ihnen und über sie hinweg als Weltgericht, als

„der Fortschritt im Bewußtsein der Freiheit, den wir in seiner Notwendigkeit zu erkennen haben“ (Hegel, *Philosophie der Geschichte*, XII 32).⁴

Dialektik der gesellschaftlichen Praxis

Gerade hier setzt die Kritik von Marx an Hegel in den *Ökonomisch-philosophischen Manuskripten* (1844) an.⁵ Nicht der Weltgeist ist Subjekt der Geschichte, sondern die in ihren Arbeiten und in ihrer Praxis aufeinander angewiesenen Menschen, die selbst wiederum angewiesen und einbezogen sind in die Produktivität der Natur. (Marx 40, 577) Ihre noch ausstehende Freiheit ist Ziel der Geschichte, für diese menschliche Emanzipation, ihre Selbstbefreiung, haben die Menschen gegen die entgegenstehenden Widernisse anzukämpfen.

Überhaupt wandelt Marx die strukturelle Dialektik Hegels allererst in eine geschichtliche um. Die Zerrissenheit der ökonomischen Sphäre, die Hegel so treffend analysiert, ist keine unaufhebbare Zerrissenheit der menschlichen Erwerbstätigkeit, sondern sie ist die Zerrissenheit, Entfremdung, Verkehrung der gegenwärtigen, historisch hervorgebrachten kapitalistischen Produktionsweise. Sie kann daher geschichtlich überwunden werden, weil prinzipiell allem menschlichen Leben eine potentiell unentfremdete gesellschaftliche Produktion der Individuen als natürliche und soziale Lebenserhaltung und -gestaltung zugrunde liegt. Auch die kapitalistische Produktionsweise ist auf die Lebenserhaltung arbeitender Menschen im Stoffwechsel mit der Natur und in sozialer Regeneration und Erneuerung angewiesen, aber in der Verkehrtheit der entfremdeten Arbeit wird jeder als individuell Arbeitender auf sich zurückgetrieben und dadurch sowohl von der Gesellschaft als auch von der Natur entfremdet. „Die entfremdete Arbeit macht also: 3. das *Gattungswesen des Menschen*, sowohl die Natur als sein geistiges Gattungsvermögen, zu einem ihm *fremden Wesen*, zum *Mittel* seiner *individuellen Existenz*. Sie entfremdet dem Menschen seinen eignen Leib, wie die Natur außer ihm, wie sein geistiges Wesen, sein *menschliches Wesen*.“ (Marx 40, 517) Durch das gesellschaftlich bewusstlose Handeln der Individuen werden Verhältnisse hervorgebracht, die die arbeitenden Menschen immer mehr fremdbestimmen, sie ökonomischen Systemzwängen unterwerfen, die sie zunehmend nicht mehr und Kontrolle haben und denen sie hilflos ausgeliefert scheinen.

⁴ Wolfdietrich Schmied-Kowarzik, *Bildung, Emanzipation und Sittlichkeit. Philosophische und pädagogische Klärungsversuche*, Weinheim 1993.

⁵ Karl Marx, zit. nach Marx/Engels *Werke* (MEW), Berlin 1956 ff. Bd. 40.

Erst dort, wo die arbeitenden Menschen sich ihrer Entfremdung bewusst werden, können sie in revolutionärer Praxis, die sie entfremdenden Verhältnisse umwälzen, um ihr soziales Zusammenleben solidarisch und ihren lebenserhaltenden Stoffwechsel mit der Natur ökologisch zu gestalten. Vor dieser praktisch-geschichtlichen Aufgabe sind wir – nach Marx – gegenwärtig gestellt. Die versöhnte Sittlichkeit, die Hegel strukturell bereits im modernen Staat erfüllt sah, muss nach Marx erst durch eine revolutionäre Umwälzung der kapitalistischen Produktionsweise erkämpft werden. „In der gegenwärtigen Epoche hat die Herrschaft der sachlichen Verhältnisse über die Individuen, die Erdrückung der Individualität durch die Zufälligkeit, ihre schärfste und unverstellteste Form erhalten und damit den existierenden Individuen eine ganz bestimmte Aufgabe gestellt. Sie hat ihnen die Aufgabe gestellt, an die Stelle der Herrschaft der Verhältnisse und der Zufälligkeit über die Individuen die Herrschaft der Individuen über die Zufälligkeit und die Verhältnisse zu setzen.“ (Marx 3, 424)⁶

Die Kritik der politischen Ökonomie

Die Konturen dieser geschichtlichen Dialektik entwickelt Marx bereits in den *Ökonomisch-philosophischen Manuskripten* zur Kritik der Nationalökonomie von 1844 und sie bilden die Grundlage all seiner weiteren Arbeiten, aber von 1859 an mit dem Beginn seines umfassenden Projekts einer *Kritik der politischen Ökonomie* ändert Marx die Strategie seiner Analyse: Um den arbeitenden Menschen die praktisch unabweisliche Notwendigkeit einer revolutionären Umwälzung der bestehenden kapitalistischen Produktionsweise deutlich zu machen, hält er der negativen Logik des Kapitalismus den Spiegel ihrer negativen Theorie vor, zeigt immanent auf, dass die absolutgesetzte Wertlogik die Grundlagen allen gesellschaftlichen Reichtums: die Arbeit und die Erde ruinieren, da sie die Arbeiter ausbeutet, wo sie sie braucht und wegwirft, wo sie sie nicht mehr braucht und die Natur ausplündert, wo sie Nutzen aus ihr ziehen kann und zerstört zurücklässt, vergiftet, wo sie ihr nutzlos ist. „Antizipation der Zukunft [im Sinne von Festschreibung] – wirkliche Antizipation – findet überhaupt in der Produktion des Reichtums nur statt mit Bezug auf den Arbeiter und die Erde. Bei beiden kann durch vorzeitige Überanstrengung und Erschöpfung, durch Störung des Gleichgewichts zwischen Ausgabe und Einnahme, die Zukunft

⁶ Wolfdietrich Schmied-Kowarzik, Die Dialektik der gesellschaftlichen Praxis. Zur Genesis und Kernstruktur der Marxschen Theorie, Freiburg/München 1981.

raltiter antizipiert und verwüstet werden. Bei beiden geschieht es in der kapitalistischen Produktion.“ (Marx 26/3, 303)

Durchaus auf die klassische Ökonomie eines Adam Smith und David Ricardo aufbauend hat Marx in kritischer Absicht die Geheimnisse der kapitalistischen Wertlogik gelüftet und gezeigt, wie sie all ihre Kraft aus der Arbeit zieht und dies doch vor sich selbst und vor der Welt zu verheimlichen vermag und wie sie die Natur, die Erde, unentdeckt ausplündern kann, ohne auch nur ein Gran Wert auf sie zu verschwenden – für die Arbeitskraft muss das Kapital immerhin noch Lohn zahlen, die Naturkräfte bekommt sie umsonst.⁷

Die Marxsche Arbeitswertlehre ist hinlänglich bekannt: Aller Wert kommt aus der kapitalistisch verwerteten Arbeit, beständig wird aus der in den Kapitalverwertungs- und -akkumulationsprozess einbezogene Arbeit Mehrwert ausgesaugt, insoweit der Lohn der Arbeitskraft nur einen Bruchteil des Werts der geleisteten Arbeit ausmacht. Da die Wertlogik dieses Geheimnis ihrer Wertvermehrung vor sich selbst verheimlicht, erscheint ihr die Mehrwertproduktion als reine Selbstverwertung des Kapitals, die in den Verwertungsprozess geworfen auf unerklärliche Weise Junge wirft. (Marx 23, 189)

Anders verhält es sich mit der Ausplünderung des Reichtums der Erde und ihrer Verwandlung in Wert. Zunächst ist die Natur überall zum Nulltarif zu haben. Rohstoffe, Naturkräfte, natürliche Wachstumsprozesse haben in den Augen der Wertökonomie keinerlei Wert. In die Rohstoffkosten gehen zunächst allein die Arbeitskosten ihrer Gewinnung, ihres Transports, ihrer Pflege, ihrer Veredelung ein sowie allenfalls noch die Arbeitskosten der Entsorgung ihrer Abfälle. Also zunächst geht der Reichtum der Natur in jedweder Form nicht als Natur, sondern nur in Arbeitsaufwand verwandelt in die Wertrechnung ein.⁸

Sekundär zeigt sich dass hier aber noch ein zweiter Faktor einbezogen werden muss, den Marx unter „Grundrente“ analysiert – ein Kapitel, das Friedrich Engels fälschlicherweise in den dritten Band des *Kapital* mit einbezogen hat. Die Grundeigentümer bestimmter Rohstoffquellen oder bestimmter fruchtbarer Böden oder Naturkräfte oder die Patentbesitzer über

⁷ Wolfdietrich Schmied-Kowarzik, *Das dialektische Verhältnis der Menschen zur Natur. Philosophiegeschichtliche Studien zur Naturproblematik bei Karl Marx*, Freiburg/München 1984.

⁸ Hans Immler/Wolfdietrich Schmied-Kowarzik, *Marx und die Naturfrage. Ein Wissenschaftsstreit*, Hamburg 1984.

bestimmte Herstellungsprozesse sowohl physikalischer, chemischer oder heutzutage auch biologischer Verfahren ziehen aus dem Surplusprofit ihrer privilegierten Monopolstellung eine Grundrente. „Die Naturkraft ist nicht die Quelle des Surplusprofits, sondern nur eine Naturbasis desselben, weil die Naturbasis der ausnahmsweise erhöhten Produktivkraft der Arbeit. So ist der Gebrauchswert überhaupt Träger des Tauschwertes, aber nicht seine Ursache. Derselbe Gebrauchswert, könnte er ohne Arbeit verschafft werden, hätte keinen Tauschwert [Wert], behielte aber nach wie vor seine natürliche Nützlichkeit als Gebrauchswert. (Marx 25, 659) Wie der Monopolwert des Bodens, der Rohstoffe, der Naturkräfte aus der Differenz der Grundrenten berechnet werden können, muss uns hier nicht weiter interessieren.⁹

Fassen wir kurz in einem vorläufigen Fazit zusammen: Die Wertlogik des Kapitals hat zwar Heißhunger nach Mehrwert abwerfender Arbeit, aber die lebendigen Arbeiter sind ihr völlig gleichgültig, sie stößt sie aus dem Arbeitsprozess aus, wo sie den im gesellschaftlichen Durchschnitt differential erforderlichen Mehrwert nicht mehr abwerfen. Die Natur, deren Reichtümer und Kräfte das Kapital für ihren Akkumulationsprozess sehr wohl braucht, geht als Natur nicht in die Wertrechnung ein, sie steht zum Nulltarif zur Verfügung. Wohl aber gehen in die Wertrechnung einerseits die Arbeitskosten der Rohstoffgewinnung, der Bodenbebauung, Abfallbeseitigung ein und andererseits die Surplusprofite der Monopole der Grundbesitzer von Naturressourcen und Patentbesitzer über Naturprozesse.

Entscheidend aber ist, dass die Wertlogik des Kapitals nie und nirgends an den Lebensbedingungen der arbeitenden Menschen oder an den lebensnotwendigen ökologischen Kreisläufen interessiert ist, sondern einzig und allein an der Mehrwertproduktion, an der Verwertung des Werts und der Akkumulation des Werts - also an der Chrematistik.

Genauso wie das inzwischen globalisierte Kapital die Arbeiter ausstößt, die ihm nicht genügend Mehrwert abwerfen, hinterlässt es eine ausgeplünderte und vergiftete Natur, wo ihr die Arbeitskosten zu hoch und der Surplusprofit zu gering wird. Die kapitalistische Wertökonomie hat zwar auch Heißhunger auf die gänzlich „wertlosen“ Naturquellen, aber nur dort, wo diese einen Surplusprofit aus Monopolvorteilen abwerfen - daher der Run nach Patenten, der Erschließung des Monopols für genmanupulierte Anbausorten, Düngemittel und physikalische, chemische und biologische

⁹ Hans Immler/Wolfdietrich Schmied-Kowarzik (Hg.), *Natur und marxistische Werttheorie. Dokumentation einer interdisziplinären Arbeitstagung* (Kasseler Philosophische Schriften 23), Kassel 1988.

Naturprozesse, die einerseits Erträge steigern, jedoch andererseits zugleich einen Surplusvorteil vor der Konkurrenz gewähren.

Ökologische Naturkreisläufe interessieren die Wertökonomie nicht. Naturquellen werden ausgeplündert, solange die Arbeitskosten zu ihrer Erschließung nicht im Differenzial zu hoch werden. Wie die Natur dabei zurückgelassen wird, ist der Wertlogik egal. Was aus dem Lebensraum vieler Menschen und Tieren wird – was kümmert es die chrematistische Logik des Kapitals, dass die brasilianischen Urwälder einmal abgeholzt zu Wüsten werden, dass auf den Feldern Nigerias und Ecuadors Ölschlamm zurückbleibt, dass Gebiete um Tschernobyl oder in Sibirien oder im Eismeer um Murmansk für Jahrhunderte, ja Jahrtausende verseucht sein werden. Selbst der Aufschrei, der jüngst von Großbritannien aus um die Welt ging, dass es in einigen Jahrzehnten als Folge der industriell erzeugten Klimakatastrophe auch zu einem globalen Zusammenbruch der kapitalistischen Finanzmärkte kommen werde – schlimmer als 1929 –, durch den nicht nur ungeheure Mengen von Kapitalwerten vernichtet werden – mitsamt den Kapitaleignern, aber auch Millionen von arbeitenden Menschen, die in den Ruin gestoßen werden –, dies alles lässt die Wertökonomie kalt, denn sie hat dafür – für durch sie verursachte menschliche Katastrophen in jedweder Form – kein Sensorium. Allenfalls wird sie dafür Sorge tragen, dass sie Kapitalwerte rechtzeitig in Anlagen parkt, von denen aus sie in dem danach beginnenden Neuaufbau – mit ungeheuren Profiten – reinvestiert werden können.

Natürlich gibt es staatliche Eingriffe und Bewegungen von unten, die – wie dies treffend Hegel zeigte – die brutalsten Verarmungsprozesse der arbeitenden Menschen und die ärgsten ökologischen Katastrophen abfangen und abmildern können, aber niemals können diese sozialen Bewegungen einerseits – die Landlosenbewegung in Brasilien und die Inseln ökologischen Anbaus sowie die Aktionen von Greenpeace – oder staatlich rechtliche Maßnahmen zur Sozialhilfe oder zum Klimaschutz andererseits den Widerspruch zwischen der Wertlogik des Kapitals und den natürlichen und sozialen Lebensinteressen der Menschen aufheben.

Dies eben wollte Marx uns mit der *Kritik der politischen Ökonomie* klarmachen, indem er die negative Logik des Kapitals immanent in ihrer Negativität bloßlegte – billiger als durch eine revolutionäre Umwälzung des Kapita-

lismus ist die Selbstbefreiung der Menschen zum Menschen und die Versöhnung des Menschen mit der Natur nicht zu haben.¹⁰

Thesen mit Blick auf die Zukunft

(1) Auf die Wertlogik lässt sich keine sozialistische Gesellschaft oder ökologisch-solidarische Politik aufbauen. Die Marxsche *Kritik der politischen Ökonomie* ist keine kritische Ökonomie, sondern Negation der Negation der Wertökonomie, indem sie die Negation von Mensch und Natur durch die Wertökonomie aufdeckt. Damit zielt sie auf die politische Aufklärung der Betroffenen, indem sie sichtbar macht, dass – wenn es um ihre Befreiung geht – kein Weg an einer revolutionären Umwälzung der Diktatur der Wertlogik, der Dominanz der Chrematistik, vorbeiführt. (Platon – Marx)

(2) Nun reicht aber die *Kritik der politischen Ökonomie*, die Negation der Wertökonomie und die Kritik des von der Wertökonomie angerichteten Zerstörungswerk allein, wie einige Vertreter der Kritischen Theorie meinten, keineswegs aus, wir müssen auch Alternativen entwickeln und erproben. Um diese Alternativen denken und experimentieren zu können, dürfen wir jedoch nicht bei der Wertökonomie ansetzen, sondern müssen auf die widerständigen Residuen (Henri Lefebvre) zurückgreifen, die in unserer natürlichen und sozialen Lebensgrundlage gründen, um von ihnen her die konkret-utopischen (Ernst Bloch) Alternativen zu antizipieren.

Erst aus dem Zangengriff der Kritik des Schlecht-Bestehenden, an den entwerteten Lebensverhältnissen der arbeitenden Menschen und den drohenden ökologischen Katastrophen einerseits und den konkret-utopischen Alternativentwürfen und -versuchen andererseits, kann eine wirklich revolutionäre Gegenbewegung erwachsen, die sich ihres geschichtlichen Verantwortungshorizonts bewusst ist.

(3) Die Basis der Alternativen kann nicht in der kapitalistischen Wertökonomie gesucht und gefunden werden, sondern allein in der gesellschaftlichen Produktion des gesellschaftlichen Lebens, die selber wiederum einbezogen ist in einen ökologischen Stoffwechselprozess mit der Produktivität der Natur. Alle Versuche den Widerstand gegen den Kapitalismus allein von der Lebensverbesserung der Lohnarbeiter her anzusetzen, greifen zu kurz. Die Alternative zur Wertökonomie muss von der Gesamtheit der ar-

¹⁰ Wolfdietrich Schmied-Kowarzik, *Kritische Theorie und revolutionäre Praxis. Konzepte und Perspektiven marxistischer Erziehungs- und Bildungstheorie*, Bochum 1988.

beitenden Menschen gedacht werden und zu den arbeitenden Menschen gehören alle, die an der Produktion und Reproduktion menschlichen Lebens im Kontext der Naturproduktivität beteiligt sind.

Ich erinnere hier beispielhaft an Friedrich Engels *Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates* (1884) oder an das Buch des französischen Ethnologen Claude Meillassoux *Die wilden Früchte der Frau. Über häusliche Produktion und kapitalistische Wirtschaft* (1976). Um Alternativen menschlichen Lebens zu denken, müssen all jene Arbeiten mit einbezogen werden, die das gesellschaftliche Leben und die Menschheit regenerieren, erneuern und in ihren Zusammenleben humanisieren – und die allesamt durch die innere Globalisierung der wertökonomischen Vereinnahmung zerstört, degeneriert und fremdgesteuert werden.

(4) Ebenso kann es bei der Problematik der Naturzerstörung nicht nur darum gehen, die bestehenden und fortentwickelten Industrieprozesse sauberer zu machen, d.h. die kapitalistischen Unternehmen durch rechtliche Maßnahmen zu zwingen, die durch ihre Produktion entstandenen Umweltschäden zu bereinigen, sondern wir müssen das Mensch-Naturverhältnis viel grundsätzlicher in ihrer gegenwärtigen Entfremdetheit bedenken – wie dies Marx in Rückbezug auf Schelling und Feuerbach ansatzweise in den *Ökonomisch-philosophischen Manuskripten* konzipiert hat.

Auch die gegenwärtige Formbestimmtheit von Naturwissenschaft und Technik ist entfremdend und „entmenschend“. Dem entgegen kommt es darauf an den Menschen als einbezogen in die Naturproduktivität und die Natur als Moment der Humanisierung zu denken. Wird die Industrie „daher als *exoterische* Enthüllung der menschlichen *Wesenskräfte* gefasst, so wird auch das *menschliche* Wesen der Natur oder das *natürliche* Wesen des Menschen verstanden, daher die Naturwissenschaft ihre abstrakt materielle oder vielmehr idealistische Richtung verlieren und die Basis der *menschlichen* Wissenschaft werden, wie sie jetzt schon – obgleich in entfremdeter Gestalt [!] – zur Basis des wirklichen menschlichen Lebens geworden ist“. (Marx 40, 543) Dann wird es – wie Marx sagt – nur noch eine Wissenschaft und Industrie geben, die Mensch und Natur ökologisch und solidarisch zugleich umfasst. (Marx 40, 544)

(5) Weder eine kommunistische Gesellschaft noch eine solare Technologie – von der Elmar Altvater schwärmt¹¹ – können uns allein aus sich heraus aus der negativen Wertlogik des Kapitals befreien, sondern nur eine

¹¹ Elmar Altvater, *Das Ende des Kapitalismus wie wir ihn kennen. Eine radikale Kapitalismuskritik*, Münster 2005.

politische revolutionäre Bewegung, die – wie der junge Marx es formulierte – die menschliche Emanzipation intendiert. Marx ist mit dieser utopischen Perspektive kaum weiter gegangen als Platon, aber er hat uns deutlich gemacht, dass nur über diese Dialektik ein sittliches Überleben der Menschheit erkämpft werden kann.

Mit diesen Hinweisen geht es mir nicht darum einem Zurück hinter die wissenschaftlich-technischen Errungenschaften der Gegenwart das Wort zu reden, sondern darum in der gesellschaftlichen Arbeit und ihrer Einbindung in die Naturproduktivität die Basis aufzuzeigen, von der her sowohl die Kritik an den verkehrten Verhältnissen als auch die Perspektive ihrer revolutionären Überwindung immer wieder neu antizipierend entworfen und praktisch versucht werden muss.

(6) Nur von beiden zusammen: der konkret-utopischen Antizipation und der Kritik an den Verkehrungen der wertgetriebenen Ökonomie kann die Aufklärungsarbeit der Menschen über ihre geschichtliche Verantwortung erwachsen, die Aufhebung des Kapitalismus einzuleiten. Auch um die Aufhebung zu denken und voranzutreiben, brauchen wir unsere ganze konkret-utopische Kraft der Antizipation. Denn Aufhebung meint nicht Abschaffung des Geldes, des Kapitals, der Wissenschaft, der Technik – überwunden soll nur die Negation der Negation werden, d.h. die Diktatur der Wertökonomie über Mensch und Natur. Zielperspektive aller politisch-revolutionären Praxis muss immer die Diktatur einer solidarisch-ökologischen Produktion über die Verrechnungsinstrumente sein, um der Erhaltung der lebensbegründenden Natur und der Steigerung der humanen Lebensqualität willen.¹²

Daher möchte ich mit einem Zitat von Marx aus dem 3. Band des *Kapital* schließen: „Vom Standpunkt einer höheren ökonomischen Gesellschaftsformation wird das Privateigentum einzelner Individuen am Erdball ganz so abgeschmackt erscheinen wie das Privateigentum eines Menschen an einem anderen Menschen. Selbst eine ganze Gesellschaft, eine Nation, ja alle gleichzeitigen Gesellschaften zusammengenommen, sind nicht Eigentümer der Erde. Sie sind nur ihre Besitzer, ihre Nutznießer, und haben sie als *boni patres familias* den nachfolgenden Generationen verbessert zu hinterlassen.“ (Marx 25, 784)

¹² Wolfdietrich Schmied-Kowarzik, Denken aus geschichtlicher Verantwortung. Wegbahnungen zur praktischen Philosophie, Würzburg 1999.

Harald Lemke

Was ist Praxologie? Von Marx über die Kritische Theorie zu einer Philosophie der Praxis

Anlässlich der vom Berliner Akademie Verlag übernommenen Fortsetzung der Marx-Engels-Gesamt-Ausgabe sprach Axel Honneth davon, dass der in Marx' frühen Schriften enthaltene praxisphilosophische Ansatz neu zu entdecken sei, um ihn für eine zeitgenössische Sozialphilosophie fruchtbar zu machen.¹ In einer scharfen Replik auf diesen Vorschlag kritisiert Horst Müller an dem intersubjektivitätstheoretischen Ansatz der von Honneth vertretenen Sozialphilosophie gerade die systematische Vernachlässigung des Praxisbegriffs. Denn gemessen an einer systematischen Beschäftigung mit der Praxis sehe Müller in dem fraglichen Diskursfeld einen „philosophisch-tektonischen Bruch zwischen auseinanderdriftenden Theorieplateaus: und zwar zwischen einer Frankfurter Theorielinie, von der anscheinend vor allem der große kritische Gestus geblieben ist, und der bislang eher zerstreuten und abgedrängten europäischen Traditionslinie einer Philosophie der Praxis, deren Potentialität brach liegt.“ Angesichts dieser Situation kommt Müller zu dem Schluss, dass es darauf ankäme, das „völlig Neue des mit Marx in die Welt gekommenen Praxiskonzepts weiter herauszuarbeiten.“² Ich möchte mich nicht in diesen Streit der Schulen einmischen; stattdessen möchte ich diese Debatte zum Anlass nehmen, an die – von beiden Parteien übereinstimmend – aufgeworfene Frage nach dem praxisphilosophischen Potential des Marx' Denkens anzuknüpfen. Mit anderen Worten: Lässt sich etwas „völlig Neues“ in dem mit Marx in die Welt gekommenen Praxiskonzept ausmachen? Ist Marx als Praxisphilosoph neu zu entdecken? Oder wäre zumindest mithilfe von Marx eine völlig neue Philosophie der Praxis als Praxologie denkbar, die unabhängig von einer intersubjektivitätstheoretisch orientierten Sozialphilosophie und auch unabhängig von der traditionellen Praxisphilosophie eine praxologische Transformation des Marxismus zu einem neuen Praxismus vorbereitet?

Ich werde zur Beantwortung dieser Fragen zunächst die von der Frankfurter Theorielinie abweichende These aufstellen, dass das völlig Neue, das

¹ Axel Honneth, Aus der Werkstatt eines kritischen Gelehrten, Frankfurter Rundschau, 13. März 1999

² Horst Müller, Praxisphilosophie oder Intersubjektivitätstheorie? Replik zur Erhellung eines philosophischen Grundlagenproblems (<http://www.praxisphilosophie.de/honneth.pdf>)

mit Marx in die Welt gekommen ist, nicht die radikale Gesellschaftskritik war, sondern das kritische Denken einer anderen, besseren Lebenspraxis. Was es heute an Marx' Philosophie neu zu entdecken gilt, hat mit dem Sachverhalt zu tun, dass sie nicht nur die bestehende kapitalistische Gesellschaft kritisiert, sondern über die theoretische Kritik hinaus auch die konkrete Utopie einer möglichen *gesellschaftsverändernden Praxis* oder *Freiheitspraxis* denkt. Mit dieser ›Neuigkeit‹ wird freilich nicht die (wenig plausible) Behauptung aufgestellt, Marx sei ein ausgewiesener, systematischer Theoretiker des guten Lebens und Philosoph der Freiheit gewesen. Das, was sich in seinen Schriften an konkreten Äußerungen zur revolutionären Praxis, zu besseren Lebensverhältnissen und zum „Reich der Freiheit“ finden lässt, ist zweifelsohne sehr gering und fragmentarisch. Dennoch beinhaltet das Marxsche Denken nicht jene Weigerung, etwas über ›das richtige Leben‹ und eine ›bessere Praxis‹ zu sagen, die sich – in einer bemerkenswerten, bislang aber wenig problematisierten Abweichung zu Marx – in der weiteren Entwicklung unter kritischen Theoretikern und marxistischen Philosophen ausbreitete und heute immer noch für den „großen kritischen Gestus“ des linken Diskurses sorgt.

Theoretisch vertagte Praxis

Von dem sicherlich tiefsten Utopie-Theoretiker, Ernst Bloch, stammt die Feststellung, dass sich „mehr als neun Zehntel“ des Marxschen Werkes von der Auseinandersetzung mit dem „Kältestrom“ unserer Zeit: d.h. von der theoretischen Kritik der kapitalistischen Herrschaftsverhältnisse und ihrer Funktionsweise der Ausbeutung und Unterwerfung der Massen, geprägt ist.³ Angesichts der elendigen Lebensbedingungen der arbeitenden Bevölkerung in der frühen Phase der Industrialisierung und zu Zeiten von Karl Marx steht außer Zweifel: Wie schon Kant, so lebte Marx in einem „Zeitalter der Kritik“ (Kant), das einen theoretischen Kritizismus herausfordert.⁴ Angesichts der historischen Notwendigkeit und des inhaltlichen Ausmaßes einer philosophischen Gesellschaftskritik speist nur ein Bruchteil von Marx' Werk den „Wärmestrom eines utopischen Denkens“ (Bloch). Wegen des enormen Ungleichgewichts zwischen Kritik und Utopie wird, so Bloch, die in Hinsicht auf gesellschaftliche Veränderung und revolutionäre Praxis unentbehrliche „Durchdenkung von humaner Teleologie“ – d.h. die philosophische Bestimmung der höchsten Güter, die Frage nach

³ Ernst Bloch, *Das Prinzip Hoffnung*, Frankfurt/M 1959: 724

⁴ Vgl. Oskar Negt, *Kant und Marx. Ein Epochengespräch*, Göttingen 2005

dem richtigen Leben und der konkreten Gestalt einer besseren Welt – in Marx' Werk vernachlässigt.⁵

Die Tatsache, dass sich Marx' Schriften nur in einem geringen Maße mit der theoretischen Konkretisierung eines besseren Lebens und der leitenden Idee einer freien und gerechten Gesellschaft beschäftigt haben, erfuhr stets eine Interpretation, wonach aus den bestehenden falschen Verhältnissen heraus darüber, wie eine bessere Welt aussehe, keine theoretischen Aussagen getroffen werden könnten und auch nicht getroffen werden sollten, weil diese Aussagen zwangsläufig von den vorherrschenden Wertvorstellungen und Denkgewohnheiten <kontaminiert> wären. Ein solcher Negativismus oder Skeptizismus gegenüber einem theoretischen Bild vom besseren Leben hat sich nach Marx und im philosophischen Marxismus des 20. Jahrhunderts vor allem die Kritische Theorie von Horkheimer und Adorno und sogar – entgegen aller offenbaren Differenzen – auch die praktische Philosophie von Habermas zueigen gemacht. Obwohl die praxisphilosophische Einsicht, die Habermas dazu bewog, sich von Adornos und Horkheimers sozialphilosophischen Negativismus zu distanzieren, die Frage nach den normativen Grundlagen der Kritik und mithin den theoretischen Aufweis einer vernünftigen Praxis betraf⁶ – den Habermas schließlich in der praktischen Vernunft eines kommunikativen Handelns glaubte gefunden zu haben –, besteht schließlich auch er auf einer „begründete(n) Enthalt-samkeit“ gegenüber konkreten Antworten auf die praxische (emanzipatorische, revolutionäre) „Frage nach dem <richtigen Leben>“.⁷ Weil Habermas in diesem, dem zweifelsohne fundamentalsten Punkt eines revolutionären Humanismus tatsächlich die Kritische Theorie von Adorno und Horkheimer fortsetzt, kann durchaus von einer „Frankfurter Theorielinie“, d.h. von einer antipraxisphilosophischen Kontinuität zwischen einer <älteren Kritischen Theorie> und einer <Kritischen Theorie der zweiten Generation> gesprochen werden. Der akademische Diskurs der Linken, der gewöhnlich eine unüberbrückbare Diskrepanz von Horkheimer und Adorno gegenüber

⁵ Ernst Bloch, *Geist der Utopie*, Frankfurt/M 1959: 203

⁶ Seyla Benhabib, *Kritik, Norm und Utopie. Die normativen Grundlagen der Kritischen Theorie*, Frankfurt/M 1992

⁷ Jürgen Habermas, *Begründete Enthalt-samkeit. Gibt es postmetaphysische Antworten auf die Frage nach dem <richtigen Leben>?*, in: Ders., *Die Zukunft der menschlichen Natur*, Frankfurt/M 2005, 11-33; Ders., *Zum pragmatischen, ethischen und moralischen Gebrauch der praktischen Vernunft*, in: *Erläuterungen zur Diskurs-ethik*, Frankfurt a. M. 1991, 100-118.

Habermas' Positionen hervorgekehrt, macht sich diese ebenso grundsätzliche wie bedenkliche Übereinstimmung offenbar nicht klar.

In einem Text aus den frühen 70er Jahren, in welchem Horkheimer auf das praxisphilosophische Selbstverständnis einer Kritischen Theorie eingeht, wird explizit das absolut Undenkbare eines besseren und ethisch-politisch richtigen Lebens postuliert. Im Rückblick auf die *Dialektik der Aufklärung* schreibt Horkheimer: „Wir waren uns klar, und das ist ein entscheidendes Moment in der Kritischen Theorie von damals und von heute: wir waren uns klar, dass man diese richtige Gesellschaft nicht im vornhinein bestimmen kann. Man konnte sagen, was an der gegenwärtigen Gesellschaft das Schlechte ist, aber man konnte nicht sagen, was das Gute sein wird, sondern nur daran arbeiten, dass das Schlechte schließlich verschwinden würde.“⁸ Im fragwürdigen Rückgriff auf das Alte Testament und das Bilderverbot des jüdischen Glaubens verteidigt der Philosoph und kritische Aufklärer Horkheimer – und selbstverständlich in voller Übereinstimmung mit Adorno – einen *zum Grundsatz erhobenen* Widerwillen, nicht auch das Gute, sondern nur das Schlechte zu denken. Zu diesem dogmatischen Negativismus erläutert Horkheimer damals: „Darunter verstehen wir: ‘Du kannst nicht sagen, was das absolut Gute ist, du kannst es nicht darstellen.’“ Und er fügt hinzu: „Damit komme ich zurück auf das, was ich vorher schon sagte: wir können die Übel bezeichnen, aber nicht das absolut Richtige. Menschen, die in diesem Bewusstsein leben, sind mit der Kritischen Theorie verwandt.“ (ebd., 168) Die bewusste Weigerung der Kritischen Theoretiker, das (unnötig verabsolutierte) Gute und Richtige zu bestimmen, ist sicherlich am bekanntesten geworden durch Adornos Diktum und Fatum, „es gibt kein richtiges Leben im falschen“.⁹

Gegen den theoretischen Negativismus und dessen zwangsläufig absoluten Kritizismus der kritischen Theorie von Marx bis Habermas haben sich (von Bakunin bis Bloch) von je her Praxistheoretiker zur Wehr gesetzt. Selbst Horkheimer stand ursprünglich für eine praxisphilosophische Position ein. In dem programmatischen Aufsatz zur *Traditionellen und Kritischen Theorie* verkündet Horkheimer mit großer praxisphilosophischer Geste: „Die kritische Theorie erklärt: es muß nicht so sein, die Menschen können

⁸ Max Horkheimer, *Kritische Theorie gestern und heute*, in: Ders., *Gesellschaft im Übergang*, Frankfurt/M 1972: 164

⁹ Theodor W. Adorno, *Minima Moralia. Reflexionen aus dem beschädigten Leben*, Frankfurt/M 1951: 43

das Sein ändern, die Umstände dafür sind jetzt vorhanden.“¹⁰ Doch trotz der seitdem immer wieder einmal in Angriff genommenen Versuche, sich dem Problem einer inhaltlichen Bestimmung konkreter Alternativen und Praxisformen eines besseren Lebens zu stellen¹¹, herrscht auch heute noch eine praxisphilosophische Leere und Enthaltensamkeit gegenüber einer kritischen Theorie des richtigen und guten Lebens vor. Der britische Politologe John Holloway, der sich als einer der „letzten hoffnungsvollen Marxisten“ bezeichnet, bringt die gegenwärtige Orientierungslosigkeit und die theoretische Hoffnungslosigkeit des utopischen Denkens zur Sprache: „Nicht die Blindheit der Menschen gegenüber der Grauenhaftigkeit des Kapitalismus führt zum Verlust der Hoffnung auf eine menschlichere Gesellschaft, vielmehr scheint es einfach nichts anderes zu geben, an dem man sich orientieren könnte, kein Anderssein zu dem man sich hinwenden könnte.“¹² – Doch praxisphilosophische Resignation gegenüber einem transformativen Geist der Utopie sowie Blochs berechtigter Forderung einer „Durchdenkung von humaner Teleologie“, so möchte man sagen, steht angesichts des Elends und des Schlechten unserer Welt und ihrer realen Veränderungsmöglichkeiten nicht an. An wen und an was aber kann man sich wenden bei der Frage nach dem Anderssein einer ‚besseren Welt‘, eines ‚besseren Lebens‘? Was sind die Perspektiven einer Transformation der gesellschaftlichen Praxis?

Utopisches Denken

Damit kann die anfangs gestellte Frage nach dem „völlig Neuen“ der Marxschen Praxisphilosophie wieder aufgegriffen werden. Denn entgegen der verbreiteten (und im linken Diskurs über Jahrzehnte fraglos akzeptierten) Auffassung herrscht bei Marx keine dogmatische Utopieaskese. Rufen wir uns in Erinnerung, dass sich Marx intensiv auf die Vertreter kommunistischer

¹⁰ Horkheimer, *Kritische Theorie gestern und heute*: 44

¹¹ Beispiele der letzten Zeit: Ulrich Beck, *Macht und Gegenmacht im globalen Zeitalter. Neue weltpolitische Ökonomie*, Frankfurt/M 2002; John Holloway, *Die Welt verändern, ohne die Macht zu übernehmen*, Münster 2003; Antonio Negri / Michel Hardt, *Empire. Die neue Weltordnung*, Frankfurt/M New York 2003; Jean Ziegler, *Die neuen Herrscher der Welt und ihre globalen Widersacher*, München 2003; Elmar Altwater, *Das Ende des Kapitalismus wie wir ihn kennen. Eine radikale Kapitalismuskritik*, Münster 2006; Heinz Dieterich, *Der Sozialismus des 21. Jahrhunderts. Wirtschaft, Gesellschaft und Demokratie nach dem globalen Kapitalismus*, Berlin 2006

¹² Holloway, *Die Welt verändern, ohne die Macht übernehmen*, Münster 2003: 19

tischer und sozialistischer Utopien seiner Zeit bezieht und sich darin als ein Praxisphilosoph zu erkennen gibt. Die konkreten Entwürfe einer ‹anderen besseren Welt› und einer ‹revolutionären Lebenspraxis›, die beispielsweise von den utopischen Sozialisten Saint-Simon und Charles Fourier oder auch von dem Briten Richard Owen stammen, werden von Marx gewürdigt: „Sie haben“, so Marx, „höchst wertvolles Material zur Aufklärung der Arbeiter geliefert. Ihre positiven Sätze über die zukünftige Gesellschaft, zum Beispiel Aufhebung des Gegensatzes von Stadt und Land, der Familie, des Privatenerwerbs, der Lohnarbeit, die Verkündigung der gesellschaftlichen Harmonie, die Verwandlung des Staates in eine bloße Verwaltung der Produktion.“¹³ Wie nur irgendein Dokument legt das von Marx verfasste *Manifest der kommunistischen Partei* keine falsche Enthaltensamkeit gegenüber einer kritischen Theorie des richtigeren Lebens an den Tag. Marx weigert sich keineswegs, genauer anzugeben, was ‹das Gute› wäre. Im Gegenteil legt er die humane Teleologie, von der Bloch spricht, in Form von revolutionären Zwecken und Zielsetzungen „vor der ganzen Welt offen“, an denen sich die Kritik der bestehenden kapitalistischen Verhältnisse orientiert, um „dem Märchen vom Gespenst des Kommunismus ein Manifest der kommunistischen Partei entgegenzustellen.“ (ebd., 461) In den vor aller Welt offen ausgesprochenen kommunistischen Positionen und Idealen werden nicht nur kritische Reflexionen und ausgefeilte Negativismen formuliert, sondern greifbare Bilder des Richtigen entworfen und ganz konkrete Forderungen gestellt.¹⁴ Es ließen sich zahlreiche Belege dafür anführen, dass Marx' Hoffnung auf eine bessere Welt – um die Metapher des kommunistischen Manifests zu benutzen – nicht gespenstisch inhaltslos bleibt. Die utopischen Bilder, die er entwirft, gehen weit über jene abgegriffenen Leerformeln wie „die Assoziation freier Individuen“, „die freie Entwicklung eines jeden ist die Bedingung für die freie Entwicklung aller“ oder „jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen“ hinaus. Kurz: Von konkreten Bestimmungen, was man sich unter dem (besseren) Leben in einer „kom-

¹³ Karl Marx / Friedrich Engels, Das Manifest der Kommunistischen Partei, MEW 4: 491

¹⁴ Unter anderem werden ganz konkrete agrarpolitische Forderungen einer „Verbesserung der Ländereien nach einem gemeinschaftlichen Plan“ erhoben, die sich aus den Kriterien einer umwelt- und sozialgerechten Agrikultur ableiten. Außerdem wird ein Recht auf Arbeit „für alle“ („besonders für den Ackerbau“) deklariert. Mit der Forderung einer „allmählichen Beseitigung des Unterschieds von Stadt und Land“ und einer „öffentlichen und unentgeltlichen Erziehung aller Kinder“ nehmen Marx und Engels im *Manifest der kommunistischen Partei* sogar inhaltliche Vorstellungen der vormarxistischen Utopisten auf.

munistischen Gesellschaft“ vorzustellen habe und wofür man als „Komunist“ in grundsätzlichen ebenso wie in alltäglichen Dingen Partei ergreifen sollte, sieht Marx keineswegs ab.

Wenn Marx die Utopisten und Praxistheoretiker seiner Zeit nicht nur lobt, sondern auch kritisiert, dann nicht wegen ihres ernst zu nehmenden Anliegens, die radikale Infragestellung des vorherrschenden falschen Lebens durch die konkreten Inhalte eines möglichen richtigen Lebens zu fundieren. Marx wendet sich gegen die ‹bürgerlichen Philanthropen› lediglich, insofern sie unzureichende Forderungen vortragen oder unrealistischen Träumereien anhängen. „Sie träumen noch immer“, so sein Urteil, „die versuchsweise Verwirklichung ihrer gesellschaftlichen Utopien, Stiftung einzelner Phalanstère, Gründung von Home-Kolonien, Errichtung eines kleinen Ikariens – Duodeztausgabe des neuen Jerusalems –, und zum Aufbau aller dieser spanischen Schlösser müssen sie an die Philanthropie der bürgerlichen Herzen und Geldsäcke appellieren.“¹⁵ Die gesellschaftstheoretischen Defizite der gutherzigen Sozialutopien des Bürgertums sieht Marx unter anderem darin, dass ihre ökonomischen Voraussetzungen nicht in deren globalen Ausmaß und Verstrickung mit dem Kapitalismus erfasst werden. Mit dieser Abgrenzung gegenüber insularen Glücksidyllen wächst freilich die Notwendigkeit, den Unterschied zwischen den philanthropischen Traumschlössern seiner bürgerlichen Zeitgenossen und der Utopie einer besseren Praxis, die Marx' ‹wissenschaftlichem Sozialismus› vor-schwebt, verständlich zu machen.

Praxologische Differenz

Damit komme ich zum zweiten Teil meiner Ausführungen und der Frage nach dem Marxschen Praxisbegriff. Entgegen der geläufigen Auffassung, dass Karl Marx der Praxisdenker par excellence sei, lautet gewissermaßen meine praxologische Marx-These: Zwar hat Marx den Begriff „Praxis“ häufig gebraucht und mit ihm die Welt philosophisch interpretiert; doch er hat *Praxis als solche* nie wirklich gedacht. Es kommt aber darauf an, dies endlich zu tun.

Die These, dass Marx und in der Folge der ganze Marxismus nie wirklich ‹Praxis› als *Praxis* (praxologisch) gedacht hat, stützt sich auf den Sachverhalt, dass er den griechischen Terminus *Praxis* nicht in seinem ursprünglichen Sinne, wie ihn die aristotelische Philosophie systematisiert, begreift.

¹⁵ Marx / Engels, Das Manifest der Kommunistischen Partei, MEW 4: 491

Insofern sind die vielen Interpretationen, die für Marx' Praxis-Verständnis gerade einen aristotelischen Ursprung behaupten, irreführend.

Im Rahmen dieses Beitrags ist für eine umfassende Darstellung der aristotelischen Praxisphilosophie kein Raum. Hier müssen einige (sehr schematische) Anmerkungen dazu genügen, dass Aristoteles den Terminus *Praxis* in erkenntnistheoretischer und moralphilosophischer Hinsicht der *Theoria* gegenüberstellt, um durch diesen Theorie-Praxis-Gegensatz die Sphäre des Denkens (des Theoretischen) von der Sphäre des Tuns (des Praktischen) abzugrenzen. Darüber hinaus gebraucht Aristoteles den Ausdruck *Praxis*, um innerhalb des Praktischen zwei Handlungstypen oder Tätigkeitsweisen zu unterscheiden: Handlungen der Praxis versus Handlungen der *Poiesis*. *Poiesis* wird gewöhnlich mit Herstellen, Hervorbringen, Produzieren oder Arbeiten übersetzt im Sinne einer gegenständlichen Tätigkeit, d.h. einer Gegenstände herstellenden oder irgendwelche Resultate erzeugenden Arbeit. Bei herstellenden, poetischen Handlungen ist der eigentliche Zweck des Tuns das Hergestellte und nicht das herstellende Tun selbst. Das Tun selbst ist notwendig nur als ein Mittel für den Zweck des hergestellten Werkes oder Arbeitsprodukts. Insofern durch die *Poiesis* etwas gegenständlich, produktartig Seiendes entsteht, hat diese handlungstheoretische Systematik auch ontologische Implikationen. Ein Herstellen ist nicht nur eine Handlung, sondern zugleich auch ein Hervorbringen von Sein (Gegenständen, Werke, Produkte, Arbeitsleistungen). Die Tatsache, dass Aristoteles schließlich seiner wirkungsmächtigen Metaphysik das Modell einer herstellenden Seinserschaffung zugrunde legte, erklärt den enormen Einfluss einer poetischen Ontologie in der abendländischen Ideengeschichte. Die darauf zurückzuführende Dominanz eines gegenständlichen Seinsdenkens ist auch der Grund dafür, warum die spezifische Ontologie der Praxis nie richtig in den Blick kam.

Doch grenzt Aristoteles von der *Poiesis* eines (irgendetwas) Herstellens, von poetischen Tätigkeiten einen anderen und damit unsubstituierbaren Handlungstyp ab¹⁶, bei dem der Zweck des Tuns nicht von dem Vollzug dieses Tuns getrennt ist. In diesem Fall ist das Hervorgebrachte gerade nichts Gegenständliches, sondern dieses Tun selbst und ein aufgrund dieses

¹⁶ Praxis und *Poiesis* sind untereinander unsubstituierbar, weil, wie Aristoteles sieht, „keines im anderen enthalten ist. Denn weder ist ein Handeln Herstellen noch ein Herstellen Handeln.“ (Nikomachische Ethik, 1140a1-5) Vgl. Herbert Schweitzer, Zur Logik der Praxis. Die geschichtlichen Implikationen und die hermeneutische Reichweite der praktischen Philosophie des Aristoteles, Freiburg/München 1971

Tuns bewirktes Sein. Diesen *spezifischen* Handlungstyp eines selbstzwecklichen Tätigseins bezeichnet Aristoteles nun als *Praxis*. Praxis in ihrer ontologischen Bedeutung als eine Weise des Seinshervorbringens zu denken, heißt „Praxis“ als *Tätigsein* und eine tätig hervorgebrachte, erwirkte Wirklichkeit als praxisches Sein zu begreifen: Eine solche praxologische Philosophie der Praxis im Sinne eines selbstzwecklichen Tätigseins und eine grundbegriffliche Spezifikation des *Praxischen*, das sich nur auf praxische Tätigkeiten bezieht, gegenüber „dem Praktischen“, das sowohl praxische als auch poietische als praktische Handlungen umfasst, findet sich bei Marx nicht und auch nicht bei dem tiefgründigen Seinsdenker Heidegger oder bei Heidegger-Marxisten wie Lukács und Marcuse.¹⁷

Dasjenige Praxis-Verständnis, welches Praxis als Tätigsein denkt und das praxische Tätigsein in ihrer grundlegenden Differenz zur Poiesis und zu jeder Art von poietischen Handlungen begreift, nenne ich Praxologie. Dann können wir von dem skizzierten handlungstheoretischen wie ontologischen Unterschied zwischen der Poiesis des Herstellens oder Arbeitens einerseits und der Praxis eines Tätigseins (bzw. Sein als Tun) andererseits auch als *praxologische Differenz* sprechen.

Zur These, dass Marx kein Praxisdenker war

Hat man sich diese systematischen Differenzierungen klargemacht, treten die praxologischen Defizite des Marxschen Praxisbegriffs deutlich hervor. Wenn Marx von „Praxis“ und „praktischer Selbstbetätigung des Menschen“ spricht, dann denkt er nicht wirklich an Praxis, d.h. nicht an Praxis-Tätigkeiten in dem genannten praxologischen Sinne, sondern an poietisches Tun, an eine herstellende oder, wie es bei Marx durchgängig heißt, an Praxis als einer „gegenständlichen Tätigkeit“. Ein paradigmatisches Modell dieser gegenständlichen Tätigkeit sieht Marx in der „Arbeit“, insofern er darunter ein Gegenstände und Produkte erzeugendes, Werke oder Waren produzierendes Tun vor Augen hat. Indem er diese gesellschaftliche Poiesis als „gesellschaftliche Praxis“ begreift, entgeht Marx die praxologische Differenz dieser grundverschiedenen und unsubstituierbaren Handlungen bzw.

¹⁷ Zwar denkt Heidegger Poiesis ontologisch als eine Weise des Seinshervorbringens, aber dies nicht in systematischer Abgrenzung zur Praxis als einer anderen (praxologischen) Weise des Seinshervorbringens. Vgl. Martin Heidegger, *Frage nach der Technik*, Pfullingen 1962; Georg Lukács, *Zur Ontologie des gesellschaftlichen Seins*, Neuwied 1972; Herbert Marcuse, *Hegels Ontologie und die Theorie der Geschichtlichkeit*, Frankfurt/M 1968

Seinshervorbringungen. Dadurch setzt er Praxis undifferenziert mit Poiesis gleich. Der Grund für diese folgenreiche Abstraktion ist offenkundig: Ein abstrakter oder poietologischer Praxisbegriff reicht Marx, um das „praktische Sein des Menschen“ von der Hegelschen Philosophie des „Bewusstseins“ abzugrenzen. In seiner intensiven Auseinandersetzung mit Hegels Bewusstseins-Idealismus rekurriert Marx nicht auf die besagte Praxis-Poiesis-Differenz, sondern auf den (gegenüber der praxologischen Differenz indifferenten) Praxis-Theorie-Gegensatz der metaphysischen Tradition. Dementsprechend entwickelt sich das Marxsche und in der Folge das marxistische Praxisdenken gerade nicht aus der praxologischen Rezeption der aristotelischen Praxisphilosophie, sondern aus der Kritik an Hegels Geist-Bewusstseins-Metaphysik (die sich auf der aristotelischen Ontologie der Poiesis aufbaut). Marx macht sich klar, dass das Leben des Menschen „nicht etwa eine bloße abstrakte Tat des ‘Selbstbewusstseins’, Weltgeistes oder sonst eines metaphysischen Gespenstes [ist], sondern eine ganz materielle, empirisch nachweisbare Tat, eine Tat, zu der jedes Individuum, wie es geht und steht, ißt, trinkt und sich kleidet, den Beweis liefert.“¹⁸

In diesem lebensweltlichen Sinne verdichtet sich die Kritik des philosophischen Materialismus am traditionellen Idealismus im Begriff der Praxis, der gleichgesetzt wird mit einem Tun im Gegensatz zum Bewusstsein. Marx hat bei seiner Rede von „Praxis“ und „dem praktischen Sein der Menschen“ primär den sehr allgemeinen und abstrakten Sachverhalt im Sinn, dass sie ihre Geschichte und ihre Lebensverhältnisse „selbst gestalten“, so dass ihre Geschichte und Lebensweise – wie ihr Gehen und Stehen, Essen und Trinken und Kleiden etc. – nichts anderes sind als das Resultat der „gesellschaftlichen Praxis“. Weil Marx diese „gesellschaftliche Praxis“ als eine „sinnlich-praktische“, „gegenständliche Tätigkeit“ begreift, durch die sich die Menschen ihre Geschichte und ihr Naturverhältnis erarbeiten, wendet er seine Poietologie der Praxis auch anthropologisch: Die poietische Anthropologie des historischen Materialismus oder Marxismus denkt daher „den gegenständlichen Menschen, den wahren, weil wirklichen Menschen, als Resultat seiner eigenen Arbeit“.¹⁹ – Der praxologische Gedanke, dass das wahre, weil wirkliche Menschsein auch das Resultat eines nicht-gegenständlichen, praxischen Tätigseins ist, bleibt bei Marx grundbegrifflich unberücksichtigt. Gleichwohl lässt sich diese poietische Anthropologie und Poietologie der Praxis dem Anschein nach problemlos im Sinne der traditionellen marxisti-

¹⁸ Marx, Deutsche Ideologie, MEW 3: 46

¹⁹ Marx, Ökonomisch-philosophische Manuskripte, MEW Ergänzungsband 1: 574

schen ›Praxisphilosophie‹ ausdrücken. In kritikloser Übereinstimmung wiederholt der ›Praxis‹-Theoretiker Gajo Petrovic: „Der Mensch ist, nach Marx, dasjenige Seiende, das auf die Weise der Praxis ist.“²⁰

Der poietologische Sinn des Marxschen Praxisbegriffs

Fassen wir zusammen: Abstrakt (praxologisch undifferenziert), d.h. in bloßer Abgrenzung zur idealistischen Bewusstseinsphilosophie (und deren Anthropologie eines geistigen Menschseins als dem wahren, wirklichen Menschsein) betrachtet, trifft es zweifelsohne zu, dass „menschliche Praxis“ beziehungsweise das „praktische Wesen des Menschen“ und mithin „die ganze sogenannte Weltgeschichte nichts anderes als die Erzeugung des Menschen durch die menschliche Arbeit“ ist.²¹ Wenn Marx diese Selbsterzeugung alles menschlichen Seins durch Arbeit als „Praxis“ bezeichnet, dann denkt er die Art und Weise, wie der Mensch sich und seine Welt schafft, ausschließlich als Poiesis. In einem poietologischen Sinne spricht die Marxsche Philosophie von „Praxis“ und rubriziert unter diesem Begriff unterschiedslos jegliches Tun.

Eine solche grundbegriffliche Undifferenziertheit nährt freilich einen terminologischen Duktus, der viel Zauber um das Praxiskonzept macht, ohne dass damit sonderlich viel erklärt werden könnte. Seine Erklärungskraft erschöpft sich in der Erkenntnis, dass die Menschen und nicht der Weltgeist oder Gott ihre Geschichte machen und durch ihr eigenes Tun ihre Lebensverhältnisse gestalten und deshalb diese ›praktisch‹ verändert werden können. Mit anderen Worten: Das Neue des mit Marx in die Welt gekommenen Praxiskonzepts ist, dass es sehr abstrakt bleibt und Praxis nicht wirklich (praxologisch) als Praxis denkt. Während Marx Hegels Bewusstseinsphilosophie radikal zurückweist, lebt in seinem poietologischen Praxisbegriff ein affirmativer Hegelianismus fort, dessen subjektphilosophische Prämissen verhindern, dass er menschliches oder gesellschaftliches Sein nicht-gegenständlich und praxologisch, d.h. nicht nur als das Produkt und Objekt eines erkennenden *oder* arbeitenden Subjekts denkt, sondern auch als Wirklichkeit eines selbstzwecklichen Tätigseins. Insofern beinhaltet auch

²⁰ Gajo Petrovic, Praxis und Sein, In: Praxis - A philosophical Journal, Nr. 1, Zagreb 1965

²¹ Marx, Ökonomisch-philosophische Manuskripte, MEW Ergänzungsband 1: 541

eine praxologische Revision des Marxismus eine fundamentale Kritik an dessen subjektphilosophischen Prämissen.²²

Am Rande sei hervorgehoben, dass die Zurückweisung der modernen Subjektphilosophie in der jüngsten Vergangenheit von einer theoretischen Differenzierung innerhalb des traditionellen Praxisbegriffs geprägt ist: Neben Bourdieu (Praxeologie), Gramsci (Praxisphilosophie) und Habermas (Universalpragmatik, Verständigungspraxis) wären dafür auch Foucault (diskursive Praktiken) und Butler (Performativität) oder die Cultural Studies (kulturelle Praktiken) zu nennen. Diese neuen Praxistheorien zeichnen sich gegenüber der traditionellen marxistischen Poietologie der ‹Praxis› und deren subjektphilosophischen Prämissen darin aus, dass gesellschaftliche Realität nicht länger ausschließlich als Resultat einer gegenständlichen Tätigkeit bzw. der ökonomischen Produktionsverhältnisse gedacht wird. Stattdessen werden auch praktische Realitäten und Seinsweisen reflektiert, die nicht durch Arbeit und Poietiken, sondern durch diverse (soziale, kulturelle, diskursive, somatische, etc.) Praktiken und Faktoren des Praktischen zustande kommen. Damit eröffnen sich der Philosophie post-poietologische (und mithin postmarxistische) Kategorien, die neben der Poiesis (der ‹Praxis›) menschliche Praxis-Wirklichkeiten begreifbar machen, die nicht poietisch verfasst sind. Insofern diese Ansätze lediglich das handlungstheoretische Verständnis des Praktischen differenzieren, ohne jedoch die spezifische ontologische Dimension der Praxis (im Sinne einer Praxologie des Tätigseins) zu berücksichtigen, bleibt dabei die praxisphilosophische Reflexion auf der Ebene eines Praktizismus, für den Praxis gleichbedeutend ist mit Praktiken und der das Praktische pragmatisch (im Sinne des Pragmatismus) denkt.

Das Glück der Praxis, das Gute freier Tätigkeiten

Eine „völlig neue“ Philosophie der Praxis als Praxologie lässt sich erst dann denken und wenigstens im Ansatz bei Marx entdecken, wenn ein weiterer Aspekt des aristotelischen Praxisverständnisses systematisch einbezogen wird. Dieser Aspekt liefert den Schlüssel für eine echte praxisphilosophische Bestimmung des besseren Seins, für eine kritische Theorie des guten Lebens, von der sich auch Marx implizit, als veritabler Praxisdenker,

²² Vgl. Habermas, *Der philosophische Diskurs der Moderne*, Frankfurt/M 1986. Während Habermas (und Honneth) die Kritik der subjektphilosophischen Prämissen mit der Notwendigkeit einer intersubjektivitätstheoretischen Wende verbinden, soll mit der Praxologie ein alternatives Programm skizziert werden.

leiten lässt. So hängt ein Grundgedanke der aristotelischen Philosophie mit der ebenso schlichten und folgenreichen Erkenntnis zusammen, dass das gute oder Wohlleben (euzen) und menschliches Glück (eudaimonia) durch Praxis, durch Tätigsein erlangt werden können.²³ „Glück ist ein Tätigsein, das an sich begehrenswert ist. Und an sich begehrenswert sind die Tätigkeiten, bei denen man nichts weiter sucht als das Tätigsein selbst.“²⁴ Die aristotelische Einsicht, dass sich aufgrund bestimmter Praxen ein Sein hervorbringen lässt, das ‚gut‘ und an sich erstrebenswert ist und Glück verkörpert, taucht bei Marx auf, wenn er von „freien Tätigkeiten“ spricht. Gut sind freie Tätigkeiten, weil „menschlich gut nur das sein kann, was eine Verwirklichung der Freiheit ist.“²⁵ Mit freien Tätigkeiten wird folglich nichts weiter bezweckt als das Tätigsein selbst, Freiheit zu praktizieren, Freiheit in Praxis (*in praxi* geglückt) umzusetzen²⁶: Das Gute der Praxis ist die Praxis der Freiheit – insofern Freiheit nur in ihrer alltäglichen Betätigung eine (diesem Guten gewidmete) *Lebensweise* ist und aufgrund eines solchen Wohllebens verwirklicht werden kann. (Insbesondere Foucault begann sich kurz vor seinem plötzlichen Tod mit dem Gedanken vertraut zu machen, dass Freiheit eine tagtäglich zu lebende Praxis ist. Daher bietet Foucaults Spätwerk konstruktive Anknüpfungspunkte für die praxologische Erneuerung einer kritischen Theorie des guten Lebens.²⁷)

Um den Eudämonismus oder die Euzenologie der Praxis als das normative Moment einer Praxologie richtig in den Blick zu bekommen, müssen wir uns vergegenwärtigen, dass Marx unter „freien Tätigkeiten“ solche versteht, „die nicht wie die Arbeit durch den Zwang eines äußeren Zwecks bestimmt [sind], der erfüllt werden muss“.²⁸ Mit dieser systematischen Gegenüberstellung von (unfreier) „Arbeit“ und „freien Tätigkeiten“ kommt

²³ Erstaunlicherweise hat der aristotelische Gedanke, dass das Glück der eudaimonia (im Gegensatz zum zufälligen Glück der *tychia*) eine Sache der Praxis und also nur durch Praxis, nur aufgrund eines Tätigseins das Gute, das menschliche Wohl (*to eu*), zu verwirklichen ist, keinen Eingang in Arendts Philosophie einer tätigen Lebenspraxis gefunden. Vgl. Hannah Arendt, *Vita activa oder Vom tätigen Leben*, München 1967

²⁴ Aristoteles, *Nikomachische Ethik* 1176b5

²⁵ Marx, *Debatte über die Pressfreiheit*, MEW 1: 54

²⁶ Im Sinne eines praxologischen Glücksbegriffs sind die Verwirklichung und der Vollzug der Praxis das gute Gelingen, das Glücken (Geglücktsein) des Tätigseins.

²⁷ Vgl. Harald Lemke, *Kritik des Gouvernementalitäts-Diskurses. Zur Aktualität von Foucaults Spätwerk*, in: *Kritik und Aufklärung*, Nr. 1, 2007

²⁸ Marx, *Theorien über den Mehrwert*, MEW 26.3: 253

die praxologische Differenz zwischen Poiesis und Praxis bei Marx doch zum Tragen. Bemerkenswert ist daher die Tatsache, dass sich in den wenigen Passagen, in denen Marx positive Sätze zur Freiheitspraxis äußert, die Praxisphilosophie eines guten-Lebens-jenseits-der-Arbeit deutlich abzeichnet.

In diesem „Wärmestrom“ (Bloch) eines praxologischen Freiheitsbegriffs kann eine echte Alternative zum geschichtsphilosophischen Futurismus der marxistischen Revolutionstheorie aufgespürt werden. Eine in der Tradition des utopischen Denkens viel zitierte und heute äußerst aktuelle Stelle, in der Marx konkrete Bilder eines besseren Lebens in einem praxologisch relevanten Sinn entwirft, spricht davon, dass „das Reich der Freiheit in der Tat erst da beginnt, wo das Arbeiten, das durch Not und äußere Zweckmäßigkeit bestimmt ist, aufhört; es liegt also der Natur der Sache nach jenseits der Sphäre der eigentlichen materiellen Produktion. [...] Jenseits desselben beginnt die menschliche Kraftentwicklung, die sich als Selbstzweck gilt, das wahre Reich der Freiheit, das aber nur auf jenem Reich der Notwendigkeit als seiner Basis aufblühen kann.“³⁰ Die praxologische Differenz zwischen dem Reich notwendiger Arbeit und dem Bereich freier selbstzwecklicher Tätigkeiten übersetzt Marx mitunter in den fundamentalen (seinszeitlichen) Unterschied zwischen Arbeitszeit und einer freien Tätigkeitszeit: Danach bleibt „Arbeitszeit“ immer die schaffende Substanz des Reichtums und das Maß des Aufwandes, der die Produktion dieses Reichtums oder Zeitwohlstandes verlangt. Daraus folgt: „Auf Schaffen *frei verfügbarer* Zeit beruht die ganze Entwicklung des Reichtums.“³¹ Entsprechend sind die normativen Kriterien einer theoretischen Gesellschaftskritik mitunter darüber zu bestimmen, inwieweit die gesellschaftliche Entwicklung diese temporäre Freiheit ermöglicht. Angenommen, die utopische Voraussetzung einer freien Zeitverfügung sei faktisch gegeben und schon gesellschaftliche Realität, und es ließe sich im Sinne einer kritischen Theorie (und mit den Worten Horkheimers) sagen, „die Menschen können das Sein ändern, die Umstände dafür sind jetzt vorhanden“, dann ist der eigentliche emanzipatorische

²⁹ „Die Freiheit in diesem Gebiet [der Welt der Arbeit] kann nur darin bestehen, dass der vergesellschaftete Mensch, die assoziierten Produzenten, ihren Stoffwechsel mit der Natur rationell regeln, unter ihre gemeinschaftliche Kontrolle bringen, statt von ihm als von einer blinden Macht beherrscht zu werden; ihn mit dem geringsten Kraftaufwand und unter den ihrer menschlichen Natur würdigsten und adäquatesten Bedingungen vollziehen.“ (Marx, Das Kapital, MEW 25: 828)

³⁰ Marx, Das Kapital, MEW 25: 828

³¹ Marx, Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, MEW: 301

Zweck des gesellschaftlichen Reichtums, wie sich Marx klarmacht, die verfügbare Zeit – „teils zum Genuss der Produkte, teils zur *freien Tätigkeit*“.³²

Freie Lebenspraxis und gesellschaftlicher Zusammenhang

Aus solchen praxisphilosophischen Überlegungen heraus folgt, dass die gesellschaftlichen Bedingungen einer freien Lebenspraxis weder primär noch ausschließlich von einer radikalen Abschaffung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse abhängen. Weil noch in *jedem* Wirtschaftssystem dem Arbeitsleben Zwang anhaftet, verbindet Marx – zumindest in diesen Passagen – die Ermöglichungsbedingungen einer täglichen Freiheitspraxis mit der gesellschaftlichen Perspektive einer emanzipatorischen Verkürzung der Arbeitszeit. „*Wir erklären die Beschränkung des Arbeitstages*“, heißt es bei Marx, dem Praxisdenker, „für eine Vorbedingung, ohne welche alle anderen Bestrebungen nach Verbesserung und Emanzipation scheitern müssen. Sie ist erheischt, um [...] die Möglichkeit geistiger Entwicklung, gesellschaftlichen Verkehrs und sozialer und politischer Tätigkeit zu sichern.“³³ Damit treten neben dem formalen Kriterium einer frei verfügbaren Zeit als äußerliche Vorbedingung eines besseren Lebens und als allgemeine Zweckbestimmung der gesellschaftlichen Entwicklung konkrete inhaltliche Bestimmungen (auf die gleich zurückzukommen sein wird). Statt der populären „11. Feuerbach-These“ sollte man eher diese echt praxisphilosophischen Sätze im Sinne haben, wenn man an „Marx“ denkt und die von ihm geforderte Veränderung und Verbesserung der Welt.

Indessen muss hier die Frage, was eine emanzipatorische Arbeitszeitverkürzung und eine Umverteilung der Arbeit auf alle für das Fortbestehen oder das Ende <des Kapitalismus> bedeuten würde und wie weit Freiheit (kollektive Selbstbestimmung) auch *innerhalb* der Arbeitswelt realisiert

³² Marx, Theorien über den Mehrwert III, MEW 26.3: 253

³³ Marx, Instruktionen für die Delegierten des Provisorischen Zentralrats zu den einzelnen Fragen, MEW 16: 192. Diese praxisphilosophische Perspektive wird weiter konkretisiert: „Wenn alle arbeiten [...] der Gegensatz von Überarbeiteten und Müßiggängern wegfällt [...], und außerdem die Entwicklung der Produktivkräfte, wie das Kapital sie hervorgebracht hat, in Betracht gezogen wird, so wird die Gesellschaft den nötigen Überfluss in 6 Stunden produzieren, mehr als jetzt in 12, und zugleich werden alle 6 Stunden <Freizeit>, den wahren Reichtum haben; Zeit, die nicht durch unmittelbar produktive Arbeit absorbiert wird, sondern zum Genuss, zur Muße, so dass sie zur freien Tätigkeit und Entwicklung Raum gibt.“ (Marx, Theorien über den Mehrwert, MEW 26.3: 252)

werden kann, nicht vertieft werden.³⁴ Stattdessen gilt es sich den folgenden Gedanken klarzumachen: Die Idee, dass die selbstzweckliche Freiheitspraxis oder „das Reich der Freiheit“ über die (arbeitsfreie) Zeit für „freie Tätigkeiten“ bestimmt wird, weicht von allen eschatologischen Visionen und Prophezeiungen ab, die das Ende des Kapitalismus und die Morgenröte einer freien Gesellschaft als endgültige Befreiung von jedem Arbeitszwang und jedem Fortbestehen irgendwelcher Notwendigkeiten ausmalen. Wie sich zeigt, bietet Marx' Philosophie die theoretische Möglichkeit, zwei fundamental divergierende Versionen eines besseren <Lebens im Jenseits> zu skizzieren. Die alt bekannte *geschichtsphilosophische* Version zehrt noch von dem jüdisch-christlichen Erlösungsglauben an eine paradiesische Zukunft und ein gutes Leben <im Jenseits>. Hier entspricht der <Übergang> vom falschen Leben ins richtige, wie es bei Engels deutlich anklingt, einem epochalen „Sprung der Menschheit aus dem Reiche der Notwendigkeit in das Reich der Freiheit“.³⁵ Gemäß dieser geschichtsphilosophischen Heilslehre liegt die Veränderung der Gesellschaft in einer fernen Zukunft: Der revolutionäre Exodus aus der kapitalistischen Gefangenschaft weist in die magische Jenseitigkeit eines zukünftigen Lebens, das auf den Untergang des Kapitalismus wartet.

Von der marxistischen Geschichtsphilosophie und der orthodoxen Revolutionstheorie abweichend, entwirft der neu zu entdeckende Praxisphilosoph Marx in den oben angeführten Passagen ansatzweise auch ein *praxologisches Freiheitsverständnis*. Dem praxologischen Freiheitsverständnis nach findet die Verwirklichung einer selbstbestimmten, selbstzwecklichen, um der Freiheit willen gelebten, besseren Lebensweise in einer tagtäglichen Praxis freier Tätigkeiten statt, die jenseits des Bereichs und der Zeit der notwendigen Arbeit zu kultivieren sind. Aus praxologischer Sicht wäre Marx' normatives Postulat, „die freie bewußte Tätigkeit ist der Gattungscharakter des Menschen“³⁶, auf den konkreten Sachverhalt rückzubeziehen, dass freies bewusstes Tätigsein (und die alltägliche Verwirklichung der betreffenden Praxen) die humane Teleologie eines allen Menschen möglichen guten-Lebens-jenseits-der-Arbeit ausmacht. Die mögliche Existenz

³⁴ Vgl. Oskar Negt, *Lebendige Arbeit, enteignete Zeit. Politische und kulturelle Dimensionen des Kampfes um die Arbeitszeit*, Frankfurt/M 1985; Ders., *Arbeit und menschliche Würde*, Göttingen 2001; André Gorz, *Kritik der ökonomischen Vernunft. Sinnfragen am Ende der Arbeitsgesellschaft*, Berlin 1990; Ders., *Arbeit zwischen Misere und Utopie*, Frankfurt/M 2000

³⁵ Vgl. Engels, *Anti-Dühring*, MEW 20: 264

³⁶ Marx, *Ökonomisch-philosophische Manuskripte*, MEW Ergänzungsband 1: 579

eines Reiches der Freiheit verliert dann ihren Utopismus eines „Lebens im Jenseits“ im Sinne einer eschatologischen Transzendenz und durchwaltet in der ebenso radikalen wie trivialen Immanenz eines praxischen Hier und Jetzt den gesellschaftlichen Reichtum eines Daseins, dem die tägliche Muße zu freien Tätigkeiten real gegeben ist. Das Reich der Freiheit erstreckt sich im praxisphilosophischen Sinne auf die spezifischen Lebensbereiche und Tätigkeitszeiten einer praktikablen Freiheit, in deren verwirklichtem, praktiziertem Sein die notwendige Arbeit temporär „aufgehoben“ ist. Die reale Aufhebung der Arbeitswelt in der Ermöglichung und voll gelebten Realisierung freier Tätigkeiten besteht nicht darin, diese Welt und dieses Reich der Notwendigkeit wie die überwundene Vergangenheit einer historischen Epoche zurückzulassen und durch ein neues Zeitalter abzulösen.³⁷ Stattdessen erfordert die dialektische Aufhebung des bestehenden Kapitalismus (und die philosophische Erneuerung des traditionellen Marxismus) in einem revolutionären Praxismus, bei dem der Lebensbereich der notwendigen Arbeit jeden Tag aufs Neue überwunden werden muss durch freie Tätigkeiten und ein geglücktes Wohlleben, das nur jenseits des Arbeitslebens praktiziert werden kann.

Vielseitiges Wesen eines praxischen Menschseins

Das „völlig Neue“, das heute in Marx' Philosophie entdeckt werden kann, ist ein Praxiskonzept, demzufolge sich ein freies, gutes Leben nur jenseits der Arbeit kultivieren lässt. Das ist das eine. Ein weiterer und ebenso fundamentaler Aspekt dieses neuen Praxismus umkreist Marx, wenn er das Glück der Praxis im Plural denkt als verschiedene und vielgestaltige Formen eines selbstzwecklichen Tätigseins. Als diese „höheren Tätigkeiten“ einer freien und allseitigen, vollen Entwicklung der Menschen werden wiederholt erwähnt: „geistige Tätigkeiten“, wozu Marx sowohl künstlerische als auch wissenschaftliche Tätigkeiten zählt; auf das Gemeinwesen bezogene, „politische Tätigkeiten“; „gesellschaftlicher Verkehr“, womit persönliche Sozialbeziehungen gemeint sind; und es werden wiederholt die freien Tätigkeiten eines „Genusslebens“ und der „Muße“ erwähnt. Mit diesen Weisen eines selbstzwecklichen Tätigseins kommen konkrete Freiheitspraxen (des geistigen Lebensbereiches, des politischen Lebensbereiches, des sozialen Lebens, des Genießens und Müßiggangs) zur Sprache. Mit diesen

³⁷ Wenngleich im kulturgeschichtlichen Rückblick die Transformation oder praxische Revolution der Arbeitsgesellschaft durch die Tätigkeitsgesellschaft durchaus als ein neues Zeitalter wahrnehmbar werden würde.

konkreten Wohlgestalten einer Praxis menschlichen Freisein- und Gutlebenkönnens sind wir bis zu dem winzigen praxisphilosophischen „Wärmestrom“ (Bloch) vorgedrungen, der in Marx' Schriften aufgespürt werden kann. Wir befinden uns gleichsam an den heißen Quellen des theoretischen Kommunismus als praxologischen Eudämonismus, eines Marxismus als Praxismus.

Im Rahmen dieses Aufsatzes werde ich der wichtigen Frage nicht nachgehen können, warum und in welchem Sinne sich in diesen Praxen menschliche Freiheit verwirklicht und weshalb ihre praxische Verwirklichung etwas an sich Erstrebenswertes und für alle Gutes (Wohlvolles) ist. Wenigstens aber sei darauf hingewiesen, dass diese „humane Teleologie“ – um noch einmal Ernst Blochs Formel zu bemühen – sinnvoll nur als praxologische Entelechie (d.i. der voll aktivierten Wirklichkeit eines Tätigseins im vielgestaltig gelebten Guten) zu denken ist. Diese hat weder etwas mit der metaphysischen Teleologie des (Neo)Aristotelismus zu tun noch handelt es sich bei den erwähnten Freiheitspraxen um eine vage oder willkürliche Liste beliebiger Wertvorstellungen oder Reminiszenzen antiker Glückstheorien des guten Lebens.³⁸ Hier muss die Notiz genügen, dass der normative oder emanzipatorische Universalismus der von Marx unsystematisch angeführten Freiheiten und Glücksgüter gegeben wäre, wenn sich begründen ließe, dass es sich dabei um für alle Menschen gleichermaßen gültige und unerlässliche Wege einer praktischen Freiheitsverwirklichung und Betätigung einer humanen Wirklichkeit handelt.

Das „völlig Neue“ an diesem Praxiskonzept ist jedenfalls nicht der Sachverhalt, dass damit die konkrete Utopie einer besseren Praxis zur Sprache kommt. Wie bereits oben erwähnt, ist die Tatsache, dass Marx' kritische Theorie durchaus mit einem utopischen Denken verbunden ist, welches die theoretische Bestimmung des Guten und Richtigen vielleicht nicht überzeugend löst, jedoch sich dieser Aufgabe zumindest nicht enthält, nicht das eigentlich Neue an seiner Philosophie. Einen völlig neuen Gedanken bringt Marx erst als Praxologe in die Welt und das ist seine mithilfe eines praxologischen Freiheitsbegriffs dechiffrierbare Idee eines vielseitigen Tätigseins, das seinen Vorstellungen vom „totalen Menschen“ zugrunde liegt und diese erst richtig verständlich macht. „Der Mensch eignet sich sein

³⁸ Diese Defizite veranschaulichen: Martha Nussbaum, *Gerechtigkeit oder Das gute Leben*, Frankfurt/M 1999; Martin Seel, *Versuch über die Form des Glücks*, Frankfurt/M. 1995; Annemarie Pieper, *Glückssache. Die Kunst gut zu leben*, Hamburg 2001

allseitiges Wesen auf eine allseitige Art an, also als ein totaler Mensch. [...] Die Aneignung der menschlichen Wirklichkeit [...] ist die Betätigung der menschlichen Wirklichkeit. Sie ist daher eben so vielfach, wie die menschlichen Wesensbestimmungen und Tätigkeiten vielfach sind“.³⁹

Wenn, so kann man sich mit Marx' Praxologie klarmachen, alle „Praxis“ nur Arbeit (Poiesis) wäre, dann führte fremdbestimmte Arbeit zwangsläufig zur Fremdbestimmung des Menschen, von allem möglichen Menschsein, weil die ausschließliche Arbeitstätigkeit dem Bereich der Notwendigkeit verhaftet bleibt. Weil sie der gesellschaftlichen Arbeitsteilung unterliegt, erzeugt sie darüber hinaus notwendig den eindimensionalen Menschen und die Selbstentfremdung von der möglichen Vielfalt und Allseitigkeit der menschlichen Wesenskräfte und ihrer freien Betätigungen. Diese lebenspraxische Selbstentfremdung und Eindimensionalität wird – lange vor Marcuses einschlägiger Studie⁴⁰ – bereits von der Marxschen Praxisphilosophie kritisiert: „Sowie nämlich Arbeit verteilt zu werden anfängt, hat Jeder einen bestimmten ausschließlichen Kreis der Tätigkeit, der ihm aufgedrängt wird, aus dem er nicht heraus kann; er ist Jäger, Fischer oder Hirt oder kritischer Kritiker und muß es bleiben, wenn er nicht die Mittel zum Leben verlieren will“.⁴¹ Einer eindimensionalen Menschheit und deren Lohn­tätigkeit stellt Marx die Praxologie eines vielseitig tätigen Menschseins, eines universellen Tätigseins jenseits dieses Arbeitslebens gegenüber. In der alltagspraxischen Vielseitigkeit freier Tätigkeiten sowie in der allseitigen Verwirklichung der humanen Wesensbestimmung (nämlich das Gute praxischer Freiheit zu leben) vollzieht sich die Aneignung der Bereiche und Selbstzwecke eines universellen Glücks der Praxis. In diesem praxisphilosophischen Sinne heißt es bei Marx: „In der kommunistischen Gesellschaft, wo Jeder nicht einen ausschließlichen Kreis der Tätigkeit hat, sondern sich in jedem beliebigen Zweige ausbilden kann, [regelt] die Gesellschaft die allgemeine Produktion und [macht] mir eben dadurch möglich, heute dies, morgen jenes zu tun, morgens zu jagen, nachmittags zu fischen, abends Viehzucht zu treiben, nach dem Essen zu kritisieren, ... wie ich gerade Lust habe“.⁴² (ebd.) Zwar lassen diese Formulierungen erkennen, dass Marx dazu tendiert, auch freie Tätigkeiten als Arbeiten (dann allerdings als frei gewählte Arbeiten) zu denken, wodurch die praxologische Differenz wieder zu verwischen droht und die Pluralität der praktischen Betätigungen wahl-

³⁹ Marx, Ökonomisch-philosophische Manuskripte, MEW Ergänzungsband 1: 533

⁴⁰ Herbert Marcuse, Der eindimensionale Mensch. Studien zur Ideologie der fortgeschrittenen Industriegesellschaft, Neuwied 1967

⁴¹ Marx, Deutsche Ideologie, MEW 3:33

los wird. Abgesehen davon aber macht er sich mit diesen Überlegungen zu einer guten Lebenspraxis die grundlegende Tatsache klar, dass das Gute durch eine Mehrzahl an verschiedenen Tätigkeiten zu verwirklichen ist.

Entsprechend geht es darum, dass jeder Mensch – beispielsweise im Bezug auf eine freie, volle Entwicklung seiner möglichen geistigen Freiheit – künstlerisch (wissenschaftlich, philosophisch) tätig wird, weil so das allgemeine Gute einer allen Menschen gleichermaßen möglichen Freiheit des Geistes praktiziert und aktiviert wird, ohne dass er sich dafür zu einem hauptberuflichen, lohnabhängigen Künstler (Wissenschaftler, Philosophen), einem eindimensionalen Menschen machen müsste. Das ist gemeint, wenn Marx schreibt: „In einer kommunistischen Gesellschaft gibt es keine Maler, sondern höchstens Menschen, die unter anderem auch malen.“ (ebd., 379) Deshalb sind Kommunisten oder um genau zu sein: deshalb sind Praxisten unter anderem auch künstlerisch tätig, weil es parallel noch andere Praxen der Freiheit zu leben gilt und es andere Betätigungsbereiche für das Glück gibt, ein vielseitig und frei tätiger Mensch oder Praxist zu sein. Dem Menschen der Praxis, dem bios praktikos (dem „totalen Menschen“) geht es um die volle Entwicklung und allseitige Aneignung des eigenen Freiheitswesens und einer humanen Wirklichkeit, die nur aufgrund geglückter Praxis und als praxologischer Eudaimonismus Wirklichkeit wird.

Das „völlig Neue“, das mit Marx' Praxisphilosophie in die Welt kommt, könnte also der Gedanke sein, dass mit *Praxis* keine poetischen Tätigkeiten, sondern ausschließlich freie (praxische) Tätigkeiten jenseits der Arbeit gemeint sind; dass nur aufgrund solcher freien Tätigkeiten universelle Freiheiten menschliche Wirklichkeit werden; dass das Reich der Freiheit in einem zeitweiligen, selbstzwecklichen Tätigsein liegt. Man muss sich das gute Leben also nicht als wunschlos seliges Dasein oder als ein in ferner Zukunft liegendes „sozialistisches Paradies auf Erden“ ausmalen oder es unter ein unphilosophisches Bilderverbot stellen, um es bloß nicht zu denken. Stattdessen hat die praxisphilosophische Rede von einem „guten Leben“ einen präzise eingeschränkten Sinn: Gut zu leben heißt, in Form eines alltäglichen und vielseitigen Tätigseins die den Menschen mögliche Freiheit allseitig und voll zu verwirklichen – jenseits eines minimalen Arbeitslebens.

Julia Schnegg

Praxis als Erkenntnis- und Theorieproblem - Die Feuerbachthesen von Marx und die Theorie der Praxis von Bourdieu

*Der Kommunismus ist für uns nicht ein Zustand,
der hergestellt werden soll,
ein Ideal, wonach die Wirklichkeit sich zu richten haben wird.
Wir nennen Kommunismus die wirkliche Bewegung,
welche den jetzigen Zustand aufhebt.
Die Bedingungen dieser Bewegung ergeben sich
aus der jetzt bestehenden Voraussetzung.¹*

Was ist Praxis?

Das Begreifen und Verändern unserer aktuellen, kapitalistischen Gegenwart, ihrer eingeschränkten Gestaltungsspielräume und Handlungsmöglichkeiten ist kein Problem theoretischer Fixierungen, sondern durch und durch eine Frage der Praxis. Es ist die Frage nach unseren Arbeitsformen und Lebensweisen, die Frage nach unseren sozialen, kulturellen und politischen Praktiken, die Frage nach unserem Selbst und unserer Subjektivität. In diesem Sinne geht es in der folgenden Beschäftigung mit den Feuerbachthesen von Karl Marx und der Theorie der Praxis von Pierre Bourdieu weniger um eine akademische oder exegetische Erörterung zweier Philosophien und deren Bezüge. Es geht nicht darum, sich einer Autorität zu bedienen, um sich rückzuversichern oder gegen mögliche Attacken zu wappnen. Vielmehr wird „die Technik des geistigen Diebstahls“² vorgezogen, um sich einem gemeinsamen Problem zu nähern: Was bedeutet es, Wirklichkeit als Praxis zu begreifen und welche Eigentümlichkeiten weist diese Praxis auf? Kurz: Was ist Praxis?

Der Hauptmangel alles bisherigen Materialismus (den Feuerbachschen mit eingerechnet) ist, daß der Gegenstand, die Wirklichkeit, Sinnlichkeit nur unter der Form des Objekts oder der Anschauung gefaßt wird; nicht aber als

¹ Marx, MEW 3: 35

² Foucault 1976: 87

sinnlich menschliche Tätigkeit, Praxis; nicht subjektiv. Daher die tätige Seite abstrakt im Gegensatz zu dem Materialismus von dem Idealismus – der natürlich die wirkliche, sinnliche Tätigkeit als solche nicht kennt – entwickelt. Feuerbach will sinnliche – von den Gedankenobjekten wirklich unterschiedne Objekte: aber er faßt die menschliche Tätigkeit selbst nicht als gegenständliche Tätigkeit. Er betrachtet daher im Wesen des Christentum nur das theoretische Verhalten als das echt menschliche, während die Praxis nur in ihrer schmutzig jüdischen Erscheinungsform gefaßt und fixiert wird. Er begreift daher nicht die Bedeutung der „revolutionären“, der „praktisch-kritischen“ Tätigkeit.

Thesen über Feuerbach, 1

Anknüpfung an die Feuerbachthesen

Die Feuerbachthesen werden hier nicht als systematische Abhandlung verstanden, sondern der Blick ist auf die gedankliche Offenheit und Experimentierfreudigkeit gerichtet, wie sie aus einer spontanen Niederschrift sprechen, die sich zunächst nicht darum kümmert, wie es weitergeht, nicht um ihre Leser, um Überzeugungskraft und Verständlichkeit. Die Feuerbachthesen sind ein Fragment, ein kleiner Eintrag in einem Notizbuch, flüchtig, offen und spontan.³ In ihrer Spontaneität enthalten sie eine Einladung, ja Aufforderung, sich „aktiv, ohne die echte oder gespielte Bescheidenheit des lector, an der ‚schöpferischen‘ Tätigkeit“ des *Be-greifens* unserer praktischen Wirklichkeit zu beteiligen – zu sammeln, zu suchen und zu sichten.

In diesem Sinne werde ich aus den Feuerbachthesen einen Gedanken-gang rekonstruieren: Praxis ist ein Erkenntnisproblem, sie entzieht sich, verunsichert und bleibt prekär. Praxis ist Etwas, das selbst der Praxis bedarf, und so die Frage, wie diese Praxis funktioniert immer von neuem aufwirft. Sie ist nicht nur Resultat, sondern immer schon in der Welt vorgängig. Damit ist sie Bedingung ihrer eigenen Möglichkeit. Wer in diesem Sinne über Praxis zu sprechen versucht, dem stellt sich zusätzlich das Problem ihrer Darstellung, der Theorie. Wie schwierig es ist, einen begrifflichen Ausgangspunkt für das Verständnis von Praxis zu gewinnen, dokumentiert schon der 1. Satz der Feuerbachthesen. Marx spricht von „der Gegenstand,

³ Das bedeutet, in meiner Betrachtung viele Aspekte in den Hintergrund treten zu lassen, die für eine umfassende Rekonstruktion von Bedeutung sein können. So sehe ich mich zum Beispiel von der Notwendigkeit entbunden, sie ausführlich in ihrem historischen Kontext und im Rahmen des Marxschen Gesamtwerks zu situieren.

die Wirklichkeit, Sinnlichkeit“⁴ und thematisiert Praxis als relationales Gebilde, das traditionelle Fassungen fragwürdig und brüchig werden lässt. Als *Gegenstand* kann philosophisch das gegebene Ding bezeichnet werden, die gegenüberstehende Sache, die in der Welt ist und in den Sinn kommt. Als noch vager Ausgangspunkt kennzeichnet er eine doppelte Blickrichtung, die ihn zum Gegenstand werden lässt: auf ihn hin und von ihm ausgehend, als dem Subjekt oder dem Objekt zugewandt. Mit *Wirklichkeit* ist Realität gemeint und zwar in doppeltem Sinn: Zum einen umfasst sie den Entwicklungsprozess und tätigen Schaffensakt des Menschen, der die Realität erst verwirklicht, zum anderen den Effekt dieses Prozesses und das Bewirkte selbst, sie umfasst den wirklichen Menschen, den wirklichen Lebensprozess, die wirkliche Geschichte, die wirkliche Welt gleichermaßen.⁵ Auch die *Sinnlichkeit* ist in zweifacher Weise aufzufassen: Sie bezeichnet die sinnliche Welt, wie sie durch die Sinne und Gefühle als Realitätseffekt geschaffen ist, also ein Verhältnis aktiver Kooperation. Gleichzeitig gehört zur Sinnlichkeit aber auch die Empfänglichkeit des Menschen. Sie bezieht sich auf die Offenheit des Menschen zu einer Welt, die auf seinen Körper auftrifft. Praxis ist ein Werden, ein Aktivitätsfeld mit vielseitigen Zugängen, das scharfe Grenzziehungen unmöglich werden lässt. Praxis ist subjektiv *und* objektiv, sie schafft *und* ist geschaffen, sie ist aktiv *und* passiv, sinnlich-empfangend *und* sinnlich-erscheinend, (sinnhaft) strukturierend *und* strukturiert, werdend *und* immer schon geworden.

Die Theorien über Praxis machen oft den Fehler, diese Doppeldeutigkeit und Gleichzeitigkeit aufzuheben und Praxis damit in ihrer Prozesshaftigkeit still zu stellen. In dem Wunsch Praxis positiv zu fixieren, wird sie meist einer Seite zugeschlagen: Subjekt oder Objekt, Individuum oder Gesellschaft, Bewusstsein oder Sein. Demgegenüber versuchen die Feuerbachthesen, einen neuen Standpunkt einzunehmen. Sie gehen von der Praxis aus, als sinnliche, menschliche, gegenständliche, praktisch-kritische, revolutionäre Tätigkeit. Dieser Perspektivwechsel ist folgeschwer: Praxis stellt sich zwar in der menschlichen Tätigkeit her, ist aber nicht einfach das menschliche Tun, im Gegensatz zum Denken oder der Theorie. Praxis ist ein Wirkungszusammenhang, der das praktische Tätig-Sein, den menschliche Akteur und das gegenständliche Resultat – sei es symbolisch oder materiell – in Relation bringt. Sie ist immer als Übergang zu denken, als sinnlicher, körperlicher, gesellschaftlicher und geschichtlicher Vollzug. Es stellt sich

⁴ Marx MEW 3b: 5

⁵ Vgl. Marx MEW 3a: 26ff

also die Frage: Wie vollzieht sich diese Praxis in sinnlich-körperlich verankerten, gesellschaftlich verfassten, zeit- und ortsspezifischen Praktiken, wie schreibt sie sich fort und wie verändert sie sich?

Praxis als sinnliche Tätigkeit und körperlicher Vollzug

Menschliche Praktiken sind körperliche Vollzüge in der sinnlichen Welt. Über den Körper und durch seine Sinne tritt der Mensch in Wechselwirkung mit der Welt und ist quasi organismisch in ihr verankert. Diese Sinne sind aber nicht als überzeitliche Naturseite des Menschen zu betrachten. Mit Marx können wir sagen: „Die *Bildung* der 5 Sinne ist eine Arbeit der ganzen bisherigen Weltgeschichte.“⁶ Sie sind also nicht einfach natürlich gegeben, sondern bilden sich selbst in der praktischen Kooperation mit der natürlichen und artifiziellen Welt als historisch-spezifische Sinnlichkeit und Körperlichkeit erst heraus. Greifen wir ein weiteres Mal auf Marx zurück, so trifft dies nicht nur für die 5 Sinne zu: „Auch die sogenannten geistigen Sinne, die praktischen Sinne (Wille, Liebe etc.), mit einem Wort der menschliche Sinn, die Menschlichkeit der Sinne“⁷ bildet sich in der sinnlichen Auseinandersetzung erst heraus. Folgen wir dem Verweis der Marxschen Formulierung müssen wir die Herausbildung von Sinnlichkeit und von Sinn zusammen denken. Die Zuweisung menschlicher Bedeutung und Bewertung ist als Aspekt der sinnlichen Tätigkeit zu verstehen, die sich immer wieder neu formiert und verändert.

Damit ist gleichzeitig auf die Anwesenheit von Sprache verwiesen. Aus praktischer Perspektive ist damit Sprache nicht einer materiellen Schicht über- oder untergeordnet. Sinn und Bedeutung sind nicht einfach im Bewusstsein eingelagert und können dort vorgefunden werden, oder haften gar den Dingen fest an. Sie werden im Zusammenhang ihres praktischen Einsatzes (sinnlich) erzeugt und verändert. Die Manifestationen von Sinn und Bedeutung liegen als Sprachsymbole vor und werden im Sprechakt als gesprochene Sprache anwesend und erfahrbar. Das Sprechen selbst ist dabei auch sinnliche Tätigkeit, die aktiv einen Laut als ‚Sinn‘ konstituiert und zwar im Moment seiner Hervorbringung. Sprache vollzieht und verändert sich praktisch.

Daraus kann aber umgekehrt nicht geschlossen werden, dass wir in den sinnlichen Praktiken in ein Verhältnis zur Welt treten, das immer schon sprachlich, gedanklich oder theoretisch verfasst ist. In unserem In-der-Welt-

⁶ Marx Ergb. 1: 542

⁷ Marx Ergb. 1: 541f

Sein⁸ haben wir die Welt immer schon in unserer Praxis antizipiert und erschlossen. Das bedeutet Zweierlei: Zum einen nehmen wir in unserem praktischen Umgang aktiv an der Welt teil und entwickeln körperlich-sinnliche Aneignungs- und Äußerungsformen. Zum anderen dient der Körper dem Menschen quasi als Aneignungsgegenstand der Welt, die sinnlich auf ihn trifft. Praxis ist damit eine Formgebungs- und Produktionstätigkeit, in der die Welt ihre Sinnlichkeit und Materialität gewinnt – als Dingwelt, als Körper oder als menschliches Selbst.

In diesem Sinne können wir die Wirklichkeit als „die Gesamtheit, genauer gesagt, ein System einander ablösender Tätigkeiten“⁹ bezeichnen. Wie aber sind diese Tätigkeiten beschaffen? In der körperlich vollzogenen Praxis ist die Umgebung des Menschen nicht einfach ein äußeres Milieu, dem er sich und seine Tätigkeit anpassen muss, um zu überleben. Die Gegenüberstellung von menschlichen Sinnen und äußerer Sinnlichkeit löst sich in einem körperlichen Aneignungsprozess auf: Konkret lernt der Mensch im körperlichen Umgang mit der Welt erst, was ein ‚Ding‘ ist, welche Besonderheiten es aufweist und wie damit unter den gesellschaftlichen Bedingungen, in denen er situiert ist, praktisch körperlich umzugehen ist. Gleiches gilt für seine Raum und Zeiterfahrung, die keineswegs konstitutiv zu bestimmten Dingen gehört, sondern konkret historisch und gesellschaftlich spezifisch geformt ist. Der vergesellschaftete Mensch gewinnt also sein praktisches Können aus den gesellschaftlichen Bedingungen, die „selbst die Motive und Zwecke seiner Tätigkeit, deren Mittel und Verfahren in sich

⁸ Hier wird an Heideggers Begriff des In-der-Welt-Seins angeknüpft (vgl. Heidegger 2006: 52-230), in dem dessen Kritik an der bisherigen Philosophie zum Ausdruck kommt, sie hätte das Verhältnis eines Subjekts/Geistes zur Welt als Verhältnis eines die Welt wahrnehmenden Subjekts (oder eines diese Welt mental verarbeitenden Geistes) konzipiert. Heidegger arbeitet heraus, dass das menschliche Dasein immer als eine bestimmte Vollzugsform gedacht werden muss. Er verweist auf die Notwendigkeit den Menschen in seiner weltlichen Eingebundenheit und Verwiesenheit zu thematisieren, das heißt das immer schon praktische Verstehen und Umgehen mit der Selbstwerdung des Menschen zusammen zu denken (vgl. Lutz 2003: 358-371). Gleichzeitig ist aber der grundsätzlichen Kritik Bourdieus zu folgen. Demnach fragt Heidegger nach dem Sinn von Sein überhaupt, annulliert Geschichte und Gesellschaft aus seiner Betrachtung. Damit gehe einher, dass seine Philosophie in ihrer Systematik elitär gegenüber dem Alltagsmenschen und gegen dessen demokratische Teilhabe an zentralen Fragen des Sozialwesens bleibt (vgl. Bourdieu 2001: 58-63).

⁹ Waldenfels 1992: 62

tragen“¹⁰. Die Tätigkeit der sie bildenden Menschen ist selbst in der Praxis gesellschaftlich und geschichtlich produziert.

Praxis als gegenständliche Tätigkeit und gesellschaftlicher Vollzug

Als gegenständliche Tätigkeit manifestieren sich menschliche Praktiken z.B. als Handlungsabläufe, Gesten oder Bewegungen, aber auch in Gebäuden, Institutionen usw. Diese Gegenstandsformen oder Verkörperungen treten dem Menschen als gesellschaftliche Institutionen, wie z.B. als Staat, Geld, Arbeitsverhältnisse oder als Sprache gegenüber. Denn in der arbeitsteiligen Gesellschaft ist das Produkt menschlicher Tätigkeit vom Akt seiner Produktion gesellschaftlich abgekoppelt. Alles, was gesellschaftlich vorfindlich ist, erscheint damit praxisunabhängig. Hinter dieser Unabhängigkeit verschwindet gleichzeitig das soziale Verhältnis ihrer Produktion. Hierarchische Anordnungen, Rituale und Lebensformen sind dabei so nachhaltig versachlicht, dass sie den Menschen als äußerliche Objektwelt erscheinen. Damit nimmt das Verhältnis zu den selbstgeschaffenen Gegenstandsformen das eines Sachverhältnisses an. Diese praktisch geschaffenen Artefakte sind zwar imaginär, sie sind aber keine rein subjektiven Imaginationen. Denn sie sind so allgemein anwesend, dass sie für den einzelnen Menschen – mit Gramsci gesprochen – „objektive und wirksame Realität“¹¹ sind. Innerhalb dieser Realität ist die vorgefundene Lebensweise „praktisch richtig“¹²: Sie wird in menschlichen Praktiken gesellschaftlich vollzogen, die legitime und im Alltagsverstand verankerte Interaktionsformen und Auffassungsweisen darstellen. In diesen Praktiken können sich die Einzelnen selbsttätig bewegen, ihren Ansichten und Überzeugungen entsprechend handeln. Gleichzeitig greifen diese Praktiken gesellschaftlich auf bereits vorfindliche Rituale, Diskursanordnungen und Institutionen zurück, denen damit wiederum eine Art praktische Steuerungsfunktion zukommt. Man könnte also sagen, menschliche Praktiken bewegen sich in einem gesellschaftlich zur Verfügung stehenden Repertoire praktischen Verhaltens, das gesellschaftlich als möglich oder sogar selbstverständlich anerkannt ist.

Aus praktischer Perspektive ist damit die traditionelle Gegenüberstellung von Welt und ihrer symbolischen Dimension als Denkens über diese Welt (meist als Bewusstsein bezeichnet) unmöglich geworden. Sehen wir es uns genauer an: Das Denken ist augenscheinlich nicht nur eine Abbildung

¹⁰ Leontjew 1982: 83

¹¹ Gramsci 1994: H.10.II. 1325

¹² Marx MEW 25: 375

im Bewusstsein, sondern im Sinne der lateinischen *consciencia* als Mitwissen und wechselseitig Anteil-haben zu verstehen. Es realisiert sich praktisch und könnte mit Marx als Art „Sprache des wirklichen Lebens“¹³ bezeichnet werden. Die Welt als historisch-spezifische Lebensweise ist immer schon bedeutungsvoll, gleichzeitig verändert sich diese Bedeutung in der praktischen Tätigkeit. Im praktischen Vollzug findet eine Bedeutungs-gliederung und -zuweisung nach außen und nach innen, d.h. in den Akteur und in seine Umgebung statt. Diese Bedeutungen entäußern sich und werden damit bedeutungsvolles Sein. Die Produktion des Menschen und die Produktion menschlicher Bedeutung fallen in der Praxis zusammen. Das eine wird zum Terrain und Werkzeug des anderen.

Stellen wir nun die Frage, was passiert, wenn sich eine Praktik vollzieht: Da der Mensch vergesellschaftet ist, setzt er sich in jeder seiner Praktiken ins Verhältnis zu anderen. Gleichzeitig lebt er sein Leben gesellschaftlich, d.h. er kann nur praktisch tätig werden, wenn er die Fähigkeit besitzt, dieses Verhältnis als Verhältnis zu betrachten und damit eingehen zu können. Praktiken vollziehen sich gesellschaftlich, d.h. *in* einem bestimmten Wissen. Dieser Wirkungszusammenhang hat zwei Seiten: Einerseits formiert sich im praktischen Vollzug – z.B. dem Arbeiten, dem Kulturschaffen, dem Sport treiben – erst ein spezifisches Welt- und Selbstverhältnis. Andererseits können Praktiken als solche nur fungieren und wirken, wenn sie richtig verstanden und erfahren werden, d.h. sie müssen individuell und gesellschaftlich die Bedeutung von Arbeiten, Kulturschaffen, Sport treiben haben. Nur so können die Menschen sich und die Welt in Bezug auf Vorhandenes (wieder)erkennen und diese Praktiken vollziehen.

Praxisvollzüge sind aber nicht gesellschaftlich unspezifisch, sondern sie sind in einer ganz konkreten Gesellschaft verwurzelt; in einer Gesellschaft mit konkreten Ungleichzeitigkeiten und Verschiebungen, Ungleichheiten und Spaltungen. Die aktuelle Verfasstheit dieser Gesellschaft ist also in den Praktiken (mit Foucault gesprochen) *in actu* gegenwärtig.

Folgen wir Marx im weitesten Sinne, so ist die moderne Gesellschaft ein hierarchisches Sozialgefüge und soziales Kampffeld. Sie ist charakterisiert durch privatwirtschaftliche Warenproduktion, die Trennung von Hand- und Kopfarbeit, die Arbeits- und Funktionsteilung in der Lebenswelt und die Normierung ökonomischer, rechtlicher und sozialer Lebensformen. Gehen wir davon aus, dass diese Anordnung sich in unterschiedlicher Weise in den jeweiligen Praktiken artikuliert, so ergibt sich zweierlei: Einerseits

¹³ Marx MEW 3a: 26

vollziehen sich in diesen Praktiken Hierarchien und Herrschaftsbeziehungen und werden verfestigt. Andererseits finden in diesen praktischen Formen aber auch die gesellschaftlichen Kämpfe und Aushandlungsprozesse statt, die diese Anordnungen wiederum setzen und neu konstituieren (können). Praxis vollzieht also sowohl Routine, Homogenität und Stillstand als auch Veränderung, Verbesserung und Aufbruch.

In dieser Eingebundenheit ist Praxis immer in spezifischer Weise gerichtet oder gerahmt, jedoch ist sie dabei nicht monokausal festgelegt. Für Marx ist sie deshalb mitunter ‚revolutionäre‘ Tätigkeit. Revolutionär meint damit nicht nur die Praxis, die direkt mit Revolutionen zu tun hat, sondern bezeichnet die Offenheit selbstverändernder Praxis – als gegenwärtigen Zustand und als zukünftige Möglichkeit. Diese Unbestimmtheit wird durch die „je spezifische und damit für eine Gesellschaft charakteristische Spannung von Wirklichkeitsbereich und Möglichkeitshorizont“¹⁴ produziert. Praxis ist unbestimmt und realisiert sich als je gegenwärtiger Vollzug so oder anders.

*Alles gesellschaftliche Leben ist wesentlich praktisch.
Alle Mysterien, welche die Theorie zum Mystizism[us] veranlassen,
finden ihre rationelle Lösung in der menschlichen Praxis
und in dem Begreifen dieser Praxis*

Thesen über Feuerbach, 8

Von den Feuerbachthesen zu Bourdieu

Bourdieu greift 150 Jahre später die Praxis-Problematik im Zuschnitt der Feuerbachthesen auf: Er stellt sich die Frage: Wie ist es möglich, die tätige (Selbst)Produktion des Menschen in ihrer Sinnlichkeit, Menschlichkeit, Gegenständlichkeit und Gesellschaftlichkeit zur Geltung zu bringen, ohne sie ihres flüchtigen Charakters zu berauben. Und wie können in dieser Darstellung die traditionellen Gegenüberstellungen von Subjekt und Objekt, von Individuum und Gesellschaft, von Handlung und Struktur, von Theorie und Praxis produktiv überwunden werden. Diese Fokussierung auf Praxis macht den Kern seines gesamten Vorhabens aus, das u.a. umfangreiche Feldforschungen in Kunst, Literatur, Ethnologie und Sport enthält.

Inspiriert vom negativen Verfahren der Feuerbachthesen versucht er mit seiner Praxeologie einige verschüttete Fragen und Problemstellungen (wie-

¹⁴ Makropoulos 1998: 12

der) freizulegen, theoretische Verkrustungen aufzusprengen und eine erne(er)te Annäherung an Praxis zu ermöglichen. Die Besonderheit von Bourdieus Anstrengungen liegt – der Öffnungsbewegung in den Feuerbachthesen folgend – gerade nicht darin, Begriffe, Theorien oder Methoden defintitorisch festzuklopfen, sondern in einer bestimmten Art und Weise mit ihnen zu arbeiten, sie gegeneinander produktiv zu machen und in Engführung zum jeweiligen Gegenstand weiterzuentwickeln. Demnach ist seine Praxeologie als Aufforderung zur tätigen Praxis-Forschung und reflektierten (Weiter)Bewegung wissenschaftlicher Tätigkeit zu lesen, deren Ertrag sich immer an und in der Praxis messen lassen muss.

Selbstreflexion von Theorie

In dieser Herangehensweise spielt die Selbstreflexion von Theorie eine zentrale Rolle. Bourdieu setzt sich umfangreich mit den jeweils aktuellen Sozialtheorien aller Schulen und Traditionen auseinander. Obwohl sich die verschiedenen Erklärungsansätze oft heftig befehden, schert Bourdieu (annähernd) alle über einen Kamm: Sie verfehlen systematisch die Besonderheiten von sozialer Praxis. Betrachten wir diese Diagnose an Hand der oft zitierten Gegenüberstellung von Subjektivismus und Objektivismus:

Der Subjektivismus betrachtet nach Bourdieu vor allem subjektive Erscheinungen. Es geht um Wahrnehmungen, rationale Absichten oder kognitive Repräsentationen, die der einzelindividuellen Alltagserfahrung unmittelbar gegeben sind. Damit wird Praxis in zweifacher Weise verkürzt:

Die objektive, gesellschaftliche Seite der Praktiken verschwindet und sie wird dem einzelnen Subjekt zugeschlagen. Die erlebte Wirklichkeit wird als äußerer Erfahrungs-Gegenstand des Subjekts gedacht. Das führt umgekehrt dazu, dass die Erfahrung ihren realen Gegenstand verliert, da sie von der Wirklichkeit isoliert bleibt. Obwohl also versucht wird, menschlicher Subjektivität einen Ort in der Erfahrung (zurück)zugeben, wird sie damit zu einem äußerlichen, gehaltlosen Vorgang verkürzt. Sie kann nicht in ihrem Interagieren mit und in der Umwelt, als lebendige Aneignung begriffen werden.

Um die subjektive Perspektivität von Erfahrung einzufangen, werden also lediglich, wie z.B. in der Psychologie, möglichst viele subjektive Einzeldrucke addiert. Dass die subjektive Seite menschlicher Praxis nicht aus der Summe in sich geschlossener Einzelerfahrung besteht, sondern menschliche Praktiken immer gesellschaftlich verwiesen und vermittelt sind, auch wenn sie sich subjektiv vollziehen, bleibt damit unentdeckt. Jede Praktik

vollzieht sich als Aspekt einer historisch-spezifischen Gesellschaftsformation, der bestimmte Formen von Legitimitätsbestimmung und Macht implizit sind.

Der Subjektivismus verliert das Problem der gesellschaftlichen Genese von Praxis aber nicht nur aus dem Blick, sie bleibt ihm sogar unergründlich, da keine Begrifflichkeiten und Denkmöglichkeiten zur Verfügung stehen, analytisch auf sie zuzugreifen.

Deshalb kann der Subjektivismus Vergesellschaftung und Gesellschaftlichkeit nur in den Worten der Theoretiker des Gesellschaftsvertrages darstellen. Sie erscheint als monokausales Ergebnis von Willensentscheidungen rational handelnder autonomer Individuen. Ein Beispiel dieses begrifflichen Mangels bieten für Bourdieu die rationalistischen Handlungstheorien (Rational Choice Theory, Rational Action Theory), die so tun, als ob das betriebswirtschaftliche Kosten-Nutzen-Modell tatsächlich den realen Praktiken entspricht und 'der Mensch an sich' ein rationaler Utilitarist wäre. Bourdieu schreibt diesbezüglich: „Wie kann man übersehen, dass eine Entscheidung, insofern sie überhaupt erfolgt ist und das ihr zugrunde liegende Präferenzsystem nicht nur von allen früheren Entscheidungen des Entscheidenden, sondern auch von den Bedingungen abhängt, unter denen diese Entscheidungen gefällt wurden, also auch von allen Entscheidungen jener, die für ihn, an seiner Statt entschieden haben, indem sie Urteile mit Vorurteilen befrachtet und dadurch seine Urteilsfähigkeit geformt haben.“¹⁵

Da diese Frage nach der Gesellschaftlichkeit der Praktiken ausgespart wird, wird die Unmittelbarkeitserfahrung überhistorisch und zu menschlicher Erfahrung überhaupt stilisiert. Damit wird so getan, also ob der Realitätsausschnitt, der für die jeweilige alltägliche Erfahrung relevant ist, natürlich gegeben wäre. Wird die Primär-Erfahrung aber als zeitlich und örtlich ungebundenes Mensch-Welt-Verhältnis konzipiert, verliert sie vollständig ihre sinnliche Konkretheit. Damit wird gleichzeitig der Charakter menschlicher Praxis als (selbst)verändernde Tätigkeit, ihre Offenheit und Möglichkeit verkannt, was das „Aussetzen des Zweifels hinsichtlich der Möglichkeit, daß die Welt der natürlichen Einstellung auch anders sein könnte“¹⁶ bedeutet.

Ausgehend von Alltagserfahrungen nimmt der Subjektivismus mit deren alltagspraktischer Unmittelbarkeit auch deren Authentizität an. Was aber

¹⁵ Bourdieu 1993: 93

¹⁶ Bourdieu 1976: 151

als Erfahrung subjektiv selektiert, wahrgenommen, eingehegt und umgebaut wird, bleibt unhinterfragt. Es wird so getan, als ob die erlebte Welt für alle gleich und unmittelbar einsehbar wäre. Der Subjektivismus verschüttet damit laut Bourdieu die Fragen „nach der Deckungsgleichheit der objektiven Strukturen mit den einverlebten, welche die für das praktische Erfahren der vertrauten Welt typische Illusion unmittelbaren Verstehens verschafft und zugleich jede Frage nach ihren eigenen Bedingungen der Möglichkeit ausschließt.“¹⁷ Wie sich aber die Wirklichkeit als mehrdimensionale, z.B. klassenwidersprüchliche Sinnstruktur praktisch vollzieht und warum sie eigentlich so evident erscheint, kann vom Subjektivismus nicht erfragt werden.

Gegen den Objektivismus¹⁸ hebt Bourdieu hervor, dass der Subjektivismus zutreffend herausarbeitet, dass die multiphänomenale Alltagssubjektivität der Menschen ein grundlegender Tatbestand gesellschaftlicher Realität ist. Demgegenüber fokussiert der Objektivismus die Wirklichkeit als objektivierte ökonomische, sprachliche oder soziokulturelle etc. Struktur. Diese Herangehensweise ist am Strukturalismus geschult, der nicht das Sprechen, also die Tätigkeit, sondern die Sprache, also ein System objektiver Beziehungen, zum Ausgangspunkt seiner Sozialtheorie macht.¹⁹ Die Sprache (oder wahlweise eine andere Struktur) wird als ein selbst generierendes System betrachtet, dem das Subjekt nur noch als kombinierender Operator der Ordnungselemente dient. Nach Bourdieu ergeben sich alle Schwierigkeiten der objektivistischen Herangehensweise „aus derlei ursprünglicher Spaltung zwischen der Sprache und ihrer Realisierung im Sprechen, d.h. in

¹⁷ Bourdieu 1993: 50

¹⁸ Gemeint ist von Bourdieu z.B. die Linguistik F. de Saussures, die anthropologischen Ethnologie von C. Lévi-Strauss oder den ‚Strukturmarxismus‘ L. Althussers

¹⁹ Kernaspekt des strukturalistischen Diskurses ist das auf Ferdinand de Saussure (1857-1913) zurückgehende Paradigma der „Differentialität“ aller Strukturelemente. Unter Ausblendung der intentionalen Sprecher und der praktischen Generiertheit von Sprache begreift Saussure nur die Sprache als wirklichkeitskonstituierend. Die Sprache fungiert als sich selbst generierendes System von Bedeutungen, die ihrerseits aus der Kombination endlicher Systemelemente hervorgehen. Die Wertigkeit eines Elements ergibt sich folglich aus seiner „Differentialität“, d.h. aus seiner Abgrenzung und Beziehung zu den anderen Systemelementen und wird zum Primären. Bis zum Zweiten Weltkrieg dominierte die Schule Durkheims mit ihrer Lehre vom Zwang der sozialen Tatsachen, denen das Subjekt gesetzmäßig unterworfen und damit erkenntnistheoretisch von sekundärem Interesse ist. Nach dem Niedergang des existentialistischen Humanismus in den 60er Jahren reaktivierte der Strukturalismus das Durkheimsche Motiv des Zwangs der sozialen Tatsachen indem er das Soziale durch das System von Zeichen ersetzt.

der Praxis und auch in der Geschichte“.²⁰ Der Strukturalismus begreift menschliche Praktiken nicht als Relation von Akt, Akteur und Resultat, sondern als Artikulation objektiver Strukturen.

Obwohl Bourdieu den Bruch mit dem Unmittelbarkeitsverständnis des Subjektivismus als notwendig erachtet, muss die Subjektivität der sozialen Akteure in Erfahrung, Wahrnehmung, Interaktion usw. wieder eingeholt werden. Denn ohne die tätigen Subjekte und ihre körperlich-sinnlichen Vollzüge ist die Veränderung und Entwicklung von ›Strukturen‹ nicht zu denken. Nur indem einbezogen wird, dass Strukturen, Institutionen usw. – konkret-historisch – in menschlichen Praktiken vollzogen werden, können diese in ihrer Zweiseitigkeit betrachtet werden: Als effektiv Bestehende und als aktiv Geschaffene. Anstatt den erlebten Sinn als objektiv gemacht zu substituieren, muss das, was im Objektivismus als objektiver Sinn bezeichnet wird in ein praktisches Verhältnis zum Subjekt gebracht werden. Im Objektivismus ist aber gesellschaftliche Entwicklung und Prozesshaftigkeit einseitig ins objektive Sein verlagert. „Statt aus den verschiedenen Praxisformen das generative Prinzip zu entwickeln, indem er sich auf deren Wirkungen selbst einlässt,“ erfasst der Objektivismus Praxis „nur von außen, als faits accomplis“.²¹ Damit konstruiert er die Objekt-Subjekt-Beziehung als einseitige (erzieherische, determinierende usw.) Wirkung der objektiven Welt auf das ausführende Subjekt, als ein Verhältnis von Modell und Ausführung. „In dem Wort Ausführung, das auf einen Befehl oder eine Partitur, allgemeiner noch, auf einen künstlerischen Plan oder Entwurf bezogen wird, verdichtet sich die ganze Philosophie der Praxis und Geschichte der Semiologie als paradigmatischer Form des Objektivismus, der durch Bevorzugung des Konstruktums vor der Materialität praktischer Realisierung die individuelle Praxis, das Tun, die Machart und alles, was im praktischen Moment bezogen auf praktische Zwecke, also durch Stil, Machart und im Extrem durch die Handelnden selbst bestimmt wird, auf die Aktualisierung einer Art ahistorischem Wesen, mithin auf ein Nichts reduziert.“²² Dass die Menschen nicht nur als Operator und Träger objektiver Strukturen fungieren, sondern das gesellschaftliche Leben gleichzeitig in seinen sozialen und kulturellen Formen praktisch gestalten und verändern, gerät damit aus dem Blick. Deshalb ist es dem Objektivismus nicht möglich zu erfassen, wie sich menschliche Gesellschaft im und durch den Einzelnen als doppel-

²⁰ Bourdieu 1993: 62

²¹ Bourdieu 1976: 147

²² Bourdieu 1993: 62

ter Prozess von Verinnerlichung des Äußerlichen und Veräußerlichung des Innerlichen in der Praxis verwirklicht.

Nach der Bourdieuschen Diagnose haben also Subjektivismus und Objektivismus eines gemeinsam: Sie können nicht begreifen, was Praxis eigentlich ist. Diese Gemeinsamkeit ist keineswegs zufällig. Die kritische Pointe der Bourdieuschen Praxeologie ist an dieser Stelle, dass er auf die theoretische Praxis reflektiert, also nicht auf Theorie als bloße Gedankenkonstruktion. Theorie entsteht, wie alle anderen Wirklichkeitsaspekte aus einer bestimmten historisch-spezifischen gesellschaftlichen Praxis und hat praktische Voraussetzungen. Jene basieren z.B. auf dem sozialen Privileg ihrer gesellschaftlichen Position, auf der finanzieller Absicherung und der Freistellung von sozialem Druck, auf einem angemessenen Bildungshintergrund und vor allem auf der Möglichkeit, die Zeit mit dem Entwickeln von Gedanken, Konzepten, Problemlösungen und dem Entwerfen von Modellen verbringen zu können. Theoriebildung ist immer auf das soziale Privileg der *skholè*, angewiesen, (Zitat) „jener freien, von den Zwängen dieser Welt befreiten Zeit, die eine freie, befreite Beziehung zu diesen Zwängen und zur Welt ermöglicht“.²³ All diese praktischen Voraussetzungen werden in der Regel nicht mitreflektiert und verschwinden aus der innertheoretischen aber auch gesellschaftlichen Wahrnehmung. Nach Bourdieu liegt eines der größten Hindernisse für eine angemessene Praxistheorie darin, „dass die Wissenschaftler durch ihre Verbundenheit mit ihrer Wissenschaft (und mit dem sozialen Privileg, das sie ihnen erst ermöglicht, begründet und verschafft) anfällig für die Behauptung werden, ihr häufig um den Preis großer Anstrengung erworbenes Wissen sei dem Alltagsverstand überlegen, oder gar eine Rechtfertigung ihres Privilegs erblicken, anstatt eine wissenschaftliche Erkenntnis der praktischen Erkenntnisweise und der Grenzen hervorzu- bringen, welche der wissenschaftlichen Erkenntnis dadurch gezogen sind, dass sie auf dem Privileg beruht.“²⁴

Die Art und Weise aktueller Theoriebildung erzeugt aber ein bestimmtes theoretisches Selbstverständnis und einen spezifischen Blick, die „scholastische Ansicht“. Der Intellektuelle - nicht als einzelner, sondern als gesellschaftliches Phänomen - versteht sich als reines Geistwesen, das denkt oder entwirft und dabei weitgehend ohne Körper tätig ist. In seinem Selbstbild widmet er sich ohne die niederen Interessen und Zwänge des Alltagsgeschehens der Theoriebildung und agiert als geschichtsloses und

²³ Bourdieu 2001: 7

²⁴ Bourdieu 1993: 55

ungesellschaftliches Einzelwesen. Diese typisch intellektuelle Sozialerfahrung wird dann für die gesamte soziale Praxis verallgemeinert.

Daraus resultiert eine Sichtweise der sozialen Praxis, die intellektualistisch verzerrt ist:

Die von Bourdieu kritisierten Theorien gehen davon aus, dass soziale Praxis als Beobachtungsgegenstand unmittelbar einsehbar und zugänglich wäre: Entweder über die unmittelbaren, authentischen Erfahrungen des unabhängigen, bewusst zweck- und zielgerichteten Subjekts oder über die objektiven, handlungsdeterminierenden Gesellschaftsstrukturen. In dieser Perspektive stellt Praxis weder ein Erkenntnis- noch ein Theorieproblem dar, sondern wird vollständig von der Theorie erfasst und nach Bourdieu zerstört. Sie wird zu einem beobachtbaren Gegenstand, auf den man nur noch die richtige Perspektive gewinnen muss. Dem Theoretiker ist die Rolle des außen stehenden Beobachters zugedacht, der sich – bewusst-willentlich – an einen Ort außerhalb der Praxis begeben kann, außerhalb der eigenen gesellschaftlichen Position, Geschichte, Bildung und der im praktischen Vakuum theoretisiert. Das Modell, das zur Beschreibung der Praxis entworfen wurde, wird dann kurzerhand zur tatsächlichen Grundlage sozialer Praxis erklärt. Strukturen stehen unabhängig von menschlicher Praxis im Raum, den sozialen Akteuren wird unterstellt, sie würden bewusst Normen, Regeln, Gesetze, Erwartungen oder Rollen erfüllen. Der Mensch wird zum ungesellschaftlichen Einzelwesen, mit Vollüberblick über die Welt, zum rational handelnden Akteur, der kalkuliert und Pläne fasst. Die sozialen Praktiken, die sinnlich-körperlichen Vollzüge sozialer Praxis werden nebensächlich und unsichtbar.

*Die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert,
es kömmt drauf an, sie zu verändern.*

Thesen über Feuerbach, 11

Eine Theorie der Praxis als Praxis?

Aus der Bourdieuschen Darstellung wird deutlich: Das, was zumeist Theorie-Praxis-Problem genannt wird, ist eigentlich ein Theorie-Theorie-Problem, d.h. die Theorie widmet sich der „Praxis als Praxis“²⁵ gar nicht, sondern benutzt sie höchstens als Illustration theoretischer Modelle. Mit der Kritik der intellektualistischen Verallgemeinerungen eröffnet Bourdieu den

²⁵ Bourdieu 1993: 97

Blick genau auf das, was die Theorie zur Nebensache erklärt. Gerade in der Abgrenzung zur scholastischen Ansicht tritt die „Logik der Praxis“²⁶, also Praxis in ihrer Eigentümlichkeit – quasi negativ – zu Tage. Worauf ist also nach Bourdieu in der Praxeologie die Aufmerksamkeit zu lenken?

1) *Praxis hat eine spezifische Zeitlichkeit, die praktische Zeit.* Die „praktische Zeit“²⁷ entzieht sich der zeitlichen Verallgemeinerung, Synchronisierung und Totalisierung der scholastischen Ansicht. Der praktische Vollzug ist immer an Subjekt gebunden, dessen Zeitbegriff die „praktische Zeit“ festlegt: Seine Zeit kann mal schnell, mal langsam vergehen. Sie kann aber auch verschiedene zeitlich weit auseinander liegende Sachverhalte oder Ereignisse verbinden. Sie besteht nach Bourdieu „aus Inselchen von inkommensurabler Dauer, die einen bestimmten Rhythmus haben, die je nachdem was man aus ihr macht, d.h. je nach den Funktionen, die sie von der in ihr vollzogenen Handlung übertragen bekommt, rasend schnell oder schleppend vergeht.“²⁸ Da Praxis immer nur als Vollzug gedacht werden kann, ist sie von dieser Zeitlichkeit nicht zu trennen, ohne sie „zu zerstören, indem man ihr die zeitlose Zeit der Wissenschaft überstülpt“.²⁹ Dadurch, dass sich die Praktiken in der Zeit vollziehen, stellen sie sich zwar immer rückblickend als lineare Abfolge dar. Trotzdem nehmen aber die praktisch-tätigen Akteure gleichzeitig verschiedene Dinge wahr. Sie verbinden auch Dinge oder Sachverhalte miteinander, wenn sie weder zeitlich noch räumlich zusammenhängen und ändern deren Reihenfolgen. Im Augenblick des Vollzug ist die Praxis also in ihrem Ausgang offen und unabgeschlossen: Sie könnte potentiell immer auch anders sein.

2) *Praktiken sind körperliche Vollzüge.* Praxis vollzieht sich körperlich und ist ein Leibesgeschehen. Der Leib ist in diesem Sinne kein statischer Raumteil oder ein Funktionsbündel. Er ist nicht zu verwechseln mit einem einzelnen Körper, sondern bezeichnet das Vermögen und die Potentialität aller Körper. Der Leib bezeichnet die Materialität der Praxis. Gleichzeitig ist er die Bedingung, eine Perspektive einnehmen zu können und das Vermögen, etwas wahrzunehmen – Latenz und Potentialität zugleich. Praxis ist nach Bourdieu in ihrem Vollzug unmittelbar „Leibesübung“³⁰, die als Körper und durch den Körper in der Welt verankert ist. In diesem Sinne ist

²⁶ Bourdieu 1993: 148

²⁷ ebd.: 148

²⁸ ebd.: 154

²⁹ ebd.: 148

³⁰ ebd.: 163

Praxis Verkörperung der Welt. Der Leib ist Ort und gleichzeitig Subjekt der Praxis, im Sinne des französischen *sujet*, als gleichzeitig erzeugt und erzeugend, erschaffend und geschaffen.³¹

3) *Praxis steht unter Vollzugszwang und ist distanzlos.* Praktiken sind immer in ein unumkehrbares Ablaufgeschehen eingebunden. Sie sind Teil eines praktischen Entwicklungs- und Reproduktionsprozesses, aus dem sie nicht herausgelöst werden können. Im Gegensatz zur Theorie stehen sie damit unter ständigem Handlungs- bzw. Entscheidungsdruck; Abwarten stellt in diesem Ablauf keine Alternative dar. Das Abwägen und Entscheiden findet immer unter Bedingungen statt, unter denen es gar nicht möglich ist, Distanz zu gewinnen und sich einen weit gehenden Überblick über den gesamten Realitätsausschnitt zu verschaffen, der für die jeweilige Handlung relevant ist. „Das Privileg“ der Theorie, sich und anderen die synoptische Sicht eines gesamten Problemfeldes und der spezifischen Relationen zu gestatten, kommt der Praxis nicht zu. Ihr Spezifikum ist vielmehr, dass sie sich die Fragen, die sich aus der Distanz ergeben, gar nicht stellt und bestimmte Abwägungen über (Un-)Angemessenheit gar nicht vollzieht, sondern immer schon unmittelbar entschieden ist.

4) *Praxis ist unreflektiert, unlogisch und interessengeleitet.* Praxis ist immer schon auf etwas gerichtet und findet in Beziehung zu etwas statt, ohne dabei immer eine bewusste Zielsetzung zu beinhalten. Praxis fungiert nicht begrifflich, sondern begreift nur um zu praktizieren. Reflexion bleibt dem praktischen Streben nach Ergebnis und Ertragsmaximierung untergeordnet. Die Eigenheit der Praxis liegt gerade darin, dass sie logisch widersprüchliche Sachverhalte vereinigt, die auf ganz unterschiedlichen Ebenen liegen, dass sie im Augenblick ihres praktischen Vollzuges für den Akteur trotzdem schlüssig und ökonomisch ist. In ihren Praktiken verfolgen die Subjekte immer bestimmte Strategien. Das heißt der Mensch entwirft unter den jeweiligen gesellschaftlichen Bedingungen (strategisch) Antworten auf die Anforderungen, die ihm begegnen. Er wendet keine Theorie an, sondern *weiss* vielmehr, was er praktisch zu tun hat.

Bourdieu stellt sich nun die Frage, wie das Erzeugungsprinzip aussieht, das Praxis als akteursgebundenen Vollzug in ihrer Zweiseitigkeit zu generieren im Stande ist – als strukturiert und strukturierend, abgeschlossen und offen, routinisiert und unregelmäßig. Dieses generative Prinzip stellt für Bourdieu der Habitus (in seiner Wirkung im sozialen Raum) dar, ein

³¹ Vgl. Merleau-Ponty 1966: 174

„System dauerhafter und übertragbarer Dispositionen“, die als „Erzeugungs- und Ordnungsgrundlage für Praktiken und Vorstellungen“ fungieren und zwar im Sinne einer „Spontanität ohne Wissen und Bewußtsein“.³²

Der Habitus als generatives Prinzip der Praxis: Gleichzeitigkeit von Strukturierung und Strukturiertheit

Die praktisch tätigen Akteure verfügen nach Bourdieu über ein System generativer Strukturen, das unbegrenzt viele Verhaltensweisen, Vorstellungen und Lebensäußerungen erzeugen kann. Dieses Produktionssystem befähigt sie, auf alle überhaupt nur möglichen Situationen zu reagieren und immer wieder neue Ausdrucksformen hervorzubringen, die in zweifacher Weise angemessen sind: bezogen auf die Situation und bezogen auf den Praktizierenden. Sie können also als Routine im Umgang mit der Situation, aber auch als Verhaltensroutine bezeichnet werden. Der Grund für diese Regelmäßigkeit liegt aber nicht daran, dass das Subjekt einfach Regeln befolgt, die von – dem Subjekt äußerlichen – Prozessen oder Strukturen vorgegeben werden. Vielmehr ist das Produktionssystem selbst in einer Weise durch den „praktischen Sinn“ strukturiert, dass es Äußerungen hervorbringt, die mit diesen Regeln übereinstimmen. „Je nachdem ›um was es geht‹, also nach dem Prinzip der stillschweigenden praktischen Relevanz, ›wählt‹ der praktische Sinn bestimmte Objekte oder Handlungen und folglich bestimmte Aspekte aus, indem er diejenigen betont, die ihn etwas angehen oder bestimmen, was er in der jeweiligen Situation zu leisten hat, oder indem er verschiedene Situationen oder Objekte als äquivalent behandelt, und unterscheidet so zwischen relevanten Eigenschaften und irrelevanten.“³³ Damit erhält die praktische Tätigkeit ohne ausdrücklichen Zweckbezug oder bewussten Entschluss und Vorsatz „eine Art objektiver Zweckbestimmtheit“.³⁴ Dennoch ergibt sich der praktische Sinn als das Wissen über gesellschaftliche (In)Korrektheit oder (Nicht)Übereinstimmung mit anderen Subjekten nicht über die bewusste Wahrnehmung hervorgehobener oder weggelassener Aspekte, über Verstandesverarbeitung oder über begriffliches Denken. Er ist eine erfahrungsabhängige Konstruktion, die das Subjekt durch seine gesellschaftliche Tätigkeit und Eingebundenheit von frühester Kindheit an hervorbringt, indem es Klassifikationen, Unterscheidungsprinzipien und Bewertungsschemata inkorporiert. Damit ist die Fä-

³² Bourdieu 1993: 98, 105

³³ ebd.: 163

³⁴ Bourdieu 1981: 169

higkeit mit der sozialen Ordnung übereinstimmende Handlungen zu erzeugen dem sozialen Akteur motorisch-somatisch eingeschrieben. Sie ist zu einer Art zweiten Natur geworden, in der sich gesellschaftliche Strukturen in Körperschemata und -reaktionen verwandelt haben, die wiederum regelhaftes Verhalten hervorbringen. Dieser Kreislaufprozess ist aber nicht zirkulär zu denken, sondern als dynamischer Erzeugungsvorgang.

Lernen und Erfahrung nimmt nicht passiv äußerliche gesellschaftliche Strukturen auf, sondern ist als körperlich-sinnliches Tun und Interagieren in und mit der Umwelt zu verstehen, als praktischer Aneignungsprozess. Der Habitus ist also kein System rein mentaler Vorgänge des Individuums (wie Intention, Erwartung, Haltung), dem der Körper nur als passiver Speicher für „bereitgestellte Gedanken“³⁵ dient. Habitus schlägt sich als inkorporierte Struktur und Geschichte, als objektivierte Erfahrung des Subjekts mit der sozialen Welt also nicht nur im Körper nieder, sondern ist selbst „ein Zustand des Leibes“.³⁶ Gemäß der Funktionsweise lebender Systeme ist er kein abgeschlossenes, feststehendes Handlungsprogramm, sondern er arbeitet aktiv und kreativ, er variiert in seinen Umgehensweisen mit Situationen und erzeugt so eine differenzierte soziale Praxis.

Im Mittelpunkt steht „das Subjekt und seine Produktion von Strukturen, die weder als unveränderlich noch als unabhängig von den Strukturen gedacht werden können.“³⁷ Als gleichzeitig strukturierendes und strukturiertes Prinzip hebt der Habitus die Gegenüberstellung von gesellschaftlichen Strukturen und individuellem Handeln als wechselseitiges, generatives Erzeugungsprinzip vermittelnd auf. Mit Vermittlung ist explizit nicht Zirkularität gemeint. „Es geht vielmehr um Entstehungsprozesse eines Produktionssystems, die sich im Wechselspiel mit gesellschaftlicher Bestätigung und Korrektur in Spiralform immer höher bewegen“³⁸.

Der Habitus als generatives Prinzip: Die Gleichzeitigkeit von routinierter Gesetzmäßigkeit und offener Unregelmäßigkeit

Da Praxis nach Bourdieu „der Ort der Dialektik von *opus operatum* und *modus operandi*, von objektivierten und einverlebten Ergebnissen der his-

³⁵ Bourdieu 1993: 127

³⁶ ebd.: 26

³⁷ Gebauer, Kraus 2002: 33

³⁸ ebd.: 33

torischen Praxis, von Strukturen und Habitusformen“³⁹ ist, ist der Mensch nur als radikal vergesellschaftet zu denken. Deshalb ist nicht nur die Wirkungsweise des Habitus im Akteur als subjektive Seite der Praxis von Bedeutung, sondern auch dessen soziale Eingebettetheit – als die objektive Seite – zu konkretisieren. Bourdieus Ausgangspunkt ist die Analyse der aktuellen Gesellschaft als kapitalistischer Klassengesellschaft. Natürlich kann die Bourdieusche Klassentheorie hier nur angedeutet werden, was aber zum Verständnis unentbehrlich ist: Bourdieu schließt zunächst an Marx an. Er kritisiert ihn dafür, dass er bruchlos von der *Existenz der Klassen in der Theorie* zu ihrer *Existenz in der Praxis* springen und die Realität diesem Modell anpassen würde⁴⁰. Nach Bourdieu sind Klassenverhältnisse als gesellschaftliche Strukturierungsdimension und „objektiver Sinn“ nur real und wirksam, wenn sie durch das praktische Alltagshandeln der Akteure selbst am Leben erhalten werden. Sie müssen in der adäquaten Lebensführung der Menschen erscheinen, die wiederum vom Habitus produziert und generiert wird. Um diese gegenseitige Erzeugung und Erzeugtheit zu fassen, bestimmt Bourdieu den Habitus als etwas, was in den sozialen Raum eingeschrieben ist.

In diesem sich ständig verändernden Raum von Unterschieden, Beziehungen und Kämpfen nehmen die Akteure unterschiedliche soziale Positionen ein. Sie unterscheiden sich in ihrer Ausstattung mit ökonomischem, kulturellem und sozialem Kapital, wobei sich die Unterscheidung auf die Gesamtmenge, die Art des Kapitals und die Kombination der Kapitalarten bezieht. Bourdieu verwendet nicht den Marx’schen Begriff des Kapitals (als einem spezifischen gesellschaftlichen Verhältnis der Produktion), sondern weitet ihn einerseits auf andere Bereiche aus, wie den der Kultur, verengt ihn andererseits auf die Ebene der Distribution und versteht ihn als (Macht)Ressource. Um vorhandene Ressourcen und Positionen findet ein ständiger Kampf statt, der den sozialen Raum zu einem sich ständig verän-

³⁹ Bourdieu 1993: 98

⁴⁰ Kritisiert ist hier die Verflachung der Klassentheorie in marxistischer Tradition. Bei Marx selbst gibt es allerdings keine ausgearbeitete Theorie der Klassen. Zwar gibt es einige Bemerkungen in seinem Frühwerk („kommunistisches Manifest“, „Der 18. Brumaire des Louis Bonaparte“) eine systematische Verbindung seiner Kritik der politischen Ökonomie und einer Theorie der Klassen ist von Marx aber nicht geleistet worden und wäre vermutlich Bestandteil seines ursprünglichen 6-Bücher-Plans für das Kapital gewesen. Bei Marx ist von Klassenverhältnissen als Prozess die Rede, damit wird von vorneherein seine geschichtliche Offenheit deutlich und ist die oft von marxistischer Klassentheorie unterstellte Zielgerichtetheit der Geschichte (Teleologie) ausgeschlossen.

dernden Gebilde macht. Auf Grund der arbeitsteiligen Organisation und Mehrdimensionalität der Gesellschaft differenziert sich der soziale Raum in soziale Felder (Literatur, Finanzwelt, Musik usw.) aus, die in Eigengesetzlichkeit fungieren⁴¹. Auch das soziale Feld ist, wie der soziale Raum, als praxiskonstituiertes Kräftefeld von Konkurrenz und Kämpfen gedacht.

Da die sozialen Akteure aber in ihrer praktischen Tätigkeit und Lebensweise in sozialen Relationen und Beziehungen (von Akteuren oder Akteursgruppen) eingebettet sind, muss nach Bourdieu nicht nur der aktuelle soziale Ort ihrer Sozialpraxis als bereits im Habitus verinnerlichte Eingrenzung einbezogen werden. Vor allem geht es um die Art und Weise der Bewältigung der Distanzen zwischen den sozialen Positionen, wie sie sich zu jedem Zeitpunkt als Ergebnis vorangegangener Auseinandersetzungen herstellen. Bourdieu verwendet dafür die Metapher des Spieles: ein Spiel um Macht und Einfluss, um die Durchsetzung der eigenen Sichtweisen des in dem jeweiligen Feld Möglichen. ›Mitspielen‹ kann nur, wer als prinzipiell gleich anerkannt wird, d.h. Mitspieler müssen sich im entsprechenden Feld professionell bewähren können, aber durchaus nicht die gleiche soziale Position aufweisen. Auch der Habitus, mit dem man in ein soziales Feld eintritt, ist nicht von vorneherein festgelegt. Was der in das Feld Eintretende braucht ist „ein Habitus, der praktisch kompatibel [...] der vor allem formbar sein muss, um sich in einen konformen Habitus konvertieren zu lassen, der, kurz gesagt, kongruent und lernfähig [*docile*], das heißt offen für die Möglichkeit der Restrukturierung ist.“⁴²

In diesem Sinne transformiert der Habitus durch die Verknüpfung der materiellen und symbolischen Sphäre die ökonomischen Unterschiede „in soziale Klassifikationen und prestigedifferenzierende Lebensstile“ und wandelt „das unterschiedliche ›Haben‹ [...] in unterschiedliches ›Sein‹ der Akteure.“⁴³ um. Vermittelt über die inkorporierten Klassifikationsprinzipien und Bewertungsschemata, nehmen Menschen in ihrer sozialen Praxis, Unterscheidungen vor. Güter und Aktivitäten werden in „distinkte und distinktive Zeichen“ umgewandelt, die „Unterschiede aus der *physischen*

⁴¹ Bourdieu verteilt vor allem ökonomistischen Ansätzen eine Absage, die alle Felder auf die Funktionsgesetze des ökonomischen Feldes zurückführen wollen. Dennoch sagt er selbst: „Tatsächlich ist der soziale Raum mehrdimensional, ein offener Komplex relativ autonomer, das heißt aber auch: in mehr oder minder großem Umfang in ihrer Funktionsweise wie ihrem Entwicklungsverlauf dem ökonomischen Produktionsfeld untergeordneter Felder.“ Bourdieu 1985: 31f.

⁴² Bourdieu 1997: 120. Übersetzt b. Gebauer, Kraus 2002

⁴³ Müller 1986: 170

Ordnung der Dinge“ geraten „in die *symbolische* Ordnung signifikanter Unterscheidungen“⁴⁴. Unterscheidungen werden aber nicht nur vorgenommen, sondern Unterschiede auch unmittelbar bewertet. Indem unterschiedliche Praktiken, materielle Ausstattungen und Denkweisen etwas anzeigen, nämlich soziale Unterschiede bzw. die Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder Klasse, erhalten sie ihren sozialen Sinn.

Dieser Sinnstruktur folgen die Aktionen der Spieler. Im Spiel fungieren sie als Regeln. Jeder Mitspieler (Immobilienmakler, Lehrer usw.) muss sie nicht nur beherrschen, er muss sich auch mit ihnen identifizieren und an sie glauben, damit das Spiel, das soziale Feld, funktionsfähig ist. Der unerlässliche Glaube entsteht im Zuge der Teilnahme, die unzählige Akte der Anerkennung und langwierige Lernprozesse beinhaltet. Diese Ansammlung von Einzelakten, Erfahrungen und sinnlichen Eindrücken werden im Habitus zu einem komplexen System zusammengearbeitet und immer wieder in individuell spezifischer Weise modifiziert. Sie bewirkt schließlich, dass die Gesetzmäßigkeit des Feldes sogar zur eigenen Identität gehört. Die Metapher des Spieles gibt nach Bourdieu eine Vorstellung „von dem fast wundersamen Zusammentreffen von Habitus und Feld, von einverleibter und objektivierter Geschichte, das die fast perfekte Vorwegnahme der Zukunft in allen konkreten Spielsituationen ermöglicht. Als Ergebnis der Spielerfahrung [...] sorgt der Sinn für das Spiel dafür, dass dieses für die Spieler subjektiven Sinn, d.h. Bedeutung und Daseinsgrund, aber auch Richtung, Orientierung, Zukunft bekommt. [...] Außerdem objektiven Sinn, weil der Sinn für die wahrscheinliche Zukunft, der sich aus der praktischen Beherrschung der spezifischen Regelmäßigkeit ergibt [...], Grundlage für Praktiken ist, die sinnvoll sind, d.h. in einem verstehbaren Verhältnis zueinander und zu den Bedingungen ihrer Ausführung stehen.“⁴⁵ Demnach verarbeitet und einverleibt der Habitus, was in objektivem und subjektivem Sinn Anschlussfähigkeit an seine bestehende Ausformung beweist. Er eröffnet Handlungspotentiale, die an einen bestimmten Möglichkeitsraum gebunden sind. Andererseits ist dieser komplex strukturierte Sozialraum ein widersprüchliches und konflikthafte Kräfteverhältnis, das sich im Habitus keineswegs in ein bruchloses, harmonisches System ineinander fügt. Wie sich diese Gleichzeitigkeit von routinisierter Gesetzmäßigkeit und offener Unregelmäßigkeit praktisch herstellt, soll im Folgenden an zwei Beispielen gezeigt werden: dem Klassenhabitus und der Möglichkeit des sozialen Aufstiegs.

⁴⁴ Bourdieu 1982: 284

⁴⁵ Bourdieu 1993: 122

Beispiele: Klassenhabitus und die Möglichkeit des sozialen Aufstieges

Bourdieu geht davon aus, dass wesentliche Elemente des Habitus innerhalb einer Klasse übereinstimmen und sich ein klassenspezifischer Habitus ausbildet. Auf symbolischer Ebene manifestiert sich der *Klassenhabitus* im gemeinsamen Geschmack⁴⁶, der sich „als bevorzugtes Merkmal von ›Klassen‹“⁴⁷ anbietet: So ist der „Luxusgeschmack“ der kulturell und ökonomisch dominanten Klassen geprägt von der Distanz zur Not und Notwendigkeit, vom „Primat der Form gegenüber der Funktion, der letzten Endes in der Verleugnung der Funktion mündet“. Dem entgegen steht der „Notwendigkeitsgeschmack“ der einfachen, vor allem bäuerlichen und proletarischen Bevölkerungsschichten. Dieser Gegensatz gliedert alle Bereiche des Geschmacks bis hin zu den „primären Geschmacksnerven“⁴⁸: körperliche Erscheinung, ästhetisches Empfinden, Moralvorstellungen und den Umgang mit Kultur. Die Auseinandersetzungen um den „legitimen“ Geschmack sind zudem sehr gut dazu geeignet, die ständigen Kämpfe um Ressourcen und Positionen im sozialen Raum auf symbolischer Ebene entsprechend auszutragen. Über Geschmack werden aber nicht nur Konflikte ausgetragen, er kann auch vereinen und über gleiche „Geschmacksrichtungen“ Gemeinsamkeiten herstellen. „Dass ein Habitus sich im anderen wiedererkennt, steht am Ursprung der spontanen Wahlverwandtschaften, an denen soziale Übereinstimmung sich orientiert“⁴⁹ und ist damit grundlegend für soziale Gruppen- bzw. Klassenbildung.

Aber nicht nur in aktuellen Sozialpraxen, wie z.B. dem Geschmack, manifestiert sich der Klassenhabitus, sondern auch in Hoffnungen, Erwartungen und Strategien, die auf die Zukunft gerichtet sind und in denen der Klassenethos tief verwurzelt ist. Veranschaulichen lässt sich dies an einem Beispiel: „Der ambitionierte Kleinbürger verrät seinen Ehrgeiz, sich von dem, was gemeinsame Gegenwart ist, loszureißen, darin, daß er sich versagt, – mit den anderen – im Hier und Jetzt zu leben, wenn er nicht überhaupt sein Selbstbild um den Gegensatz zwischen Heim und Café, Enthaltbarkeit

⁴⁶ Bourdieu hat dies sehr ausführlich im Buch „Die feinen Unterschiede“ untersucht. Er dokumentiert klassenspezifischen Sprachgebrauch, Musik- und Kunststilverlieben oder Essgewohnheiten genauso wie das Verhältnis zum eignen Körper oder zu Bildungsinstitutionen.

⁴⁷ Bourdieu 1982: 18

⁴⁸ ebd.: 288

⁴⁹ ebd.: 375

und Unmäßigkeit, und das heißt auch, um den zwischen individuellem Wohl und kollektiver Solidarität aufbaut.“⁵⁰ Das Verhältnis zur Zukunft bestimmt also maßgeblich die Sichtweise der sozialen Welt und die Lebensführung.

Der Habitus produziert aber nicht nur der sozialen Lage bereits angepasstes Verhalten, sondern auch das Annehmen bzw. Sich-Fügen und die Zufriedenheit mit der Situation. „Der Geschmack bewirkt, dass man hat, was man mag, weil man mag, was man hat, nämlich die Eigenschaften und Merkmale, die einem de facto zugeteilt und durch Klassifikation de jure zugewiesen werden.“⁵¹ Klassenhabitus meint also nicht nur, dass er an eine Klasse gebunden ist und deshalb ganz bestimmte Zeithorizonte, Wünsche und Handlungsweisen eröffnet und andere ausschließt. Im Habitus ist vielmehr Klassengeschichte und -erfahrung eingelagert und wirkt weiter. Er führt die Individuen an den für ihre Klassen vorgegebenen Ort im sozialen Raum zurück, womit sie ihrer Klassen weiter verhaftet bleiben. Bleiben also einzelne Klassenindividuen immer an ihrem vorbestimmten Platz oder gibt es eine Möglichkeiten für die Individuen persönlich aufzusteigen?

Bourdieu leugnet keineswegs persönliche Aufstiegschancen und untersucht ausführlich die damit verbundenen Habitusveränderungen, wie sie sich in Auseinandersetzung mit der sozialen Realität und in Interaktion der sozialen Akteure darstellen.⁵² Für die Position im sozialen Raum und die Beziehung zu anderen ist nicht nur die individuell mehr oder weniger ausgeprägte Ausstattung mit Kapital, d.h. die objektive Soziallage bestimmend. Auch die Dimensionen der zukünftig möglichen Laufbahn (z.B. des sozialen Aufstiegs) und der Zeithorizont, die quer zu seiner objektiven Soziallage liegen, stellen eine wichtige Komponente dar.

⁵⁰ Bourdieu 1982: 296

⁵¹ ebd.: 285f.

⁵² Bourdieu stellt zunächst fest, dass sich individueller Aufstieg zumeist im Rahmen der Positionsverlagerung einer ganzen Gruppe im sozialen Raum bewegt. Beispiele sind hier der Anstieg des Lebensstandards arbeitender Bevölkerung in der Zeit lang anhaltender Nachkriegsprosperität, wo diese die Ebene des „Notwendigkeitsgeschmacks“ verlassen und sich ihre Lebensstile vervielfältigt haben. Nennenswert sind außerdem Veränderungen der Wirtschafts- und Berufsstruktur und vor allem die Expansion des Bildungswesens. Im Kontext der Fragestellung soll der individuelle Aufstieg nur als Beispiel der Möglichkeit von Habitusveränderungen und wie diese von statten gehen dienen, deshalb wird dieser Aspekt nicht weiter beleuchtet.

Bourdieu betrachtet z.B. den Kleinbürger: Einerseits dient der ›selbstgenügsame‹ Lebensstil der unteren Klassen dem Kleinbürger als verinnerlichte Negativfolie. Vor allem aber ist die Interaktion mit anderen (Chef, Kollege, Ehefrau...) auf verschiedenen Ebenen auf seinen Aufstiegs- und Veränderungswillen bezogen, wodurch er immer wieder von neuem hergestellt und modifiziert wird. So z.B. schätzt der Chef seine Loyalität, der Kollege konkurriert mit seiner Leistungsfähigkeit, die Ehefrau lobt seinen Fleiß. Zudem entfalten sich im Habitus weiterhin die Bedingungen seiner Entstehung, die dann immer wieder neu überformt und verändert werden. Im Falle des Kleinbürgers nach Bourdieu: Von Abgrenzung, Entsolidarisierung und geschmacklichem Anpassungszwang, von Selbstbeschränkung, Anstrengung und Sorge. Gerade weil der Habitus sich nicht einfach völlig verselbständigt, kann sich im Falle des Kleinbürgers ein Habitus entwickeln, der bestimmt ist durch Selbstbezug und Rücksichtslosigkeit, durch Entsagung unmittelbarer Befriedigung zugunsten zukünftiger Erfüllung, durch Leistungsbereitschaft und Zielstrebigkeit, was den eigenen Aufstieg betrifft. Die Aufstiegsmöglichkeit ist in Denkmustern, Sozialrelationen und Handlungsweisen antizipiert und generiert ein Handeln, das tatsächlich zur Verwirklichung des Antizipierten führt oder führen kann.

Bourdieu geht also davon aus, dass die Sozialwelt und der Zukunftsaspekt des Handelns als Entstehungsbedingungen des Habitus zwar potentiell einen Raum der unbegrenzten Entwicklungs- und Veränderungsmöglichkeiten individueller Praxisvollzüge zur Verfügung stellen, dass diese Entwicklungsbedingungen andererseits wiederum zu ihren Anwendungsbedingungen, also der sozialen Welt und der individuellen Verfasstheit des Habitus in Beziehung gesetzt werden müssen. Daraus ergibt sich, dass innerhalb dieses Möglichkeitshorizontes doch einige Praxisformen wahrscheinlicher – wenn auch nie zwangsläufig – sind und andere unwahrscheinlicher – wenn auch nie unmöglich. Der Habitus und die generierte Praxis sind nach Bourdieu nur als ein lebendiges Wechselverhältnis von Anwendungs- und Erzeugungsbedingungen zu fassen.

Widersprochen werden soll hier der Kritik, das Bourdieusche Habitus-Konzept sei zu statisch, was Veränderung und gesellschaftlichen Wandel begriff. Gerade am Beispiel der Klasse wird deutlich, dass gesellschaftliche Verhältnisse von Widersprüchen, Krisen und Brüchen durchzogen sind. Die Habitus-konstituierenden Lern- und Aneignungsprozesse fügen sich demnach keineswegs zu einem widerspruchsfreien, bruchlosen oder harmonischen System zusammen. Die Fülle der heterogenen Erfahrungen und Reibungspunkte stellen die gesellschaftlich gesetzte Selbstverständlichkeit und

Natürlichkeit der sozialen Ordnung immer wieder in Frage. Dennoch gibt es grundsätzliche individuelle und kollektive Veränderung nur, wenn der Raum des Möglichen mit dem unmöglich Erscheinenden aufgesprengt und Gesellschaft grundlegend anders organisiert wird.

Praxeologie: provisorisch, politisch, parteilich

Bourdieu's Praxeologie ist also keine Theorie im streng wissenschaftlichen Sinne, vielmehr ist sie - wie er selbst sagt - eine „Art *negative*, selbsterstörerisch scheinende[r] *Philosophie*“⁵³. Sein Projekt bekennt sich zu allem, was Wissenschaft vorgibt nicht zu sein:

Sie ist provisorisch, weil es für Bourdieu keine sicheren Standpunkte und theoretischen Fraglosigkeiten geben kann. In der praktischen Praxis-Forschung, die Praxis tatsächlich zum Maßstab der Forschung macht, ist kein Platz für Dogmatismus.

Sie ist politisch, weil er jede gesellschaftliche Tätigkeit also auch die theoretische als per se politisch betrachtet. Sie ist in eine historisch-konkrete Herrschaftskonstellation und Praxisprozess eingebunden, der immer auch anders sein oder gemacht werden kann.

Sie ist parteilich, weil er sich auf die Seite der wirklichen Menschen in ihrer Lebensrealität stellt. Er demontiert und delegitimiert die intellektuelle Arroganz, Ignoranz und Distanz gegenüber der sozialen Praxis.

Philosophen sind Wichtigtuer, da würde er Luis Althusser sicher beipflichten. Emanzipatorische Theorie und Praxis sollte sich als Teil dieses provisorischen, politischen und parteilichen Praxis-Forschungsprojektes begreifen.

„Will die Soziologie mit dem aller Mythologie eigenen Anspruch brechen, den willkürlichen Unterteilungen der gesellschaftlichen Ordnung, insbesondere der Arbeitsteilung, eine vernunftmäßige Begründung zu geben und damit das Problem der Klassifizierung und Rangordnung der Menschen logisch und kosmologisch lösen, hat sie den Kampf um das Monopol auf legitime Repräsentation der Sozialwelt, jenen Kampf der und um Klassifikationssysteme, der Teil jeder Form von Klassenkampf ist [...], zu ihrem ureigensten Gegenstand zu erheben [...]“⁵⁴

Unsere Aufgabe bleibt also, in einer parteilichen Praxisforschung - mitunter unsere eigene - soziale Realität zu begreifen, Möglichkeiten zum ge-

⁵³ Bourdieu 2001: 14

⁵⁴ Bourdieu 1985: 53

sellschaftsverändernden Handeln zu liefern und sich für eine Politik einzusetzen, die sich die Maxime zu Herzen nimmt, „alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist“.⁵⁵

Literatur

Bourdieu, Pierre (1976): Entwurf einer Theorie der Praxis – auf der ethnologischen Grundlage der kabyliischen Gesellschaft, Frankfurt/Main.

– (1981): „Klassenschicksal, individuelles Handeln und das Gesetz der Wahrscheinlichkeit. de/Maldiere, Pascale“ in: Titel und Stelle. Über die Reproduktion sozialer Macht, P. Bourdieu; L. Boltanski; M. Saint Martin (Hg.), Frankfurt/Main, S. 169-226.

– (1982): Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft, Frankfurt/Main.

– (1983): „Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital“ in: Soziale Ungleichheiten, Soziale Welt – Sonderband 2, R. Kreckel (Hg.), Göttingen, S. 183-198.

– (1985): Sozialer Raum und 'Klassen'. Leçon sur la leçon. Zwei Vorlesungen, Frankfurt/Main.

– (1993): Sozialer Sinn, Frankfurt/Main.

– (1997): méditations pascaliennes, Paris.

– (2001): Meditationen – Zur Kritik der scholastischen Vernunft, Frankfurt/Main.

Gebauer, Gunter; Kraus, Beate (2002): Habitus, Bielefeld.

Gramsci, Antonio (1994): Gefängnishefte 10/11, Band 6, Hamburg.

Heidegger, Martin (2006): Sein und Zeit, Tübingen.

Hirschauer, Stefan (2004): „Praktiken und ihre Körper. Über materielle Partizipanden des Tuns.“ in: doing culture – Neue Positionen zum Verhältnis von Kultur und sozialer Praxis, K. H. Hörning; J. Reuter (Hg.), Bielefeld, S. 73-91.

⁵⁵ MEW 1: 385

Leontjew, Alexej N. (1982): „Kapitel 3: Das Problem der Tätigkeit in der Psychologie“ in: *Tätigkeit, Bewusstsein, Persönlichkeit* (erschienen in *Studien zur kritischen Psychologie*), Köln, www.kritischepsychologie.de/texte/al1982kap3.html.

Lutz, Bernd (Hg.) (2003): *Metzler – Philosophen Lexikon*. Bonn.

Makropoulos, Michael (1998): „Modernität als Kontingenzzkultur“ in: *Kontingenz – Poetik und Hermeneutik 12*, G. von Graevenitz; O. Marquard (Hg.), München S. 55-79 www.makropoulos.de.

Marx, Karl; Engels, Friedrich (1956ff.): *Marx-Engels-Werke (MEW)*, Herausgegeben vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin/DDR.

– (MEW 1): „Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung“ in: MEW 1, S. 378-391.

– (MEW 3a): „Die Deutsche Ideologie“ in: MEW 3, S. 13-530.

– (MEW 3b): „I. ad Feuerbach“ in: MEW 3, S. 5-7.

– (MEW 25): „Das Kapital (Band 3)“ in: MEW 25.

– (MEW EB 1): „Ökonomisch-Philosophische Manuskripte aus dem Jahre 1844“ in: MEW Ergänzungsband erster Teil (EB 1), S. 467-588.

Merleau-Ponty, Maurice (1966): *Phänomenologie der Wahrnehmung*, Berlin.

Müller, Hans-Peter (1986): „Kultur, Geschmack und Distinktion“, *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Sonderheft 27.

Müller, Horst (2006): „Der Bogen Feuerbach, Marx, Bloch, Bourdieu. Realismus und Modernität des Praxisdenkens“, in: Ursula Reitemeyer u.a. (Hg.): *Ludwig Feuerbach (1804-1872). Identität und Pluralismus in der globalen Gesellschaft. Ludwig Feuerbach zum 200. Geburtstag*. Münster / New York / München / Berlin, S. 171 - 185

Waldenfels, Bernhard (1992): *Einführung in die Phänomenologie*, München

Produktivkraft der Informatik

Privatisierung = Gegenreform

Wolf Göhring

Die revolutionäre Bedeutung von Informations- und Kommunikationstechnik als besonderer Produktivkraft

„Die Bourgeoisie reißt durch die rasche Verbesserung aller Produktionsinstrumente, durch die unendlich erleichterten Kommunikationen alle, auch die barbarischsten Nationen in die Zivilisation.“

Kommunistisches Manifest

Über vier Dinge wird hier zu schreiben sein: Was sind Produktivkräfte? Was führte zur Informations- und Kommunikationstechnik? Was münzt sie zu einer besonderen Produktivkraft, und welche gesellschaftliche Bedeutung erwächst daraus?

Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse

Die EU-Kommission schrieb 2002 in „Priority Thematic Areas of Research in FP6“ - FP6 steht für 6th Framework Programme: „Information society technologies (IST) are transforming the economy and society“. Die Bundesregierung sieht in ihrem im November 2006 veröffentlichten Förderprogramm „iD2010 Informationsgesellschaft Deutschland 2010“ die Lage so: „Das Bildungssystem steht vor der Herausforderung, die sich ständig verändernden technologischen Entwicklungen und die durch sie induzierten sozio-technischen Veränderungen in die Bildungsprozesse einzubeziehen. Es geht dabei nicht nur um den Computer und das Internet als multimedial didaktisches Mittel oder als Werkzeug, sondern auch um die Veränderungen, die sich mit diesem Werkzeug für unsere Gesellschaft insgesamt ergeben.“¹ Auf einer Webseite² zum „Weltgipfel über die Informationsgesell-

¹ iD2010 Informationsgesellschaft Deutschland 2010, Aktionsprogramm der Bundesregierung 2006, S. 28

² Der Link <http://www.itu.int/wsis/basic/basic02.htm> ist inzwischen outdated. Es hieß dort: “The modern world is undergoing a fundamental transformation as the industrial society that marked the 20th century rapidly gives way to the information society of the 21st century. This dynamic process promises a fundamental change in all aspects of our lives, including knowledge dissemination, social interaction, economic and business practices, political engagement, media, education, health, leisure and entertainment. We are indeed in the midst of a revolution, perhaps the greatest that humanity has ever experienced.”

schaft“, den die UNO im Dezember 2003 in Genf und 2005 in Tunis³ abgehalten hatte, las man von einer „veritablen Revolution“, der „vielleicht wichtigsten der Menschheitsgeschichte“ Wie weit diese auf Dauer gehen könnte, wird den Verantwortlichen dieses Gipfels noch gar nicht klar sein. Dazu Karl Marx: „Die sozialen Verhältnisse sind eng verknüpft mit den Produktivkräften. Mit der Erwerbung neuer Produktivkräfte verändern die Menschen ihre Produktionsweise, und mit der Veränderung der Produktionsweise, der Art, ihren Lebensunterhalt zu gewinnen, verändern sie alle ihre gesellschaftlichen Verhältnisse.“⁴

Ohne neue Produktivkräfte also keine neuen gesellschaftlichen Verhältnisse! Oder anders herum: Ließen sich neue Verhältnisse mit den alten Mitteln schaffen, so hätten die alten Verhältnisse die alten Mittel, die überhaupt zu den alten Verhältnissen geführt hatten, noch gar nicht ausgeschöpft, was kaum glaubhaft erscheint. Doch was führt dazu, dass in den alten Verhältnissen die neuen Mittel geschaffen werden, mit denen das Alte über den Haufen geworfen wird? Also eben doch mit den alten Mitteln neue Mittel und damit neue Verhältnisse? Wir werden uns konkreten Widersprüchen in den „alten“ Verhältnissen zuwenden müssen.

Sicher wird es so sein, dass praktische Unzulänglichkeiten in einer Gesellschaft die Zeitgenossen bewegen, sich anders zu verhalten und Dinge anders zu machen als bislang. Dieses „anders machen“, welches *innerhalb* der kapitalistischen Produktion zur Informations- und Kommunikationstechnik als einer neuen Produktivkraft führt, soll im weiteren untersucht werden.

Ein Grundmuster des Zusammenhangs

Das Grundmuster des Zusammenhangs von Produktivkraft und gesellschaftlichen Verhältnissen kann anhand der vor Jahrtausenden entwickelten Töpferei erläutert werden. Um ein Tongefäß zu schaffen, genügt es nicht, etwas Matsch mit der Hand zu kneten und zu einer rohen Schale zu formen. Das Ding muss eine Weile trocknen, ohne rissig zu werden. Die Kinder dürfen die trocknende Form nicht anschubsen; es darf nicht darauf regnen; die Form muss geschützt unter Dach stehen. Sie ist in einem ausreichend heißen Feuer zu brennen, wofür ein Vorrat an trockenem, festem, nicht morschem Holz anzulegen und die Feuerstelle vorzubereiten waren.

³ Der Gipfel in Tunis war das bisher größte Ereignis der Vereinten Nationen mit etwa 20.000 Teilnehmern.

⁴ Karl Marx: Das Elend der Philosophie, MEW 4, S. 130

Alle diese Regeln und einzelnen Arbeiten greifen ineinander und umspannen Tage, wenn nicht einige Wochen. Die Arbeiten müssen, um erfolgreich zu Ende zu kommen, innerhalb der Gruppe von Menschen, welche die Tonschalen nutzen wollen, beredet werden. Die Arbeiten müssen sich in Worte fassen lassen, die in der Gruppe auf Verständnis stoßen, die zu einem ineinander greifenden, zweckgerichteten Handeln der einzelnen Gruppenmitglieder führen, was wieder auf dem gemeinsamen Selbstverständnis fußt, gebrannte Tonschalen haben zu wollen.

Klassisches Beispiel: Hand- und Dampfmaschine

Der am Beispiel der Töpferei ersichtliche *Zusammenhang von Produkt, Mitteln, Kommunikation, Befähigung und Handeln von Menschen* stellt eine *Produktivkraft* dar. Produktivkraft ist nicht nur das technische Mittel, zum Beispiel der Faustkeil oder der industrielle Fräzroboter. Produktivkraft ist aber auch nicht bloß „der Mensch“. Produktivkraft ist – abstrakt gesprochen – die gesellschaftliche Befähigung oder Praxis, mittels einer bestimmten Technik einen wichtigen Lebensbereich zu gestalten.⁵ Die Neuigkeit einer Produktivkraft besteht nicht in der Vergrößerung oder Vervielfältigung bestehender Mittel, seien es Faustkeile oder Roboter. Es muss sich vielmehr um etwas Typisches handeln, das so noch nicht da gewesen ist. Die weitere Verbreitung neuartiger Mittel bedeutet zunächst die „Erwerbung“ dieser Produktivkraft durch immer mehr Menschen und die damit verbundene Veränderung der Art, ihren Lebensunterhalt zu gewinnen. Wenn eine Produktivkraft für eine neue Produktionsweise konstitutiv geworden ist, dann führt solches „Anwachsen“ nicht schon wieder zu einer neuen Produktionsweise, wie man das in den sogenannten real existierenden sozialistischen Ländern vermeinte. Es kommt auf die wirklich neue Qualität einer Produktivkraft an.

„Die Handmühle ergibt eine Gesellschaft mit Feudalherren, die Dampfmaschine eine Gesellschaft mit industriellen Kapitalisten,“⁶ schrieb Marx, was historisch etwas zu korrigieren ist. Die Handmühle war in der Antike, wäh-

⁵ Dazu auch: "... Technik bezeichnet also nicht nur die vom Menschen gefertigten Gegenstände, sondern auch deren Entstehungs- und Verwendungszusammenhänge und die dafür erforderlichen besonderen Fertigkeiten. Technik ist in diesem Sinne kein isolierter, selbstständiger Bereich, sondern eng mit Wirtschaft, Gesellschaft, Politik und Kultur verflochten." Der Brockhaus in fünfzehn Bänden. F.A. Brockhaus GmbH, Leipzig-Mannheim 1997

⁶ Karl Marx: Das Elend der Philosophie. MEW 4, S. 130

rend der Zeit der Sklaverei verbreitet, wo auch – eingeschränkt – die Wassermühle schon im Gebrauch war und beschrieben wurde.⁷ Die Feudalherren ließen – seit dem 7. Jahrhundert – in größerem Umfang Wasser- und dann auch Windmühlen aufstellen. Dies rationalisierte die tägliche Arbeit der Getreideverarbeitung und gab den Herren ein Mittel in die Hand, in den ihnen gehörigen Mühlen den Zehnten abzuschöpfen. Ohne es zu ahnen oder gar zu wollen, legten diese Feudalherren einen der Grundsteine für die industrielle Revolution, denn mit kleinen technischen Ergänzungen konnten die Mühlen auch Stampf-, Hammer- und Hebewerke antreiben. Die Entwässerung von Poldern, Sümpfen und Bergwerken rückte näher, die mechanische Bearbeitung von Tuchen, Leder, Holz und Roheisen kam in den Blick und wurde nach und nach verwirklicht.

Trotzdem blieben im Feudalismus die tierischen und menschlichen Antriebskräfte die wichtigsten. Worte wie Arbeit und Rabot (slawisch), labor (latein), trepeln (süddeutsch), travail (französisch), travel (englisch), dreideln, Trott, Trotte, drud (russisch) kennzeichneten die schwere körperliche Arbeit, die verrichtet wurde. Mit den Mühlen zeichnete sich ab, wie *die beschränkten Möglichkeiten körperlicher Arbeit* aufzuheben wären. Zwar blieben die Mühlen an Wasserläufe oder windgünstige Standorte gebunden, aber mit der Dampfmaschine wurde diese Schranke aufgehoben und nach kurzem auch deren geringes Energieangebot. Ihre Leistung wurde in Pferdestärken angegeben, um anzuzeigen, wie viele Pferde durch ihren Einsatz ersetzt werden konnten. Antriebstechnisch stand somit der Ausweitung der Produktion von Gütern kaum mehr etwas im Wege. Mit motorgetriebenen Transportmitteln, deren erster Prototyp die „Loko-motive“ war, ließen sich die massenhaft produzierbaren Güter auch massenhaft über weite Strecken schaffen.

In dieser Hinsicht kann man die Antriebstechnik zusammen mit der menschlichen Fähigkeit, sie zu produzieren, in Gang zu setzen und zu verwenden, als eine eigene Produktivkraft ansehen. Ohne diese Produktivkraft, die heute auch Otto-, Diesel- und Elektromotor, Schiffs- und Flugzeugturbine zusammen mit der angetriebenen Maschinerie – Werkbänke, Fließbänder, Roboter, Pumpen, Transportmittel – umfasst, würde den modernen industriellen Kapitalisten ihr wichtigstes Rüstzeug – neben dem Schießzeug⁸ – fehlen.

⁷ Hägermann in: Propyläen Technik Geschichte. Propyläen Verlag, Berlin 1997

⁸ "The invention of firearms, an invention which at first sight seems to be so pernicious, is certainly favourable both to the permanency and to the extension of civiliza-

Dezentraler Zentralismus der industriellen Produktion

Die technischen Antriebskräfte ermöglichten und verlangten (als vorgeschossenes konstantes Kapital) eine wachsende Zentralisierung der Produktion in einzelnen Fabriken. Die Akkumulation von Kapital forcierte die weitere Suche nach vergrößerten Investitionsmöglichkeiten. *Beides, die technische Möglichkeit* einerseits und *der ökonomische Zwang* andererseits brachten größere Produktionsstätten hervor. Die ausgeweitete Produktion machte es wiederum notwendig, die Produkte weiter zu verteilen. Der Supermarkt, umringt von einem Parkplatz, dahinter noch grüne Wiese, das ganze an einer Ausfallstraße gelegen, günstig mit den LKWs der Lieferanten wie mit den Autos der Kunden anzusteuern, ist ein moderner Ausdruck dieser Entwicklung.

Nachdem die Antriebstechnik weit verbreitet und wesentlich für die Produktion geworden war, bedeutete die Vergrößerung der Motoren und Maschinen, die Erhöhung der Stückzahlen sowie die millionenfache Verbesserung von Details keine weitere *neue* Produktivkraft, sondern lediglich ein „Anwachsen“ der vorhandenen, denn es werden zunächst nur Menge und Vielfalt der Produktlinien gesteigert. Dies provoziert jedoch eine enorme Organisationsarbeit, die heute auf die Informations- und Kommunikationstechnik als ihr wichtigstes Mittel zurückgreifen muss und zugleich deren weitere Entwicklung stimuliert.

Doch darin sind bereits – wie damals in der feudalen Wassermühle – *die Keime des Neuen* angelegt. Diese mögen in den Bereichen *Konstruktion, Produktion, Austausch, Reparatur und Recycling* sowie auf dem Feld *gesamtgesellschaftlicher Infrastruktur* eine Reihe von Besonderheiten aufweisen, ranken sich aber alle um die eine Aufgabe, *Zusammenhänge herzustellen*.

Beispiel der Produktion elektronischer Chips

Ein Beispiel: Eine moderne Fabrik für elektronische Chips kostet ca. 2 Milliarden Euro. In ihr sind ca. 50.000 Arbeitsjahre vergegenständlicht. An ihrem Bau beteiligt waren sicherlich mehr als 100.000 Menschen, viele davon mit ineinander verzahnt geplanten Tätigkeiten, andere nur über den Austausch lose daran gekoppelt. Der einzelne Chip wird für durchschnittlich ca. 50 Cent ausgeliefert. Es müssen Milliarden von Chips auf den wenigen

tion.“ (Adam Smith: *Wealth of Nations*. Prometheus Books 1991, p. 471, book v, chap. I, part 1: on the expense of defense)

Hektar der Fabrik produziert und alle auf hunderttausenden von Quadratkilometern zu ihren Verwendungsorten gebracht werden.

Die Chips werden nicht verschenkt, sondern im Austausch gegen Geld weggegeben. Sie sind Waren wie die andern Güter industrieller Produktion. Die Dinge werden in solchen Fabriken nicht mehr zum eigenen, unmittelbaren Unterhalt wie in einer bäuerlichen Familie oder als Tribut für einen Feudalherrn hergestellt, sondern als Waren, die zu tauschen sind.

Mit der Chipfabrik ist es wie mit einer einsamen Salzquelle oder einer Goldader in der Antike, die weitläufigen Handel und Austausch provozierten, jedoch mit einem gewaltigen Unterschied: Goldader und Salzquelle waren naturgegeben, die Fabrik mit der hochzentralisierten Produktion ist selbst ein Produkt menschlicher Tätigkeit. Hinzu kommt, dass viele Fabriken errichtet werden. Die in Fabrik und Maschinerie vergegenständlichte Arbeit wächst im Zuge der Akkumulation von Kapital.

Die Konstruktion der Fabriken, Maschinen und Produkte, die ungeheuer gesteigerte Produktion selbst und der ins riesenhafte gewachsene Transport und Austausch, mittlerweile auch Reparatur und Recycling, ferner die als allgemeine Voraussetzungen erforderlichen gesellschaftlichen Infrastrukturen kommen nicht von alleine zustande, sie müssen organisiert und hergestellt werden. Solche Organisationsarbeit hat von Anbeginn menschliche Tätigkeit begleitet, seien es die Töpferei, die Salzgewinnung oder der Bergbau in einer Erzmine gewesen. *Organisation ist vor allem Kommunikation, mit der die Gesellschaftlichkeit der Arbeit geschaffen wird*, und zwar sowohl in der unmittelbaren Erzeugung der einzelnen Produkte als auch bei deren Verteilung, zum Beispiel durch Austausch unter den Mitgliedern der Gesellschaft, die nicht unmittelbar an dieser Produktion beteiligt waren. Ausdehnung und Ausdifferenzierung der Warenproduktion und steigende Organisationsarbeit führten zu einer Informatisierung, d. h. zur technischen und digitalen Speicherung, Übermittlung und Verarbeitung von Information.

Die Sphäre des Austauschs

Gebrauchsgegenstände werden Waren, weil sie Produkte voneinander *unabhängig betriebener Arbeiten* – Privatarbeiten – sind, wie Marx betont.⁹ Die hierbei aufgehäuften Produkte müssen die Hände wechseln. Man kann sie nur weitergeben für etwas *gleichwertiges*. Das sachliche Kriterium einer gleichwertigen Gegenleistung für das hergestellte und zur Ware gemachte

⁹ Karl Marx: Das Kapital I. MEW 23, S. 87

Produkt bestimmt, wem welche und wieviele Produkte zugute kommen. Diese Versachlichung ist gepaart mit einer *Entfremdung*: Die Produkte werden nicht für persönlichen Gebrauch, sondern im Auftrag des Fabrikeigners und für einen fremden Gebrauch gefertigt. Das Produkt wird den Produzenten entzogen, bleibt nicht ihr Eigentum, es wird abtransportiert. Umgekehrt wird die Produktion dem Erwerber des Produkts fremd und gleichgültig, er tauscht das Produkt eines Fremden ein, auf das er mehr oder weniger zufällig stößt. Im Supermarkt ist die Arbeit Tausender glänzend vertütet, verpackt oder eingedost. Bestenfalls die Chargennummer an der Schachtel verweist noch auf die Arbeitsschicht, die diese Ware produzierte.

Gemeinschaftliche Voraussetzungen der Produktion

Trotz der Realisierung der Produktion in einzelnen voneinander getrennten Einheiten – einzelnen Individuen, kleinen und mittleren Unternehmen oder weltweit operierenden Konzernen – setzt diese Produktionsweise einen verbindenden gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang voraus, und umgekehrt muss diese Produktionsweise diesen Zusammenhang ständig mit reproduzieren. Die unzähligen Austausche sind materielle Vorgänge, sie erfordern die physische Bewegung von Menschen und Dingen. Damit diese Bewegung stattfinden kann, sind beispielsweise Verkehrssysteme wie Straßen, Kanäle, Häfen oder Leitungen erforderlich, die nicht in jener dem Eigentum an den Produktionsmitteln eigentümlichen Isoliertheit gehalten werden dürfen.

Die Bewegung der Menschen und Dinge in Verkehr und Transport ist nicht zeitlos, im Gegenteil, sie ist zeitraubend, und es kann viel geschehen, was dem ganzen Zweck der Bewegung zuwiderläuft: Krankheit, Verderben der Produkte, Unfälle, Katastrophen. Hiergegen ist allgemeingesellschaftliche Vorsorge zu treffen, die wiederum mit den einzelnen Austauschen unmittelbar nichts zu tun hat. Die gesamte um eine Produktivkraft gerankte Produktionsweise wäre ebenso nichts, wenn nicht, wie bereits betont, die Individuen mit einander kommunizieren könnten. Dies setzt eine hinreichend gemeinsame Sprache voraus und entwickelt sie im praktischen Gebrauch zugleich weiter. Die gesellschaftlichen Individuen der Tauschgesellschaft bedürfen geeigneter Mittel der gemeinsamen Verständigung und Bildung. Schließlich bedingt der materielle Charakter aller Vorgänge die Entstehung einer entsprechenden Menge Abfall, bereits bei der Produktion, beim Transport und schließlich nach dem Gebrauch, seien es nun Nahrungsmittel oder technische Produkte wie Konservendosen, Kühlschränke, Baukräne oder Kondome.

So werden die genannten Bereiche des Verkehrs, der Vorsorge, der Bildung und Entsorgung als eine die Gesamtgesellschaft herstellende und begründende Infrastruktur entwickelt. Die wiederum erforderlichen Tätigkeiten zur Reproduktion dieser Infrastruktur umfassen schließlich einen erheblichen Teil der insgesamt in der Gesamtgesellschaft stattfindenden Tätigkeiten.¹⁰ Sie leisten einen wesentlichen, besonderen Beitrag zur gesamtgesellschaftlichen kapitalistischen Reproduktion.¹¹

Gesellschaftlicher Charakter der Arbeits- und Wirtschaftsweise

Trotz der Getrenntheit der Arbeiten, trotz Entfremdung und Versachlichung in den Beziehungen bleibt *die Produktion jedes einzelnen abhängig von der Produktion aller andern*, steht sie im *Zusammenhang* mit deren Tätigkeit: Das eigne Produkt, die eigne Tätigkeit werden nur nützlich, wenn ausgetauscht, wenn fremder, nicht der eigne Bedarf befriedigt wird. Umgekehrt wird der eigne Bedarf durch ein fremdes Produkt befriedigt, das nur im Tausch gegen eignes gewonnen werden kann. Dieser gesellschaftliche Charakter der Tätigkeit, diese gesellschaftliche Form des Produkts und dieser Anteil des Individuums an der gesamtgesellschaftlichen Produktion – auch des produzierten Abfalls, denn das Produkt von heute ist der Müll von morgen – erscheinen in der heutigen, voll entwickelten kapitalistischen Gesellschaft nicht mehr als das persönliche Verhalten der Individuen zueinander, sondern als etwas ihnen Fremdes, Sachliches, als ihr Unterordnen unter Verhältnisse wie beispielsweise die Form der Lohnarbeit, die unabhängig von ihnen bestehen und aus dem Anstoß der gleichgültigen Individuen aufeinander entstehen.¹²

Die *unabhängig voneinander betriebenen, aber als naturwüchsige Glieder der gesellschaftlichen Teilung der Arbeit allseitig voneinander abhängigen Privatarbeiten* werden fortwährend auf ihr gesellschaftlich notwendiges Maß gestutzt, weil in den zufälligen und stets schwankenden Austauschverhältnis-

¹⁰ Horst Müller bezeichnet den fraglichen Bereich als sozialwirtschaftliche Dienste in Abgrenzung zur eigentlichen industriekapitalistischen Warenproduktion, die diesen Sektor klassisch als "faux frais", als geradezu überflüssige Kosten behandelt. Siehe auch Adam Smith, *Wealth of Nations*, Kapitel "On Systems of Political Economy".

¹¹ Meinhardt Creydt verweist auf den vor allem nationalen Charakter dieser Infrastruktur, indem sich die verschiedenen nationalen Strukturen soweit von einander unterscheiden, dass sie der Globalisierung ökonomische Schranken setzen. Ders., *Grenzen der Globalisierung*. In: *Sozialismus*, 33. Jg., Hamburg, H. 9 / 2006, S. 22-26

¹² vgl. Karl Marx, *Grundrisse*. MEW 42, S. 89-92

sen der Produkte die zu deren Produktion gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit von den Austauschenden, ohne dass sie es wissen, gewaltsam wie ein Naturgesetz durchgesetzt wird.¹³ „Nur vermittelt der Entwertung oder Überwertung der Produkte werden die Warenproduzenten mit der Nase darauf gestoßen, was und wieviel davon die Gesellschaft braucht oder nicht braucht,“ schrieb Friedrich Engels.¹⁴

Entwicklung des Weltmarktzusammenhangs

„Im Weltmarkt“, schrieb Marx vor nahezu 150 Jahren, „hat sich der Zusammenhang des einzelnen mit allen, aber auch zugleich die Unabhängigkeit dieses Zusammenhangs von den einzelnen selbst zu einer solchen Höhe entwickelt, daß seine Bildung zugleich schon die Übergangsbedingung aus ihm selbst enthält“.¹⁵ Die Unabhängigkeit des Zusammenhangs von den einzelnen hat insbesondere in den Infrastrukturen des Verkehrs, der Bildung, der Vorsorge und der Entsorgung bereits eine gegenständliche Form erhalten. Insofern weisen diese zwar über die Isoliertheit und Privatheit des Reproduktionsgeschehens hinaus. Sie bieten aber den Individuen der Gesamtgesellschaft noch nicht das Mittel, um ihre Tätigkeiten so untereinander abzustimmen, dass die Unabhängigkeit und Isoliertheit aufgehoben werden könnte. Denn um dies zu bewerkstelligen, muss eine ganz andere und umfangreichere Kommunikation gepflegt werden, als sie jetzt noch stattfindet und mittels der herkömmlichen Infrastruktur stattfinden kann.

Die entscheidende Ergänzung liegt in der Informations- und Kommunikationstechnik und in den darin gespeicherten Informationen. Diese Technik ergänzt die bereits bestehende gegenständliche Form des gesellschaftlichen Zusammenhangs in einer Weise, dass dieser Zusammenhang als gesellschaftlicher, das heißt, von den Individuen unter wechselseitiger Ansprache gestaltbar wird. Diese Technik wird zum Mittel, um den Zusammenhang, in dem jeder Einzelne mit allen andern steht, praktisch und bewusst *ohne Austausch und somit unter Vermeidung des Gegeneinanders* herzustellen. Dies soll im folgenden verdeutlicht werden.¹⁶

¹³ vgl. Karl Marx, Das Kapital Bd. I. MEW 23, S. 89

¹⁴ Friedrich Engels, Vorwort zu „Elend der Philosophie“. MEW 4, S. 566

¹⁵ Karl Marx, Grundrisse. MEW 42, S. 94, 95

¹⁶ Ganz in der Waren produzierenden Gesellschaft befangen schreibt die Bundesregierung: „Das Internet bietet den Menschen einen globalen Kommunikationsraum, der dem elektronischen Waren-, Dienstleistungs- und Wissensaustausch dient.“ Vgl. iD2010, S. 5

Organisierung und Informatisierung von Zusammenhängen

In den Bereichen Konstruktion, Produktion, Austausch, Reparatur und Recycling sowie bei den Infrastrukturen geht es immer wieder darum, Zusammenhänge herzustellen, zu organisieren und im gleichen Atemzug zu informatisieren. Einige Beispiele können verdeutlichen, welche Entwicklungen dadurch ausgelöst werden:

Bei der Konstruktion werden Teilsysteme unter laufender Anpassung zu Systemen gefügt, um eine bestimmte Funktionsweise des Systems zu erreichen. Heute ist der computergestützte Entwurf – computer aided design (CAD) – tragend für diesen Prozess. Unter CAD wird nicht nur die Aufstellung der technischen Zeichnungen am Computer verstanden, sondern dazu gehören auch Modellbildungen, Berechnungen, Simulation eines dynamischen Verhaltens und Auswertungen der Messergebnisse von Erprobungen. Künftig soll beispielsweise ein Jahrzehnte währendes computergestütztes „Wissensmanagement“ großtechnische Anlagen von der Planung bis zum Abriss begleiten.

In der Produktion werden aus dem geplanten Konstrukt die massenhaften Einzelprodukte. Es ist zu organisieren, in welcher Weise Leute, Vorprodukte, Maschinen und Prozesse zusammen kommen sollen. Die Arbeitsorganisation und –vorbereitung, das Zusammenspiel – just-in-time und just-in-line – mit Lagern und Vorlieferanten, englisch: das supply-chain-management, wird computergestützt abgewickelt ebenso wie die Aufwandsrechnung und die Buchhaltung sowie das Einbeziehen technischer und gesetzlicher Regelwerke. Einzelne Weltkonzerne setzen Milliarden Euro ein, um diesen Computereinsatz zu finanzieren. Die Lieferanten solcher Software sind selbst weltweit operierende börsennotierte Unternehmen.

Der Austausch bedeutet Zirkulation von Waren und Geld. Bestellwesen, Lagerhaltung, Logistik und Inkasso sind heute weitgehend computergestützt. Der Zahlungsverkehr zwischen den Banken ist computerisiert, Homebanking wird immer mehr genutzt. Historisch gesehen benötigte der Handel schon immer neben dem eigentlichen Verkehr eine rationelle Kommunikation, eine virtuelle Verbindung des in der Warenproduktion räumlich, zeitlich und persönlich so weit Versetzten. Kein Wunder, dass in der Neuzeit vom Beginn der industriellen Produktion an die Kommunikation selbst industrialisiert wurde. Telegraph, Telefon und Fernschreiber markierten erste Schritte zu einer Informatisierung der Kommunikation, die mit

Internet, World Wide Web und Mobiltelefonie neue Höhepunkte erreicht hat.

Bei Produktion, Gebrauch, Reparatur, Entsorgung, Recycling und Umweltschutz spielt die informationelle Vermittlung eine zunehmende und entscheidende Rolle. Stoff- und Energieflüsse können und müssen mit Bezug auf Produktionsketten, Produktlebenswege, Verwertungsnetze, Branchen und Regionen optimal gestaltet werden.¹⁷ Für die bis zu 2 Millionen stofflichen Zubereitungen, die im europäischen Markt gehandelt werden, erscheint heute ein mehrsprachiges, im Internet zugängliches Stoffinformationssystem im Bereich des Möglichen.¹⁸

Auch die gesellschaftlichen Infrastrukturen sind per se auf Zusammenhänge ausgerichtet, die es aber immer wieder konkret, praktisch herzustellen gilt. In vielen Fällen sind auch nationalstaatliche Grenzen zu überwinden: So soll eine Bahnlinie nicht an der Grenze enden. Die herkömmlichen Infrastrukturen können von den Individuen hierzulande unterschiedlich genutzt werden. Manches ist kostenlos wie der Gang über die Straße oder der Besuch der Grundschule, manches wie ein Personalausweis kostet Gebühren oder eine Zuzahlung wie ein Medikament. Anderes wie elektrische Energie hat seinen gewöhnlichen Marktpreis. Ein aktuelles Beispiel für die zunehmende Vernetzung und informationelle Vermittlung auf dem Feld der Infrastrukturen ist die sogenannte Gesundheitskarte: „Mit der Einführung der elektronischen Gesundheitskarte und dem Aufbau einer Telematik-Infrastruktur werden medizinische Einrichtungen – von der Arztpraxis bis zum Krankenhaus – künftig schneller und sicherer miteinander kommunizieren“.¹⁹

Bei den beispielhaft angesprochenen Zusammenhängen handelt es sich teils um technische, physikalische oder chemische, also solche, die deshalb bestehen, weil Produktion und Reproduktion immer eine Auseinandersetzung mit Stoff ist. Teils sind es Zusammenhänge, die nur deshalb bestehen, weil die Produktion gesellschaftlich ist und der Zusammenhang innerhalb der gesamten Weltgesellschaft durch Austausch, durch die reale Zirkulation von Waren und Geld zu organisieren ist. Die Komplexität der Zusammenhänge wird beispielsweise deutlich, wenn nationale, umlagefinanzierte Vorsorgesysteme, aus der früheren Armenfürsorge der Gemeinden entstanden, auf globale Maßstäbe getrimmt werden, indem sie „privatisiert“

¹⁷ vgl. Hilty

¹⁸ vgl. Herrmann

¹⁹ vgl. iD2010, S.26

werden: Die benötigten Einkommensteile werden nicht mehr nur national, sondern auch auf den globalen Finanzmärkten aufgebracht.

Insgesamt zeigt sich, dass die praktisch überall eingesetzte Informations- und Kommunikationstechnik globaler Standards bedarf. Die ITU zielt deshalb darauf ab, "to continue to provide a unique, worldwide venue for industry and government to work together to foster the development and use of open, interoperable and non-discriminatory standards which are both demand-driven and sensitive to the needs of users".²⁰

Sprache, Schrift und das Neue an der Informations- und Kommunikationstechnik

Um vor Erfindung der Schrift das Zusammenspiel der wenigen Teile eines Geräts, zum Beispiel der Töpferscheibe zu erläutern, musste es genügen, das Gerät in Betrieb zu setzen, die Handgriffe vorzumachen und darüber zu reden. Der notwendige Zusammenhang einzelner Arbeiten wurde im Gespräch hergestellt. Werden Gemeinwesen größer und Aufgaben vielschichtiger, so ist der unmittelbare Kontakt *aller* Beteiligten kaum oder nicht mehr möglich. Reden alleine genügt dann nicht mehr. Ein gleiches gilt für die gesamtgesellschaftlichen Infrastrukturen, die den Austausch in dieser Gesamtgesellschaft ermöglichen sollen. Die Schrift wird benötigt, um losgelöst vom Individuum und den dargestellten Gegenständen Zusammenhänge gegenständlich und doch nur wie ein leicht zu erfassendes Spiegelbild vermitteln zu können.

Die dargestellten Zusammenhänge müssen allerdings nach wie vor beredet und beispielhaft tätig erlebt werden, um sie begreifen und bewusst gestalten zu können, wie jeder aus eigener Erfahrung weiß. Die vorliegenden Spiegelbilder erscheinen zunächst nur als eine Ansammlung von Daten, gleichgültig in welcher Form man sie antrifft. Die gesellschaftlich vermittelte individuelle Fähigkeit, sie zu „lesen“, sie formell zu entziffern, macht daraus Information. Wenn das Individuum sie schließlich im eigenen gesellschaftlichen Lebenszusammenhang umzusetzen vermag, wenn es sich mittels solcher Information mit den anderen Mitgliedern der Gesellschaft ins Benehmen setzen kann, dann ist aus der Information Wissen geworden.

²⁰ Vollversammlung der ITU 2006, Daily Highlights No. 6, 13 Nov. 2006. <http://www.itu.int/plenipotentiary/2006/newsroom/highlights/13.html> (20.03.2007)

Mit dem Anwachsen der Warenproduktion und den entsprechenden Formen des Wirtschafts- und Gesellschaftslebens ist eine spezifische Situation entstanden, die bereits Marx zu fassen suchte. Die Entfremdung in der Warenproduktion einerseits, bemerkt Marx, und der gesellschaftliche Zusammenhang andererseits bilden einen Widerspruch und „so wird gleichzeitig mit der Entwicklung dieser Entfremdung und auf ihrem eignen Boden versucht, sie aufzuheben: Preislisten, Wechselkurse, Verbindungen der Handelstreibenden untereinander durch Briefe, Telegraphen etc. – die Kommunikationsmittel wachsen natürlich gleichzeitig – worin jeder einzelne sich Auskunft über die Tätigkeit aller andren verschafft und seine eigne danach auszugleichen sucht. D. h., obgleich die Nachfrage und Zufuhr aller von allen unabhängig vor sich geht, so sucht sich jeder über den Stand der allgemeinen Nachfrage und Zufuhr zu unterrichten; und dies Wissen wirkt dann wieder praktisch auf sie ein.“²¹.

Als Marx diese Zeilen notierte, waren in den sich industrialisierenden Ländern die Postsysteme im Begriff, durch Telegraphen ergänzt zu werden. Vor dem ersten Atlantikkabel lag die „Schleifenlaufzeit“ für eine Anfrage über „den großen Teich“ und die zugehörige Antwort bei mehreren Monaten, danach bei einigen Stunden. Heute liegt sie bei Telefonie über einen geostationären Satelliten bei einer nicht mehr unterbietbaren halben Sekunde. Mit einem bequem tragbaren Gerät kann heute der Gipfelstürmer auf dem Nanga Parbat im Überschwang seiner Gefühle life mit seiner Oma in Posemuckel plaudern.

Die zugrunde liegende moderne Kommunikationstechnik ist rein äußerlich eine Infrastruktur wie eine Straße oder Bahnlinie. Sie reicht grundsätzlich überall hin: Als Glaskabel längs jeder Straße, Bahnlinie, Pipeline oder Stromtrasse, gleichgültig wo auf der Welt. Die Festnetze werden durch Mobilfunknetze ergänzt. Jede Information kann transportiert werden, gleichgültig ob sie bereits computergestützt durch Eintippen oder als grafisches Objekt erzeugt oder ob sie nachträglich, sei es Text, seien es Bilder, Sprache oder Musik, digitalisiert wurden.

Die Informationen, die für jedwede Organisationsarbeit benötigt werden, müssen nicht mehr ausschließlich mit der Hand und auf Papier zusammengeführt werden. Digitalisiert sind sie überall, zu jeder und in kürzester Zeit für jedermann verfügbar, der sich wiederum mit jedermann darüber austauschen und auf jede Angelegenheit eingehen kann. „The importance of ICT“, d.h. information and communication technologies, “for development

²¹ Karl Marx, Grundrisse. MEW Bd. 42, S. 94

lies not so much in the size of the ICT sector itself as in the fact that the widespread use of these technologies enables people and organizations across the whole spectrum of social activities to work much more effectively.”²²

Für den Austausch produzierend ist die Gesellschaft keine Wissensgesellschaft

Die Technisierung von Information und Kommunikation ergänzt Mündliches, Fernmündliches und Schriftliches. Es lässt sich auf die Situation bezogen über weite Entfernungen fast so kommunizieren, als spräche man miteinander. Die Kommunikation kann hierbei so nachvollziehbar, so umfassend und so detailbezogen gestaltet werden, als würde man schriftliche Dokumente austauschen, die leicht kopierbar und jedem zustellbar sind. Diese neue Technik ermöglicht *weltweit* eine Gesellschaft, *in der sich jedes Individuum frei und unterschiedslos über jeden Sachverhalt informieren kann*. Es kann jeden Sachverhalt, den es kennt, allgemein zugänglich darstellen, mit jedem darüber kommunizieren und sein gesamtes Verhalten entsprechend einrichten. Eine solche Gesellschaft – wäre sie verwirklicht – würde den Begriff *Wissensgesellschaft* verdienen. Im Bericht der ITU zum Weltgipfel der Informationsgesellschaft heißt es oberflächlich gesehen ganz ähnlich: „The World Summit on the Information Society made a strong commitment towards building a people-centred, inclusive and development-oriented Information Society for all1, where people can access and utilize information and knowledge.“²³

Bei genauerem Hinsehen ist aber die Informationsgesellschaft der ITU eine Einbahnstraße: Jeder soll Zugang zu Information haben. Aber die Möglichkeit, selbständig und selbstbewusst Information präsentieren und mit jedem über jede Angelegenheit, vor allem über die Produktion, kommunizieren zu können, wird nicht erwähnt. Diese Möglichkeit liegt kaum im Blick der Herrschenden, aber sie werden über kurz oder lang damit konfrontiert werden, denn die Technik gibt dies her. Ihr beständiger Gebrauch wird es nahelegen.²⁴

²² vgl. UNCTAD, S. 4

²³ vgl. ITU: WISR 2006, S. 95

²⁴ Ein Aufscheinen dieser Entwicklung darf darin gesehen werden, dass bei der „Internet Governance“ und bei der ITU die „Zivilgesellschaft“ mittlerweile neben den Regierungen und der Industrie als Partner akzeptiert ist.

Wir leben in einer Gesellschaft, die in abgegrenzten Einheiten, zwischen denen nur nach besonderer Erlaubnis durch ihre Besitzer kommuniziert werden darf, für den Austausch produziert. Beim Austausch der milliardenfach als Waren produzierten Güter lässt sich nicht mehr *gezielt* auf die wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Bedürfnisse sowie auf den Erhalt künftiger Möglichkeiten eingehen, denn es sind Fakten geschaffen: die Produkte sind, wie sie sind; die Ressourcen sind verbraucht; die Abfälle sind in der Welt. Erst jetzt stellt sich heraus, ob die *getane* Arbeit für andre nützlich und daher fremde Bedürfnisse befriedigt. Für den Austausch produzierend überlässt sich jedes Individuum einer „invisible hand to promote an end which was no part of his intention“²⁵, eine Haltung in scharfem Gegensatz zu den Möglichkeiten einer Wissensgesellschaft. Bereits Marx hat auf die grundsätzliche Wissenslücke und deren ideologische Folgen verwiesen, die im Austausch unabhängig voneinander, „privat“ produzierter Güter liegen: „Da die Produzenten erst in gesellschaftlichen Kontakt treten durch den Austausch ihrer Arbeitsprodukte, erscheinen auch die spezifisch gesellschaftlichen Charaktere ihrer Privatarbeiten erst innerhalb dieses Austauschs.“ Im Austausch werden den Individuen „die gesellschaftlichen Charaktere ihrer eignen Arbeit als gegenständliche Charaktere der Arbeitsprodukte selbst ... zurückgespiegelt, daher auch das gesellschaftliche Verhältnis der Produzenten zur Gesamtarbeit als ein außer ihnen bestehendes Verhältnis von Gegenständen.“²⁶.

Die kapitalistische Gesellschaft muss die Produktion von Gütern und deren Austausch als Waren bis zum scheinbaren Geht-Nicht-Mehr ausdehnen. Dabei hält sie einerseits die verdrehte Sicht aufrecht, so als wäre „das gesellschaftliche Verhältnis der Produzenten zur Gesamtarbeit ein außer ihnen bestehendes Verhältnis von Gegenständen“. Andererseits hätte sie allein unter dieser verdrehten Sicht, ohne eine zunehmend erforderliche Organisationsarbeit zu leisten, die Warenproduktion kaum derartig steigern können. Die kapitalistische Produktion muss daher jene Verkehrung mit allen Mitteln wieder richtig stellen, obwohl sie diese verkehrte Sicht gleichzeitig und fortwährend reproduziert: Das Mittel, das sie zur Korrektur der Verdrehung liefern musste und tatsächlich liefert, ist die Informations- und Kommunikationstechnik. Oder knapp gefasst: Der Widerspruch von Zusammenhang und Entfremdung, auf den Marx in den „Grundrissen“ ver-

²⁵ Adam Smith: Wealth of Nations, 1776

²⁶ Karl Marx: Das Kapital Bd. I. MEW 23, S. 86, 87

wiesen hat²⁷, brachte die Informations- und Kommunikationstechnik hervor.

Diese Technik wird selbstredend als Ware produziert und ist als Ware so weit wie irgend möglich zu verbreiten: In jeden Winkel der Erde und in Jedermanns Hände (s. a. unten: Die weitere dialektische Entwicklung). Diese Technik birgt in besonderer Weise den aufgezeigten Widerspruch: Überall, wo sie eingesetzt wird, vermag sie *ganz ihrem Zweck, ihrem Gebrauchswert gemäß, aber ganz im Gegensatz zu ihrem eigenen Warencharakter* den Individuen „die gesellschaftlichen Charaktere ihrer eignen Arbeit“ als solche wieder zurückzuspiegeln, indem sie von den Individuen in der beschriebenen Weise in der Organisationsarbeit eingesetzt wird.

Marx hat im Abschnitt über den „Fetischcharakter der Ware und sein Geheimnis“ im „Kapital“ den verkehrten Schein aufgedeckt, den die Warenform der Produkte erzeugt. Er entwickelt dort nicht, dass der industrielle Kapitalist selbst gezwungen ist, diesen verkehrten Schein zumindest ein Stück weit wieder aufzuheben, da sich sonst die materielle, technische und *personelle* Seite von Produktion und Austausch überhaupt nicht organisieren ließe. Er hat schließlich das Ergebnis der oben beschriebenen Entwicklung schon vor nahezu 150 Jahren benannt, ohne jedoch die entstehende und über die kapitalistische Produktionsweise hinausführende Produktivkraft konkret benennen zu können: „Die Gestalt des gesellschaftlichen Lebensprozesses, d. h. des materiellen Produktionsprozesses, streift nur ihren mystischen Nebelschleier ab, sobald sie als Produkt frei vergesellschafteter Menschen unter deren bewußter planmäßiger Kontrolle steht. Dazu ist jedoch eine materielle Grundlage der Gesellschaft erheischt oder eine Reihe materieller Existenzbedingungen, welche selbst wieder das naturwüchsige Produkt einer langen und qualvollen Entwicklungsgeschichte sind.“²⁸ Die Informations- und Kommunikationstechnik dürfte sich als das naturwüchsige Produkt einer ebenso langen wie qualvollen Entwicklung, als die materielle Grundlage erweisen, *vermöge derer* wir den weltweit verflochtenen gesellschaftlichen Lebensprozess *bewusst* gestalten, indem wir die bestehenden Bedürfnisse sozial und ökologisch tragfähig befriedigen und die Möglichkeiten künftiger Generationen bewahren.

Gestützt auf diese Technik lässt sich das Wissen um diese Bedürfnisse und Möglichkeiten gewinnen und jederzeit und überall in Produktion und Konsumtion verwenden. Jedes Individuum kann nicht nur seine eigenen

²⁷ Grundrisse, S. 89–96

²⁸ Das Kapital Bd. I. MEW 23, S. 85–98 (Zitat S. 94)

Bedürfnisse, sondern auch vieler anderer, aber nicht aller kennen, um sein eigenes Tun – Produzieren und Konsumieren – gemeinsam mit anderen abzustimmen. In der Wissensgesellschaft würden wir Menschen uns solcherart „frei vergesellschaften“ und dadurch die gesellschaftliche Produktion als ein „gemeinsames Vermögen handhaben“²⁹. Wir würden den „mystischen Nebelschleier“ des materiellen Produktionsprozesses, der in der unabhängig voneinander vorgehenden, privaten Produktion begründet ist, abstreifen und zugleich die Warenform der Produkte und deren Austausch aufheben.

Schranken der Entwicklung der Wissensgesellschaft

Drei wichtige Schranken bestehen, wenn es heute um die skizzierte neuartige Nutzung der Informations- und Kommunikationstechnik, um die weltweite Wissensgesellschaft geht. Die eine ist in den Fähigkeiten der Individuen begründet, die zweite in der Ideologie der heutigen Gesellschaft, die dritte in der Ökonomie.

Jedes Individuum kann nur beschränkt Information aufnehmen, intellektuell umsetzen und wissentlich-willentlich tätig werden. Mit der Informations- und Kommunikationstechnik können die Individuen *nicht mehr*, sondern nur *anders* kommunizieren. Sie können mit jedem zu jeder Frage Kontakt aufnehmen, aber nicht mit allen über alles kommunizieren. Sie können von jedem angesprochen werden, aber nicht auf alles eingehen. *Dieser Widerspruch in der Wissensgesellschaft wird unaufhebbar sein und deren innere Dynamik ausmachen. Er ist jedoch von anderer Art als der in der kapitalistischen Gesellschaft bestehende. Dabei handelt es sich um eine systembedingte Kommunikationsarmut oder gar Kommunikationslosigkeit.*

In der Formulierung „Products and services are still hard to use“³⁰ deutet man in der EU-Kommission ein ganz klein wenig das Problem an, dass ein Individuum nur beschränkt kommunizieren kann, vertieft es aber nur im Hinblick auf ältere oder behinderte Menschen. Das generelle Problem wird noch nicht ins Auge gefasst. Ein weiteres Problem liegt in mangelnder Bildung und Schulung für den Umgang mit dieser Technik und schließlich auch im Analphabetismus, der vor allem in unterentwickelten Länder verbreitet ist. Im Jahr 2000 waren laut UNESCO 21 % der erwachsenen Weltbe-

²⁹ Grundrisse, S. 92

³⁰ vgl. Research in FP6, S. 6

völkerung Analphabeten. „Therefore, education and training are fundamental to the widespread and effective use of new technologies.“³¹

Die bestehende ideologische Schranke wird in offiziellen Papieren nicht angesprochen. Sie scheint nicht vorhanden zu sein, spielt aber praktisch immer wieder herein: Entwickler und Wissenschaftler scheuen sich vor Gebrauchsformen dieser Technik, die daran rütteln würden. Indirekt aber wird diese Schranke angegriffen. So heißt es in dem EU-Text: „Computers and networks will be integrated into everyday environment. ... This vision of ‚ambient intelligence‘ places the user, the individual, at the centre of future developments for an inclusive knowledge-based society for all.“ Und weiter: „Work on *electronic and mobile commerce* ... will include anytime-anywhere trading, collaboration, workflow, and electronic services. ... *eWork systems* will focus on ... extending work opportunities to all in local communities. ... *eLearning* will focus on personalised access to, and delivery of, learning as well as on advanced learning environments at school, university, in the *workplace* and in lifelong learning in general.“ Schließlich: „Work will also address technologies for *multilingual and multicultural access and communication* that support timely and cost effective provisions of interactive information-rich services meeting the personal, professional and business requirements of all members of linguistically and culturally diverse communities.“³²

Die EU-Kommission möchte das Individuum ins Zentrum der Entwicklung einer Wissensgesellschaft „für alle“ rücken. Im Grunde attackiert in dem EU-Text die kapitalistische Gesellschaft - mit Schlagworten wie Kooperation, sich ausweitenden Arbeitsmöglichkeiten sowie lebenslanges Lernen für jedermann zu jeder Zeit und an jedem Ort - ihre eigenen ideologischen Schranken.

Die dritte Schranke ist ökonomischer Art: Man möchte, aber man hat die Mittel nicht. Während in den entwickelten Ländern bereits 40 % der Bevölkerung das Internet nutzt, fällt dieser Anteil in Afrika auf gegenwärtig unter 1 %. In der Zeit von 1990 bis 2001 hatten etwa 500.000 Millionen Menschen Zugang zum Internet und zu PCs gefunden. Das erscheint als ein gewaltiges Entwicklungstempo. Setzte es sich fort, so würde es trotzdem das Zehnfache dieser Spanne, also noch etwa hundert Jahre dauern, bis alle heute lebenden 6 Milliarden Menschen die gleichen Möglichkeiten hätten.

³¹ vgl. UNCTAD, S. 9

³² vgl. Research in FP6, S. 6-11, Hervorhebungen im Original

„The ‚digital divide‘ is widening within Europe and across the world“ heißt es bei der EU.³³

Dieses „digital divide“, wo heute 80–90 % der Menschheit keinen Zugang zu Computer und Internet haben, bewegt die Branche: einmal weil es der Gegenbeweis zum scheinbaren Siegeszug der neuen elektronischen Technik zu sein scheint, zum andern weil sich dort riesige, noch unerschlossene Märkte zeigen. Ende 2004 gab es in den USA eine Konferenz, betitelt „Making Profits with the Poor“, unter anderem von Microsoft gesponsert. Die Branche ist sich einig, diesen Markt mit 100-Dollar-Laptops erobern zu wollen. Im Unterschied dazu heißt es für den europäischen Markt: „The IST sector is now one the most important of the economy, with an annual turnover of EUR 2000 billion (2000 Milliarden Euro), providing employment for more than 12 million people in Europe.“ Weiter: The e-Europe Action Plan „aims to increase innovation and competitiveness in European businesses and industry and to contribute to greater benefits for all European citizens.“ Die für angeblich *alle* Bürger versprochenen Wohltaten sind für die EU natürlich nur in kapitalistischem Rahmen denkbar. Die angestoßene Entwicklung weist jedoch darüber hinaus.

Die Privatheit vernetzen ohne sie zu vernetzen?

Dem Ziel der EU, die Wettbewerbsfähigkeit der eigenen Industrie zu verbessern und den Wohlstand aller ihrer Bürger zu erhöhen, haben sich ebenso die USA, Japan und die andern Regionen der Welt verschrieben. Über die zu erwartenden Kollisionen im Wettbewerb schweigen sich offizielle Texte aber aus. Kofi Annan hebt im Vorwort zum UNCTAD-Report über „E-commerce and Development“ nur die „noch nie dagewesenen Möglichkeiten“ hervor: „For developing countries, the digital revolution offers unprecedented opportunities for economic growth and development, as entrepreneurs from Bangalore to Guadalajara to Dakar will testify“. Der Report verdiene größte Aufmerksamkeit „as a contribution to our collective efforts to unite the great promise of ICT with the needs of the poor“, meint Annan.³⁴

Die deutsche Bundesregierung möchte ihrerseits Deutschland als Gewinner im Wettbewerb sehen: „Die Chancen der deutschen Wirtschaft, die Herausforderungen der Globalisierung und der Informationsgesellschaft zu bestehen, hängen entscheidend von der Nutzung der modernen Informati-

³³ vgl. Research in FP6, S. 6

³⁴ Mehr dazu im UNCTAD-Report, Einleitung S. 1-21

onstechniken in ihren Geschäftsprozessen ab (...). Ziel muss es sein, digitale Techniken auf möglichst breiter Front in der gesamten Wirtschaft, und insbesondere auch im Mittelstand, zur Anwendung zu bringen.“³⁵ Im Hinblick auf den elektronischen Personalausweis notiert die Regierung: „Deutschland ist Vorreiter bei der Einführung des elektronischen Reisepasses (ePass) in der EU. Der deutsche ePass speichert das Passfoto des Inhabers als biometrisches Merkmal in einem Chip. Ab 2007 sollen zusätzlich zwei Fingerabdrücke gespeichert werden. Diesen auch über die Grenzen der EU hinaus anerkannten Vorsprung in der Dokumenten-, Biometrie- und Chiptechnologie gilt es zu sichern und auszubauen. Die Bundesregierung wird daher nicht zuletzt im Interesse der inneren Sicherheit weiter die Anwendung der Biometrie aktiv unterstützen“.³⁶

Die Mehrzahl der Aktivitäten in iD2010 zielen darauf hin, die private, isolierte, von einander unabhängige Produktion zu vernetzen, *ohne* dass man ideologisch und praktisch diese Privatheit aufgeben will. So treibt sich dieser Versuch, die Privatheit zu vernetzen, ohne sie zu vernetzen, solange weiter, wie die Privatheit nicht wirklich vernetzt ist, nicht aufgehoben, nicht untergegangen ist. Wie die aktuelle Sicherheitsdebatte zeigt, werden die Individuen eher an die Leine genommen, als dass ihnen der Freiraum eröffnet wird, sich hinsichtlich des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens übergreifend und durchdringend so zu vernetzen, dass sie ihr produktives Vermögen gemeinschaftlich und selbstbewusst verausgaben könnten.

Eine dialektisch weitertreibende Entwicklung

Die von den Privatiers letztlich nicht wirklich realisierbare Vernetzung der Privatheit ist ein Ausdruck jener kapitalökonomisch und von der Konkurrenz getriebenen Dialektik. Sie ist nur ein anderes Moment jener Dialektik, die im Zusammenhang der anwachsenden Organisationsarbeit die Informations- und Kommunikationstechnik hervorbrachte. Das Kapitalverhältnis erzeugt in der Informations- und Kommunikationstechnik schließlich ein die Reproduktion der Zusammenhänge *nach Form und Inhalt* reflektierendes Produkt. Die im Kapitalverhältnis sonst nur als verkehrter Schein sichtbaren Zusammenhänge werden damit praktisch handhabbar und be-

³⁵ iD2010, S. 17, 18

³⁶ vgl. iD2010, S. 35. Die Bundesregierung macht auf diese Art die Terrorabwehr zum Geschäftsmodell der deutschen Chipkartenindustrie, in deren Spitzen auch der frühere Bundesinnenminister Otto Schily angekommen ist.

wusst gestaltbar. So beginnt die Informations- und Kommunikationstechnik den Rang einer geschichtlich neuen Produktivkraft zu gewinnen.³⁷

Das dem Prozess zugrunde liegende Kapitalverhältnis wird seine beherrschende Rolle verlieren, wenn jene Isolierung, die überhaupt erst den Austausch provoziert, verschwunden ist. „Statt einer Teilung der Arbeit, die in dem Austausch von Tauschwerten sich notwendig erzeugt, fände eine Organisation der Arbeit statt, die den Anteil des einzelnen an der gemeinschaftlichen Konsumtion zur Folge hat (...). Die Teilnahme an der Produktenwelt, an der Konsumtion, ist nicht durch den Austausch voneinander unabhängiger Arbeiten oder Arbeitsprodukte vermittelt. Er ist vermittelt durch die gesellschaftlichen Produktionsbedingungen, innerhalb derer das Individuum tätig ist.“³⁸ Hier stellen die gesellschaftlichen Individuen ihren Zusammenhang nicht nachträglich und in grundsätzlich beschränkter Weise her, sondern bewusst, vorsätzlich und von Anfang an und produzieren innerhalb dieses Zusammenhangs. Wenn die Organisationsarbeit dann selbst schon eine gemeinschaftliche Tätigkeit ist, wird zugleich auch ihre handgreifliche Arbeit zu einer von vorneherein gemeinsamen Tätigkeit.

Das aktuelle Drama

Die aufgewiesene Entwicklung der Informations- und Kommunikationstechnik zu einer eigenständigen Produktivkraft steht erst am Beginn und ist noch lange nicht beendet.³⁹ Die Entwicklung wird mit gravierenden Wider-

³⁷ Es scheint, als habe Sartre die hier beschriebene heutige Entwicklung der Herstellung von Zusammenhängen mit dem Begriff der dialektischen Vernunft und in folgenden Worten vorweggenommen: „Wenn die dialektische Vernunft existiert, so kann sie vom ontologischen Standpunkt aus nur die ablaufende Totalisierung sein, und zwar dort, wo sie stattfindet; und vom erkenntnistheoretischen Standpunkt aus kann sie nur die Durchlässigkeit dieser Totalisierung zu einer Erkenntnis sein, deren Verfahrensweisen prinzipiell totalisierend sind. Aber da es nicht zulässig ist, daß die totalisierende Erkenntnis zur ontologischen Totalisierung als eine neue hinzukommt, muß die dialektische Erkenntnis ein Moment der Totalisierung sein, oder besser, die Totalisierung muß in sich selbst ihre reflektive Totalisierung enthalten als unentbehrliche Struktur und als einen totalisierenden Prozeß innerhalb des Gesamtprozesses.“ (Kritik der dialektischen Vernunft, Rowohlt 1967, S. 48)

³⁸ vgl. Grundrisse, MEW 42, S. 103, 104

³⁹ In „Knowledge Discovery, Thematic Maps, and e-Discussion as Means for a Sustainable Decision Making in Developing Countries“ und in „Mit Petersberg Prize gegen Digital Divide? Informationstechnik in der 3. Welt: Stand und Perspektiven“

sprüchen behaftet sein, wie wir sie vom Kapitalverhältnis her kennen. Nach dem Willen ihrer Urheber und Förderer soll diese Technik auch gar nicht zur Überwindung des Kapitalverhältnisses führen, sondern zu einem besseren Erfolg der Akteure *innerhalb* der kapitalistischen Produktionsweise und Gesellschaftsform. Es wird daher heftige Auseinandersetzungen darüber geben, *wie frei* dieses Instrument *von jedem* Individuum genutzt werden darf, wie frei die Individuen ihr produktives Vermögen *gemeinschaftlich organisieren* dürfen.

Die Komponenten der Informations- und Kommunikationstechnik erweisen sich als profitable Produkte. Die Unternehmen, die sie produzieren, stehen in scharfer Konkurrenz zueinander. Das fängt bei der Kontrolle von Rohstoffen an, die in die Produkte eingehen, und geht bis zu den Konzessionen über Bau und Betrieb der Netze.⁴⁰ Die kapitalistische Produktion legt es nicht auf eine ökologisch tragfähige Entwicklung dieser Technik an⁴¹; sie wird ohne Schonung von Ressourcen produziert und vermarktet. Das Recycling ist ungeklärt. Heute werden vor allem in der dritten Welt aus dem Schrott von Computern und Mobiltelefonen ungeheure Mengen an giftigen Abfällen angehäuft, die wie zum Beispiel Batterien die Umwelt weiträumig verseuchen können. Beim Betrieb dieser Technik wird eine Unmenge an elektrischer Energie, an Disketten, CDs und an – Papier verbraucht. Der heutige typische Nutzer der Informations- und Kommunikationstechnik gehört weltweit zu einer Elite, die vorwiegend weiß, männlich und 30- bis 40-jährig ist. Es kommt ihm kaum in den Sinn, diese Technik *bewusst* so zu nutzen, wie es hier dargestellt wurde.

Die weltweite Verbreitung dieser Technik, das Erlernen des Umgangs mit ihr, das Sammeln von Erfahrungen, wie sie sich fortschrittlich nutzen ließe, vor allem in wenig entwickelten Ländern, wird noch einige Zeit beanspruchen. Während dieser Spanne werden die allgemeinen Widersprüche der kapitalistischen Produktionsweise und die hier genannten speziellen mit dramatischen Folgen weiter wirken. Die Entwicklung wird immer wie-

werden einige der Schwierigkeiten angedeutet, auf die diese Entwicklung in der 3. Welt stößt.

⁴⁰ Die Kontrolle über die Rostoffe wird teils militärisch gesichert, teils überhaupt erst durch Krieg gewonnen, wie die Auseinandersetzungen um das Mineral Tantalit in Zentralafrika oder der Run auf Konzessionen zum Bau der Kommunikationsinfrastruktur in Afghanistan zeigen.

⁴¹ Um welche Größenordnungen es geht, zeigt der ökologische Rucksack eines einzelnen PCs, der bei eineinhalb Tonnen liegt. (Memorandum "Nachhaltige Informationsgesellschaft", S. 21)

der Versuche provozieren, durch den Einsatz dieser Technik mit den Unzulänglichkeiten kapitalistischer Produktionsweise „irgendwie“ klarzukommen.

Ausblick: Eine Gesellschaft mit Sozialisten statt industriellen Kapitalisten

Um die Phase der vor uns liegenden dramatischen Entwicklungen möglichst abzukürzen, ist es wichtig, die Entwicklung der Informations- und Kommunikationstechnik hin zu einer eigenständigen neuen Produktivkraft genauer zu untersuchen und praktische Handlungsoptionen aufzuspüren, die im positiven Sinne förderlich erscheinen sowie gravierende und gefährliche Nebenwirkungen möglichst vermeiden helfen. Die Durchsetzung wird nicht ohne hartnäckige Auseinandersetzungen möglich sein. Das Verständnis für und die Befähigung zur Organisations- und Informationsarbeit, wie sie hier dargestellt wurde, müsste in allen Bereichen des Bildungssystems verstärkt vermittelt werden. Auch der verkehrte Schein, den die Warenform der Produkte hervorbringt, der aber gleichzeitig ein Hemmnis der gesamten Produktion und Distribution ist, wäre im Bildungssystem verstärkt aufzuzeigen. Alles ist unterstützenswert, was den gesamtgesellschaftlichen, letztlich also den globalen Zusammenhang, in dem die Individuen arbeiten und leben, über die Sphäre einer systemkonformen Reproduktion hinaus erfahrbar macht.

Unterstützenswert ist, dass sich die Individuen möglichst frei und unterschiedslos *über jeden Sachverhalt informieren* können. Sie sollten jeden Sachverhalt, den sie kennen, allgemein zugänglich darstellen, mit jedem andern darüber kommunizieren und ihr *gesamtes* Verhalten entsprechend einrichten können. Sie sollten sich in ihrer Arbeit und jeder Tätigkeit *unterschiedslos und in aller Freiheit* vernetzen können.

Sie würden dadurch den Weg zu einer neuen Gesellschaft bahnen, die nicht auf Tausch, Verwertung und Unterordnung aufbaut, in der infolgedessen die Warenform aufgehoben ist, mit dieser das Geld in jeder, auch verschleierter Form⁴² überflüssig gemacht und sowohl der Lohnarbeit wie dem Kapital die Grundlage entzogen ist, in der die damit verbundenen

⁴² Zu dieser verschleierten Form gehören auch das Arbeitsgeld gepaart mit kybernetischen Vorstellungen von Cockshott und Cottrell in "Towards a new Socialism", was man auch "socialismus ex machina" nennen könnte. Die Widerlegung, dass dies Sozialismus sei, findet man bereits bei Marx im „Elend der Philosophie“ sowie im Vorwort von Friedrich Engels zur 1. deutschen Ausgabe dieser Schrift von 1884.

Formen von Brutalität, Kriminalität und Krieg verschwunden sind. Die Produktionsweise, die Art, den Lebensunterhalt zu gewinnen, überhaupt alle gesellschaftlichen Verhältnisse wären verändert: eine wirkliche Revolution, die wichtigste, die die Menschheit in ihrer Geschichte durchgemacht hätte, „une véritable révolution, ... la plus importante de l'histoire de l'humanité“, wie es noch nichts ahnend zum „Weltgipfel über die Informationsgesellschaft“ hieß.

Literatur

Brödner, Peter: Der überlistete Odysseus. Über das zerrüttete Verhältnis von Menschen und Maschinen. Edition Sigma Bohn, Berlin, 1997.

Cockshott, W. Paul u. Cottrell, Allin: Sozialistische Planwirtschaft ist möglich. Papyrossa Verlag, Köln 2006.

Creydt, Meinhardt: Grenzen der Globalisierung. Kritik an der affirmativen und pseudokritischen Verwandlung des Weltmarktes in einen Popanz. In: Sozialismus, 33. Jg., Hamburg, H. 9/2006, S. 22–26.

Deutsche Bundesregierung: ID2010 – Informationsgesellschaft Deutschland 2010.

Mario Dompke, Justus von Geibler, Wolf Göhring u.a.: Memorandum Nachhaltige Informationsgesellschaft. Fraunhofer IRB Verlag, Stuttgart 2004. Onlinetext: <http://www.wolf-goehring.de/NachhaltInfoGes.pdf>

Göhring, Wolf: Informationsurwald. In: Marxistische Blätter 6-99, 57–63.

Göhring, Wolf: Mittels Informations- und Kommunikationstechnik die Warenproduktion dialektisch aufheben? In: JÖRG BECKER, WOLF GÖHRING (Hg.): Kommunikation statt Markt : Zu einer alternativen Theorie der Informationsgesellschaft. GMD-Report 61, Sankt Augustin, Oktober 1999. 129–140.

Göhring, Wolf: The productive information society : a basis for sustainability“. GMD Report 72, Sankt Augustin, November 1999, rev. June 2001.

Göhring, Wolf: Schließen Warenproduktion und Nachhaltigkeit einander aus? Unveröff. Manuskript, Sankt Augustin 2001, 10 Seiten.

Göhring, Wolf: Was kommt nach E-Commerce? Eine Perspektive für die Informationsgesellschaft. In: UTOPIEKreativ 137, März 2002. 233–243.

Göhring, Wolf: Mit Petersberg Prize gegen Digital Divide? Informationstechnik in der 3. Welt: Stand und Perspektiven. In: FIF Kommunikation August 2004.

Wolf Göhring, Stefanie Roeder, Volker Rudolph u.a.: Knowledge Discovery, Thematic Maps, and e-Discussion as Means for a Sustainable Decision Making in Developing Countries. In: Sh@ring. Proceedings of the 18th International Conference "Informatics for Environmental Protection", EnviroInfo 2004, October 21-23. éditions du Tricorne, Geneva, October 2004. Part I, 97-110

Gorz, André (2003): Wissen, Wert und Kapital. Zur Kritik der Wissensökonomie. Rotpunktverlag, Zürich 2004.

Hamacher, Thomas: Was können wir aus der Entwicklung der Wassermühle im frühen Mittelalter über die Zukunft der Energieversorgung lernen? Max-Planck-Institut für Plasmaphysik, Garching 2001.

Herrmann, Klaus-Dieter: Sound Management of Chemical Information via Internet. In: Armin B. Cremers u. Klaus Greve (Hg.): Umweltinformatik '00: Umweltinformatik für Planung, Politik und Öffentlichkeit, 12. int. Symposium „Informatik für den Umweltschutz“ der GI. Metropolis Verlag, Marburg 2000, S. 672-678.

Hilty, Lorenz: Umweltinformationen strategisch und betriebsübergreifend nutzen. In: Umweltinformatik '00. S. 716 - 722.

Klischewski, Ralf: Anarchie - ein Leitbild für die Informatik: Von den Grundlagen der Beherrschbarkeit zur selbstbestimmten Systementwicklung. Europäischer Verlag der Wissenschaften, Frankfurt am Main 1996.

International Telecommunication Union (ITU): World Information Society Report 2006 (WISR 2006). Geneva, August 2006
<http://www.itu.int/osg/spu/publications/worldinformationsociety/2006/wisr-web.pdf> (15.11.2006)

Marx, Karl: Das Elend der Philosophie. MEW Bd. 4.

Marx, Karl: Das Kapital I. MEW Bd. 23.

Marx, Karl: Grundrisse einer Kritik der politischen Ökonomie. MEW Bd. 42.

Meretz, Stefan: LINUX & CO. Freie Software - Ideen für eine andere Gesellschaft. Verlag AG SPAK Bücher.

Müller, Horst: Sozialwirtschaft als Systemalternative. In: Ders. (Hg.): Das Praxis-Konzept im Zentrum gesellschaftlicher Wissenschaft. Books on Demand GmbH. Norderstedt 2005. S. 254-290.

Sartre, Jean-Paul: Kritik der dialektischen Vernunft. Rowohlt. Reinbek bei Hamburg 1967.

Priority Thematic Areas of Research in FP6: Amended proposal for a Council Decision concerning the specific programmes implementing the Sixth Framework Programme of the European Community for research, technological development and demonstration activities. 25 March 2002.

ftp://ftp.cordis.lu/pub/fp6/eoi-instruments/docs/eoi_annex1.pdf
(14.11.2006).

Schmied-Kowarzik, Wolfdietrich: Die Kernstruktur der Dialektik der gesellschaftlichen Praxis. In: Horst Müller (Hg.): Das Praxis-Konzept S. 85-108.

UNCTAT e-commerce and development report 2001.

http://www.unctat.org/ecommerce/docs/edr01_en.htm#downloads
(23.5.2002).

Werner Rügemer

Privatisierung als neoliberale Staatsumgründung und die Alternative einer kooperativen Ökonomie

I.

Leitthese zur Frage der Privatisierung

Die Privatisierung öffentlicher Unternehmen ist ein Eckpfeiler der neoliberalen Umgründung des Staates und der Gesellschaft. Diese Privatisierung ist somit auch ein tiefgreifender Mechanismus zur erweiterten und internationalisierten Akkumulation von Profit, zur Ausbeutung von Arbeitskraft und Natur. Die Kollaboration von Staaten und international operierenden Konzernen nimmt tendenziell die Form der kapitalistischen Selbstverwaltung an. Die Frage, ob staatliches oder privates Wirtschaften besser sei, ist unter den gegenwärtigen Bedingungen eine neoliberale Fangfrage. Es kommt vielmehr darauf an, in jeder Rechtsform die demokratische Kontrolle des Eigentums zu organisieren; dies ist nur möglich unter der Bedingung einer kooperativen Ökonomie.

II.

Privatisierung als globale Gegenreform

Privatisierung ist ein konstitutives Element der Globalisierung. Zum einen handelt es sich um die Rückeroberung verlorenen Terrains: Nicht nur der Sozialismus hatte seit dem Ersten Weltkrieg der profitablen Kapitalverwertung bestimmte Grenzen gesetzt; im Reformkapitalismus waren die Verstaatlichungen (Bahn, Luftfahrt, Gesundheit usw.) und staatlichen Regulierungen (USA: New Deal, Kartellrecht, Börsenaufsicht, Mitbestimmung usw.) ebenfalls Eingriffe in die kapitalistische Freiheit. Zum anderen hatte die staatliche und kommunale Daseinsvorsorge Leistungsbereiche erschlossen, die für Millionen Bürger lebensnotwendig wurden (Wasser, Abwasser, Elektrizität, Nahverkehr, Bildung, Ausbildung usw.), brachte aber keinen Profit, sollte ja auch keinen Profit bringen. Diese Leistungsbereiche nun aber endlich (wieder) der Kapitalverwertung zu unterwerfen, verspricht einen sicheren Profit, wie er in der krisengeschüttelten, globalen Wirtschaft sonst kaum so dauerhaft möglich ist.

Die gegenwärtige Globalisierung stellt also eine Gegenbewegung, ja eine Gegenreform dar, eine Rückeroberung verlorenen Terrains, eine globale reconquista. Bei dieser Gelegenheit werden zugleich neue Terrains entdeckt, die es sich mitzuerobern lohnt, notfalls mit militärischer Gewalt. Wie bei der Reconquista nehmen die Akteure Kollateralschäden jeder Art in Kauf (je nach Gebiet Tote, Hungernde, Arbeitslose, Verarmte, Degradierete). Das Ziel heiligt die Mittel. Das eroberte Terrain bleibt, wenn die politischen Umstände es erlauben, notfalls als Wüste oder als Sonderwirtschaftszone zweiter Klasse zurück, die Mehrheit der Einwohner wird mit neuen Abgaben und Lasten überzogen, während die Profite höher sind oder sein sollen als im bisherigen Kapitalismus. Insofern geht Privatisierung einher mit anderen Formen der Superakkumulation (Hedgefonds, Private Equity), die den bisherigen, relativ regulierten Aktien-Kapitalismus („shareholder value“) hinter sich lassen.

In Deutschland Beginn mit der „Treuhand“

„Das volkseigene Vermögen ist zu privatisieren“, hieß es in § 1 des Treuhandgesetzes, mit dem im Juni 1990 die Treuhandanstalt Eigentümerin des DDR-Vermögens wurde. Unter der Hand und am Gesetz vorbei kam eine neue Akteursgruppe an die Schaltstellen: Die Berater. Vertreter von McKinsey und Roland Berger sowie der Wirtschaftsprüfer KPMG und Price Waterhouse Coopers (PWC) bildeten den Leitungsausschuss der Treuhand. Sie zogen mit politischer Hilfe die großen Projekte an sich, schalteten den Wettbewerb aus und bewerteten im Interesse ihrer langjährigen Mandanten das öffentliche Eigentum zum Schleuderpreis.

So gingen die wichtigsten Handelsketten, Energieunternehmen, Zeitungen, Versicherungen und Banken an die größten Unternehmen derselben Branchen aus dem Westen. Die größten Energiekonzerne rafften sich die Strom- und Gasversorgung und die Braunkohle. So verschaffte die Treuhand auch den Investmentbanken den Eintritt in Deutschland. Vor allem US-Banken wie Goldman Sachs, Morgan Stanley und J. P. Morgan arrangierten die großen Privatisierungen, z.B. des Leuna-Kombinats.

So wurde verkauft zu „negativen Verkaufspreisen“: Häufig wurden Betriebe für eine symbolische Mark verkauft, und die Treuhand gab Zuschüsse, zahlte einen „Verlustausgleich“, übernahm Schulden und Abfindungen. Es wurden auch Betriebe aufgekauft, um sie stillzulegen. Manchen Experten

fiel dieses „an sich“ marktwidrige Vorgehen auf: „Was juristisch noch als Verkauf bezeichnet werden mag, ist ökonomisch ein Geschenk“.

Mitarbeiter von Deutsche Bank, Commerzbank, Dresdner Bank, VEBA, PreußenElektra, ARAG, IBM, Siemens, Hoesch, Kaufhof, Tchibo, Reemtsma wurden Mitarbeiter der Treuhand. Etwa 300 von ihnen blieben als "Leihmanager" bei ihren Unternehmen angestellt. Korruption wurde als Kavaliersdelikt betrachtet. Das Finanzministerium unter Theodor Waigel (CSU) stellte die leitenden Angestellten "auch bei grober Fahrlässigkeit" von Haftungen frei. Investoren galten unbesehen als Heilsbringer. Glaubwürdigkeitsprüfungen unterblieben.

Es entstand ein rechtsfreier Raum. In ihm konnte sich die neoliberale Praxis so selbstverständlich entfalten, als hätten die Akteure nie etwas anderes getan. So wurden die neuen Bundesländer zu einer Region der "verlängerten Werkbänke". Sie haben keine eigene Forschung und Entwicklung, keine Verkaufs-, Beschaffungs-, EDV- und Acquisitionsabteilung (mehr). Damit sind ihnen Voraussetzungen unternehmerischer Selbständigkeit genommen. Somit wurde nicht die Marktwirtschaft etabliert, sondern es wurde und wird eine Sonderwirtschaftszone für global players subventioniert.

Aus dem anfangs geschätzten Wert aller DDR-Betriebe von 600 Mrd. DM wurden nach der Privatisierung 256 Milliarden DM Schulden. Sie wurden in den Bundeshaushalt übernommen. Nach der Beendigung der Treuhand 1994 bauten und bauen unter ähnlichen Bedingungen VW, Opel, General Motors, Siemens, BMW, Porsche, Bombardier usw. billige "Werkbänke". Nicht die Treuhand zahlt seitdem die Zuschüsse für Neugründungen, sondern die Bundesregierung, die jeweilige Landesregierung und die Europäische Union. Dies gilt auch für gegenwärtige Investitionen wie das neue Chipwerk von AMD in Dresden: Der Investor bringt nur ein Drittel der Investition auf und hat bereits angekündigt, dass er nach einem Jahrzehnt das Werk in ein anderes Land verlagern wird, wenn ihm dort bessere Bedingungen gestellt werden.

Zuschüsse, Fördergelder, Investitionsbeihilfen, Sanierungsbeihilfen, Konsolidierungshilfen, Steuerbefreiungen, subventionierte Grundstücke - die offenen und vor allem die verdeckten Profit-Subventionen haben viele Namen. Der Kern der „Privatisierung“ ist also nicht, wie behauptet wird, die private Rechtsform, auch nicht die Freisetzung des Marktes, des Wettbewerbs und des unternehmerischen Risikos, sondern der staatlich zu garantierende Superprofit.

Ein Beispiel unter vielen: Zweckverband Beilrode-Arzberg

1994 kaufte die Vertriebs- und Konzeptionsgesellschaft für Immobilien- und Fondsanlagen GmbH (VIA, Dortmund) die Wasser- und Abwasseranlagen des Zweckverbandes Beilrode-Arzberg bei Torgau in Sachsen. Der Investor VIA, verbunden mit RWE, sollte die Anlagen gegen Entgelt betreiben. VIA hatte bei 441 Anlegern (Professoren, Unternehmern, Steuerberatern, Zahnärzten usw.) 20 Millionen Euro eingeworben und versprach ihnen bei einem Kapitaleinsatz von 100.000 Euro während der 20 Jahre Laufzeit einen Mittelrückfluss von 460 000 Euro. Die Rendite setzt sich zusammen aus Steuerabschreibungen, Gewinnausschüttungen und einer Leibrente. VIA selbst kassiert eine Provision von 15 Prozent.

Die Anlagen sind allerdings auf einen illusionären Wasserverbrauch hin zu groß gebaut. Der Zweckverband hat deshalb zu geringe Einnahmen und kann dem Investor die Betreiberentgelte nicht bezahlen, eigentlich. Damit ist auch der Anlegerfonds pleite, eigentlich. Aber die sächsische Staatsregierung organisiert Konkursverschleppung. Sie brachte inzwischen etwa 20 Millionen Euro an «Konsolidierungshilfen» auf. Außerdem verpflichtet die Landesregierung den Zweckverband, die Preise für Wasser und Abwasser sowie die Grundgebühr pro Anschluss laufend zu erhöhen. Das Wasser kostet schon jetzt 4,17 Euro pro Kubikmeter, beim Abwasser sind es 7,28 Euro. Auch diese Preise sind längst nicht kostendeckend. Weiter müssen die Mitgliedsgemeinden des Zweckverbands pro Einwohner und Jahr eine zusätzliche Umlage von 25 Euro aufbringen, ab 2007 sind es 50 Euro.

Die Zuschüsse für Jugendclubs und Vereine aller 12 Gemeinden und Ortsteile sind auf 5000 Euro jährlich eingefroren. Von den Einwohnern werden Anschlussgebühren von bis zu 50000 Euro pro Haus verlangt - auch wenn das Haus selbst nur einen Marktwert von 30000 Euro hat. Die Einwohnerzahl fiel von 8100 auf jetzt 7400. Unternehmen wandern ab. Diese Privatisierung zeigt beispielhaft, dass ein wesentlicher Teil der «Transferleistungen für den Osten» im Osten nur eine Schleife zieht und bei den 441 «Investoren», bei VIA und RWE im Westen landet. Die Investoren haben sich nie vor Ort sehen lassen, die Heilsbringer verharren in machtgeschützter Anonymität.

Es gibt viele Beilrode-Arzberg in Deutschland, im Osten und im Westen. Staat, Kommunen, die Bürger als Beschäftigte, Nicht-mehr-Beschäftigte und Konsumenten subventionieren mithilfe kapitalfreundlicher Politiker - teilweise sind sie zusätzlich bestochen - die kapitalistischen Profite.

Die Bundesunternehmen Post und Bahn

Die 1995 aus der Deutschen Bundespost ausgegründete Deutsche Post AG wurde 2000 an die Börse gebracht. Der Vorstandsvorsitzende Klaus Zumwinkel, von McKinsey kommend, baut das Unternehmen um. So wurden zwischen 2001 und 2003 die ausgewiesenen Gehälter der Vorstandsmitglieder von 5,8 Millionen auf 9,925 Millionen fast verdoppelt. Im selben Zeitraum wurde die Zahl der Beschäftigten durch Unternehmensaufkäufe von 321.000 auf 383.000 erweitert. Die für sie insgesamt entrichteten Sozialabgaben sanken aber von 2,67 Mrd. auf 2,4 Mrd. Euro. Zahlreiche Vollzeit-arbeitskräfte werden durch Leiharbeiter, Teilzeitjobber, Niedriglöhner, outgesourcte Ich-AGs und Saisonkräfte ersetzt.

Gleichzeitig wird die internationale Expansion vorangetrieben. Konkurrenten wie Danzas (Schweiz/Frankreich) und DHL (USA) wurden aufgekauft. Die Post AG kaufte sich in ebenfalls privatisierte chinesische, britische, österreichische usw. Postgesellschaften ein. Die Qualität der Postdienstleistungen hat sich für die Kleinkunden verschlechtert, während für umworbene Großkunden Rabatte gewährt werden. Im Massengeschäft werden wachsende Verluste von Sendungen als unvermeidbar hingenommen.

1993 wurde die Bundesbahn zunächst in die Bahn AG umgewandelt, die bis heute zu 100 Prozent im Besitz des Bundes ist. Gefördert wird in Konkurrenz mit dem Flugzeug der schnelle Verkehr zwischen den großen Städten. Lag die Bahnhofsichte 1966 in Westdeutschland noch bei 4,1 Kilometern, so findet sich im Jahr 2004 entlang des drastisch gekürzten Schienennetzes nur noch alle 7 Kilometer ein Bahnhof. Seit der Privatisierung geht der Schienenverkehr zurück, die Fahrpreise steigen. Noch mehr Menschen kaufen sich teure Autos.

Die privatisierte Bahn verlangt und erhält weiter staatliche Zuschüsse. Sie selbst treibt vor allem den Verkehr auf den Straßen voran. Mit dem Aufkauf von Speditionsunternehmen wie Schenker entwickelte die Bahn AG sich zum größten LkW-Spediteur. Für Konzerne wie Eon und für die Bundeswehr betreibt die Bahn AG die PkW-Flotten. Die Tatsache, dass der Staat Alleineigentümer ist, hindert das Unternehmen nicht daran, das volle neoliberale Programm durchzuziehen.

In ähnlicher Weise ist auch die Telekom AG zu bilanzieren. Die neoliberalen essentials - internationale Expansion, internationale Aktionärsstruktur, Reduzierung des Personals, höhere Bezahlung der Manager, niedrigere Bezahlung der sonstigen Beschäftigten, Zuschüsse vom Staat - waren und

sind auch bei der Telekom nicht an die Rechtsform gebunden. Obwohl die privatisierten Unternehmen Post, Bahn und Telekom das gesamte Vermögen der Bundespost erhielten, nimmt ihnen der Staat die Pensionen und Beihilfen ab. So werden aus dem Bundeshaushalt für 227000 frühere und häufig frühverrentete Beschäftigte (und deren Hinterbliebene) der Bundespost im Jahre 2005 Versorgungszahlungen von 5,5 Mrd. Euro fällig. 2034 erreichen sie mit 13 Mrd. vermutlich ihren Scheitelpunkt. Bis 2090 werden sie sich etwa, nach heutigem Stand, auf 555 Mrd. Euro aufsummieren.

Die Privatisierer hatten versprochen, dass die Pensionslasten durch spätere Aktienverkäufe gedeckt würden. Davon ist nicht mehr die Rede. Die letzten Aktien der Post und der Telekom, die 2005 verkauft wurden, brachten fünf Mrd. Euro ein. Sie sollen zudem wie die vorherigen Verkäufe die Neuverschuldung des Bundeshaushalts begrenzen. Die private Seite kennt dagegen Gewinner. Die Vorstandsmitglieder, einschließlich des mit einem „goldenen Handschlag“ ausgeschiedenen Telekom-Vorstandsvorsitzenden Ron Sommer, und die Topmanager verdienen mehr als frühere Postminister. Die Organisatoren der Börsengänge - Deutsche Bank, Dresdner Bank, Goldman Sachs, UBS - verdienen bis zum Verkauf der Restaktien des Bundes mehr als eine Milliarde.

Private Zusatzleistungen für Renten, medizinische Versorgung, Studium, Straßenbenutzung ...

Die US-Ratingagenturen Moody's und Standard & Poor's verlangen für die Kreditfähigkeit der Bundesrepublik die «Strukturreform» der Sozialsysteme, die "Senkung der Lohnnebenkosten" und eine "stärkere Differenzierung der Löhne", wenn das bisherige Rating «Triple A» beibehalten werden soll. Das zeigt, dass Privatisierung nicht zuletzt von den Interessen derer getrieben ist, die an der Staatsverschuldung verdienen.

Löhne und Gehälter sowie Ausgaben für soziale Sicherung und Gesundheit werden unter dieser Perspektive als "Kosten" betrachtet, die natürlich immer zu hoch sind. Beitragsanteile, die bisher im Reformkapitalismus von den Unternehmen in die gesetzliche Rentenversicherung eingezahlt wurden, können seit der "Rentenreform 2000/2001" von den Lohn- und Gehaltsempfängern in eine private Versicherung eingezahlt werden. Dies ist aber gerade für diejenigen keine Hilfe, die eine solche am dringendsten brauchen. Wer wenig verdient oder nur Einkünfte zum unmittelbaren Überleben hat, kann kaum nennenswerte Beträge in eine zusätzliche Versicherung einzahlen, und die steuerliche Anrechenbarkeit der Beiträge nützt

nichts. Die steuerliche Förderung der Renteneinzahlungen der Besserverdiener bedeutet zugleich einen weiteren Dauerverlust für den Staat.

Nach dem Vorbild der Rentenreform müssen die Versicherten auch bei der Gesundheitsreform mit dem Hinweis auf «Selbstverantwortung» und «Eigenbeteiligung» verschiedene private Zuzahlungen leisten. Die verkündeten Senkungen der Beitragssätze in der Krankenversicherung erweisen sich für die Versicherten als Etikettenschwindel: die Eigenbeteiligungen bei Medikamenten und bestimmten Behandlungen, der Sonderbeitrag für Zahnersatz sowie die Praxisgebühr von 10 Euro pro Quartal usw. summieren sich auf einen viel höheren Betrag als die Beitragssenkungen.

Als Begründung für diese "Reformen" dient der "demografische Wandel". Freilich wird dabei eine parallele Entwicklung ausgeblendet: gleichzeitig steigen nämlich die Arbeitsproduktivität und der in der Gesellschaft vorhandene Reichtum, und zwar noch schneller als sich die Alterung der Gesellschaft vollzieht. Die Folgen des demografischen Wandels werden damit also, volkswirtschaftlich gesehen, mehr als kompensiert. Die "Reform" erweist sich als ein Element der verschärften Umverteilung des gesellschaftlichen Arbeitsertrags zugunsten der Unternehmer, Versicherer und sonstigen Kapitalakteure.

Auf den Autobahnen wurde eine Maut für Lastkraftwagen eingeführt (Toll Collect). Die wesentlichen Teile des Vertrags zwischen Staat und dem Konsortium aus Telekom, DaimlerChrysler und Cofiroute/Vinci bleiben selbst den Abgeordneten des Bundestages unbekannt. Eine öffentliche Ausschreibung fand nicht statt. Der Vertrag wurde in der Schweiz abgeschlossen, weil in der „renommierten“ und für ihre Basisdemokratie weltweit gerühmten Finanzoase nicht die Verträglichkeit mit nationalem und internationalem Recht geprüft wird. Die Verwertungsrechte nach Auslaufen des Vertrags im Jahre 2012 liegen einseitig auf der privaten Seite. Die Privatisierer wollen weitergehen: privat gebaute Straßen und Tunneln sollen ihnen zu Mauteinnahmen verhelfen, die sie dann nicht mehr mit dem Staat teilen.

Einige Bundesländer haben Studiengebühren eingeführt. Die neugewählte CDU/FDP-Landesregierung von NRW beschloss 2005 aber gleichzeitig, die Eigenbeteiligung der vor allem kirchlichen Privatschulen herabzusetzen. So erhalten die 422 Privatschulen des Bundeslandes trotz eines "rigorosen Sparprogramms » schon für das Restjahr 2005 zusätzliche Zuschüsse. Das ist nur scheinbar ein Widerspruch: Privatisierung bedeutet, das schon

privilegierte Milieu und dessen Fußtruppen zu stärken und die soziale Auslese voranzutreiben.

Subventions-Kapitalismus

Eine weitere Form der Privatisierung ist das Cross Border Leasing. Seit 1994 haben große europäische Städte Straßenbahnen, Schienennetze, Messehallen, Kanalisationen, Kraftwerke usw. an US-Investoren für 99 Jahre verkauft und mieten sie seitdem zurück. Die Anlagen dürfen im Wert nicht vermindert werden, dürfen also beispielsweise auch bei Sinken des Bedarfs nicht rückgebaut werden. Die Städte erhielten anfangs einen einmaligen, kleinen «Barwertvorteil», während die Investoren die Anlagen steuerbegünstigt abschreiben. Nach etwa 25 Jahren können die Städte den Vertrag kündigen oder in einen Dienstleistungsvertrag einsteigen. Danach ginge das Eigentum ganz an den Investor, und er könnte für die restlichen gut 70 Jahre der Laufzeit die Anlagen dauerhaft nach Renditekriterien betreiben. Diese Privatisierung im dritten Jahrzehnt dieses Jahrhunderts schwebt als Möglichkeit über dem kommunalen Eigentum.

Eine verbreitete Form, die gegenwärtig mit dem Begriff Public Private Partnership identifiziert wird, ist die Beauftragung eines privaten Investors: Er errichtet oder saniert öffentliche Gebäude, die Kommune und der Staat mieten sie für 20 oder 30 Jahre an. Gut dokumentierte Projekte wie die KölnArena und das Kölner Rathaus, die Kölner Messehallen, das Rathaus von Gelsenkirchen und das Frankfurter Bildungszentrum Ost zeigen, wie die erheblichen «Softkosten» des Investors (für Berater, Finanzierungsvermittlung, Projektentwicklung usw.) und ihm gewährten Freiheiten die Kosten für die öffentliche Hand - im Vergleich zu einer eigenen Finanzierung - verdoppeln können. Die jahrzehntelangen Mietverpflichtungen kommen verdeckten Krediten gleich. Hinzu kommen Steuerausfälle für den Staat, da die für die Finanzierung der Projekte aufgelegten Fonds Verlustzuweisungen organisieren.

Im nicht veröffentlichten Teil der Verträge können es die Investoren seit der Treuhand und wie bei der Post durchsetzen, dass der Staat für Verluste aufkommt bzw. Gewinne garantiert. Bekannte Beispiele sind neben den Abfallgesellschaften die Berliner BankGesellschaft und die Berliner Wasserbetriebe. So zahlt der Berliner Senat aus dem überschuldeten Landeshaushalt, den er durch den Verkauf von 49 Prozent der Berliner Wasserbetriebe sanieren wollte, laufend Millionenbeträge an die Investoren RWE und Veolia, um ihnen den vereinbarten Gewinn zu verschaffen. Landesparla-

ment und Landesregierung (Senat) haben nur noch die Möglichkeiten zu wählen, ob die Gewinnsubvention durch Erhöhung der Wasser- und Abwasserpreise oder durch direkten Griff in den öffentlichen Haushalt aufgebracht wird.

III.

Kapitalistische Selbstverwaltung hebt die Demokratie aus

«Die deutsche Wiedervereinigung, dieser Glücksfall der deutschen Geschichte, hat sich ökonomisch als Desaster erwiesen», so wird offiziell und widersprüchlich bilanziert. Was bei der Privatisierung der DDR für die privatkapitalistische Seite ein Glücksfall ist, erweist sich für die Mehrheit der Noch-Beschäftigten und Nicht-mehr-Beschäftigten und Transferempfänger als Unglücksfall. Dieses Muster wiederholt sich im vereinigten Deutschland. „Ordnungspolitisch war die Privatisierung der Post richtig, haushaltspolitisch entwickelt sie sich zum Super-GAU“, so die Diagnose des CSU-Haushaltssprechers im Bundestag. Die Privatisierer sind überglücklich, während der Staat, die Lohnabhängigen und die Konsumenten durch Privatisierung mehr belastet werden denn je. Privatisieren geht vor Sanieren - auch im Westen. Der Privatisierungs-Kapitalismus erweist sich als Subventions-Kapitalismus. Entgegen der Ideologie wachsen Staat und Kapital enger zusammen denn je: Es entwickelt sich die Selbstverwaltung des Kapitals.

Rechnet man die verschiedensten finanziellen Folgen der Privatisierung zusammen, kommt man auf erhebliche Beträge. Zu Lohnkürzungen in privatisierten Unternehmen kommen niedrigere Leistungen der Sozialkassen. Dazu kommen Preis- und Gebührenerhöhungen, Zuzahlungen, zusätzliche private Versicherungen. Der Staat verliert Steuern, zahlt vielfältige Profit-subsidien, nimmt gleichzeitig verdeckte Kredite auf - und «muss» in dieser Logik die Steuern (direkte und vor allem indirekte) für die Lohn- und Gehaltsempfänger erhöhen.

Die Privatunternehmen wollen das Eigentum an Bahnen, Stadtwerken, Straßen, Tunnels, Krankenhäusern, Rathäusern, Regierungsgebäuden, Trinkwasserleitungen und Kanalisationen. Nur bei vollem Eigentum können Maximalprofite „erwirtschaftet“ bzw. erzwungen werden. Das heißt aber andersherum: Öffentliches, gemeinsames Eigentum ist nötig, um der Bevölkerung sichere Lebensverhältnisse zu ermöglichen.

Öffentliches Vermögen, das zum Teil über ein Jahrhundert lang aufgebaut wurde - darunter Kanalisationen, Energie- und Kommunikationsnetze, Trinkwasser- und Transportsysteme, Stadtwerke, Schulen, Hochschulen, öffentliche Gebäude, Wohnungsgenossenschaften - wird kurzfristig unter Wert verschleudert. Gleichzeitig dienen diese Vermögen den Kapitalakteuren als Basis langfristiger Sicherheiten, etwa durch Verbriefung und Forderungsverkauf. Damit werden die bisherigen, relativ demokratischen Prozeduren ausgehöhlt oder ausgehebelt. Es herrscht eine extreme Geheimhaltung, mit der Begründung, Betriebsgeheimnisse müssten geschützt werden. Den politischen Beschlussgremien - in Deutschland Bundestag, Landtage, Stadt-, Kreis- und Gemeinderäte - werden die vollständigen Privatisierungsverträge nicht vorgelegt, sie liegen auch den Aufsichtsgremien, beispielsweise der Kommunalaufsicht und den staatlichen Rechnungshöfen, nicht vor.

Es werden nicht nur die „Sozialpartnerschaft“ und der „Sozialstaat“ bisheriger Form abgebaut bzw. zerstört, sondern auch der Rechtsstaat: Das Recht stützt einseitiger als bisher die Rechte der „Investoren“, während die Entgelt- und Transfer-Abhängigen noch weniger Rechte und noch weniger Einkommen erhalten. Die neoliberalen Akteure sehen sich berechtigt, offen und im Geheimen geltende Gesetze zu übertreten. „Corporate Crime“ ist eine systemische Dimension der neoliberalen Privatisierung. Leistungen werden teurer, Schattenhaushalte blühen auf, die Staatsverschuldung wächst zusätzlich und weit in die Zukunft hinein, das Leben der Mehrheit wird unsicherer und prekärer, die Demokratie wird zur demagogischen Fassade.

IV.

Die kooperative Ökonomie entwickeln

Privatisierung ist keineswegs zu kritisieren, weil sie eine „Ökonomisierung aller Lebensbereiche“ darstelle, wie es in sogenannter kritischer Absicht etwa der Philosoph Habermas ausdrückt. Diese in bildungsbürgerlichen und traditionell kulturbeflissenen Milieus verbreitete Auffassung ist ebenso elitär wie falsch. Sie gehört zur Doppelmoral, wie sie seit dem humanisierenden Nationaldichter Johann Wolfgang von Goethe, der sein Geld weniger schön als herzoglicher Geheimrat und Bauernschinder verdiente, in Deutschlands gutbürgerlichen Milieus eingeübt wird und bis heute wirksam ist bzw. konjunktur- und krisenbedingt aus der geistigen Mottenkiste geholt werden.

Jedes Lebensmittel im weitesten Sinne, auch jede soziale und kulturelle Leistung muss erwirtschaftet werden. Kein Lebensbereich ist ohne Ökonomie lebensfähig. Aber die entscheidende Frage ist, wie die Menschen das Erwirtschaften ihrer Lebens-Mittel organisieren. Ein „gutes Leben“ für alle ist nur dann möglich, wenn die Unterwerfung unter privatistische Profitwirtschaft beendet und eine kooperative Ökonomie entwickelt wird. Diese steht keineswegs im prinzipiellen Gegensatz zu „Wettbewerb“. Der offene Wettbewerb um die beste Leistung ist nicht zu verwechseln mit einer Marktordnung, die aus ihrer inneren Logik heraus zur Monopolbildung drängt. Diejenigen, die heute den Wettbewerb predigen, sind dessen unglaublichste Vertreter, denn sie wollen in und mit ihren Konzernen und Staatsapparaten jeweils die „Nummer Eins“ sein und treiben Monopolbildungen voran. Sie fördern nicht den Wettbewerb, sondern vernichten bzw. kaufen jeden wichtigen Wettbewerber.

„Staatlich oder privat?“ – eine neoliberale Fangfrage

Dabei bringt die Frage, ob eine kooperative Ökonomie „staatlich“ oder „privat“ organisiert sein soll, zunächst keine Klärung. Die weitgehend staatlich organisierte Ökonomie in faschistischen und faschistoiden Staaten forcierte und forciert die krudesten privatnützigen Interessen und Praktiken. Für Kapitalisten sind Diktaturen eher die beliebtere Staatsform als Demokratien.

Rein rechtlich gesehen, können sich Aktionäre auch für neue Arbeitsplätze, für umweltverträgliche und nachhaltige Produktion entscheiden und im Extremfall auf die Ausschüttung von Gewinn verzichten. Auch „Privatisierung“ ist nichts Eindeutiges: Das vorherrschende Konzept der Privatisierung orientiert sich an der freien Entfaltung großer Investoren. Privatrechtliche Assoziationen von unabhängigen und selbständigen Bürgern – beispielsweise in Genossenschaften – werden dagegen sowohl von Konzernen wie von staatlichen Behörden diskriminiert.

Deshalb darf man auch Theorie und Praxis des Neoliberalismus nicht als deckungsgleich annehmen. Die Privatisierer sind wie die Kreuzritter des Mittelalters und spätere „westliche“ Eroberer: Die trugen die christliche Fahne voran, weil dies als ein unwiderlegbares Symbol erschien, das jede Grausamkeit und jeden Raub rechtfertigte. Auch der Faschismus funktionierte insgesamt und wirtschaftlich nicht deshalb, weil alle Unternehmer als Mitglieder der NSDAP „überzeugte Nationalsozialisten“ gewesen wären, sondern weil sie Opportunisten waren, denen die eigentlich verteuflerte

staatliche Organisation des Faschismus den höchsten Gewinn und die höchste Gewinnsicherheit versprach. Auch der heutige Kapitalismus wird u.a. durch christliche genannte Parteien, Kirchen, Organisationen, Symbole, Glaubensbekenntnisse, Theoreme zusammengehalten, ohne dass die profitierenden Akteure „überzeugte Christen“ sind. Genauso polemisieren sie gegen den Staat, instrumentalisieren ihn aber finanziell und politisch mehr denn je.

Die zahlreichen Formen der Privatisierung zeigen: Es gibt nicht die Privatisierung, es gibt nicht den Kapitalismus. Der Kapitalismus bzw. die ihn bestimmenden Kapitalgruppen sind anpassungs- und gestaltungsfähig. Bekanntlich stiegen die Löhne im Herzen des Kapitalismus zwischen Chicago, Manchester, Köln und Turin am kräftigsten, als der Sozialismus, der damit scheinbar gar nichts zu tun hatte, am kräftigsten war. Das war zwischen 1960 und 1970, In dieser Zeit waren auch die Gewerkschaften, sozialistische und kommunistische Parteien in den kapitalistischen Staaten am stärksten. Da wurden selbst die härtesten kapitalistischen Knochen weich: Die Republikaner in den USA und die Tories in England und auch die Christdemokraten in Deutschland chamäleonisierten sich sozialdemokratisch, jedenfalls solange sie sich dazu gezwungen glaubten.

Es ist keineswegs so, wie die gegenwärtigen Regierungen der mächtigsten Kapitaldemokratien behaupten, dass Kapitalismus und Demokratie eine notwendige oder gar „natürliche“ Einheit bilden. Schon die bürgerliche Kapitaldemokratie ist ein Widerspruch in sich. Weil dieser Widerspruch besteht, kann er einmal in Richtung Korporatismus, Faschismus, Nationalsozialismus u.a. ausschlagen, zum andern gibt es immer wieder partielle Entwicklungen in Richtung durchgestalteter Demokratie, in die auch die Ökonomie zumindest partiell einbezogen ist oder sein soll („Mitbestimmung“). Das ist keine Frage der Verfassung: Nach US- wie etwa BRD-Verfassung ist, rechtlich gesehen, auch Sozialismus möglich.

Universalismus der Menschen- und Sozialrechte

Sowohl der bisherige Sozialismus wie die Kapitaldemokratie haben die Demokratie pervertiert. Die sozialistische und die bürgerliche Revolution erwiesen sich schließlich jede für sich als pervertierte Sonderformen der allgemeinen demokratischen Revolution, die epochal notwendig ist. Nötig ist eine globale demokratische Revolution. Statt der Globalisierung des privatistischen Eigennutzes brauchen wir deshalb den Universalismus der Menschenrechte. Zu ihnen gehören soziale und Arbeitsrechte.

Die Wieder-Verstaatlichung und Re-Kommunalisierung, wie sie als Reaktion auf die Folgen der Privatisierung in vielen Staaten und Städten begonnen hat, kann ein erster Schritt auf dem richtigen Wege sein. Er reicht aber nicht, weil die Kosten der Re-Kommunalisierung (noch) von der privaten Seite diktiert werden. Unter den Bedingungen der jetzt praktizierten Kollaboration zwischen Staat und Privatwirtschaft kann nicht einfach gefordert werden, man müsse die Privatisierungen stoppen oder zurücknehmen und zum alten Zustand zurückkehren.

Bei einer kooperativen Ökonomie geht es nicht nur um Arbeitsplätze, sondern um sichere Existenz, um Daseinsvorsorge überhaupt. Dies ist umso wichtiger als der vorherrschende Wirtschaftstyp mit Vernichtungs-Investitionen und Privatisierung die Arbeitslosigkeit verstärkt, die Einkommen der Nicht-Arbeitslosen absenkt und die Prekarisierung der Lebensverhältnisse vorantreibt. Deshalb kommt es darauf an, nicht nur wie bisher für „Arbeitsplätze“ zu kämpfen. Vielmehr muss genauso explizit für die gemeinschaftliche Sicherung von Wohnung, Wasser, Abfall- und Abwasserentsorgung, Elektrizität, Gesundheit, Bildung, Transport, Kommunikation, Kultur u.a. als Teil der gemeinschaftlichen Daseinsvorsorge gesorgt werden.

Gerade bei der Daseinsvorsorge ist deutlich, wie entscheidend das Eigentum ist. Es ist unverzichtbar, wenn man gestalten und sein Leben sichern will. Das beginnt in kleinen Formen. „Ein gesicherter Besitz, das Grundstück oder Ackerland, ist das alles Entscheidende“, stellt Hernando de Soto für die „Armen“ fest, die in „armen“ Ländern den Boden, den sie ohnehin bearbeiten, auch rechtlich in Besitz nehmen müssen, wenn sie weitere Rechte, vom Bankkonto angefangen, erhalten wollen. Dasselbe Prinzip gilt auch in entwickelten Staaten. Entgegen dem gegenwärtigen mainstream ist der materielle und kulturelle Reichtum der Gesellschaft, der noch nie so groß war wie heute, in die gemeinsame Gestaltung einzubeziehen: Kooperativ gestalteter Reichtum für alle statt privatistisch-räuberischer Reichtum für wenige.

Demokratisch kontrolliertes Eigentum

Die gegenwärtige Welle der Privatisierung kann nicht aufgehalten oder wirkungsvoll bekämpft werden, wenn nicht auch die vorbereitenden und begleitenden Formen der Privatisierung zurückgedrängt und abgestellt werden, so die privatkapitalistische Finanzierung und Unterwanderung der

politischen Parteien und der Medien. Notwendig ist eine durchgreifende Demokratisierung aller gesellschaftlichen Bereiche.

Bei der Frage der öffentlichen Überschuldung herrschen Selbsttäuschungen über Lagergrenzen hinweg. So behaupten etwa Linkskeynesianer, die weitere Staatsverschuldung gehe „schon deshalb nicht zu Lasten künftiger Generationen, weil diese das ausgeliehene Geld mit Zinsen zurückerhalten.“ Ach, wie naiv! Die „künftigen Generationen“, deren Interesse auch die Privatisierer so heftig zu vertreten behaupten, bestehen nämlich wie schon die jetzigen Generationen aus zwei verschiedenen Gruppen: Der einen Gruppe, die dem Staat Geld leihen kann und dafür jahrzehntelang Zinsen zurückerhält, und der anderen Gruppe, die dem Staat kein Geld leihen kann, aber mithelfen bzw. bluten muss, damit die Zinsen gezahlt werden können.

Hier müssen andere Maßnahmen ergriffen werden: Schuldenerlass. Wer wie die Privatisierungsakteure den „Charme der Staatsverschuldung“ auskostet und damit die Bedingungen immer weiterer Staatsverschuldung schafft und dem Staat immer weitere Kredite gibt und dabei nicht nur in Kauf nimmt, sondern mitorganisiert, dass die Verschuldung immer weiter anwächst und auf dem eingeschlagenen Wege nie mehr aufgelöst werden kann: Der hat kein Recht auf Rückzahlung der offenen und verdeckten Kredite. Illegitime Schulden müssen, ja dürfen aus demokratischer Verantwortung nicht zurückgezahlt werden.

Wenn es das Ziel von Investitionen ist, Arbeitsplätze zu schaffen, dann ist es offensichtlich systemwidrig, dass diejenigen, um deren Arbeitsplätze es geht, nämlich die jetzigen und zukünftigen Beschäftigten, weiter von Investitionsentscheidungen ausgeschlossen bleiben. Das gilt für private wie öffentliche Unternehmen. Wenn die Beschäftigten von Entscheidungen ausgeschlossen bleiben, bleibt die vorherrschende Arbeitsplatz-Lüge („wenn die Rahmenbedingungen für Investoren erleichtert werden, gibt es neue Arbeitsplätze“) für das gegenwärtige Wirtschafts- und Politiksystem konstitutiv. Aber auch hier gibt es kein Zurück zum alten Zustand. Die „Mitbestimmung“ in der bisherigen Form oder was von ihr übrig geblieben ist, ist durch beide Seiten diskreditiert, durch die Eigentümer, aber auch durch die Gewerkschaften.

Notwendig ist eine ökonomische Selbstqualifizierung. Die Privatisierer haben bisher bei ihrem Eindringen in die öffentliche Meinung und auch in Schulen und Hochschulen umso leichteres Spiel als die vorherrschende

bürgerliche Kultur nur noch ein dünner Firnis ist (der gerade deshalb umso liebevoller popularisiert wird).

Buchveröffentlichungen von Werner Rügemer

arm und reich. Bielefeld 2003.

Cross Border Leasing. Ein Lehrstück zur globalen Enteignung der Städte. Münster 2005, 2. Auflage

Colonia Corrupta. Privatisierung, Globalisierung und Korruption im Schatten des Kölner Klüngels. Münster 2006, 5. Auflage

Die Berater. Ihr Wirken in Staat und Gesellschaft. Bielefeld 2004

Privatisierung in Deutschland. Eine Bilanz. Münster 2006, 3. Auflage

**Scheitern des Realsozialismus
und
Alternativen im 21. Jahrhundert**

Klaus Steinitz

Scheitern des Realsozialismus im 20. Jahrhundert - Konsequenzen für einen zukünftigen Sozialismus

Eröffnung der Forschungslinie¹.

Wie kann die Diskussion um einen demokratischen Sozialismus die Linke stärken?

Was heißt demokratischer Sozialismus?

Die in der letzten Zeit unter den Linken geführten Auseinandersetzungen über die Aufnahme des demokratischen Sozialismus in die Programmatik der gesamtdeutschen Linkspartei haben u.a. gezeigt, dass es nicht reicht, bei der allgemeinen Charakterisierung des demokratischen Sozialismus als Ziel, Weg und Wertesystem und als Einheit von Freiheits- und sozialen Grundrechten stehen zu bleiben. Die programmatische Orientierung wird nur dann größere Akzeptanz finden, wenn die Vorstellungen konkreter ausgestaltet werden, sowohl hinsichtlich der Kriterien eines modernen Sozialismus und der an ihn zu stellenden Anforderungen als auch hinsichtlich des Weges, wie eine solche Gesellschaft erreicht werden kann.

Zwei Fragen stehen dabei im Vordergrund. Erstens: Warum und inwiefern würde eine alternative sozialistische Gesellschaft Bedingungen für die Lösung der gegenwärtigen tiefen ökonomischen, sozialen und ökologischen Konflikte, Widersprüche und die Menschheit gefährdenden Entwicklungstendenzen schaffen, die sich aus dem Wesen des Kapitalismus und seiner gegenwärtigen Gestalt als Finanzmarkt-Kapitalismus ergeben. Mit anderen Worten, es muss die Frage beantwortet werden, inwiefern die Verwirklichung eines sozialistischen Transformationsprojekts im Gegensatz zum Kapitalismus erlauben würde, den neuen ökonomischen, sozialen, ökologischen und entwicklungspolitischen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts gerecht zu werden. Zweitens: worin würde sich ein demokratischer Sozialismus grundsätzlich vom gescheiterten Realsozialismus des 20. Jahrhunderts unterscheiden, d.h. welche Anforderungen und Kriterien müssten der Gestaltung und Entwicklung eines demokratischen, emanzipatorischen und zukunftsorientierten Sozialismus zugrunde gelegt werden.

Eine realistische Vorstellung über eine sozialistische Alternative zum Kapitalismus kann jedoch nicht primär als ein aus theoretischen Überlegungen und noch viel weniger aus Wünschen abgeleitetes Konzept entstehen. Der

Sozialismus kann nicht nach einem vorgegebenen Modell herausgebildet und entwickelt werden. Das hat das vergangene Jahrhundert, u.a. mit dem sowjetischen Eigentums-, Staats und Planungsmodell, das auf alle anderen Länder des realsozialistischen Systems in Europa übertragen wurde, nachdrücklich bestätigt. Für die Ausarbeitung und Weiterentwicklung der Vorstellungen für eine sozialistische Transformation und für die eine sinnvolle Diskussion über mögliche und zweckmäßige Strukturen, notwendige Entwicklungserfordernisse und anzustrebende Regulationsweisen des Sozialismus ist die gesellschaftliche Praxis und deren theoretische Analyse und Verallgemeinerung eine unverzichtbare Grundlage. Hierfür ergeben sich aus dem auf Marx fußenden Praxiskonzept¹, der gesellschaftsverändernden Rolle der praktischen Tätigkeit der Menschen, wichtige Anregungen.

Erkenntnisgewinnung aus der Praxis

Die Rolle der Praxis, der sinnlich-anschaulichen und materiell-gegenständlichen Vorgänge menschlicher Tätigkeit in ihren gesellschaftlichen Dimension, für die Ausarbeitung von Vorstellungen eines Sozialismus im 21. Jahrhundert zeigt sich in vielfältigen und differenzierten Beziehungen. Die für unsere Problematik wichtigsten sind:

1. Die Analyse der gegenwärtigen Praxis der kapitalistischen Entwicklung, d.h. der grundlegenden Entwicklungstendenzen der kapitalistischen Reproduktion, der zunehmenden Unterordnung *aller* gesellschaftlichen Bereiche unter die Marktgesetze und das Profitstreben, der Dominanz des Shareholder-Value Orientierung, der sich verschärfenden Widersprüche und Konflikte des globalisierten Finanzmarkt-Kapitalismus sowie der darauf beruhenden negativen Folgen für die meisten Menschen, bleibt der entscheidende Ausgangspunkt und die wichtigste Grundlage für ein den Interessen der Menschen entsprechendes sozialistisches Transformationskonzept.
2. Die Entwicklung in den kapitalistischen Industriestaaten wird insbesondere charakterisiert durch Änderungen im Stellenwert der verschiedenen Bereiche oder Sphären der gesellschaftlichen Praxis und der zwischen ihnen bestehenden Beziehungen. Charakteristisch sind u.a. die

¹ Vgl. hierzu Müller, Horst (Hrsg.) (2005) Es heißt dort: „Die gesamte sinnlich-materielle Wirklichkeit konstituiert sich innerhalb der Perspektive der >lebendigen sinnlichen Tätigkeit< (Marx) ... die bestimmten Bedeutungen und die sonstige Bewusstseinsbestandteile von Wirklichkeit sind Bestandteil von praktischen Vollzugszusammenhängen.“ (S. 30)

weitere Verschärfung der Nord-Süd Polarisierung und der Auseinandersetzungen um die Verfügung über natürliche Ressourcen, besonders an Energie, die zunehmende Bedeutung der Umweltprobleme, die Verfestigung der Massenarbeitslosigkeit und die Entwicklung eines „Prekariats“, veränderte Bedingungen und Erfordernisse der sozialen Sicherheit, die in einem zukunftsfähigen Sozialmodell berücksichtigt werden müssen.

All dies erfolgt bei zunehmender Unterordnung der Politik und aller anderen Bereiche unter die Erfordernisse der Wirtschaft, d.h. nichts anderes als Unterordnung unter die höchstmögliche Kapitalverwertung. Aus diesen Tendenzen ergibt sich, dass den Beziehungen zwischen Ökonomie - Sozialem - Ökologie für ein sozialistisches Projekt eine Schlüsselstellung zukommt, und dass es hierfür notwendig ist, das Primat der Politik - im Sinne einer wirklich demokratisch legitimierten, emanzipativen Politik - herzustellen.

3. Die Erfahrungen des Realsozialismus spielen eine äußerst wichtige Rolle für einen sachlichen, auf Erkenntnisgewinn gerichteten Diskurs zur Problematik eines Sozialismus im 21. Jahrhundert. Ohne diese Erfahrungen der UdSSR, der DDR und der anderen Ländern des sozialistischen Lagers gründlich auszuwerten, würde auf eine entscheidende Erkenntnisquelle verzichtet werden. Dies gilt doppelt. Einerseits für positive, aufhebenswerte und natürlich in einem neuen Sozialismusprojekt weiterzuentwickelnde und den veränderten Bedingungen anzupassende Leistungen und Erfahrungen des Realsozialismus auf vielen Gebieten, einschließlich der Planung. Andererseits aber auch für zu vermeidende Fehler und defizitäre Entwicklungen eines neuen Sozialismusversuchs. Hier liegt eine wichtige Erkenntnisquelle, die bisher noch zu wenig genutzt wird. So ist m.E. eine abstrakte Diskussion darüber, ob die Warenproduktion weiter bestehen wird sowie die Kategorien des Markts und des Werts im Sozialismus des 21. Jahrhunderts weiter genutzt werden sollen, ohne die vorliegenden Erfahrungen des Realsozialismus gründlich auszuwerten, wenig sinnvoll.
4. Die Rolle von Lernprozessen und Selbstkritik: Es gibt weder ein fertiges Modell des Sozialismus noch feststehende, unveränderliche Strukturen der ökonomischen Beziehungen und der für die planmäßige Gestaltung der gesellschaftlichen Entwicklung anzuwendenden Instrumente. Die Lebens- und Leistungsfähigkeit eines zukünftigen Sozialismus ist daher in hohem Grade von der Bereitschaft und Fähigkeit abhängig, die Praxis

ständig zu analysieren, Fehlentscheidungen und Irrtümer offen zuzugeben und notwendige Korrekturen rechtzeitig, transparent und öffentlich kontrollierbar vorzunehmen. Die fehlende Bereitschaft zur Selbstkritik und zur Durchführung notwendiger Reformen oder Korrekturen, war ein entscheidender Grund für das Scheitern des Realsozialismus.

Die Frage nach der Alternative verstärken

17 Jahre nach dem Zusammenbruch des Realsozialismus in Europa nimmt das Interesse der Öffentlichkeit an einer nichtkapitalistischen, sozialistischen Entwicklungsperspektive in Europa und offensichtlich noch stärker in mehreren Ländern der „Dritten Welt“ wieder zu.

Seit Mitte der 1970er Jahre, verstärkt noch in den Zeit nach dem Zusammenbruch des Realsozialismus in Europa, vollziehen sich tiefgreifende Veränderungen in der Welt, in Europa und in Deutschland, die ein gründliches Nachdenken und eine breite öffentliche Diskussion über einen Sozialismus im 21. Jahrhundert dringend nötig machen. Die ökonomischen, sozialen und ökologischen Probleme und Widersprüche haben sich in allen Ländern der globalisierten kapitalistischen Welt in einem bisher unbekanntem Ausmaß verschärft, die Nord-Süd-Polarisation hat sich noch mehr zugespitzt, Verelendung, Armut, Hunger und lebensbedrohende Krankheiten breiten sich weiter aus, Kriege und militärische Konflikte nehmen zu. Die Markt- und Geldbeziehungen dringen zunehmend in alle Bereiche des gesellschaftlichen und individuellen Lebens ein.

Das Verschwinden der Systemkonkurrenz hat in Europa dazu geführt, dass die politischen und sozialen Schranken weitgehend beseitigt wurden, die der rücksichtslosen, weltweiten Ausbeutung der überwiegenden Mehrheit der Bewohner der Erde und der maximalen Kapitalverwertung entgegenstehen. In Deutschland, den anderen europäischen Staaten und in den USA nehmen die Zukunftsängste zu. Vor allem die soziale Sicherheit und der Sozialstaat – die Renten, die gesundheitliche Versorgung unabhängig von den Einkommen, die Pflegeversicherung und die Arbeitslosenunterstützung – werden immer mehr von der neoliberalen Politik ausgehöhlt.

Je größer die Probleme aus den sich zuspitzenden Klassengegensätzen zwischen Kapital und Arbeit, der drohenden Umweltkatastrophe, den widersprüchlichen demografischen Prozessen und der revolutionären Entwicklung der Produktivkräfte und anderen Veränderungen sind, desto klarer wird, dass das kapitalistische System nicht in der Lage ist, den neuen Herausforderungen gerecht zu werden. Damit wird auch deutlich: Der Ka-

pitalismus ist nicht das Ende der Geschichte, eine alternative, über den Kapitalismus hinausgehende Gesellschaft und eine andere Wirtschaft sind notwendig. Fragen einer *Alternative zum Kapitalismus* stehen wieder *auf der Tagesordnung*. Damit gewinnt auch der öffentliche Diskurs über Kriterien und Eigenschaften einer sozialistischen Alternative im jetzigen 21. Jahrhundert, insbesondere auch über ihre wirtschaftliche Entwicklung, über notwendige Veränderungen in den Beziehungen zwischen Wirtschaft, Sozialem und Ökologie sowie über eine andere Regulierungsweise der Wirtschaft und der anderen gesellschaftlichen Bereiche an Bedeutung.

Deshalb muss sich die Linke differenziert und kritisch mit dem welthistorischen Versuch auseinandersetzen, eine sozialistische Gesellschaft als Alternative zum Kapitalismus zu schaffen. 74 Jahre Existenz einer antikapitalistischen Alternative in Russland/der UdSSR und 40 Jahre in der DDR und den anderen mittel- und osteuropäischen Ländern können nicht als eine Episode der Weltgeschichte abgetan werden. Über 70 Jahre Erfahrungen mit einem nichtkapitalistischen System stellen eine welthistorische Zäsur dar. Die Existenz des Realsozialismus hat ungeachtet der schwerwiegenden Entstellungen der sozialistischen Idee durch Willkür und Verbrechen des Stalinismus, durch die starre, zentralistische Leitung und Planung, durch die Einschränkung von Demokratie und Freiheitsrechten tiefe Spuren in der Weltgeschichte hinterlassen. Das Bestehen der Sowjetunion und des sozialistischen Lagers in äußerst schwierigen Zeiten hat auch den prinzipiellen Beweis geliefert, dass eine Gesellschaft ohne Massenarbeitslosigkeit, ohne Ausbeutung und ohne Dominanz des Profitprinzips grundsätzlich möglich ist.

2.

Warum ist der Realsozialismus in Europa gescheitert?

Diskussionen über das Scheitern

Die Diskussion um die Gründe (Faktoren) für das Scheitern des Versuchs einer sozialistischen Alternative zum Kapitalismus im 20. Jahrhundert hat eine lange Geschichte. Sie begann schon vor der Oktoberrevolution und setzt sich in verschiedenen Modifikationen bis heute fort.

Einen zentralen Platz in dieser Auseinandersetzung kommt der Auffassung von Ludwig von Mises zu, dass im Sozialismus infolge der Aufhebung des Privateigentums und des Markts eine Wirtschaftsrechnung und damit auch wirtschaftlich rationales Handeln unmöglich seien. Mit den

Thesen, von der „logischen und praktischen Undurchführbarkeit des Sozialismus“² setzten sich u.a. der polnische Ökonom Oskar Lange und die DDR-Ökonomen Fritz Behrens und Gunter Kohlmeier auseinander. Ihr Anliegen bestand nicht nur darin, diese Auffassungen prinzipiell zu widerlegen, sondern dies auch für eine kritische Analyse der zentralistisch-administrativen Planung und des Systems administrativer, staatlich festgelegter Preise, die zu beträchtlichen Schwächen in der Wirtschaftsrechnung und in der Verbindung volkswirtschaftlich und betrieblich rationalen wirtschaftlichen Handelns führten, zu nutzen.³ Diese Kritik wurde damals mit dem Vorwurf des Revisionismus von der SED-Führung zurückgewiesen.

Die bürgerliche Kritik an der ökonomischen Leistungs- und Lebensfähigkeit des Sozialismus verlagerte sich in den letzten Jahrzehnten der Existenz des Staatssozialismus zunehmend vom Bestreiten der prinzipiellen ökonomischen Möglichkeit des Sozialismus auf die Kritik an der Art seiner praktischen Verwirklichung und am sowjetischen Modell des Staatssozialismus. In den Vordergrund der Polemik auf ökonomischem Gebiet traten Fragen der Innovationsschwäche, der unzureichenden internationalen Konkurrenzfähigkeit sozialistischer Betriebe, der Mängel bei der bedarfsgerechten Versorgung der Bevölkerung und insgesamt des Zurückbleibens der staatssozialistischen Länder im ökonomischen Wettbewerb der beiden Wirtschaftssysteme.

Die Diskussion unter den sozialistischen Ökonomen der RGW-Staaten, darunter der DDR, über Hemmnisse bei der Realisierung der Möglichkeiten des Sozialismus betrafen vor allem eine zu geringe Effektivitäts- und Produktivitätsdynamik, Rückstände bei Innovationen und der Herausbildung moderner Produktionsstrukturen, die unzureichende Berücksichtigung ökonomischer Interessen der Wirtschaftseinheiten, die geringe Flexibilität des Planungs- und Leitungssystems und die unbefriedigenden Ergebnissen der ökonomischen Integration der RGW-Staaten.⁴

Diese Diskussionen hatten in der DDR einen Höhepunkt in der Zeit der Vorbereitung und Anwendung des Neuen Ökonomischen Systems (NÖS) in den 1960er Jahren und in den letzten Zeit der Existenz der DDR. Es gab aber in der DDR mit Ausnahme der in den 50er Jahren publizierten Schriften von Behrens, Benary und Kohlmeier zu Fragen einer stärkeren Nutzung des Wertgesetzes und der Einschränkung zentralistischer Planung kaum

² Mises, Ludvig v. 1922

³ Vgl. u.a. Behrens 1957:136, 139 f.

⁴ Vgl. u.a. Nick 2003

eine öffentlich wahrnehmbare kritische Auseinandersetzung mit Grundfragen der sozialistischen Ökonomie und Planung. Der Diskurs bewegte sich unter den Wirtschaftswissenschaftlern der DDR im wesentlichen im Rahmen der Grundstrukturen des Staatssozialismus und des sowjetischen Planungsmodells.⁵ Im Zusammenhang mit dem NÖS gingen die Diskussionen zeitweise über den Rahmen des sowjetischen Modells hinaus. Dies zeigte sich deutlich in den Vorstellungen, die Möglichkeiten der Betriebe zu erweitern, in Abhängigkeit von den erzielten wirtschaftlichen Ergebnissen eigenverantwortlich Entscheidungen zum Einsatz der Mittel, insbesondere der Investitionen für die Entwicklung ihres Reproduktionsprozesses zu treffen. Dies bezieht sich auch auf die Vorschläge, verstärkt Kategorien und Instrumente des Markts zu nutzen sowie vorwiegend administrativen Leitungs- und Planungsmethoden durch ökonomische zu ersetzen.⁶ Diese Etappe brach jedoch Anfang der 70er Jahre ab. Dies fiel nicht zufällig mit dem Führungswechsel von Walter Ulbricht zu Erich Honecker zusammen.

Defizite auf entscheidenden Gebieten

Bei der Verwirklichung der Ziel- und Wertvorstellungen des Sozialismus gab es in der DDR und den anderen realsozialistischen Ländern grundlegende, strukturelle Defizite insbesondere auf folgenden für die gesellschaftliche und auch für die wirtschaftliche Entwicklung entscheidenden Gebieten:

- *Freiheit/Emanzipation/Selbstbestimmung/Demokratie in der Gesellschaft, in den Betrieben und Arbeitskollektiven, bei den handelnden Subjekten; in der Lebensweise und in der Arbeit.*

Diese Defizite äußerten sich auch in den unterentwickelten, einseitigen Beziehungen zwischen Staat und Gesellschaft, in dem realen Übergewicht des Staates, dabei speziell als Machtorgan, in diesen Beziehungen und in der unzureichenden Entwicklung der Vermittlungsglieder zwischen Staat und Gesellschaft. Dies zeigte sich insbesondere in der Überdimensionierung zentralistischer Planung bei zu geringen realen Rückkopplungsmechanismen mit den Interessen und Bedürfnisse der Bevölkerung, der Wirtschaftssubjekte sowie der Regionen, im Nichtausnutzen der Möglichkeiten gesellschaftlichen Eigentums für die Entwicklung der Wirtschaftsdemokratie,

⁵ Vgl. hierzu Krause 1998

⁶ Vgl. Workshop 2000

vor allem bei der realen Einflussnahme der Beschäftigten auf die Entwicklung in den Unternehmen und Betrieben, in dem Fehlen wirksamer zivilgesellschaftlicher Strukturen.⁷

Die Beziehungen zwischen Staat und Gesellschaft blieben in der gesamten Zeit der Existenz des Realsozialismus nicht unverändert. In bestimmten Perioden traten Repressionsfunktionen verstärkt in den Vordergrund, z.B. 1952/53 vor dem 17. Juni und 1956 im Zusammenhang mit den Ereignissen in Ungarn, zu anderen Zeiten gab es wiederum Tendenzen einer größeren Offenheit und Liberalisierung, die aber bei auftretenden Problemen meist wieder recht schnell abgebrochen wurden.

- *Herausbildung eines den Bedürfnissen der Menschen und ökologischen Erfordernissen entsprechenden Produktions- und Reproduktionstyps sowie Pfades der ökologisch und sozial nachhaltigen Entwicklung sowie eines damit übereinstimmenden neuen Wachstumstyps. Dabei dürfen mögliche und reale Widersprüche in den Beziehungen zwischen den Bedürfnissen der Menschen und den ökologischen Nachhaltigkeits- und Zukunftserfordernissen nicht übersehen werden. Die ökonomische Entwicklung verlief in den realsozialistischen Ländern weitgehend nach dem Muster kapitalistischer Modernisierung. Dies betraf vor allem die Entwicklung der Wirtschafts-, Produktions- und auch Konsumtionsstrukturen sowie der Technik.*
- *Kreativität, Innovationsfähigkeit und -stärke, Produktivitätsentwicklung und Effizienz, ein bedarfs- und qualitätsgerechtes Angebot an Waren und Dienstleistungen, rasches, flexibles Reagieren der Produktion auf Bedarfsveränderungen und Innovationen.*

Historische Bedingungen und Hemmnisse

Diese Defizite des Realsozialismus, vor allem die beiden ersten, hängen eng mit Entstehungsweise der sozialistischen Produktionsweise, und mit strukturellen Fehlentwicklungen zusammen, die seine gesamte Geschichte begleitet haben. In der Sowjetunion begann der sozialistische Versuch mit einer gewaltsamen Umwälzung, einer revolutionären Machteroberung durch

⁷ „... das sowjetische Wirtschaftsmodell, das wesentlich in der Stalinzeit entstanden war und nach dem 2. Weltkrieg von der Sowjetunion den Ländern ihres Einflussbereichs präsentiert wurde, war durch Übermaß an Zentralismus und praktischer wie ideeller Geringschätzung der Ware-Geld-Wirtschaft charakterisiert. (Nick 2003: 85)

eine Vorhut/Elite (Partei, führende Gruppe innerhalb der Partei). Er war von Beginn an mit der Diktatur der Partei, mit der Unterdrückung demokratischer Opposition und einer Zentralisierung der Macht verbunden. Dies war nur möglich, weil sich die Partei der Bolschewiki auf große Teile des Industrieproletariats, der Dorfarmut und der Kleinbauern sowie der mit dem Volk verbundenen Intelligenz stützen konnte.

In der DDR war der sozialistische Weg, der mit den Beschlüssen der 2. Parteikonferenz 1952 begann, nur im Ergebnis des zweiten Weltkrieges, der Zerschlagung des faschistischen deutschen Staates, der Befreiung vom Hitlerfaschismus durch den militärischen Sieg der sowjetischen Armee, d.h. durch äußere Faktoren möglich. Er war ebenfalls von Beginn an durch die Zentralisierung der Macht in einer kleinen Führungsspitze der Partei und eine scharfe Unterdrückung von Opposition, aber auch von Vorstellungen über einen eigenständigen oder spezifischen sozialistischen Weg in der DDR gekennzeichnet.

Die Entwicklung des Staatssozialismus wurde in starkem Maße beeinflusst durch Demokratiedefizite, insbesondere unzureichende demokratische Mitgestaltung und schwache zivilgesellschaftlicher Strukturen, geringe Transparenz von Entscheidungen, fehlende demokratische öffentliche Kontrolle.⁸

Von erheblichem Einfluss war, dass die Entwicklung des Realsozialismus zunächst in einem Land und später in einigen Ländern erfolgte, bei Weiterbestehen des kapitalistischen Weltsystems und bei feindlicher Umgebung durch kapitalistische Staaten. Schließlich ist in diesem Kontext wichtig, dass zum „sozialistischen Lager“ im wesentlichen Länder gehörten, die gegenüber der industrialisierten kapitalistischen Welt wirtschaftlich zurückgeblieben und weit schwächer waren. Sie standen von Beginn an in einem erbitterten Systemwettbewerb mit dem Kapitalismus, der nicht nur durch wirtschaftlichen Wettstreit sondern entscheidend durch den kalten Krieg und das Wettrüsten beeinflusst wurde.⁹

⁸ Die Sozialismusversuche sind vor allem daran gescheitert, dass es nie gelungen ist, „ökonomische Entwicklung, soziale Gerechtigkeit und politische Demokratie gleichermaßen zu verwirklichen; die mangelhafte Entwicklung und schließlich vollkommene oder weitgehende Negation der politischen Demokratie bestimmte in letzter Instanz ... dann auch das Scheitern der sozialistischen Ökonomie wie der Herstellung sozial gerechter Verhältnisse.“ (Goldschmidt, 1995: 48)

⁹ „Ein erheblicher Teil dieser Probleme ist zweifellos darauf zurückzuführen, dass sich die bestehenden sozialistischen Länder über einen unerwartet langen Zeitraum

Negative Auswirkungen auf die Produktionsweise

Diese Art der Entstehung und Entwicklung des Staatssozialismus wirkte sich auf alle Seiten der Produktionsweise aus:

- auf die Individuen – Erscheinungen der Deformation und Entfremdung der Individuen im Kapitalismus konnten nur unzureichend überwunden werden, die Schritte zur Emanzipation, zur freien Entwicklung der Individualität der Menschen und zur Entfaltung ihrer Kreativität blieben unbefriedigend;
- auf die Gesellschaft – die Eigentumsstrukturen wurden durch die Verstaatlichung bestimmt, und führten nicht bzw. nur unzureichend zu einer realen Vergesellschaftung im Sinne einer tatsächlichen und solidarischen Verfügung der Produzenten über die Ergebnisse ihrer Arbeit, zu wirklichem Volkseigentum, zu pluralistischen Eigentumsverhältnissen und zu einer demokratischen Regulierung der Wirtschaft.¹⁰ Dies gilt auch für die unzureichende Herausbildung solidarischer und effizienter Wirtschaftsbeziehungen im internationalen Maßstab zwischen den realsozialistischen Ländern;
- auf die technologische Basis – Produktionsstrukturen und Lebensweise des Kapitalismus wurden weitgehend übernommen und weitergeführt, wozu auch eine in wesentlichen Zügen umweltschädliche Entwicklung der Produktivkräfte zu rechnen ist; es gab kaum reale Ansätze für eine alternative wirtschaftliche und technologische Entwicklung im Sinne einer ökologisch nachhaltigen Wirtschafts- und einer zukunftsfähigen, neuen Lebensweise.

Positive Leistungen und Erfahrungen

Es geht bei der Analyse der Gründe für das Scheitern des Realsozialismus vor allem darum, hieraus Schlussfolgerungen für einen demokratischen Sozialismus des 21. Jahrhunderts zu ziehen. Bei dieser Analyse stehen naturgemäß die ungelösten Probleme und die Defizite im Vordergrund. Das heißt natürlich nicht, wichtige positive Erfahrungen der über 70 bzw. 40 jährigen Geschichte des Realsozialismus außer Acht zu lassen. Diese bestehen nicht nur in den bekannten Leistungen in der Bildung, gesund-

in die ihre eigene gesellschaftliche Entwicklung dominierenden Zwänge der Systemauseinandersetzung mit den kapitalistischen Ländern eingebunden finden.“
(Wehr 2000: 12)

¹⁰ Vgl. hierzu auch das Programm der PDS von 1993, Abschnitt 2

heitlichen Versorgung, Kultur, in der Erleichterung der Verbindung von Familie und Erwerbsarbeit und damit auch bei wichtigen Seiten der Gleichstellung der Frauen, in der Überwindung von Arbeitslosigkeit und Obdachlosigkeit. Sie bestehen auch in bestimmten Ansätzen der Planung/Regulierung der wirtschaftlichen Entwicklung (Plandiskussionen in den Betrieben, regionale Beratungen zur Verbindung der Entwicklung der Branchen mit den territorialen Erfordernissen, Anwendung von Verflechtungsbilanzen u.a.), deren Potenziale aber infolge der Dominanz zentralistischer, administrativer Strukturen völlig unzureichend genutzt werden konnten, sowie nicht zuletzt in Veränderungen des Sozialverhaltens der Menschen.

Weitgehend konsensfähige Auffassungen

Die bisherige Diskussion über die Defizite und Mängel des Staatssozialismus und über die Gründe seines Scheiterns zeigen, dass es zu vielen wichtigen Aspekten unter den Linken eine weitgehende Übereinstimmung gibt, dass aber zu einigen grundsätzlichen Fragen nach wie vor tiefe Meinungsunterschiede, teilweise entgegengesetzte Auffassungen, bestehen. Zunächst zu den Fragen, zu denen ein weitgehender Konsens besteht:

1. Der Staatssozialismus wies bei der Verwirklichung der Ziel- und Wertvorstellungen des Sozialismus auf den oben angeführten Feldern *grundlegende Defizite auf, wobei das schließliche Scheitern aber nicht auf eine einzelne Ursache zurückzuführen ist, sondern auf einen Komplex von inneren und äußeren Faktoren, die untereinander eng verflochten sind, und sich in ihren Wirkungen oft gegenseitig verstärkt haben.*
2. Das *Scheitern ist nicht Ausdruck für die prinzipielle Unmöglichkeit einer sozialistischen Alternative zum Kapitalismus, sondern spiegelt vor allem Defizite, Schwächen und Fehlentwicklungen des bisher praktizierten Staatssozialismus wider. Die Notwendigkeit einer Alternative zum Kapitalismus bleibt unvermindert bestehen. Sie ist angesichts der Unfähigkeit des Kapitalismus, die großen sich weiter zuspitzenden ökonomischen, sozialen, ökologischen und entwicklungspolitischen Probleme zu lösen, noch größer geworden.*

Ein neuer sozialistischer Versuch in den entwickelten kapitalistischen Ländern muss auf demokratischer Grundlage und mit friedlichen Mitteln erfolgen. Er muss die Angst und Zukunftsunsicherheit der Menschen aufgreifen und möglichst realistische Wege aufzei-

gen, wie die Probleme der sozialen Sicherheit und Gerechtigkeit in einem Transformationsprozess zum Sozialismus gelöst werden können. Dabei gilt es Vereinfachungen und nicht einlösbare Versprechungen zu vermeiden. Es muss auch deutlich werden, dass es hierfür keinen festen „Programmablauf“ geben kann, sondern die zu gehenden Schritte stets mit gewonnenen neuen Erfahrungen und Erkenntnissen konfrontiert werden, um entsprechende Korrekturen, Modifikationen oder neue Weichenstellungen vorzunehmen. Ein neuer sozialistischer Versuch darf natürlich nicht auf den Rahmen eines Nationalstaates begrenzt werden. Er wird erst recht unter den heutigen Bedingungen globaler Finanzmärkte und transnationaler Konzerne nur dann Erfolgchancen haben, wenn er durch international koordinierte Aktionen und Maßnahmen, z.B. in der EU, zu einer Regulierung dieser Finanzmärkte und zu einer Begrenzung der Macht internationaler Finanzinstitutionen und transnationaler Konzerne führt.

Die Erfahrungen beziehen sich u.a. darauf, das Ausmaß zentralistischer Planung im Vergleich zur bisherigen Praxis radikal zurückzunehmen, die Spielräume für eigenverantwortliches, unternehmerisches Handeln der Wirtschaftseinheiten bedeutend zu erweitern und die ökonomischen Interessen der Wirtschaftssubjekte besser zu berücksichtigen, die Marktkategorien umfassender anstelle administrativ festgelegter Surrogate zu nutzen, und dabei die für eine sozial und ökologisch nachhaltige, zukunftsfähige Entwicklung unerlässliche gesellschaftliche Regulierung/Planung der Wirtschaft zu sichern.

Bei diesen zuletzt genannten Problemen ist die Übereinstimmung der Auffassungen unter den Linken allerdings nur auf einer hohen Abstraktionsstufe vorhanden. Bei der konkreten Interpretation der Erfahrungen und in den Auffassungen über die daraus zu ziehenden Konsequenzen gibt es beträchtliche Differenzen. Dies gilt auch für mehrere andere Probleme.

3. Die genauere Analyse zeigt, dass das Scheitern mit Faktoren oder Umständen unterschiedlicher Qualität zusammenhängt. Sie können in drei Komplexen¹¹ zusammengefasst werden: Es handelt sich erstens um *historische und äußere Faktoren, die im wesentlichen gegeben*

¹¹ Vgl. zu diesen drei Komplexen Steinitz 2007: 56 ff.

und kaum beeinflussbar waren. Dazu sind im Vorhergehenden schon einige wichtige Punkte genannt worden. Sodann gab es strukturelle oder genetische Schwächen und Fehlentwicklungen des Staatssozialismus. Schließlich spielten auch subjektive Faktoren eine nicht zu unterschätzende Rolle – Schwächen bei den für die Führung der gesellschaftlichen Entwicklung verantwortlichen Personen und Spitzengremien der Partei, Subjektivismus und Fehler in der Wirtschafts- und Sozialpolitik.¹²

Strukturelle Probleme und daraus zu ziehende Konsequenzen

Aus der Analyse der strukturellen Schwächen und Fehlentwicklungen des Staatssozialismus ergeben sich direkte Konsequenzen für die Gestaltung der gesellschaftlichen und ökonomischen Beziehungen in einem Sozialismus des 21. Jahrhunderts. Hier sollen besonders hervorgehoben werden.

- Die Vergesellschaftung des Eigentums an den Produktionsmitteln und die Entwicklung der Wirtschaftsdemokratie müssen eine Einheit bilden. Ausmaß und Qualität der konkreten Ausgestaltung der Wirtschaftsdemokratie werden zum entscheidenden Kriterium für die reale Verfügung der Produzenten und Konsumenten über das gesellschaftliche Eigentum.
- Die Spielräume für eigenverantwortliches Handeln der Betriebe und die Möglichkeiten, über das erzeugte Mehrprodukt (den Gewinn) zu verfügen, müssen wesentlich erweitert werden. Die ökonomischen Interessen der Leiter und aller Beschäftigten müssen so gestaltet werden, dass sie auf gesellschaftlich nützliche und notwendige Aufgaben gerichtet sind (bedarfs- und qualitätsgerechte Produktion, höhere Innovativität, Effizienz beim Einsatz von Ressourcen, den Verbrauch von Energie, Rohstoffen und Material verringernde und die natürliche Umwelt schonende Aktivitäten u.a.).

¹² Hans-Jürgen Wagener kommt zu einer ähnlichen Gruppierung der Faktoren, auf die das Zurückbleiben der staatssozialistischen Länder und speziell ihre Innovationschwäche zurückzuführen sind: (1) historisch und durch äußere Faktoren („Umwelt“) bedingte Schwächen; (2) politisch bedingte Entscheidungen, z.B. Abschottung vom Weltmarkt, Aufbau einer schwerindustriellen Basis in jedem Land; (3) systembedingte Faktoren einer Zentralverwaltungswirtschaft. Wagener macht auch deutlich, dass diese drei Komplexe nicht eindeutig voneinander abzugrenzen sind, sondern teilweise ineinander übergehen. (Wagener 1995: 70 f.)

- Die gesellschaftliche Planung/Regulierung muss eine effektivere Gestaltung der mehrseitigen Beziehungen anstreben zwischen (1) rationalen, solidarischen internationalen Wirtschaftsbeziehungen, (2) hoher volkswirtschaftlicher, makroökonomischer Rationalität, (3) effizienter, innovativer und bedarfsgerechter Entwicklung der betrieblichen Reproduktionsprozesse (Betriebswirtschaft) und regionaler Wertschöpfungsketten sowie (4) bedürfnisreichen, sich bildenden sowie ihre Fähigkeiten und Subjektivität entwickelnden und nutzenden Individuen.

Der Einfluss subjektiver Faktoren

Subjektivismus und Fehlentscheidungen sowie eine geringe Bereitschaft zur Selbstkritik und zur Korrektur von Fehlern spielten in der DDR ebenso wie in den anderen Ländern des Realsozialismus eine beträchtliche Rolle. Die Unfähigkeit zu einer konsequenten Selbstkritik der Führungseliten war eine direkte Folge der beschriebenen System- und Strukturschwächen des Realsozialismus. Davon gingen direkte und indirekte Einflüsse auf wirtschafts- und sozialpolitische Entscheidungen und Entwicklungen aus. Direkte Einflüsse gab es insbesondere bei der Bestimmung von Zielstellungen, z.B. der Beibehaltung des Prinzips stabiler Preise für Waren des Grundbedarfs auch bei drastisch gestiegenen Aufwendungen und bei sichtbarer Verschwendung (die Konsequenzen waren u.a. die Verwendung von Brot als billiges Viehfutter oder subventionierte Kinderschuhe, die auch Erwachsene für sich kauften). Indirekte Einflüsse spielten eine wesentliche Rolle bei der Art und Weise, wie auf Veränderungen der äußeren Faktoren reagiert wurde, z.B. auf die Erhöhung der Erdölpreise durch forcierte Braunkohleförderung zur Heizölsubstitution mit sehr hohen volkswirtschaftlichen Aufwendungen und beträchtlichen Umweltbelastungen. Zu kritisieren ist nicht, dass auf die gestiegenen Belastungen durch die Erdölpreise mit Maßnahmen zur verstärkten Nutzung der einheimischen Braunkohle und zur tieferen Spaltung des Erdöls reagiert wurde, sondern dass das Ausmaß dieser Maßnahmen völlig überzogen war, die volkswirtschaftlichen Möglichkeiten überschritten wurden und tiefe Störungen in anderen Zweigen sowie Verstöße gegen volkswirtschaftliche Gleichgewichtsbeziehungen hervorgerufen wurden.

Es geht nicht darum, dass Fehler begangen werden und Irrtümer vorkommen. Das lässt sich bei einem so komplizierten und komplexen Prozess wie dem Aufbau einer neuen, alternativen Gesellschaft gar nicht vermeiden. Die Probleme ergeben sich aus dem Ausmaß und den Wirkungen von

Fehlern und vor allem aus der fehlenden Fähigkeit und Bereitschaft falsche Entscheidungen und Irrtümer offen zuzugeben sowie möglichst transparent und öffentlich kontrollierbar zu korrigieren.

Ein komplexer Wirkungszusammenhang

Zwischen den oben angeführten drei Faktorengruppen, die für das Scheitern des Realsozialismus entscheidend waren – historische und äußere Faktoren, strukturelle oder genetische Schwächen und Fehlentwicklungen des Staatssozialismus, subjektive Faktoren – bestehen enge Verflechtungen, gegenseitige Einflüsse und Abhängigkeiten. So führte der hegemoniale Einfluss der UdSSR dazu, dass keine wesentlichen Abweichungen vom sowjetischen Planungsmodell zugelassen wurden und z.B. ein erheblicher Druck zur Reduktion bis zur Rücknahme des NÖS ausgeübt wurde. Dadurch konnten Chancen nicht genutzt werden, u.a. Instrumente zur Erweiterung der Spielräume für eigenverantwortliches Handeln der Betriebe oder zur Verbindung von Marktkategorien mit der Planung zu erproben, und Erfahrungen für die Weiterentwicklung dieser Instrumente zu sammeln.

Der kalte Krieg, das Wettrüsten und die ständigen Anspannungen im Außenhandel mit dem NSW – hoher Druck zur Nutzung aller auch unrentabler Exportmöglichkeiten, geringe Spielräume zur Lösung akuter Probleme durch Zusatzimporte – begünstigten eine übermäßige Zentralisierung materieller Bilanzen und die Einschränkung der eigenwirtschaftlichen Tätigkeit der Betriebe. Daraus ergaben sich wiederum Hemmnisse für die Entfaltung und umfassendere Nutzung der inneren Triebkräfte des Sozialismus. Der Führungs- und Machtanspruch der Partei, dessen zwangsläufige Kehrseite Defizite in der demokratischen öffentlichen Diskussion, Meinungsbildung und Kontrolle sind, verhinderte einen offenen Meinungsstreit über Schwächen des Wirtschafts- und Planungssystems und ließ Reformvorschläge, die von oben nicht gewünschte waren, wirkungslos verpuffen.

Unterschiedliche Einschätzungen der Entwicklung

Die unterschiedlichen Auffassungen und Meinungsverschiedenheiten betreffen vor allem die Relevanz der verschiedenen Faktoren für den Misserfolg des Sozialismusversuchs und die zu ziehenden Schlussfolgerungen für ein zukünftiges Sozialismusprojekt. Sie könnten in zwei Komplexen zusammengefasst werden:

Ein erster Komplex betrifft die Frage, *welche Bedeutung den oben angeführten drei Faktorengruppen für das Scheitern des Sozialismusversuchs insgesamt und speziell in der DDR zukommt*. Es geht dabei vor allem um die jeweilige Rolle der äußeren und der inneren Faktoren sowie bei den inneren um die Auswirkungen struktureller, genetischer Mängel auf der einen und subjektiver Fehler und einer falschen Politik auf der anderen Seite.

Die Frage, ob hier dieser oder jener Aspekt wichtiger war, wird aber kaum neue Erkenntnisse für eine sozialistische Politik und für eine sozialistische Transformationsstrategie hervorbringen. Die Frage lässt sich wahrscheinlich auch kaum generell, in allgemeingültiger Form beantworten. Die drei Faktorenkomplexe sind untereinander, wie bereits erwähnt wurde, vielfältig verflochten und gehen teilweise ineinander über. Die strukturellen Defizite wurden maßgeblich durch die äußeren und historischen Faktoren bestimmt. Politische Fehler der führenden Persönlichkeiten trugen dazu bei, dass strukturelle, systembedingte Defizite des Staatssozialismus noch verstärkt wurden, wie z.B. die Innovationsschwäche als Folge der weitgehenden Rücknahme des NÖS in der DDR. Die Politik hat auch die äußeren Bedingungen für die ökonomische und soziale Entwicklung der realsozialistischen Länder wesentlich beeinflusst.

Das jeweilige Gewicht der drei Faktorengruppen änderte sich auch in den verschiedenen zeitlichen Etappen. Es ist kein Zufall, dass gerade in der Zeit, in der sich verstärkt tiefgreifende revolutionierende Veränderungen der Produktivkräfte vollzogen, in der Innovationen ein höheres Gewicht für die Effizienz gewannen, die Rückstände gegenüber der BRD größer wurden. Die unzureichende Flexibilität des Staatssozialismus und der Widerstand gegen echte, tiefere Reformen nahmen in den 80er Jahren eher zu als ab. Zugleich erhöhte sich aber die Dringlichkeit solcher gesellschaftlicher und speziell ökonomischer Reformen. Der sich vertiefende und allgegenwärtige Widerspruch zwischen Reformnotwendigkeit auf der einen und Reformrealität sowie Reformbereitschaft der führenden Elite auf der anderen Seite traf den Lebensnerv des Realsozialismus.

Ein zweiter Fragenkomplex betrifft *unterschiedliche, teilweise entgegengesetzte Auffassungen zu wichtigen Zusammenhängen, Erscheinungen und Instrumenten des Realsozialismus*. Hier geht es insbesondere um solche Fragen, wie die Rolle des Markts und der Nutzung der Kategorien der Warenproduktion und des Werts, die Rolle einer auf direkter Erfassung der Arbeitszeit beruhenden Äquivalenzökonomie, Beziehungen zwischen zentraler Planung und Selbständigkeit der Wirtschaftseinheiten, Ausmaß und Wirkun-

gen von Erscheinungen einer Mangelwirtschaft in den realsozialistischen Ländern.¹³

3.

Schlussfolgerungen zu ökonomische Grundlagen eines Sozialismus im 21. Jahrhundert

Ein Kampf unter neuen Bedingungen

Es geht heute und morgen nicht mehr, wie 1917 in Russland und danach in anderen Ländern, um den (die) ersten Versuch(e) der Schaffung einer sozialistischen Gesellschaft, sondern um den Kampf für eine sozialistische Alternative zum heutigen Kapitalismus *nachdem* der Realsozialismus in Europa gescheitert ist, aber sich auch mehr als 70 Jahre in einer feindlichen Umwelt behauptet hatte. Daraus ergibt sich u.a., dass es unverzichtbar ist, sowohl *die Erfahrungen dieses sozialistischen Versuchs gründlich zu analysieren*, als auch *deutlich zu machen, worin sich ein demokratischer Sozialismus im 21. Jahrhundert unbedingt vom Realsozialismus des vergangenen 20. Jahrhunderts substanziell unterscheiden muss*.

Der Kampf um eine sozialistische Perspektive erfolgt in einer kapitalistischen Welt, in der der neoliberale Umbau der Gesellschaft forciert wird, in der sich die Widersprüche, Gefahren und Zukunftsbedrohungen auf faktisch allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens teilweise dramatisch verschärfen.

Hieraus ergeben sich wichtige Konsequenzen für die Linke, von denen hier zwei hervorgehoben werden sollen. *Erstens* gilt es stets die Vielfalt der gegen den entfesselten Finanzmarktkapitalismus gerichteten Interessen, Bewegungen und Aktionen zu berücksichtigen. *Sodann* ist es notwendig, die Kämpfe gegen die Auswirkungen der neoliberalen Politik und für konkrete Veränderungen auf den für das Leben der Menschen wichtigen Politikfeldern heute im Realkapitalismus mit dem Kampf um eine sozialistische Perspektive zu verbinden.

Es muss auch beachtet werden, dass die Bedingungen, Erfahrungen und Vorstellungen für einen Sozialismus im 21. Jahrhunderts sehr vielfältig sind, sich oft auch wesentlich voneinander unterscheiden. Dies gilt regional, z.B. für beträchtliche Unterschiede zwischen den Vorstellungen in den Ländern oder Ländergruppen Europas und natürlich noch mehr zwischen

¹³ Vgl. zu diesen Problemen: Steinitz 2007: 65 ff.

Europa und Lateinamerika oder anderen Regionen der Erde. Dies gilt aber ebenso zwischen verschiedenen linken bzw. linkssozialistischen Parteien und zwischen den verschiedenen sozialen Bewegungen und auch innerhalb dieser Parteien und Bewegungen. Konsequenzen hieraus sind u.a.: Pluralität der Vorstellungen und Konzepte für einen Sozialismus im 21. Jahrhundert sowie notwendige Akzeptanz unterschiedlicher Auffassungen. Die *Zeiten, in denen ein Sozialismusmodell, das sowjetische, bestimmend war* oder zumindest bestimmend sein sollte *sind endgültig vorbei*. Auch die Zeiten der beanspruchten führenden Rolle einer Partei sollten endgültig vorüber sein. All das stellt höhere Anforderungen an die Diskursfähigkeit und Toleranz der an einer sozialistischen Alternative interessierten Kräfte, wovon wir leider noch recht weit entfernt sind.

Zum Umgang mit Marxschen Vorstellungen

Die Vorstellungen über einen Demokratischen Sozialismus im 21. Jahrhundert müssten Vorstellungen von Marx aus dem 19. Jahrhundert über eine zukünftige sozialistische bzw. kommunistische Gesellschaft revitalisieren. Das betrifft vor allem das Ziel einer sozialistischen Gesellschaft, „in der die Freiheit des anderen nicht die Grenze, sondern die Bedingung der eigenen Freiheit ist“, womit an eine Grundforderung des Kommunistischen Manifests angeknüpft wird.¹⁴ Dies gilt auch für die Hervorhebung der Emanzipation der Arbeit und der damit verbundenen Aufhebung ihrer Entfremdung sowie für die Begründung des internationalen Charakters des Übergangs zu einer sozialistischen Gesellschaft (entgegen der Theorie Stalins über den Sieg des Sozialismus in einem Land).

Sie müssten sich aber auch von den Marxschen Vorstellungen in einigen Fragen unterscheiden bzw. über sie hinausgehen. Waren- und Wertkategorien und der Markt werden in einem zukünftigen Sozialismus nach meiner Überzeugung nicht verschwinden. Dienstleistungen, insbesondere hochwertige sozial-kulturelle und Bildungsdienstleistungen, werden in einer zukünftigen sozialistischen Gesellschaft eine bestimmende Rolle spielen. Sie werden zunehmend für wirtschaftliche Strukturveränderungen im Sinne einer höheren Lebensqualität und zur Sicherung eines ökologischen Umbaus bestimmend sein. Die Arbeit in diesen Bereichen ist produktiv und

¹⁴ Programmatische Eckpunkte, Gründungsdokument der Partei Die Linke. Angenommen auf den Parteitag der Linkspartei.PDS und der WASG am 24./25. März 2007.

wertschöpfend.¹⁵ Es müsste auch davon ausgegangen werden, dass Inhalt und Funktion des Wirtschaftswachstums im Zusammenhang hiermit und infolge des höheren Stellenwerts des Innovationsprozesses wesentlichen Wandlungen unterliegen. Dieses über Marx Hinausgehen gilt auch für die Forderung, dass die Probleme der natürlichen Umwelt und einer ökologisch nachhaltigen Entwicklung einen herausgehobenen Platz in einem sozialistischen Transformationsprozess erhalten müssen. Ein größeres Gewicht kommt auch den gegenwärtigen Globalisierungsprozessen, den vielfältigen und widersprüchlichen Aspekten der Individualisierung und der Entwicklung des Bewusstseins der Subjekte sowie Gleichstellungserfordernissen zu.

Politisch-ökonomische Aspekte eines demokratischen Sozialismus

Mit dem Bisherigen sind Voraussetzungen beschrieben, auf deren Grundlage einige politisch-ökonomische Kriterien und Erfordernisse eines demokratischen Sozialismus im 21. Jahrhundert nachfolgend charakterisiert werden können. Dabei halte ich weiter daran fest, dass es nicht möglich ist, die Art und Weise der Entstehung und Herausbildung sowie der Entwicklung einer sozialistischen Gesellschaft gegenwärtig konkret vorauszusagen. Der Versuch, heute ein fertiges Modell zu entwerfen, nach dem diese Gesellschaft und dabei speziell ihre Wirtschaft funktionieren soll, muss scheitern. Dazu kann unser heutiges Wissen, vor allem die Kenntnis der dann vorhandenen konkreten Bedingungen, nicht ausreichen. Viele Fragen werden nur in einem widerspruchsvollen Lernprozess in der Praxis, der den Erfahrungsschatz bereichert und zu neuen Einsichten und Erkenntnissen führt, zu beantworten sein.

Emanzipativer Charakter einer sozialistischen Entwicklung

Die im Realsozialismus aufgetretenen *Entstellungen des emanzipativen, demokratischen Charakters einer sozialistischen Gesellschaft, seine strukturellen oder genetischen Schwächen und Defizite, müssten grundsätzlich und von Beginn an vermieden werden.* Hierfür sind in Übereinstimmung mit den Erfahrungen des Realsozialismus verschiedene Grundforderungen wichtig:

¹⁵ Vgl. Müller, Horst (2007). Der Autor analysiert, inwiefern in der Anerkennung der positiven Wertschöpfung und künftigen Emanzipation solcher Bereiche gesellschaftlicher Arbeit ein entscheidender Ansatz für die Transformation der Produktionsweise und gesellschaftlichen Assoziation liegt.

Die Herausbildung des Sozialismus als *friedlicher längerer Transformationsprozess* gestützt auf Veränderungen in den politischen Kräfteverhältnissen sowie in den ökonomischen Macht- und Eigentumsverhältnissen. Eine sozialistische Alternative wird zumindest in Europa nur im Rahmen eines internationalen, mehrere Länder erfassenden demokratischen Prozesses der Umgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse Chancen haben.

Demokratisch legitimierte, von Mehrheiten unterstützte Schritte müssen in allen Etappen einer sozialistischen Entwicklung Grundlage für sozialistische Veränderungen sein. Nur eine umfassende Demokratisierung und eine hohe Transparenz der Entscheidungsprozesse können Fehlentwicklungen, wie sie den bisherigen Sozialismusversuch kennzeichneten, vermeiden bzw. möglichst frühzeitig aufdecken und korrigieren.

Weiterführung der Diskussionen über mögliche Einstiegsprojekte in eine die Grenzen des Kapitalismus überschreitende Entwicklung in Richtung einer alternativen sozialistischen Gesellschaft. Wichtig sind hierbei die ständige Auswertung und öffentliche Diskussion von Erfahrungen solcher Einstiegsprojekte, ihre Offenheit für Korrekturen und innovative Veränderungen, für einen ständiger Such- und Lernprozess.

Veränderungen auf dem Gebiet der Eigentumsverhältnisse

Die Veränderungen in den Eigentumsformen und -strukturen müssen Bedingungen schaffen, um die Grundeigenschaften der gegenwärtigen kapitalistischen Produktionsweise als einer Gesellschaft, die auf der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beruht und in der alle Bereiche des Lebens und der Arbeit zunehmend der höchstmöglichen Kapitalverwertung unterworfen werden, zu überwinden.

Die zur Überwindung der Ausbeutung und der Dominanz des Profitprinzips notwendigen *Eigentumsstrukturen und -verhältnisse müssten sich von denen des Realsozialismus wesentlich unterscheiden*. Das müsste sich u.a. darin äußern, dass bei Vorherrschaft des gesellschaftlichen Eigentums an den Produktionsmittel eine Pluralität und eine größere Vielfalt von Eigentumsformen gesichert werden, dass die einseitige Hervorhebung des staatlichen Eigentums als höchste Form des sozialistischen Eigentums durch ein gleichberechtigtes Nebeneinanderbestehen verschiedener Formen des öffentlichen Eigentums – Eigentum des Bundes, der Bundesländer, der Kommunen, anderer öffentlicher Träger und gemischte Eigentumsformen – ersetzt wird, genossenschaftliche Eigentumsformen und alternative Eigentumsformen einer solidarischen Ökonomie in den verschiedenen Bereichen

und Sphären der Reproduktion eine besondere Förderung und Unterstützung erhalten, und das Weiterbestehen privaten Eigentums kleiner und mittlerer Unternehmer gewährleistet wird.

Das Gemeineigentum bzw. das öffentliche Eigentum muss so erweitert und gestärkt werden, dass es *eine ausreichende ökonomische Basis bildet für eine gesellschaftliche Regulierung ökonomischer Grundprozesse und für die Stärkung der öffentlichen demokratischen Kontrolle*. Im Vordergrund einer solchen Regulierung und Kontrolle müssten stehen:

- die Eindämmung und letztlich auch Beseitigung ökologisch zerstörerischer Produktionen sowie Schritte zu einer ökologisch nachhaltigen Entwicklung,
- die Herausbildung einer Vollbeschäftigung neuer Art und eines neuen Normalarbeitsverhältnisses, die den Veränderungen der Produktivkräfte, den Erfordernissen emanzipativer, selbstbestimmter Arbeit und der Rolle der lebendigen Arbeit im Produktions- und Reproduktionsprozess gerecht werden,
- eine zukunftsfähigen Gestaltung der sozialen Sicherungssysteme,
- die Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe.

Inwieweit bestimmte Eigentumsformen besonders zu fördern sind, müsste stärker von ihrer Eignung abhängig gemacht werden, in dem jeweiligen Bereich das Erreichen gesellschaftlicher Zielstellungen zu unterstützen, wie Verbesserung der Effizienz, Verwirklichen ökologischer Erfordernisse, Schaffung bzw. Sicherung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, Verbesserung der Bedingungen für eine demokratische Mitbestimmung in den Betrieben, Förderung regionaler Wirtschaftskreisläufe.

Die Sicherung und Erweiterung des öffentlichen Eigentums in der Daseinsvorsorge und die Überführung von Schlüsselbereichen der Wirtschaft in gesellschaftliches Eigentum bleiben unverzichtbare Bedingung für eine demokratische Wirtschaftsplanung und die Durchsetzung eines neuen Typs sozial und ökologisch nachhaltiger Wirtschaftsentwicklung. Bei den Schlüsselbereichen der Wirtschaft geht es vor allem um solche Bereiche, die für die Wirksamkeit der gesellschaftlicher Regulierung und Kontrolle entscheidend sind. Ihre Bestimmung unterliegt Veränderungen in der Zeit und nach Regionen. Heute gehören hierzu in den Industrieländern u.a.: Finanz- und Kreditwesen (Großbanken und finanzielle Institutionen mit erheblichem Einfluss), Telekommunikation, Medien wie Fernsehen und Rundfunk,

Schieneverkehr und Nahverkehr, Energiewirtschaft, speziell Energieübertragungsnetze.

Ein weit höherer Stellenwert muss bei allen Eigentumsformen der Veränderung der realen Verfügungsmacht über das Eigentum zugunsten einer Stärkung der Wirtschaftsdemokratie, der Beachtung gesellschaftlicher Erfordernisse und der Interessen der Bevölkerungsmehrheit zukommen.

Beim staatlichen Eigentum geht es vor allem um die Weiterführung der realen Vergesellschaftung im Interesse der Produzenten und Konsumenten. Im Vordergrund stehen insbesondere folgende Erfordernisse: die Erhöhung des Einflusses auf die Entwicklung der Arbeitsbedingungen und die Herausbildung einer neuen Qualität der Arbeit, auf die Veränderung von Produktionsstrukturen, auf Schritte zur Beseitigung ökologisch schädlicher Produktionen und zur Durchsetzung einer ökologisch nachhaltigen Entwicklung, auf Investitionen und Innovationen zur bewussten Gestaltung der Produktivkraftentwicklung im Interesse der heute Lebenden und zukünftiger Generationen. Dazu sind solche Rahmenbedingungen notwendig, die einerseits die Spielräume der Betriebe für eigenverantwortliche Entscheidungen, insbesondere zur Verwendung des Gewinns, erweitern und die andererseits die Betriebe daran interessieren und es ihnen ermöglichen Vorstellungen und Vorschläge umzusetzen, die nicht nur für den einzelnen und für den Betrieb sondern auch für die Gesellschaft nützlich sind. Auch hier wird ein ständiger Such- und Lernprozess unverzichtbar sein.

Eines der größten Probleme, das bisher noch nirgends befriedigend gelöst worden ist, besteht darin, *gesamtwirtschaftliche Rationalität und hohe betriebswirtschaftliche Effizienz zu verknüpfen*.

Wir sollten davon ausgehen, dass die Veränderung der Eigentumsformen durch Überführung in gesellschaftliches Eigentum und Veränderungen in der realen Verfügungsmacht über das Eigentum *nicht* als alternative Wege zur Lösung der Eigentumsfrage betrachtet werden, sondern vielmehr als zwei sich gegenseitig bedingende und beeinflussbare, einander ergänzende und teilweise auch ineinanderübergehend, gleichzeitig zu beschreitende notwendige Wege zu betrachten sind.

Die Regulierungsformen Markt und Plan

Die Regulierung der wirtschaftlichen Entwicklung muss darauf beruhen, dass die *Nutzung des Markts und des Wettbewerbs stabil mit einer gesellschaftlichen, demokratisch kontrollierten Regulierung/Planung verbunden wird*. Bei der

Lösung dieser Aufgabe kommt dem Staat und auch zivilgesellschaftlichen Strukturen eine zentrale Bedeutung zu.

Eine zukunftsfähige Lösung kann nur in einer neuen Qualität der Verbindung beider Regulierungsprinzipien, der Markt- und der gesellschaftlich-/staatlichen Regulierung, liegen, deren Möglichkeit und konkrete Ausgestaltung noch viele offene Probleme und Fragen enthält, die nicht mit einem abstrakten Modell, sondern nur später in einem längeren praktischen Lernprozess entschieden werden können. Die Perspektive des Sozialismus hängt entscheidend von seiner Fähigkeit ab, die praktizierte Regulierung ständig kritisch zu prüfen, und *von innen heraus notwendige Korrekturen vorzunehmen*.

In einem Sozialismusprojekt des 21. Jahrhunderts müsste der Qualifizierung der Rahmenbedingungen, insbesondere der finanziellen und steuerpolitischen Bedingungen, ein höherer Stellenwert beigemessen werden als im Staatssozialismus des 20. Jahrhunderts. Das bedeutet u.a., dass die Aufstellung und öffentliche, transparente, demokratische Diskussion der Haushalte – Entwicklung partizipativer Haushalte – auf allen Ebenen eine Schlüssel-funktion erhält.

Die Festlegung der erforderlichen Rahmenbedingungen für die wirtschaftliche Tätigkeit ist ein notwendiger Bestandteil gesellschaftlicher Regulierung. Sie darf aber nicht darauf beschränkt werden. Hierzu gehört auch die direktive, verbindliche Festlegung von Zielen, Aufgaben und der zu ihrer Realisierung erforderlichen Maßnahmen und ökonomischen Ressourcen. Dazu sind insbesondere für eine ökologisch nachhaltige Entwicklung und die Herausbildung einer neuen, zukunftsfähigen Lebensweise wichtige Prozesse und Aufgaben durch verbindliche staatliche Auflagen und strukturpolitische Entscheidungen zu gestalten. Solche verbindlichen konkreten Entscheidungen sollten auf wenige ausgewählte natural-stoffliche Auflagen und Bilanzen und öffentliche Investitionsprogramme begrenzt werden.

Neue Anforderungen bezüglich sozialer Sicherheit

Die *soziale Sicherheit* wird angesichts der demografischen Veränderungen, der Vergrößerung der Freizeit und eines insgesamt geringeren Wirtschaftswachstums vor neuen Herausforderungen stehen. Hierzu müssten Grundzüge der Finanzierung der sozialen Sicherheit und der sozialen Gleichheit neu herausgearbeitet werden.

Im Zusammenhang hiermit und den hohen Anforderungen an die Sicherung der gesellschaftlichen Akkumulation, sowohl für die produzierende

Bereiche als auch für die Umwelt, die Bereiche Soziales, Bildung, Kultur, Wissenschaft u.a. sowie für die Infrastruktur *wachsen die Anforderungen an das Mehrprodukt*, an seine Produktion, seine Verteilung und Umverteilung sowie an seine zweckmäßigste Verwendung unter Berücksichtigung nicht nur aktueller sondern verstärkt auch von Zukunftsinteressen.

Eine alternative Produktions- und Lebensweise

Eine Schlüsselfrage für einen Sozialismus im 21. Jahrhundert und für seine andere Qualität im Vergleich zum Realsozialismus müsste *die Herausbildung eines neuen, sich vom Kapitalismus wesentlich unterscheidenden Produktions- und Reproduktionstyps und Pfades der ökologisch und sozial nachhaltigen Entwicklung sowie eines damit übereinstimmenden neuen Wachstumstyps* sein.

Für die Entwicklung einer dem Sozialismus des 21. Jahrhunderts adäquaten Produktions- und Lebensweise sollen hier drei grundlegende Anforderungen hervorgehoben werden:

- *Nutzung der neuen Möglichkeiten der Produktivkräfte* – höhere Flexibilität, bessere Bedingungen zur dezentralen Wahrnehmung von Produktions- und Reproduktionsfunktionen, zunehmende Bedeutung der Qualifikation, Selbständigkeit und Zuverlässigkeit der Beschäftigten für die Produktionsergebnisse u.a. – für eine neue Qualität der gesellschaftlichen Arbeit und die Herausbildung neuer Lebensstile.
- *Realisierung eines neuen Typs sozial und ökologisch nachhaltiger Entwicklung*. Dieser muss auf zwei Beinen stehen. Einerseits erfordert er die Überwindung der Massenarbeitslosigkeit, einen neuen Typ gesellschaftlich notwendiger und nützlicher Arbeit, an der alle teilnehmen können sowie eine den gesellschaftlichen Standards entsprechenden sozialen Grundsicherung. Andererseits setzt er voraus, dass ein ökologisch orientierter Umbau der Wirtschaft und der Gesellschaft zielstrebig durchgeführt sowie ein neuer Pfad ökonomischer Entwicklung in Übereinstimmung mit der natürlichen Umwelt und den Veränderungen in den Bedürfnissen und in der Lebensweise der Menschen beschritten wird. Da die Dringlichkeit einer Weichenstellung zu diesem neuen Pfad besonders hoch ist – vergleich Diskussion um die rasche Einleitung der notwendigen Maßnahmen um eine Klimakatastrophe zu verhindern – , kommt in einem sozialistischen Transformationsprojekt Veränderungen auf diesem Gebiet, die auch als Einstiegsprojekte in diesen neuen Typ

ökonomischer, sozialer und ökologischer Entwicklung angesehen werden können, eine hohe Priorität zu.

Der neue Pfad einer ökologisch nachhaltigen Entwicklung setzt tiefgreifende Wandlungen in der Produktion und Reproduktion voraus, Änderungen im gebrauchswertmäßigen Inhalt, in der Struktur und Qualität seiner Ergebnisse, und auch hinsichtlich seiner Bedingungen und Grundlagen. Er muss vor allem auf der Steigerung der Effizienz der genutzten natürlichen Ressourcen beruhen. Diese gewinnt im Vergleich zur Einsparung an lebendiger Arbeit durch Produktivitätssteigerung ein größeres Gewicht. Die bisherige Tendenz der gegenläufigen Entwicklung von lebendiger und vergegenständlichter Arbeit – ständige Einsparung und Freisetzung von Arbeit auf der einen und steigender Einsatz von Rohstoffen und Energie auf der anderen Seite – muss aufgehoben werden. Hieraus ergeben sich auch weitgehende Konsequenzen für die Art und Weise und die Schwerpunkte der Innovationsprozesse.

- *Herausbildung neuer Lebensweisen und Lebensstile: „Nicht Rücknahme von Wohlstand, sondern Herausfinden einer anderen Wohlfahrt, in der neue Räume in der Persönlichkeitsentfaltung, mehr freie Zeit dafür und ein reicherer Sinn des Lebens wichtiger werden als die irre Jagd nach ständig steigendem materiellen Konsum.“¹⁶*

Umgestaltung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen

Zur Entwicklung eines Sozialismus im 21. Jahrhundert gehört unbedingt auch die Herausbildung einer neuen Qualität internationaler Wirtschaftsbeziehungen, die auf Gleichberechtigung, Solidarität, Zusammenarbeit und gegenseitigen Vorteil beruhen. Dies schließt eine tiefgreifende Umgestaltung der dominierenden kapitalistischen internationalen Arbeitsteilung sowie die Herausbildung einer neuen, gerechten und zukunftsorientierten Weltwirtschaftsordnung ein.

Ausgewählte Literatur

Altwater, Elmar/Sekler, Nicola (Hrsg.) (2006), *Solidarische Ökonomie*, Reader im Auftrag des Wissenschaftlichen Beirats von attac, Hamburg

¹⁶ Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung e.V. (Hrsg.), 1997: 150.

Behrens, Fritz (1957), Zum Problem der Ausnutzung ökonomischer Gesetze in der Übergangsperiode, in *Wirtschaftswissenschaft*, 3. Sonderheft, Berlin

Behrens, Fritz, (1992) *Abschied von der sozialen Utopie?* Berlin

Bischoff, Joachim/Lieber, Christoph (2006), Ein dritter Weg: Äquivalenzökonomie? *Sozialismus* 11/2006.

Bollinger, Stefan (Hrsg.) (2004), *Das letzte Jahr der DDR. Zwischen Revolution und Selbstaufgabe*, Berlin

Brie, Michael/Chrapa, Michael/Klein, Dieter (2002), *Sozialismus als Tagesaufgabe*, Berlin

Dieterich, Heinz (2006), *Der Sozialismus des 21. Jahrhunderts*, Berlin

Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung e.V. (Hrsg.) (1997), *Zur Programmatik der Partei des demokratischen Sozialismus. Ein Kommentar*, Berlin

Goldschmidt, Werner (1995), *Kein Sozialismus ohne Demokratie*, *Zeitschrift marxistische Erneuerung Z.*, Nr. 21, März

Marx, Karl (1956 ff.) *MEW*, Berlin

Mises, Ludvig von (1922), *Die Gemeinwirtschaft. Untersuchungen über den Sozialismus*, Jena

Müller, Horst (2007), *Historische Schranke der Kapitalwirtschaft und konkrete Alternative*, in: *Sozialismus* 2/2007

Müller, Horst (Hrsg.) (2005), *Das Praxiskonzept im Zentrum gesellschaftskritischer Wissenschaft, Studien zur Philosophie & Wissenschaft gesellschaftlicher Praxis*, Norderstedt

Nick, Harry (2003), *Gemeinwesen DDR Erinnerungen und Überlegungen eines Politökonomen*, Hamburg

Peters, Arno (1996), *Das Äquivalenz-Prinzip als Grundlage der Globalökonomie*, Vaduz

Programm der Partei des Demokratischen Sozialismus (1993), beschlossen auf der 1. Tagung des 3. Parteitages der PDS 29. bis 31. Januar 1993, Berlin

Steinitz, Klaus (2005), *Chancen für eine alternative Entwicklung. Wirtschaftspolitik heute*, Hamburg

Steinitz, Klaus (2007), *Das Scheitern des Realsozialismus. Schlussfolgerungen für die Linke im 21. Jahrhundert*, Hamburg

Wagener, Hans-Jürgen (1995), Anlage oder Umwelt? Überlegungen zur Innovationsschwäche der DDR-Wirtschaft, Berliner Debatte INITIAL, Nr. 1/1995,

Wehr, Andreas (2000), Sozialismuskussion nach dem Scheitern des versuchten Sozialismus, Zeitschrift marxistische Erneuerung Z., Nr. 43, September

Wenzel, Siegfried (1998), Plan und Wirklichkeit. Zur DDR-Ökonomie Dokumentation und Erinnerungen, St. Katharinen

Wenzel, Siegfried (2006), Sozialismus des 21. Jahrhunderts? Utopie kreativ, September

Joachim Bischoff

Politische Ökonomie der Lohnarbeit im 21. Jahrhundert

Wandlungen des modernen Kapitalismus

Der Mythos von einem sich abzeichnenden Ende der Arbeitsgesellschaft unterliegt den aktuellen Debatten um Alternativen zu Massenarbeitslosigkeit und sozialer Ausgrenzung. Unbestreitbar: Massenarbeitslosigkeit, die Ausfächerung der Unterschiede in der Einkommens- und Vermögensverteilung, sowie wachsende Defizite in den öffentlichen und Sozialkassen hinterlassen seit Ende der 1970er Jahre deutliche Spuren im Sozialgefüge der entwickelten kapitalistischen Gesellschaften. Die Gewerkschaften agieren seit Jahrzehnten in der Defensive. »Bereits seit Jahren erleben wir eine massive Umverteilung von Arbeit zu Kapital. Laut Angaben des Statistischen Bundesamtes ist bei der Verteilung der Einkommen zwischen Arbeit und Kapital der Anteil der Löhne am Bruttoinlandsprodukt (Lohnquote) seit 1993 von 72,2 Prozent auf 66,2 Prozent zurückgegangen. Spiegelbildlich verbucht das Kapital einen Anstieg seiner Gewinnanteile an der Wertschöpfung. Dies bedeutet natürlich zugleich einen permanenten Machtverlust der Arbeitnehmerseite – was auch in der wachsenden Unverblümtheit der Arbeitgeber zum Ausdruck kommt. Inzwischen wird ganz offen damit kokettiert, dass die sinkende Lohnquote eine höchst willkommene Folge der Schwäche der Gewerkschaften sei, während mit den lohnpolitischen Empfehlungen der Bedeutungsverlust der Gewerkschaften betrieben wird.«¹

Die gesellschaftliche Praxis eines regulierten Kapitalismus wuchs aus den Katastrophen der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts hervor und hatte in den verschiedenen Ländern unterschiedliche Ausprägungen. Auf diese Unterschiede wird mit der Bezeichnung »Rheinischer Kapitalismus« angespielt. Anfang der 1990er Jahre setzte sich der französische Manager und Ökonom Michel Albert mit der aufkommenden Shareholder Value-Orientierung und dem Aufstieg des Finanzmarkt- oder Aktionärskapitalismus auseinander. In Absetzung zu dieser Entwicklungstendenz machte er einen Typus von Kapitalismus mit sozialem Ausgleich und gesellschaftlicher Regulation aus: »das rheinische Modell des Kapitalismus, das man nicht nur, von den Niederlanden bis in die Schweiz, den ganzen Rhein ent-

¹ HICKEL 2007: 262

lang wiederfindet, sondern (...) auch in Skandinavien und vor allem, mit unvermeidlichen kulturellen Verschiebungen, auch in Japan.«²

Diese Variante des Kapitalismus ist durch eine spezifische Regulationsweise charakterisiert. Die Stärke der nationalen Organisationen der Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung sorgte dafür, dass die Sozialstaaten zu einem starken Stabilitätsfaktor des fordistischen Akkumulationsregimes durch gewerkschaftliche Verteilungspolitik, soziale Sicherungssysteme und keynesianische Nachfragepolitik ausgebildet wurden. Dabei kristallisierten sich unterschiedliche transnationale Entwicklungspfade heraus.

Die Veränderung des Erscheinungsbildes des modernen Kapitalismus (Finanzmarkt- oder Aktionärskapitalismus) hängt mit der seit Jahren betriebenen Liberalisierung des Kapitalverkehrs, technologischen Veränderungen, die die Globalisierung der Finanzmärkte beförderten, und der Herausbildung einer neuen Machtstruktur der Finanzmarktakteure zusammen. Im Zentrum des »neuen Kapitalismus« stehen die Fonds (Pension, Investment, Hedge, Private-Equity), die in den letzten Jahren gewaltig an Macht gewonnenen haben. Es sind vor allem die milliardenschweren Hegdefonds sowie die Private-Equity-Fonds, die Teile von Unternehmen bzw. ganze Unternehmen je nach Renditeerwartungen aufkaufen und in der Regel nach zwei bis drei Jahren wieder verkaufen. Selbstverständlich bleiben die grundlegenden Charakteristika der kapitalistischen Gesellschaftsformation bestehen.

Dieser entfesselte Kapitalismus stützt sich auf eine kundenorientierte, flexible Massenproduktion und eine entsprechende Arbeitsorganisation. Durch die flexible Produktion werden die unter dem fordistischen Fabrikregime erkämpften Rahmenbedingungen der Lohnarbeit und die darauf aufbauenden Aspekte sozialer Sicherheit in wachsendem Umfang zerstört. Durch die technologische Entwicklungen – neue Rohstoffe, neue Verfahrensweisen und neue Produkte – wurde ein Wandel des Regulationsregimes unvermeidlich. Eine flexible Produktionsweise erzwingt flexible Arbeitsmärkte und ist mit dem überlieferten System sozialer Sicherheit nicht vereinbar. Der neue Produktions- und Akkumulationsmodus verändert nicht nur die Konsumtionsbedingungen der Arbeitskraft, sondern auch die Verteilungsverhältnisse. Die Ausrichtung am Shareholder Value und die dahinter steckende Begünstigung der leistungslosen Kapital- und Vermö-

² Albert 1992: 25

genseinkommen schlägt sich in einer gesamtgesellschaftlich fallenden Quote des Arbeitseinkommens nieder.

Neoliberale Gesellschaftspolitik setzt auf Deregulierung, um durch den Abbau hemmender staatlicher Regelungen eine Befreiung unternehmerischen Handelns und damit eine gesamtgesellschaftliche Prosperitätskonstellation zu schaffen. Die Umgestaltungen beziehen sich folgende Aspekte:

- Durch die Lockerung von Regulierungen auf den Finanzmärkten und im Finanzsystem, Aufhebung der Kapitalverkehrskontrollen und eine EU-getriebene Liberalisierung der Finanzmärkte entwickelt sich ein grenzüberschreitendes Finanzregime.
- Durch Veränderungen im Arbeitsrecht, die Beschränkung von Sozialtransfers im Falle von Arbeitslosigkeit und die Neuorganisation der sozialen Sicherheit wurde ein Umbau der Regulierung des Lohnarbeitsverhältnisses erzwungen.
- die formale Privatisierung der staatlichen oder kommunalen Versorgungsunternehmen. Z.T. findet eine faktische Privatisierung in dem Sinne statt, dass diese Unternehmen über einen Börsengang oder durch Verkauf an Banken, Beteiligungsgesellschaften etc. in Privateigentum überführt und neue Formen der Kontrolle ehemals staatlicher Monopole, vor allem in der Kommunikations- und Netzwerkindustrie, etabliert wurden.

Kritik und Frage nach einer anderen Politik

In Deutschland ist im Verlauf der 1990er Jahre die umfassende Deregulierung der Finanzmärkte durchgesetzt worden. Die Bedeutung des Kapitalmarktes für die Finanzierung der Unternehmen ist im internationalen Vergleich immer noch unentwickelt, aber die Verschränkung zwischen Unternehmen, Banken und Versicherungen – auch als »Deutschland AG« bezeichnet – ist aufgelöst. Die beständige Erhöhung der Eigenkapitalrenditen muss letztlich durch Erhöhung der Ausbeutungsrate und das Drücken der Löhne unter Normalniveau gegenfinanziert werden. Daher kommen die hochentwickelten kapitalistischen Gesellschaften aus der Abschwächung ihrer wirtschaftlichen Wachstumsraten, zugespitzten Verteilungauseinandersetzungen um diese Zuwächse und der Tendenz zur kontinuierlichen Verschärfung von sozialen Gegensätzen und gesellschaftlicher Ausgrenzung nur heraus, wenn durch eine neue Form von Regulation die Vermachtung der Finanzmärkte zurückdrängt oder letztlich aufgehoben

wird. Positiv gefasst heißt dies: Die Arbeitskraft darf im entwickelten Kapitalismus nicht auf einen Warencharakter reduziert und den Ansprüchen des Geldkapitals untergeordnet werden.

Die unter den Imperativen der Finanzmärkte erzwungene Konzentration auf das Kerngeschäft, betriebswirtschaftliche Dezentralisierung und Verminderung der Fertigungstiefen, bringt kein neues zukunftsfähiges Produktionsmodell hervor. Gewinne sind das unverzichtbare Scharnier der Kapitalakkumulation. Doch im Finanzmarktkapitalismus werden Profite, Realinvestitionen und Beschäftigung tendenziell entkoppelt. Für die Abflachung der Zuwachsraten des Wirtschaftswachstums werden die soziale Sicherheit und die tariflichen Rechte der Arbeitenden verantwortlich gemacht.

Gleichwohl: Es gibt keine politische Legitimation durch eine Mehrheit der Wahlbevölkerung für die Zerstörung eines regulierten Kapitalismus und des Sozialstaates. Die politisch verstärkte Zerstörung des Lohnarbeitsstatus stößt nicht nur bei besonders betroffenen Lohnabhängigen, sondern auch in anderen sozialen Schichten auf Widerspruch – trotz enormen Drucks in und durch die öffentliche Meinung. Ein beträchtlicher Teil der Bevölkerung will sich nicht mit dem Abbau sozialer Rechte und der Zerstörung sozialen Eigentums (Krankenversicherung, Alterssicherung, öffentliche Versorgung) abfinden und hält aufgrund tief verwurzelter sozialstaatlicher Normen an der Erwartung einer sozialen Regulierung des Kapitalismus auch für das 21. Jahrhundert fest. »Diese Normen sind keineswegs auf die untere Hälfte der sozialen Pyramide beschränkt; auch beträchtliche Teile der Mittelschichten haben sie übernommen. Vor allem aber haben sich diese Sozialstaats- und Gerechtigkeitsvorstellungen als überaus stabil erwiesen. Sie stehen als stiller Konsens der Bevölkerung in einem beinahe grotesken Gegensatz zum öffentlichen Diskurs.«³

In der bundesdeutschen Gesellschaft haben sich vor dem Hintergrund von hoher Arbeitslosigkeit, der Ausbreitung prekärer Arbeitsverhältnisse, verfestigter Armut, einer beschleunigten Erosion der sozialen Sicherheit und der Rückkehr von sozialer Unsicherheit tiefsitzende Zukunftsängste und ein massiver Vertrauensverlust in gesellschaftliche Institutionen ausgebreitet. Der gesellschaftliche Wandel erscheint als naturgegebener Prozess, der von der Politik nicht gesteuert und kontrolliert werden kann. In der letzten Konsequenz führt dies zu einer Entkoppelung der Politik und der demokratischen Willensbildung von den von der Ökonomie ausgelösten Veränderungen.

³ Oberdörfer 2004

Ohne Zweifel gibt es soziale Gruppierungen von Lohnabhängigen, die von der Tendenz zur Selbstorganisation und den größeren Individualitätsspielräumen in und außerhalb der Arbeit angesprochen werden. Deren Entwicklung von Fähigkeiten und Kompetenzen korrespondieren mit Ansprüchen, auch mit Blick auf die sonstigen gesellschaftlichen Sektoren individuell ausgerichtete Dienste und Absicherungen kaufen zu können. Es gibt ohne Zweifel Gewinner der Flexibilisierung und somit breitere soziale Schichten, die sich von dem Gesellschaftsbild der Neoliberalen angesprochen fühlen. Die Trennlinie zwischen Gewinnern und Verlierern der Entfesselung und Flexibilisierung des Kapitals verläuft entlang der objektiven Ressourcen und der organisatorischen Basis, auf die sich die Individuen stützen können, um mit diesen neuen Situationen zurecht zu kommen. Diejenigen, die über kein wirtschaftliches, kulturelles oder auch gesellschaftliches Kapital verfügen, sind auf kollektive Sicherungsformen angewiesen. Entscheidend für eine anti-neoliberale Politik ist daher: Entwicklung der eigenen politischen Glaubwürdigkeit und Ausrichtung der politischen Strategie auf die Herausbildung eines breiten gesellschaftlichen Bündnisses, das sowohl die Ausgegrenzten und Verlierer, aber auch die Gewinner des »neuen Kapitalismus« umgreift.

Eine moderne Politik müsste der Verschiebung der Verteilungsverhältnisse entgegenarbeiten und eine Politik der Regulation und Steuerung der nationalen, europäischen und internationalen Wirtschaftsprozesse verfolgen. Denn die politische Praxis sowohl der Parteien des bürgerlichen Lagers als auch der Mitte-Links-Koalitionen zielt weiter auf eine Entfesselung des Kapitals und die Verstärkung der Umverteilungseffekte.

Eine an der Lohnarbeit orientierte Zukunftsvorstellung kann den Übergang in eine neuartige gesellschaftliche Entwicklung eröffnen. Ausgehend von den gegenwärtigen Widersprüchen geht es um eine Umstrukturierung der Verteilungsverhältnisse und eine Neuordnung der gesellschaftlichen Wertschöpfung. Die politische Alternative zu Stilllegungsprämien für die faktisch oder vermeintlich Überflüssigen und »aktivierender« Sozial- und Arbeitsmarktpolitik ist die Veränderung der ökonomischen, politischen und geschlechtsspezifischen Herrschaftsverhältnisse. Im Zentrum einer an der ökonomischen Emanzipation der Lohnarbeit ausgerichteten Zukunftskonzeption steht die Entwicklung eines modernen, überwiegend wissensbasiereten Dienstleistungssektors und eine massive Verkürzung der Arbeitszeit.

Der neoliberale Strukturwandel widerlegt falsche Hoffnungen

Die sozialstaatlich befriedete Industriegesellschaft der Nachkriegsjahrzehnte ist mit der politisch durchgesetzten Deregulierung wiederum dem Regime weltweiter Märkte ausgesetzt worden. Die bisherige gemischte Struktur, die auf einem regulierten privatkapitalistischen Unternehmens- und Marktbereich, einem wirtschafts- und sozialpolitisch steuernden Staat und einem ausgebauten Sozialsektor beruhte, der die private Lebensführung durch öffentliche und soziale Dienstleistungen ergänzte, wird in Richtung einer Dominanz der marktwirtschaftlichen Prozesse aufgelöst. Ausbildung, Gesundheitsvorsorge und Alterssicherung werden stärker der marktwirtschaftlichen Ordnung unterworfen.

Mit Blick auf die gesellschaftliche Arbeit lassen sich also für die kapitalistischen Metropolen zwei Entwicklungstendenzen festhalten. Zum einen ist die jährliche Arbeitszeit deutlich verringert worden: »1870 mussten die Beschäftigten in den meisten der heutigen Industrieländer zwischen 2.900 und 3.000 Stunden im Durchschnitt pro Jahr arbeiten. Seit dem ist die durchschnittliche Arbeitszeit um bis zu 50 v.H. zurückgegangen.«⁴ Zum anderen ist die Verkürzung der Arbeitszeit von einer Differenzierung der gesellschaftlichen Arbeit und massiven Änderungen in der Arbeitsorganisation begleitet, was sich auch in einer veränderten Qualifikationsstruktur niederschlägt.

Im zurückliegenden »goldenen Zeitalter« der beschleunigten Kapitalakkumulation konnte mit dem sozialstaatlichen Arrangement in Westeuropa ein starker Bereich von öffentlich finanzierter oder zumindest subventionierter Arbeit durchgesetzt werden, was nicht dahingehend missverstanden werden darf, dass es keinerlei Schattenseiten der fordistischen Entwicklungsetappe gegeben hätte. Die Überwindung der kapitalistischen Produktionsweise stand sowenig zur Debatte wie eine relevante Umverteilung des Reichtums, sondern die sozialstaatliche Regulierung zielte bei Fortschreibung vorhandener sozialer Spaltungen auf Ausgleichsoperationen und eine Partizipation der Lohnarbeit und der subalternen sozialen Schichten an der Entwicklung des gesellschaftlichen Reichtums.

Die Zukunftsvorstellung, dass sich nach dem Zeitabschnitt der »glorreichen Dreißiger«⁵ im Selbstlauf ein Übergang zu einem modernen Dienstleistungssektor durchsetzen würde, hat sich als Illusion erwiesen. Gestützt

⁴ Bosch, G. 1998: 346

⁵ Fourastie 1979

auf Fourastie verbreitete sich die große Hoffnung des 20. Jahrhunderts, dass die kapitalistische Akkumulation im Selbstlauf höheren gesellschaftlichen Wohlstand, Beseitigung der Arbeitslosigkeit, Ausbau der sozialen Sicherheit und Entwicklung von Bildung und Kultur generieren würde. Der Schwerpunkt der wirtschaftlichen Tätigkeit würde sich vom primären Wirtschaftssektor auf den sekundären, industriellen Sektor und schließlich auf den tertiären Sektor (Dienstleistung) verlagern. Es war eine falsche Hypothese, dass der Übergang vom sekundären in den tertiären Sektor das Problem der Arbeitslosigkeit beseitigen könnte, da dieser Sektor nicht rationalisierbar sei. Die neoliberalen Eliten haben dagegen begriffen, dass die Expansion des Dienstleistungssektors entweder gesellschaftlich gesteuert erfolgt (auf Grundlage einer massiven Abschöpfung des gesellschaftlichen Surplus) oder aber sich stützt auf die Einkommensentwicklung der besser situierten privaten Haushalte.

Strukturwandel der Arbeit und Rolle der Arbeitszeit

Es ist unstrittig, dass sich in den hochentwickelten kapitalistischen Gesellschaften der Absolutheitsanspruch der Lohnerwerbsarbeit auflöst. Die hochentwickelte Produktivität, die gesellschaftliche Verteilung der Arbeit, die Arbeitsregelungen für Lohnarbeit, die Massenarbeitslosigkeit und die Ausbreitung der prekären Beschäftigungsverhältnisse stellen die bisherige antagonistische gesellschaftliche Entwicklung in Frage, der zufolge die Entwicklung des gesellschaftlichen Reichtums und der frei verfügbaren Zeit – sei es zur Ausübung nicht unmittelbar produktiver Tätigkeiten, sei es zur Muße, sei es zur Entwicklung menschlicher Fähigkeit und gesellschaftlicher Potenzen, die keinen unmittelbar praktischen Zweck verfolgen (Kunst, Wissenschaft etc.) – auf der geknechteten und Überarbeit der Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung basiert. Schon im gegenwärtigen Krisenstadium können daher Arbeit und Tätigkeit ihre Wirksamkeit entfalten.

Allerdings ist es eine gefährliche Illusion, davon auszugehen, die bisherige Grundlage der »produktiven Arbeit« würde sich mit der Zeit gleichsam von selbst auflösen. Der Unterschied von Arbeit und Tätigkeit kann erst dann seinen Reichtum vollständig entfalten, wenn die Verteilungsverhältnisse einer radikalen Neuorganisation unterzogen werden. Solange die Verteilung der Kapital- und Vermögenseinkommen vollständig den Marktkräften überlassen werden, wird die Reorganisation der Gesellschaft auf ein Mindesteinkommen reduziert werden, das sich aus den historisch erkämpften Sozialtransfers (Arbeitslosenunterstützung, Sozialhilfe) speist.

Auch angesichts eines Strukturwandels zu Dienstleistungen oder wissensbasierter Arbeit erweist sich also die These vom Ende der Arbeitsgesellschaft als ein moderner Mythos:

- Schon rein empirisch zeigen uns die gesellschaftlichen Tendenzen das glatte Gegenteil dieser Behauptung. In allen kapitalistischen Hauptländern liegt die Erwerbstätigkeit heute höher als Mitte der 1970er Jahre. Vor allem die Quote der erwerbstätigen Frauen ist deutlich angestiegen, wenn gleich die Bundesrepublik Deutschland in dieser Hinsicht eher ein Schlusslicht ist. »Eine erhöhte Frauenerwerbsbeteiligung verbindet sich in der Regel damit, dass mehr bisher erbrachte Arbeiten nun marktförmig organisiert werden und die Nachfrage nach haushaltsbezogenen Diensten, nach Betreuung von Kindern und älteren Personen, nach Ausdehnung von Bildungsangeboten sowie nach Gaststättenleistungen steigt.«⁶ Es ist völlig realitätsfremd, die Tendenz der Entwicklung zur Dienstleistungsgesellschaft und der Ausweitung der marktvermittelten gesellschaftlichen Produktionen mit einer von den Gewerkschaften geförderten Arbeitssucht in Verbindung zu bringen. Nicht die behauptete Arbeitssucht ist für diese Entwicklung verantwortlich, sondern der gesellschaftliche Strukturwandel infolge der gestiegenen und weiter steigenden Arbeitsproduktivität, die neoliberale Politik der Deregulierung und Privatisierung, der Aufkündigung einer mixed economy und des Abbau des Sozialstaates.
- Bemerkenswert ist zudem die Tendenz zur Verlängerung der Lebensarbeitszeit. Die aktuelle Rentenreform, mit der eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit auf 67 Jahre eingeleitet wird, bewegt sich entlang der faktischen Veränderung der Erwerbsverhältnisse.
- Sicherlich hat es bis zum Ende des 20. Jahrhunderts eine Tendenz zur Verminderung der wöchentlichen und Jahresarbeitszeit pro Erwerbstätigen gegeben. Fakt ist allerdings, dass infolge der Auflösung der Normalarbeitsverhältnisse, der Schwächung der Gewerkschaften und der Flexibilisierung des Arbeitseinsatzes der Prozess weiterer Arbeitszeitverkürzung in der Bundesrepublik ins Stocken geraten ist. Die tarifliche Vereinbarung der 35-Stunden-Woche hat keinen gesellschaftlichen Durchbruch gebracht. Wir konstatieren selbst in gewerkschaftlich gut organisierten Bereichen eine rückläu-

⁶ Baethge 2000: 100

fige Tendenz, d.h. Verlängerung der Arbeitszeiten ohne Lohnausgleich. An die Einführung einer gesetzlichen Regelung ist in Deutschland zur Zeit nicht zu denken.

- Die massiven Produktivitätssteigerungen der letzten Jahrzehnte sind zudem verknüpft mit radikalen Veränderungen der Arbeitsorganisation. Der jetzt erreichte Intensitätsgrad – Verdichtung der Arbeit – erfordert in den industriellen Bereichen einen Arbeitsrhythmus mit begrenztem täglichen Arbeitseinsatz, wöchentlichen und jährlichen Regenerationszeiten, sowie eine Begrenzung der Lebensarbeitszeit. Die Entkoppelung von Betriebs- und Arbeitszeiten hat ein neues Mischungsverhältnis von Voll- und Teilzeitarbeitsverhältnissen möglich gemacht. Daraus ergibt sich m.E. die Schlussfolgerung: Eine weitere Verkürzung der Wochen-, Jahres und Lebensarbeitszeit ist aus Leistungs- und Qualitätsgründen geboten und realisierbar. Selbstverständlich würde dadurch auch ein Beitrag zur Verminderung der Massenarbeitslosigkeit geleistet.
- Aber auch die Verkürzung der Arbeitszeit ist kein Königsweg zur Herstellung des Normalarbeitsverhältnisses. Weitere Maßnahmen der Arbeitszeitverkürzung, die sich in einer anderen Verteilung der gesellschaftlichen Arbeit niederschlagen, müssen begleitet sein von einer Umgestaltung der Verteilungsverhältnisse und einer effizienten gesellschaftlichen Steuerung des Reproduktionsprozesses.
- Massenarbeitslosigkeit, die Ausfächerung der Unterschiede in der Einkommens- und Vermögensverteilung sowie wachsende Defizite in den öffentlichen und Sozialkassen hinterlassen seit Ende der 1970er Jahre deutliche Veränderungen im Sozialgefüge der entwickelten kapitalistischen Gesellschaften. Auch in den USA, die im Unterschied zu den anderen kapitalistischen Hauptländern selbst bei einem gewachsenen Arbeitsvolumen ein beeindruckendes Beschäftigungswachstum und niedrige Arbeitslosenquoten aufweisen, zeigt sich eine Ausdehnung und Verfestigung verschiedener Formen sozialer Ausgrenzung. Von einem Verschwinden der Lohnarbeit kann in den kapitalistischen Hauptländern überhaupt keine Rede sein. Es wächst die informelle Ökonomie und die Schwarzarbeit, was aber mit einem massiven Zuwachs an ungeschützter Arbeit verbunden ist.
- Die chronische Massenarbeitslosigkeit hat in den westeuropäischen Sozialstaaten tiefe Spuren hinterlassen. Diese seit Jahrzehnten an-

dauernde Arbeitslosigkeit hat den Trend zu Auflösung der Normalarbeitsverhältnisse verstärkt. Die Zahl der prekären Beschäftigungsverhältnisse liegt in Deutschland in einer Größenordnung von 7-8 Millionen Menschen. Diese Herausbildung eines »Niedriglohnbereiches von prekären Beschäftigungsverhältnissen« hat die Reichweite der Tarifverträge und die Wirksamkeit der gewerkschaftlichen Interessenvertretung deutlich eingeschränkt. Über die durch die Massenarbeitslosigkeit ausgelöste Erosion der finanziellen Fundament des sozialen Sicherungssystems wird die gesamte Gesellschaftsstruktur beschleunigt verändert. Unbestritten ist daher, dass wir es in den allen hochentwickelten kapitalistischen Ländern im Verlaufe der 1980er Jahre mit einer neuen Qualität sozialer Spaltung zu tun haben.

Gibt es ein Veränderungspotential ?

In der Konfrontation mit den charakteristischen Merkmalen des Spätkapitalismus wird deutlich, dass wir seit den 1970er Jahre erneut mit einem tiefgreifenden Transformationsprozess der kapitalistischen Hauptländer konfrontiert sind, der nicht nur den zyklischen Verlauf der kapitalistischen Akkumulationsprozesse betrifft, sondern eben auch die Aufkündigung des asymmetrischen Klassenkompromisses der fordistischen Entwicklungsstufe, die eine politisch gewollte Attacke auf die Legitimationsbasis der politischen Demokratie einschließt.

Die Konsequenz der Shareholder Value-Strategie: Die Lohnabhängigen werden beim Umbau der Unternehmensnetze nicht beteiligt. Sie sollen in verschlankten Wertschöpfungsprozessen Eigenkapitalrenditen von 15% und mehr erwirtschaften und sich zugleich mit (nach Unternehmerinteressen) flexiblen Arbeitszeiten, Lohnsteigerungen unterhalb der gesellschaftlichen Produktivitätsrate und niedrigeren Altersrenten zufrieden geben.

Auch wenn man verstärkte Anstrengungen der Gewerkschaften unterstellt und von einer wachsenden gesellschaftlichen Akzeptanz von gesellschaftlicher Regulierung ausgeht – was keineswegs selbstverständliche Annahmen sind –, dürfte die Vollzeitwerbstätigkeit (Normalarbeitsverhältnis) weiter zurückgehen, während das Gewicht von Teilzeitbeschäftigung und prekären Beschäftigungsverhältnissen (Niedriglohnsektor) zunimmt. In der Konsequenz werden also die Verteilungskonflikte noch mehr eskalieren und in den entwickelten kapitalistischen Gesellschaften wird die

Auseinandersetzung mit den verschiedenen Formen sozialer Spaltung und Ausgrenzung zu einem Dauerthema.

»Je mehr die Produktivkraft der Arbeit wächst, um so mehr kann der Arbeitstag verkürzt werden (...) der zur materiellen Produktion notwendige Teil des gesellschaftlichen Arbeitstages ist um so kürzer, der für freie, geistige und gesellschaftliche Betätigung der Individuen eroberte Zeitteil ist also um so größer, je gleichmäßiger die Arbeit unter alle werkfähigen Glieder der Gesellschaft verteilt ist, je weniger eine Gesellschaftsschicht die Naturnotwendigkeit der Arbeit von sich selbst ab- und einer anderen Schicht zuwälzen kann.«⁷

Die sozialistische Zukunftskonzeption zielt darauf, die vergesellschaftete Arbeit so zu organisieren, dass mit dem geringsten Kraft- und Zeitaufwand und unter den der menschlichen Natur würdigsten Bedingungen gesellschaftlicher Wohlstand für alle Gesellschaftsmitglieder erreicht wird. Die These vom Ende der Arbeit und einem gleichsam automatischen Übergang in eine moderne Dienstleistungsgesellschaft wurde nach Fourastie von Rifkin aktualisiert: »Gegen Mitte des 21. Jahrhunderts wird die Wirtschaft über die technische Ausstattung und die organisatorischen Möglichkeiten verfügen, Güter und Dienstleistungen für eine wachsende menschliche Bevölkerung mit nur einem Bruchteil der gegenwärtig Beschäftigten bereitzustellen. Wahrscheinlich wird man im Jahr 2050 nicht mehr als fünf Prozent der erwachsenen Bevölkerung benötigen, um die herkömmliche Industrie und ihre Betriebe zu leiten und in Gang zu halten. (...) Neue Beschäftigungsmöglichkeiten werden sich eröffnen, jedenfalls für die meisten Menschen, allerdings als bezahlte kulturelle Arbeit im kommerziellen Bereich.«⁸

Diese einfache Verlängerung der Entwicklungstrends ist fragwürdig. In der hochentwickelten kapitalistischen Gesellschaft entscheiden nicht die technologischen Entwicklungstrends über die Struktur der gesellschaftlichen Arbeit, sondern die Akkumulations- und Verteilungsverhältnisse. Außer Betracht bleibt in derlei Szenarien die Veränderung in der Akkumulationsweise des Kapitalismus und den Konsequenzen: Massenarbeitslosigkeit, Wohlfahrtsverluste breiter sozialer Schichten, Wertschöpfungseinbußen und Expansion der unproduktiven Mehrwertverwendung.

⁷ Karl Marx, MEW 23: 552

⁸ Rifkin 2000: 16f.

Proklamiert wird von vielen Wissenschaftlern und Politikern ein Übergang in die Dienstleistungsgesellschaft. Alle Arbeit wird, glaubt man den in der Öffentlichkeit verbreiteten Stereotypen, zur Dienstleistungsarbeit: Gemeinnützige Tätigkeiten werden in den Diskursen zu einer grundsätzlichen Alternative zur lohnabhängigen Erwerbsarbeit aufgewertet. Gemeinnützige Tätigkeiten fallen in den entwickelten kapitalistischen Staaten in den Bereichen Wissenschaft, Ausbildung, Kunst, Kultur, Gesundheit und soziale Betreuung an. Statt durch eine Übertragung der einzelwirtschaftlichen Ökonomie auf alle Sektoren, in denen Gemeinnützigkeit eine Rolle spielt, die Massenarbeitslosigkeit weiter zu erhöhen, könnte man in der Tat umgekehrt eine Ausweitung dieses Bereiches jenseits von Staat und kapitalistischer Marktwirtschaft einleiten. Die entwickelten kapitalistischen Gesellschaften verfügen über genug Wirtschaftspotential, um sich einen stark ausgeweiteten Sektor jenseits von Staat und kapitalistischem Verwertungszusammenhang leisten zu können. Bedingung wäre allerdings: Wir müssen in die Verteilungsverhältnisse zu Lasten der Gewinn- und Vermögenseinkommen eingreifen und neben der materiellen Grundlage für den Dritten Sektor auch die Demokratisierung der einzelwirtschaftlichen Ökonomie schaffen.

Durchgesetzt hat sich in den kapitalistischen Kernländern eine Gesellschaftspolitik, die die öffentlichen Dienstleistungen zurückfährt und den wirtschaftlich gut situierten Haushalten durch Steuersenkungspolitik größere Handlungsspielräume verschafft. »Die Politik des billigen Geldes, erhebliche Steuererleichterungen zum Beispiel bei der Immobilienfinanzierung, und eine Gesetzgebung, die äußerst freizügige private Kreditvergabe ermöglicht, haben die Kaufkraft der Haushalte immens gestärkt. Es sind in diesen Ländern vor allem die Haushalte der Mittelschichten, die über steigende finanzielle Spielräume verfügen. Diese Einkommen aber (...) sind dienstleistungsfreundlicher als Transfereinkommen.«⁹ Es gibt mithin für eine gesellschaftlich-politisch gewollte Expansion eines Dienstleistungssektors eine klare Alternative:

- entweder die Politik eines deregulierten, verschlankten öffentlichen Sektors und der Stärkung der Haushaltseinkommen der Mittelschichten oder aber
- Expansion eines öffentlich finanzierten Sektors (Gesundheit, soziale Sicherheit, Bildung) mit einer entsprechender Steuerpolitik. Schon jetzt gibt es allein in der Krankenversorgung und der ge-

⁹ Christ 2007

sundheitlichen Betreuung fünfmal so viel Beschäftigte wie in der Automobilindustrie.

Festzuhalten ist für die aktuelle Entwicklung, dass die starke Expansion der Dienstleistungstätigkeiten sowohl mit dem starken Anstieg der Frauenerwerbsquote als auch mit einem größeren Gewicht der Finanzmärkte in der nationalen Ökonomie zu tun hat. Eine höhere Frauenerwerbsbeteiligung hat neben anderem auch die Konsequenz, dass bislang im Haushalt privat erbrachte Leistungen nun marktförmig organisiert werden, was sich in der Ausweitung der haushaltsbezogenen Dienstleistungen niederschlägt.

Durch das Wachstum der Finanzmärkte entsteht eine Kultur der Spekulation, die mit einem erheblichen Wachstums an Finanz- und Beratungsdienstleistungen verknüpft ist. Fast die Hälfte der in den USA seit den 1980er Jahren neu entstandenen Jobs sind dem Dienstleistungssektor zu zurechnen. Zwei Drittel dieser neuen Tätigkeiten sind überdurchschnittlich qualifiziert und entsprechend bezahlt und ein Drittel gehört zu den schlecht qualifizierten und niedrig entlohnten Dienstleistungsjobs. Über die Verallgemeinerung dieses »neofeudalen« Typus einer Dienstleistungsgesellschaft entscheidet also die Entwicklung der ökonomischen Widersprüche, die weitere Entwicklung der Verteilungskonflikte und schließlich die gesellschaftspolitische Entscheidung, ob die Mehrheit der Wahlbevölkerung eine durchkapitalisierte Dienstleistungsgesellschaft will.

Nach dem Umbruch der fordistisch-tayloristischen Betriebsweise des gesellschaftlichen Gesamtkapitals gibt es weder einen entwicklungsfähigen Typus von Industriearbeit, noch einen neuen Akkumulations- und Regulationsmodus für die Ausbildung einer hochentwickelten Dienstleistungsgesellschaft. Von einer Rückgewinnung der Steuerungsfähigkeit kann angesichts der ungebrochenen Herrschaft der Finanzmärkte auch keine Rede sein. Der anstehende Übergang zu kapitalmarktgedeckten sozialen Sicherungssystemen – Altersrente, Gesundheitsversorgung, Bildung – vergrößert die hohe Labilität der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung zusätzlich. In der Tat kann die Sicherung gegen Zukunftsrisiken nicht über Eigentumstitel erfolgen, sondern nur durch rechtlich verbürgte Ansprüche gegenüber einer Institution, die in der Zukunft Umverteilung durchsetzen kann. Das ist nach Lage der Dinge nur der Staat. Über die Zukunftsrisiken und damit die Struktur der gesellschaftlichen Arbeit im 21. Jahrhundert wird im Kontext der strukturellen ökonomischen Widersprüche und der Verteilungauseinandersetzungen entschieden.

Grundlinien der absehbaren Entwicklung

Aufgrund der vorstehenden Erörterungen können als wesentliche Entwicklungslinien festgehalten werden:

1. Die Arbeitslosigkeit wird trotz wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischer Operationen bis zum Jahr 2010 nicht deutlich zurückgehen. Erst für die Phase bis 2020 ist aus demographischen Gründen mit einer deutlichen Reduktion der registrierten Arbeitslosigkeit zu rechnen.

2. Die verschärfte kapitalistische Konkurrenz wird weiterhin vor allem in der Industrie für einen hohen Rationalisierungsdruck und beschleunigten Strukturwandel sorgen. Zurecht wird in den Langfristprognosen von weiteren Verlusten von Arbeitsplätzen im industriellen Bereich gesprochen. Selbstverständlich behält die hochqualifizierte Facharbeit in dem abgesteckten Rahmen ihren Stellenwert und auch die einfache Arbeit wird mit Sicherheit nicht auf den verschwindenden Prozentsatz von Lohnarbeit im Bereich der Agrikultur heruntergedrückt werden.

3. Die Informations- und Kommunikationstechnologie, die Automatisierung der Produktion und überbetriebliche Vernetzung werden die Qualifikationsstruktur der gesellschaftlichen Gesamtarbeitskörpers weiter verändern. Als Konsequenz setzen sich eine wachsende Individualisierung und Pluralisierung der Lebensverhältnisse fort. Dieser Prozess wird durch die Förderung von Bildung und Qualifikation verstärkt. Schließlich ermöglicht die moderne Informationstechnologie eine Steuerung und Koordination der Produktionsorganisation und des Arbeitskräfteeinsatzes, mit der Konsequenz der Auflösung des Normalarbeits- oder Vollzeitarbeitsverhältnisses.

4. Auch wenn man verstärkte Anstrengungen der Gewerkschaften unterstellt und von einer wachsenden gesellschaftlichen Akzeptanz von gesellschaftlicher Regulierung ausgeht, wird die Vollzeiterwerbstätigkeit (Normalarbeitsverhältnis) weiter zurückgehen, während das Gewicht von Teilzeitbeschäftigung und prekären Beschäftigungsverhältnissen (Niedriglohnssektor) zunimmt. In der Konsequenz wird die Auseinandersetzung mit den verschiedenen Formen sozialer Spaltung und Ausgrenzung zu einem Dauerthema.

Den entwickelten kapitalistischen Gesellschaften geht keineswegs die Arbeit aus. Faktisch hat sich die Erwerbstätigkeit in den letzten Jahren auf mehr Subjekte - bei Arbeitszeitverkürzung - ausgeweitet, zugleich löst sich das Normalarbeitsverhältnis auf und bei wachsender Qualifikation findet zugleich eine sich ölfleckartig ausbreitende Expansion schlechtbezahlter

und ungeschützter Arbeitsverhältnisse statt. Mit dem Übergang zur Zweiverdienerfamilie als dominanter Lebensform werden die patriarchalischen Strukturen aufgebrochen, aber nicht aufgehoben. Zudem ist dieser Transformationsprozess mit erheblichen Problemen der Organisation der Kindererziehung und einer massiven Ausgrenzung und Verarmung von unvollständigen und kinderreichen Familien verbunden.

Diese wachsende Armut für allein erziehende Mütter oder kinderreiche Familien erfordert – abgesehen von der Massenarbeitslosigkeit – einen wachsenden Einsatz gesellschaftlicher Mittel, zur deren Aufbringung die beschäftigten Lohnabhängigen nicht unter allen Umständen bereit sind.

Eine Entwicklung, bei der immer mehr Menschen aus dem gesellschaftlichen Produktions- und Verteilungsprozess ausgegliedert und gleichzeitig damit auf gesellschaftliche Unterstützung angewiesen sind, ließe sich nur finanzieren, wenn die Grundlage der Aufbringung der Mittel vom Lohnbezug auf alle Revenueformen erweitert oder an die gesellschaftliche Wertschöpfung angekoppelt würde.

Möglichkeit und Blockade der Zeitautonomie für alle

Die Ausgestaltung eines modernen öffentlichen Sektors für sozialkulturelle Dienstleistungen kann einen wesentlichen Beitrag zur Aufhebung der Arbeitslosigkeit liefern. Unterstellt ist dabei ein entsprechender Eingriff in die Verteilungsverhältnisse und ein auf gesellschaftliche Kräfteverhältnisse gestützte gesamtgesellschaftliche Steuerung der Ökonomie. Eine weitere Komponente der Emanzipation der Lohnarbeit wäre eine radikale Arbeitszeitverkürzung, die angesichts der enormen Produktivitätsfortschritte in den reifen kapitalistischen Gesellschaften überfällig ist. Gleichwohl ist auch dieser politischer Ansatz umstritten, weil die Gewerkschaften mittlerweile – und Widerspruch gegen diese Feststellung hilft nicht weiter – kein wirksamer Gegenfaktor in den Verteilungsauseinandersetzungen mit dem Kapital mehr sind. Hinter den Verteilungsstrukturen stehen Machtverhältnisse und die entsprechenden gesellschaftlichen Eliten weigern sich, auf die Aneignung eines Großteils des gesellschaftlichen Reichtums und der frei verfügbaren Zeit der Gesellschaft zu verzichten. Wie kommen wir aus dieser Fehlentwicklung heraus ?

Moderner Kapitalismus ohne Gewerkschaften?

Die Gewerkschaften entwickelten sich in der Nachkriegszeit zum wesentlichen Faktor der Gestaltung der Arbeitsbeziehungen, des Soziallohnes und

des Ausbaus der öffentlichen Infrastruktur. Nach dem Zweiten Weltkrieg bauten alle entwickelten Industriestaaten ihre Steuerungs- und Sozialversicherungssysteme gewaltig aus. Natürlich gab es nationale Unterschiede, aber die allgemeine Entwicklungsrichtung war in allen kapitalistischen Hauptländern gleich. Die Wirtschaftsentwicklung sollte politisch kontrollierbar und unliebsame Marktergebnisse nachträglich korrigiert werden. Aktive makroökonomische Steuerung und sozialpolitische Umverteilung erweiterten das Kerngeschäft der Gewerkschaften. Was nicht in direkten Verhandlungen mit der Kapitaleseite geregelt werden konnte, erfolgte über die Legislative. In der Wortschöpfung »Keynesianischer Wohlfahrtsstaat« kam dies plastisch zum Ausdruck.

Die Kernfunktion der Gewerkschaften besteht in der Gestaltung der Verkaufs- und Konsumtionsbedingungen der Ware Arbeitskraft. In den letzten Jahrzehnten konnten die Lohnabhängigen ihre Nettorealeinkommen nicht verteidigen und mussten zugleich bei der sozialen Sicherheit und den Arbeitsbedingungen etliche Verschlechterungen hinnehmen und dies, obgleich – von einzelnen Krisentiefpunkten abgesehen – insgesamt ein Wirtschaftswachstum, d.h. eine Vergrößerung des gesellschaftlichen Reichtums erarbeitet wurde. Trotz ihrer Anstrengungen konnten die Gewerkschaften nicht verhindern, dass die Verteilungsverhältnisse sich immer mehr zugunsten der Unternehmer- und Vermögenseinkommen verschoben haben. Für die Durchsetzung ihrer Vorschläge fehlte es ihnen immer mehr an der notwendigen Durchsetzungskraft.

Denn seit Jahren haben die DGB-Gewerkschaften einen deutlichen Mitgliederschwund zu verzeichnen. Dieser Niedergang der Gewerkschaften als Mitgliederorganisation ist keineswegs eine Besonderheit des bundesdeutschen Kapitalismus. Der Bedeutungsverlust lässt sich auch bei den Wahlen beobachten, durch die die Arbeitnehmervertreter in unterschiedliche Gremien (Arbeitsgericht, Betriebsrat, Betriebskrankenkasse, Sozialversicherung etc.) entsandt werden. Die jüngeren Generationen, vielfach selbst Opfer von neoliberaler Deregulierungs- und Umverteilungspolitik, schrecken davor zurück, sich den gewerkschaftlichen Organisationen anzuschließen. Letztlich schlägt sich die Schwächung der Gewerkschaften in einer mehr oder minder starken Erosion des Tarifvertragssystems und einer schleichenden Aushöhlung der Tarifautonomie nieder.

Diese Tendenz, die Ware Arbeitskraft verstärkt den Prozessen der kapitalistischen Marktwirtschaft auszusetzen, schlägt sich in einer umfassenden Aushöhlung des in den Nachkriegsjahrzehnten erkämpften politisch-sozialen Status der Lohnabhängigen nieder. Der Abbau von Arbeitnehmer-

rechten, die Ausweitung von ungeschützten, prekären Beschäftigungsverhältnissen und der Rückbau im Bereich der sozialen Sicherung (Lohnersatzzahlungen, Soziallohn) fasst sich letztlich in einer allgemeinen Absenkung des Lohnniveaus zusammen.

Vor der Folie der Krise des fordistischen Produktionsmodells, des »Rheinischen Kapitalismus« mit seinen sozialstaatlichen Regulierungen, und dem Übergang zur Herrschaft der Finanzmärkte und der Vermögensbesitzer prägen drei Veränderungen die Entwicklung der Gewerkschaften:

- Sie sind vielfach vollständig von der Bewältigung ihrer komplexen Tagesaufgaben absorbiert.
- Sie beschäftigen sich weder mit einer Bestandsaufnahme des gegenwärtigen Lohnarbeitsstatuts noch mit dessen Zukunft.
- Eine systematische Aufklärung der eigenen Mitgliedschaft, der von Lohnarbeit lebenden BürgerInnen und einer mehr oder minder interessierten Öffentlichkeit findet nicht statt.

Die Einschätzung, dass der flexible Kapitalismus ohne harte Interessenvertretung auskommen könnte, wird durch die tagtäglichen Konflikte widerlegt. Die Organisationsformen und -inhalte haben sich für tarifvertraglich regulierte Erwerbsarbeit in den letzten Jahrzehnten radikal geändert. Parallel hat die Arbeitslosigkeit enorm zugenommen und die ungeschützten oder prekären Beschäftigungsverhältnisse haben ein beträchtliches Gewicht an der gesamtgesellschaftlichen Erwerbsarbeit. Grosse Bevölkerungsschichten werden aus dem Prozess der marktvermittelten Kapitalverwertung und Produktion ausgegrenzt oder z.T. in Erwerbsverhältnisse gezwungen, die objektiv die Funktion des Sozialdumpings gegenüber den »Normalarbeitsverhältnissen« erfüllen. Schon der Marktdruck wirkt auf die Beschäftigten in Richtung der Unterminierung von Tarifregelungen, eine Tendenz, die durch die gesamtgesellschaftlichen Rahmenbedingungen und Kräfteverhältnisse verstärkt wird.

Eine entschiedene Interessenvertretung der wirklichen Produzenten in der gesellschaftlichen Wertschöpfung ist unverzichtbar. Ohne Gegenwehr wäre die Ausbreitung von ungeschützten, prekären Beschäftigungsverhältnissen, die immer unverschämter geforderte Arbeitszeitverlängerung und die Verschlechterung der Arbeits- und Qualifikationsbedingungen die dominierende Tendenz.

Es ist nicht so, dass »über Nacht das neue Stadium des Kapitalismus (...) die Gewerkschaften gleichsam zum Anachronismus gestempelt«¹⁰ hat. Die Gewerkschaften haben zu lange gebraucht, um sich als lernende Organisationen auf den Strukturwandel und die neoliberale Gesellschaftspolitik einzustellen. Sie sind ein geschwächter Akteur und können ein revitalisierter Machtfaktor nur durch Gewinnung neuer Mitglieder und durch Erneuerung ihrer Handlungsparameter werden.

Die Gewerkschaften müssen sich stärker um soziale Sicherheit – Renten, Krankheit, Arbeitslosigkeit – kümmern. Kurzfristiges Ziel einer linken oder alternativen Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik ist daher die Rückführung der bundesdeutschen Wirtschaft auf einen höheren Wachstumspfad, vornehmlich durch eine expansive Politik der binnenwirtschaftlichen Nachfragestabilisierung. Wir brauchen höhere Arbeitseinkommen, eine Ausweitung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse und eine Stabilisierung der Sozialkassen durch Einführung einer Bürgerversicherung – letztlich eine grundlegende Reform von Wertschöpfung und Verteilung. Allein eine solche Strategie kann entsprechende gesellschaftliche Kräfteverhältnisse für eine umfassende gesellschaftliche Veränderung eröffnen.

Stärker als in den Nachkriegsjahrzehnten stellt sich die Anforderung: Die Gewerkschaften dürfen sich nicht im alltäglichen Kleinkrieg mit dem Kapital verlieren. Das Ziel kann nur sein: die ökonomische Emanzipation der Lohnabhängigen durch die Gestaltung der politischen Macht. Die politische Ökonomie der Lohnarbeit zielt nicht nur auf die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Beschäftigten. Eine gerechte Aufteilung des erwirtschafteten gesellschaftlichen Produkts und damit eben auch der Verteilung der verfügbaren Zeit der Gesellschaft ist an eine Veränderung der Machtverhältnisse in der Ökonomie, d.h. in Unternehmen und gesellschaftlicher Ökonomie, gebunden.

Literatur

Albert, Michel (1992): *Kapitalismus contra Kapitalismus*, Frankfurt

Baethge, Martin (2000): *Abschied vom Industrialismus: Konturen einer neuen gesellschaftlichen Ordnung der Arbeit*, in: *Sofi Mitteilungen* 28, S. 100

¹⁰ Müller-Jentsch 2006: 1240

-
- Beck, Ulrich (2006): Abschied von der Utopie der Vollbeschäftigung, in: NZZ vom 4./5. November
- Berliner Debatte Initial (2006): Neuer Keynesianismus 2006, Heft 4
- Bischoff, Joachim (2006): Zukunft des Finanzmarktkapitalismus, Hamburg
- Bosch, Gerhard (1998): Das Ende von Arbeitszeitverkürzung ? In: WSI Mitteilungen, Heft 6
- Bourdieu, Pierre (1998): Prekarität ist überall, in: ders., Gegenfeuer, Wortmeldungen im Dienste des Widerstands gegen die neoliberale Invasion, Konstanz
- Brinkmann, Ulrich, u.a. (2005): Prekäre Arbeit, Bonn
- Castel, Robert (2001a): Die neue soziale Frage, in: Frankfurter Rundschau vom 3.9.2001
- Castel, Robert (2001b): Der Zerfall der Lohnarbeitsgesellschaft, in: Lohn der Angst, Liber Jahrbuch 3, Konstanz
- Fourastié, Jean (1949, 1969): Die große Hoffnung des zwanzigsten Jahrhunderts, Köln
- Fourastie, Jean (1979) : Les trentes glorieuses: ou la revolution invisible de 1946 a 1975, Paris
- Christ, Harald (2007): Nur die Mittelschicht schafft Jobs in: TAZ vom 22.2.2007
- Hengsbach, Friedhelm/ Möhring-Hesse, Matthias (2002): Verteilungspolitik im »Zeitalter des Arbeitsvermögens«, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 4-5
- Hensche, Detlev (1999): Geht der Gesellschaft die Arbeit aus?, in: Sozialismus, Heft 1
- Hensche, Detlef (2004): Neue Linkspartei: Angst vor der Alternative?, in: Sozialismus, Heft 6
- Hickel Rudolf (2007): Das Ende der Tarifpartnerschaft, in: Blätter für Deutsche und Internationale Politik, Heft 3
- Hirschel, Dierk (2006): Nach dem Ende der Deutschland AG, in: Süddeutsche Zeitung vom 5./6. August 2006
- Keynes, John Maynard (1930): Wirtschaftliche Möglichkeiten für unsere Enkelkinder, in: Reuter, Norbert (1998): S. 115-127

-
- Keynes, John Maynard (1936): Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes, Berlin
- Keynes, John Maynard (1937): Einige wirtschaftliche Folgen einer abnehmenden Bevölkerung, in: Reuter, Norbert (1998): S. 129-138
- Müller-Jentsch, Walter (2006): Kapitalismus ohne Gewerkschaften, in: Blätter für Deutsche und Internationale Politik, Heft 10
- Negt, Oskar (2001): Arbeit und menschliche Würde, Göttingen
- Oberndörfer, Gerd u.a. (2004): Die Mär von der Besonderheit des Ostens, in: FR vom 23.09.
- Rifkin, Jeremy (2000): Access, Frankfurt
- Rifkin, Jeremy (1995): Das Ende der Arbeit und ihre Zukunft, Frankfurt
- Reuter, Norbert (1998): Wachstumseuphorie und Verteilungsrealität, Marburg
- Welsch, Johann (2000): Die Zukunft der Arbeitsgesellschaft, in : WSI-Mitteilungen, Heft 10

Horst Müller

Alternativkonzepte der politischen Ökonomie - Sozialismus des 21. Jahrhunderts?

Ideen für einen zukünftigen Sozialismus

Ein Blick auf Publikationen und Debatten zeigt, wie aktuell das Thema eines „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“¹ geworden ist. Lassen sich fortschrittliche gesellschaftliche Kräfte und Ansätze der politischen Philosophie und Ökonomie vielleicht in dieser Perspektive bündeln und entwickeln? Oder ist die griffige Formulierung eher geeignet, von ungeklärten Fragen und realen Problemlagen abzulenken? Die Publikation mit dem gleichnamigen Titel ist im fraglichen Diskussionszusammenhang die ambitionierteste. Sie spricht ein breites Spektrum von Grundproblemen an und rührt somit an entscheidende Fragen der sozialen Bewegungen.

Heinz Dieterich trägt vor, „dass die bürgerliche Gesellschaft in ihrer Endphase“ und eine historische „Übergangsphase“ eröffnet ist. Er erörtert grundlagentheoretische Aspekte eines „wissenschaftlichen Sozialismus“, das „historische Projekt von Marx“ und Gründe für die seinerzeitige praktische „Unmöglichkeit“ seiner Verwirklichung. Erst heute, jenseits des „Realsozialismus“, seien alle Bedingungen und insbesondere die informationstechnischen Voraussetzungen für einen „neuen Sozialismus“ gegeben. Gegen das bestehende, scharf gezeichnete „weltweite Ausbeutungs-, Herrschafts- und Entfremdungssystem“ werden programmatische Aussagen zu den grundlegenden „Institutionalitäten“ des „neuen Sozialismus“ ins Feld geführt. Dieser gilt als Verwirklichung „partizipativer Demokratie“, ja „partizipativer Weltdemokratie“, auf der politisch-ökonomischen Basis einer arbeitswertbasierten „demokratisch geplanten Äquivalenzökonomie“. Damit soll die Funktionsweise einer „sozialistischen Wirtschaft“ geklärt sein.

Das Konzept erscheint besonders attraktiv, weil die von Hugo Chavez in Venezuela ausgerufenen „bolivarianische“ und „sozialistische“ Revolution² als Experiment und Schritt im Zusammenhang des insgesamt so genannten „Neuen historischen Projekts“ gesehen wird. In der Alten Welt seien zwar „alle objektiven Bedingungen für den neuen Sozialismus gegeben“, wohingegen für den eigentlichen Aufbruch Hemmnisse bestünden, darunter auch eine

¹ Dieterich 2006: Der Sozialismus des 21. Jahrhunderts

² Chavez 2005: Rede zum Abschluss des »Völkergipfels« in Mar del Plata (Argentinien) am 4. November 2005.

im Vergleich zu Lateinamerika zu verzeichnende partielle „*Atrophie politischer Theorie*“. In der gerade entstehenden neuen Linkspartei in Deutschland liege nunmehr eine „*einzigartige Chance*“.³

Auf der Suche nach der konkreten Alternative

Den Kern des vorliegenden Sozialismusprojekts bildet der Versuch, die Gestalt- und Funktionsmerkmale einer zukünftigen, alternativen, zivilisatorisch höher stehenden Wirtschafts- und Gesellschaftsverfassung zu identifizieren. Greift dies nicht zu weit vor? Dazu kann zunächst darauf verwiesen werden, dass das beginnende 21. Jahrhundert den Eintritt in eine historische Übergangsperiode bedeutet: Es gilt die „mit hoher Wahrscheinlichkeit korrekte Diagnose, dass das System sich in der Übergangsphase zur postkapitalistischen Zivilisation befindet“⁴. Auch andere profunde Untersuchungen kommen zu einer entsprechenden Diagnose, wenngleich im Weiteren zu sehr viel vorsichtigeren Schlussfolgerungen⁵. Zudem ist an die von Rosa Luxemburg noch in Betracht gezogene Alternative eines „Rückfalls in die Barbarei“ zu erinnern.⁶

Wenn aber der Übergang zu einer neuen Produktionsweise und Gesellschaftsform bereits eingeleitet ist, ist es sogar geboten, die traditionell vor allem kultivierte „Kritik der politischen Ökonomie“ bzw. die Marxsche Kapitaltheorie zu überschreiten und einer positiven Systemalternative klarere, nicht zuletzt programmatische Konturen zu verleihen. In diese Richtung zielt die Idee des „Neuen Historischen Projekts“, der „wichtigste theoretische Begriff dieser Arbeit“⁷.

Markiert die große suggestive Formel einen echten Fortschritt? Marx zufolge erwachsen die entscheidenden Impulse für den Prozess der Zivilisation aus den sich im Praxisvollzug entfaltenden inneren Widersprüchen der Produktionsweise. Damit werden Ideenfabrikationen und alles Projektmachen auf die Bedingungen und Möglichkeiten konkreter gesellschaftlicher

³ Dieterich 2007

⁴ Dieterich 2006: 22, 78

⁵ „Wir leben in einer Phase des Übergangs von unserem existierenden Weltsystem, der kapitalistischen Weltwirtschaft, zu einem anderen System oder anderen Systemen“. In: Wallerstein 2002: 43 ff.

⁶ „Friedrich Engels sagte einmal: Die bürgerliche Gesellschaft steht vor einem Dilemma, entweder Übergang zum Sozialismus oder Rückfall in die Barbarei ... dies ist ein Dilemma der Weltgeschichte, ein entweder - oder ..“. S. Luxemburg 1917: 51-164

⁷ Dieterich 2006: 79

Praxis verwiesen. Lässt aber der Entwicklungsstand realer Theorie und Praxis es schon sinnvoll erscheinen, ein definitives „*Neues Historisches Projekt*“ auszurufen?

Die Losung „Eine andere Welt ist möglich“⁸ erscheint dagegen inzwischen zu vage und zu zögerlich. Aber sie drückt aus, dass bestimmte Erkenntnisse und vorgreifende Gewissheiten nicht dekretiert werden können: Die Lage ist gekennzeichnet durch nicht zureichend verarbeitete geschichtliche Erfahrungen, strittige grundlagentheoretische Auffassungen, äußerst heterogene soziale und revolutionäre Strömungen, unterschiedliche gesellschaftskritische und zeitdiagnostische Analysen und eine sehr partikulare, erst beginnende Kristallisation von Alternativen. Die gegenwärtigen Orientierungsprobleme im zeitgeschichtlichen Anschluss an eine „*Erschöpfung*“ oder vielmehr das Scheitern der historischen Projekte der Arbeiterbewegung des 20. Jahrhunderts sind daher nicht überwindbar, indem der „gegenwärtige Kampf für die Zeiten- und Zivilisationswende“⁹ auf das Gleis eines mit Verve vorgetragenen „*Neuen Historischen Projekts*“ gebracht wird.

Die vorliegende Fassung¹⁰ transportiert in der Diktion und den zentralen Thesen eine Überspannung, die auch in anderen vorausdrängenden Zielbegriffen wie der „nichtkapitalistischen Weltgesellschaft: der universalen Basisdemokratie“ oder „Universalen Partizipativen Demokratie (UPD)“¹¹ deutlich wird. Das anvisierte sozialistische Zivilisationsmodell hat damit zunächst neue Titel mit neuen und weitreichenden Implikationen erhalten. Aber wer könnte und wollte schon hier etwas einwenden, wo es doch um die „*nichtkapitalistische Weltgesellschaft*“ geht und klargestellt wird: „Damit ist der strategische Horizont unseres Kampfes antikapitalistischer Transformation definiert.“¹²

⁸ „Ab sofort, aus der in Porto Alegre proklamierten Gewissheit: Eine andere Welt ist möglich! wird das Weltsozialforum ein permanenter Prozess des Suchens und des Aufbaus von Alternativen sein.“ In: Weltsozialforum 2001.

⁹ Dieterich 2006: 82

¹⁰ Die Arbeit erschien erstmals in Lateinamerika etwa ein Jahrzehnt nach dem Fall der Berliner Mauer. Sie liegt seit 2006 in deutscher Sprache vor. Die Seitenangaben zu den Zitaten beziehen sich auf die 2. erweiterte Auflage. Häufig wiederkehrende Begriffe werden gegebenenfalls auch nur kursiv gesetzt.

¹¹ Dieterich 2006: 13, 143

¹² Dieterich 2006: 143

Ein neues Manifest oder verstärkte Forschungsanstrengungen ?

Die Thesen des Projekts orientieren auf einen wirklich notwendigen Bruch mit der alten Welt und mahnen die stärkere Konturierung einer konkreten Alternative an. Sie signalisieren den Wunsch nach einer globalen Einheit der Kräfte, die sich etwa von den Weltsozialforen über linke Parteien und Gruppen bis hinunter zu Podiumsbesetzungen und ins Zeitschriftenspektrum sehr heterogen artikulieren. In der Gussform eines Manifests melden sie aber stellvertretend für die vielfältigen, weltweiten Ansätze für eine Zivilisationswende einen Wahrheits- und Geltungsanspruch an, der mit den dann vorgetragenen, aus orthodoxen oder nur sehr schmalen neueren theoretischen Ressourcen¹³ gespeisten Situationsanalysen und Projektdefinitionen kaum einzulösen ist:

Den wirklichen Erfordernissen entspricht gegenwärtig weniger ein neuer Appell zur Einheit oder ein sozialrevolutionäres Manifest, das Weltgeltung beansprucht. Es türmen sich Barrieren, die mit so weit vorgreifenden Thesen nicht zu räumen oder zu umgehen sind: Unschöpferische oder umstrittene Rezeptionen der Grundlagen und Erklärungen der Kritik der politischen Ökonomie, ein intellektuelles Feld voller verfestigter Gruppen- und Lagermentalitäten, schwache organisatorische Kristallisationskerne und eine unzureichende Lese- und Studienarbeit, die in auffälligem Kontrast zu den vielfältigen Initiativen, Aktionen und Protesten steht. Es fehlt den rühri- gen Bewegungen allenthalben an der Entfaltung intellektueller, kommunikativer, medialer und kultureller Kräfte, die erst erlauben, gewisse Schwellenwerte realer gesellschaftlicher Relevanz überschreiten.

Es ist richtig, dass das Fehlen einer konkreten Alternative die zentrale Konstitutionsschwäche aller heutigen Systemopposition ist. Theoretische Projektionen solcher Größenordnung sind aber in bestimmter Hinsicht auch an ein Schrittmaß realer Erfahrungen gebunden. Kann auch nur halbwegs als gesichert gelten, dass neuen Entwicklungen in anderen Weltregionen, insbesondere in Lateinamerika, der Stellenwert einer globalen Initialzündung zukommt und sie den hochgespannten Erwartungen und Hoffnungen entsprechen?

Daher sollten so weitreichende Thesen oder kühne Entwürfe, wie sie im „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ zu finden sind, als Diskussionsbeiträge

¹³ Im Vorwort zur deutschen Ausgabe wird vor allem auf die Schottische Schule, also auf die Arbeiten von Paul Cockshott und Allin Cottrell sowie auf die sogenannte Bremer Schule, allen voran auf den ‚Polyhistoriker‘ Arno Peters verwiesen. Vgl. Dieterich 2006: 17 ff.

verstanden und auf die Formulierung von Forschungsfragen hingearbeitet werden, die in kollektiven Anstrengungen weiter bearbeitet werden können. Ich versuche die herausfordernde Textvorlage in diesem Sinne zu untersuchen und beginne die Entgegnung mit grundlegenden philosophisch-wissenschaftlichen Fragen.

Zur philosophisch-wissenschaftlichen Grundlegung

Heinz Dieterich stellt - auch mit Blick auf die Entwicklung der modernen Naturwissenschaften - fest, dass es eine vergleichsweise Stagnation des theoretischen oder „*wissenschaftlichen Sozialismus*“ gibt. Was helfen aber hier Feststellungen wie die, es fehlten eben Pioniere oder Genies wie die „Einsteins, Plancks und Gell-Manns“ oder „Es fehlte jene komplexe Interdependenz, welche die großen kreativen Modelle in den Naturwissenschaften möglich machte?“¹⁴ Zur Überwindung der beklagten Stagnation wäre aus den verwickelten geschichtlichen Schicksalen der Marxschen Ideen und aus vormals schon beschworenen und debattierten Krisen des Marxismus viel zu lernen.¹⁵ Vor allem dies: Über die wirklich bestehenden Entwicklungshemmungen des mit Marx in die Welt gekommenen Wissenschaftsparadigmas ist nicht hinwegzukommen, indem Marx und Engels wie Quellenheilige behandelt werden und immer wieder bekräftigt wird, dass der „*dialektische Sprung*“ grundlegender Aspekt der „ontologischen Gesetze des Universums“¹⁶ sei.

Die Rückgriffe auf Elementarformeln der Dialektik erinnern vor allem daran, dass die „Frage der Dialektik“ seit vielen Jahren sträflich vernachlässigt und die Wiederaufnahme ihres Studiums und ihrer Erforschung über-

¹⁴ Dieterich 2006: 99, 102

¹⁵ Der Band 5 der Korsch-Gesamtausgabe mit Schriften zwischen 1928 und 1935 steht bezeichnenderweise unter dem Titel „Krise des Marxismus“ und Korsch's vorhergehende Arbeiten zum Thema „Marxismus und Philosophie“ sind bereits tief-schürfende Beiträge zu eben diesem Thema. Hier wurzelt schon jene später akut gewordene „Krise des Marxismus, die Mitte der 1980er-Jahre allenthalben wahrgenommen wurde“ und im Zusammenhang mit einem weltpolitischen „Erdrutsch“ zu sehen ist, „der in der Wende der Jahre 1989-1991 mit der Auflösung der Sowjetunion und des Systems der ‚sozialistischen Staaten‘ ... in Ost- und Südosteuropa seinen Höhepunkt erreichte“. Vgl. Deppe 2007

¹⁶ Dieterich 2006: 26

fällig ist.¹⁷ Dazu bedarf es allerdings einer Mobilisierung erheblicher theoretischer Ressourcen, beginnend im Hegel-Marx-Feld, und vor allem einer Problemexposition, die den seinsgesetzlichen Charakter des Dialektischen von dem schon einmal gewonnenen Ansatz einer „Dialektik der Praxis“¹⁸ her begreifbar und operativ macht. Spätestens hier ist aber festzustellen, dass Marx die beabsichtigte „Dialektik“¹⁹ nicht mehr geschrieben hat und der in der Folge kanonisierte „dialektische Materialismus“ selbst schon Ausdruck einer Stagnation war.

Wenn daher im Sozialismusmanifest nur immer wieder auf einem universellen Bewegungsgesetz im Sinne des „*dialektischen Sprungs*“ insistiert und ohne weiteres auf einen „*wissenschaftlichen Sozialismus*“ Bezug genommen wird, ist der Kern des Problems halb verschüttet: Die Entwicklungshemmung des marxistischen Wissenschaftsparadigmas hat ihre tiefsten Wurzeln darin, dass der erkenntnis- und konstitutionstheoretische Kern des Marxschen Praxisdenkens und Forschens in dem, was sich als Marxismus institutionalisierte und als wissenschaftlicher Sozialismus präsentierte, von Anfang an nicht zureichend herausgearbeitet wurde und zur Geltung kam. Vormalige heftige theoriegeschichtliche Auseinandersetzungen zwischen einem mehr oder weniger kanonisierten dialektischen Materialismus und dem sogenannten westlichen oder praxiszentrierten Marxismus zeugen von einer bis heute noch nicht zureichend aufgearbeiteten Problematik.

Die philosophisch-wissenschaftliche Arbeitsperspektive im Anschluss an das Novum des Marxschen Denkens liegt daher in einer Weiterentwicklung des Praxis-Konzepts, der in der Marxschen Theorie angelegten „Philosophie und Wissenschaft gesellschaftlicher Praxis“.²⁰ Diese schließt das Naturver-

¹⁷ Klassisches Beispiel solcher Bemühungen ist Lenins „Konspekt zu Hegels Wissenschaft der Logik“, vgl. Lenin 1964. Einen Eindruck von der in den 70er-Jahren noch regen Diskussion vermittelt Kimmerle 1978.

¹⁸ Es geht dabei um den Ansatz einer nicht-dualistischen Ontologie, die „Praxis“ als „Sein“ begreift und von hier die Lösung der Fragen einer dialektischen Erkenntnis- und Realitätskonzeption anstrebt. Dazu insbesondere Petrovic 1965, Kosik 1967, Bloch 1959 und meine eigenen Beiträge.

¹⁹ „Wenn ich die ökonomische Last abgeschüttelt, werde ich eine Dialektik schreiben. Die rechten Gesetze der Dialektik sind schon im Hegel enthalten; allerdings in mystischer Form. Es gilt diese Form abstreifen. ... “. Marx an Dietzgen 9.5.1868, in: MEW 32: 547

²⁰ Die treffende Bezeichnung „Philosophie der Praxis“ ist überhaupt erst Antonio Labriola (1896) zu verdanken. Gramsci bemerkt, dieser sei „der einzige, der versucht hat, die Philosophie der Praxis wissenschaftlich zu konstruieren“, Vgl. Gramsci 1994:

hältnis und ebenso die Möglichkeits- und Zukunftsdimension der menschlichen Wirklichkeit ein. Wenn man so will geht es um eine Praxistheorie, welche die traditionsmarxistische Selbstabriegelung gegenüber schöpferischen Beiträgen, beispielsweise von Denkern wie George Herbert Mead oder Pierre Bourdieu²¹, überwindet, im Sinne des besten Erbes des Materialismus, der Dialektik und Utopistik dimensioniert ist und von diesem entwickelteren Niveau her auf wissenschaftlichem Feld und insbesondere auch in politisch-ökonomischen Fragen anders zu operieren und zu kommunizieren vermag.²²

Der Titel „wissenschaftlicher Sozialismus“ transportiert demgegenüber nicht eben unproblematisches Theorieerbe. Nun konnte es auf den ersten Blick scheinen, als ob Dieterich sich ebenfalls auf eine „Philosophie der Praxis“²³ bezieht. Aber er versteht diese dabei einfach als „*ethische oder kritische Wissenschaft*“ und verwendet dann, genauer besehen, durchweg einen pragmatischen Praxisbegriff. Er entwickelt nicht etwa ontologisch-erkenntnistheoretische, konstitutionstheoretische Aspekte „widersprüchlicher gesellschaftlicher Praxis“ oder zieht daraus methodologische, praxisanalytische Konsequenzen. Stattdessen wird die revolutionstheoretische Grundformel adaptiert, wo Praxis als „bewusste Einflussnahme“ gilt, als „bewusste Fähigkeit zur Errichtung einer sozial gerechten Ordnung“.²⁴

Die pragmatische Brechung des Theorie-Praxis-Konzepts hat unter anderem Ernst Bloch tieferschürfend kritisiert²⁵ und damit implizit zugleich den fundamentalen grundagentheoretischen Dissens mit den *kritisch-normativen* Theorien des Frankfurter Kreises aufgedeckt. Mit solchen unaufgeklärten Zusammenhängen im Rücken beschreitet Dieterich nun einen Weg zur Modernisierung der „revolutionären Theorie“, der zu einer merkwürdigen Montage aus klassischen Elementen eines dialektischen Materialismus mit

1228, 1409, 1492. Einen theoriegeschichtlichen Überblick von Marx bis in die Gegenwart siehe Müller 2000

²¹ Siehe Müller 1983, auch Müller 2005a.

²² Beispielsweise entspringt die theoretische Kreativität, das politische Engagement und die Ausstrahlungskraft von Pierre Bourdieu seinem Zugang zum Praxisdenken. Siehe dazu auch den Beitrag von Julia Schnegg im vorliegenden Sammelband.

²³ Dieterich 2006: 17, 24, 28, 84

²⁴ Dieterich 2006: 84

²⁵ Blochs außerordentliche Interpretation der „Elf Thesen von Marx über Feuerbach“. Siehe Bloch 1956: 288-334.

neuzeitlicher Systemtheorie und Kybernetik führt. Daraus erwachsen verwegene Hypothesen:

Die Analyse des „homo sapiens als kybernetisches System“ soll nun ein „tiefgründigeres Verstehen der Gesellschaft und ihres essentiellen Elements, dem Menschen“ ermöglichen. Gesellschaft und Geschichte werden als „gattungsgeschichtliches ‚Dynamisch Komplexes Human System‘ (DKHS) wissenschaftlicher Analyse voll zugänglich.“ Auf diesem Wege sollen „die im philosophischen Diskurs steckengebliebenen unendlichen Debatten über Anarchie und Zentralismus, Avantgarde und Mehrheit, Hegemonie und Beherrschung“ dem „Terrain der rational-wissenschaftlichen Diskussion“ näher gebracht werden. So sei die Gesellschaftstheorie von Marx und Engels die erste „wissenschaftliche Gesellschaftstheorie“, fähig zum „Verstehen und, wenn möglich, Messen der Dynamik von Wechselwirkungen zwischen den Gesetzmäßigkeiten (der Logik) des Systems und der Handlungslogik der gesellschaftlichen Subjekte.“²⁶

Damit gerät der „Rekurs auf traditionelle philosophische Begriffe“ oder geraten „qualitative Sprachsysteme“²⁷ nahezu unter den Generalverdacht der Unwissenschaftlichkeit: Ich kann in den entsprechenden Textpartien keine angemessene Übersetzung des mit Marx in die Welt gekommenen neuen *Praxisdenkens* und der entsprechenden *Wirklichkeitskonzeption* finden. Es handelt sich vielmehr um eine auf das Gütesiegel modernster Wissenschaftlichkeit pochende Umdeutung der philosophisch-wissenschaftlichen Grundlagen, die in der Feststellung kulminiert: „Und wissenschaftlicher Sozialismus ist nun einmal die quintessentielle kybernetische Wissenschaftstheorie.“²⁸

Eine philosophisch-wissenschaftliche Synthese auf dem Niveau unserer Zeit kann dies nicht darstellen. Diese erforderte vielmehr die Entfaltung und paradigmatische Profilierung der Konstitutions-, Erkenntnis- und Wissenschaftstheorie der Praxis und darauf gegründeter konkreter Praxisanalyse. Dies im Sinne einer materialistischen, dialektischen und utopistischen Analytik widersprüchlicher gesellschaftlicher Praxis, gesellschaftsgeschichtlich konkret und möglichst weit hinein in reale Möglichkeitshorizonte des tätig angestrebten besseren Lebens und einer zivilisatorisch höheren Gesellschaftlichkeit.

²⁶ Dieterich 2006: 67, 74, 83

²⁷ Dieterich 2006: 65

²⁸ Dieterich 2006: 102

Abstrakte Negation und Konstruktion der Zukunft

Kann auf der vorgeschlagenen „quintessenziellen“ Grundlage die „wissenschaftliche Analyse“ der „gattungsgeschichtlichen Evolution“, vor allem aber auch unserer konkreten historischen Situation und Perspektive vorangetrieben werden? Das im vorliegenden Fall angewandte „analytische“ Verfahren, das heißt die Denkmethodik oder Argumentationsweise folgen im wesentlichen einer Logik der abstrakten Negation:

Zunächst werden auf hoher Verallgemeinerungsebene typische, systemische Konstituenten des herrschenden Gesellschaftsprojekts identifiziert, scharf kritisiert und damit als Angriffspunkte markiert. Es folgt die Gegenüberstellung einer sozialtechnologisch möglich erscheinenden, radikal-demokratisch-planwirtschaftlichen Reproduktions- und Gesellschaftskonstruktion, die einem zukünftigen geschichtsmächtigen Akt der Instituierung überantwortet wird - nachdem „die bürgerliche Armee zerschlagen ist“.²⁹ Also etwa: „Wenn die kapitalistische Marktwirtschaft nur mittels dieser Mechanismen existieren kann, dann ist klar, dass eine sozialistische Ökonomie nur mittels ihrer Negation sozialistisch sein kann.“³⁰ Liegt es in der „Dialektik des Konkreten“³¹ aber wirklich beschlossen, dass Marktmechanismen durch eine Planungsorganisation und die Preisbestimmung durch eine Arbeitszeitrechnung abgelöst werden müssen?

Abstrakte Negation ist keine historisch und situativ konkrete Analytik. So können die aus der Widersprüchlichkeit des Vollzugszusammenhangs der Praxis erwachsenden Potentialitäten, kann ein werdendes neues, subjektiv-objektives Produktivkraftensemble und die dadurch angestoßene, realiter mögliche Transformation der ganzen Formierung nicht wirklich konkret begriffen und nicht in der wünschenswerten Weise in die Prozesse historischer Auflösung und Neuformierung eingegriffen werden.

Solchem geschichtsmaterialistischen Prozess- und Praxisdenken gegenüber liegt auch eine grobe Vereinfachung in der Generalthese: „Die Evolutionsdynamik der menschlichen Gesellschaft seit dem Neolithikum ist bestimmt durch die soziale Auseinandersetzung um die Aneignung bzw. Verteilung der Mehrarbeit oder ihrer Materialisierungsformen, dem Mehrprodukt oder Mehrwert“³². Wogegen oder Wofür in Revolten und Revolu-

²⁹ Dieterich 2007

³⁰ Dieterich 2006: 185

³¹ Vgl. Kosik 1970

³² Dieterich 2006: 89

tionen gekämpft wird oder worum es in geschichtlichen Transformationsprozessen eigentlich geht, sind andere und höhere Formen der Selbstorganisation des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens. Und diese können jedenfalls nicht, weder durch die Protagonisten sozialer Kämpfe noch durch theoretische Vordenker, einfach im Sinne einer „Konstruktion der Zukunft“³³ gefasst werden. Die Radikalität, mit welcher ein entsprechender, abstrakt negatorischer oder utopisierender Denk- und Theorietyp auftreten kann, steht denn auch gewöhnlich in umgekehrtem Verhältnis zu seinem Realitätsgehalt.

Staat, Demokratie und bürgerliche Subjektivität

Heinz Dieterich trägt eine beißende Kritik an grundlegenden Institutionen des *historischen Projekts der Bourgeoisie* vor und konstatiert dessen geschichtliche *Erschöpfung*. Positiv wird nur das historische Erbe des Rechtsstaates gewürdigt: „Der einzige transzendente Beitrag den die Bourgeoisie in ihrer Geschichte geleistet hat, um das politische Zusammenleben der Gattung in Richtung auf eine gerechtere Gesellschaft voranzubringen, ist der Rechtsstaat mit seinen Schlüsselementen der Verfassung, der Gewaltenteilung und der formalen Bürgerrechte.“³⁴ Abgesehen von dieser Notiz zu positiven Errungenschaften werden dann die Gestalten von Staat, Demokratie, Medien und auch der Typus der bürgerlichen Subjektivität konsequent negatorisch als verwerfliche Verfallsgestalten einer untergehenden Zivilisation gezeichnet:

So wird der Staat schlechthin beschrieben als Instrument der herrschenden Klasse: Es „ist der Staat gleichzeitig Beute und Kaliban (Unhold, Shakespeare) der oligarchischen Interessen, die ihn zur systematischen Plünderung der Mehrheiten missbrauchen.“³⁵ Wir haben aber nicht mehr nur mit einem Staat im Sinne einer „Maschine der Klassenherrschaft“ oder eines „Schmarotzerauswuchses“ zu tun, wie ihn beispielsweise Marx zur Zeit der Pariser Kommune³⁶ beschrieb. Der Klassenstaat ist zwar eine in die moderne Staatlichkeit wie eh und je eingewobene Praxisfigur. Aber für den politisch-ökonomischen Gesamttypus moderner Staatlichkeit steht ein den gesamtgesellschaftlichen Prozess, auch den ökonomischen, notwendig mitvermittelnder Sozialstaat, als solcher eine „institutionelle Verdichtung

³³ Marx an Ruge im Sept. 1843. In: MEW 1: 346

³⁴ Dieterich 2006: 52

³⁵ Dieterich 2006: 51

³⁶ Karl Marx, MEW 17: 336, 341

von sozialen Kräfteverhältnissen“.³⁷ Der moderne Staat ist abhängig von einer funktionierenden Kapitalwirtschaft und übt Gewaltrecht nach vorherrschenden Interessen, ist aber zugleich auf eine immer neu zu erzeugende Massenloyalität angewiesen. Er ist in alle bestehenden Widersprüche tief verstrickt und wird mit der gesellschaftlichen und der eigenen Widersprüchlichkeit immer weniger fertig. Kurz, er ist nicht schlechthin ein Unhold oder Klassenkasper, sondern selbst eine komplexe, hybride Übergangserscheinung.

Im Hinblick auf den Typus der *formal-repräsentativen Demokratie* weist Dieterich unverblümt auf deren „oligarchisch-plutokratische(n) Charakter“ hin. „Es ist schwierig, sich eine ungezügeltere Demagogie“ vorzustellen als den Anspruch, „dass die periodische Abhaltung von allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlen der Garant für die Partizipation der Mehrheiten in politischen Angelegenheiten sei.“³⁸ So wird der Schleier, der die Verfassungswirklichkeit der *liberalen Demokratie* gewöhnlich verhüllt, ein Stück weit gelüftet. Aber es handelt sich auch hier nicht um eine an realen Transformationsprozessen interessierte Analytik, sondern mehr um die Verlesung einer Anklageschrift:

Sicher regiert das oligarchisch-plutokratische Element auf allen Rängen und in allen Funktionen des politischen Feldes mit.³⁹ Aber dieses Feld bleibt ein Feld politischer Organisation und ein Streit- und Reflexionsfeld gesellschaftlichen Kräftemessens. Die parlamentarische Demokratie realisiert sich keineswegs nur in einem zunehmend korrumpierten Abgeordnetenwesen, im Anlegen von Nistplätzen für reaktionäre Eliten und einer kapitalhörigen Regentschaft, sondern in einem enormen Komplex organischer, föderaler und subsidiärer Strukturen, die gegenüber gesellschaftlichen Strömungen nicht abgedichtet sind. Schließlich ist die gegenwärtige Schwäche der linken Opposition nicht systemisch determiniert, sondern entspricht einer bestimmten historischen Kräftekonstellation und ist dabei anteilig und keineswegs unerheblich selbst verschuldet.

Auch ist der europäische Typus der Demokratie in einer kommunalistischen Basis verwurzelt, die als Schnittstelle zwischen Zivilgesellschaft und Staatlichkeit entwicklungsfähige partizipative Elemente auf-

³⁷ Hirsch 2002: 18-35 zum Thema „Was heißt eigentlich Staat?“

³⁸ Dieterich 2006: 48, 51

³⁹ Der Schatten der Wahrheit fiel auf den Deutschen Bundestag, als darin am 28. April 2007, in Anspielung auf Art. 1 Abs. 1 GG, ein Transparent „Die Wünsche der Wirtschaft sind unantastbar“ entrollt wurde.

weist. Daher müsste bei konkreter Untersuchung der grundlegenden „Institutionalitäten“⁴⁰ der modernen Gesellschaft der für Staat und Demokratie mit konstitutiven, urbanen, kommunal verfassten Praxis ein eigener, bedeutender Rang zugesprochen werden. Die einschlägigen Arbeiten des französischen Marxisten Henri Lefebvre⁴¹ zur „Kritik des Alltagslebens“ und zur „Revolution der Städte“ sind in den traditionsmarxistischen Blickhorizont oder in neuere Diskurse zur Zivilgesellschaft bezeichnenderweise nie ausreichend aufgenommen worden. Ich erinnere auch daran, dass Marx in der Pariser Kommune, einem basisdemokratisch verfassten lokalen Lebenszusammenhang, die „durch und durch ausdehnungsfähige politische Form“⁴² einer Kommunalverfassung und die Grundeinheit einer möglichen neuen nationalen Gesamtorganisation sah.

Eindimensional wird auch der Typus bürgerlicher Subjektivität vorgeführt, das „entfremdete possessiv-liberale Konsumindividuum“ oder der „homo oeconomicus, dessen Daseinsberechtigung und Existenzgrund sich in seiner doppelten Kapazität als Warenproduzent und Mehrwert-Realisator erschöpft“. Die Vermutung ist, „dass das aus der Degeneration der bürgerlichen Institutionen gerettete Subjekt in der wirklichen Demokratie ein Umfeld finden wird, in dem es seine rationalen (Wissenschaft), moralischen (Ethik) und ästhetischen (Kunst) Fähigkeiten voll entwickeln kann“⁴³: Das derart total entfremdete Subjekt ist aber im Wesentlichen eine philosophisch-literarische Fiktion. Die (ir)rationalen, (un)moralischen und (un)kultivierten Lebensäußerungen der Menschen im vieldimensionalen „Alltagsleben der modernen Welt“ sprechen, trotz aller Entfremdung und Repression, auch eine andere Sprache. Marx sah im Zusammenhang der kapitalistisch enthemmten Entwicklung der Produktionen, des Wissens und des Weltverkehrs sogar die zunehmende Möglichkeit einer „universellen Entwicklung“ des „gesellschaftlichen Individuums“.⁴⁴ Vielleicht könnte eine andere Ansprache der „Subjekte“, die in der von Gramsci vorgeschlagenen Weise an deren Alltagsdenken anknüpft, mehr dazu beitragen, das in selbst- und überfremdeten *gesellschaftlichen Individuen* heute ebenso anwe-

⁴⁰ Dieterich 2006: 137 ff.

⁴¹ Lefebvre 1972 u. 1976

⁴² Karl Marx, MEW 17: 339-342

⁴³ Dieterich 2006: 57, 137, 146

⁴⁴ MEW 42: 446, 447. In diesen Begriffen fasst sich zusammen, dass Marx nicht, wie so oft vorgetragen wird, einem „Produktivismus“ usw. huldigt. Der *reiche Mensch*, so Marx, ist der *als bewusstes gesellschaftliches Individuum der Totalität der Lebensäußerung bedürftige Mensch*.

sende bewusste gesellschaftliche und noch gehemmte universelle Individuum freizusetzen?

Auch Heinz Dieterichs scharfzüngige Geißelung der Massenmedien und des Konsumismus streift einen wahren Kern, schießt dann aber über das Ziel hinaus. Es dominiert das „Wahrnehmungsmanagement“, die „Fabrikation des Konsensus“ und die „systematische Idiotisierung über die transnationalen Oligopole der Massenindoktrinierung (Medien) und das Opium des Konsumismus.“ „Es handelt sich um eine Art kultureller Lobotomie, die die Mehrheit der Bürger in einem wesentlich instrumentalen, vorwissenschaftlichen und vormoralischen Stadium geistiger Entwicklung einzuschließen versucht.“⁴⁵ Diese auf die Arbeiten von Noam Chomsky⁴⁶ verweisende Medienkritik ist einerseits berechtigt und die glänzende Polemik kann Freude machen, weil sie dem Gefühl der Ohnmacht gegenüber einer alltäglichen Mediengewalt und der einträglichen Produktion von Stumpfsinn Ausdruck verleiht. Die hier verhandelte Problematik erinnert auch an eine der glänzendsten Analysen der „fortgeschrittenen Industriegesellschaft“, an Herbert Marcuses „Der eindimensionale Mensch“.⁴⁷ Aber es fehlt doch andererseits jeder Versuch, sich im Sinne Gramscis auf eine „Kritik des Alltagsverstandes“⁴⁸ einzulassen oder *vor dem Hintergrund der veränderten historischen, mondialen Problemsituation* einem ebenso vorhandenen kritischen, subversiven oder auch transzendierenden Potential der modernen Informations- und Kommunikationstechnik⁴⁹, im Programmspektrum der Massenmedien oder in zeitgenössischen Kulturformen nachzugehen.

Kapitalismus oder Chrematistik

Die entscheidende Rolle im Zusammenspiel der Institutionen der verfallenden alten Welt spielt sicher die kapitalistische Produktionsweise. Aber auch bei entsprechenden Fragen zur Wirtschaftsweise waltet im Vorliegenden die Logik der abstrakten Negation: Der Rückgriff auf die aristotelische Unterscheidung zwischen einer Ökonomie der *Bedarfsdeckung* und einer Gelderwerbs- oder *Bereicherungswirtschaft* bietet zwar einen denkgeschichtlichen Ansatzpunkt, aber keine konkrete politisch-ökonomische

⁴⁵ Dieterich 2006: 47, 57

⁴⁶ Vgl. Chomsky 2003

⁴⁷ Marcuse 1967. Zu diesem „Buch einer Bewegung“ auch die ausgezeichnete Würdigung „Herbert Marcuse – Zum 25. Todestag“, Cavalcanti 2004.

⁴⁸ Gramsci 1983: 80

⁴⁹ Siehe dazu den Beitrag von Wolf Göhring im vorliegenden Sammelband

Grundlage: Verwertung und Akkumulation des Kapitals erzeugen an der Oberfläche der Ware-Geld-Prozesse den realen Schein einer *chrematistischen* Wirtschaftsweise. Es liegt aber eine wesentlich bestimmtere und komplexere Formbildung sozioökonomischer Praxis vor.

Die institutionelle Typisierung als „nationale Marktwirtschaft“⁵⁰ geht an der Sache vorbei, denn marktwirtschaftliche Formen sind als solche gerade nicht nationalökonomisch gebunden und können für eine alternative Wirtschaftsweise nicht von vornherein ausgeschlossen werden. Schließlich geht es um ein nicht nur markt-, sondern kapitalwirtschaftliches System in einem ganz bestimmten Aggregatzustand, in einer trotz allem sozialstaatlichen Grundfiguration und eingebettet in Zusammenhänge der neoliberalen Globalisierung. Wenn dieses System schlechthin als eine überreife oder verdorbene Existenzform beschrieben wird, die ihr Verfalldatum überschritten hat, gerät von vornherein aus dem Blick, ob und wie es mit Produktivkraftelementen einer werdenden neuen Sozialität bereits schwanger geht.

Die generelle Charakterisierung als *Chrematistik* bedeutet einen Schritt zurück auf eine hohe Abstraktionsebene und schafft so die Ausgangsposition für vereinfachte Gegenüberstellungen einer *chrematistischen, nicht-äquivalenten*, durch Marktmacht und Profitgier gesteuerten Ökonomik und der Alternativkonstruktion einer *äquivalenten, kybernetisch* regulierten Wirtschaftsweise, die dann ohne *Markt* auskommen soll und als nicht *national-ökonomisch* definiert beziehungsweise als universelle Lösung für die Neuordnung der Weltwirtschaft angeboten wird.

Damit wird einer konkreten, dialektischen Transformationsanalyse ausgewichen. Eine solche müsste untersuchen, wie sich das volkswirtschaftliche Leben im Zuge der fordistischen, postfordistischen und aktuellsten finanzkapitalistischen, globalen Entwicklungen in immer neuen Schüben strukturell verändert hat, wo die Prozessfront⁵¹ der widersprüchlichen Entwicklung heute verläuft, was sich da als Latenz formiert und wo ein Novum schon ins Spiel kommt. Solches bleibt bereits aufgrund der theoretischen Vorausdispositionen, d.h. aufgrund jener *Perspektivik der abstrakten Negation* unterbelichtet.

⁵⁰ Dieterich 2006: 33 ff., 184

⁵¹ Die Bloch'schen Kategorien Latenz, Front, Novum usw. haben eine unmittelbare konstitutionstheoretisch-praxisanalytische Bedeutung. Dazu Müller 2001.

Abstrakte Negation oder Transformationsanalyse

Die kritischen Skizzen und die teils glänzende Polemik im Hinblick auf defiziente Charaktere von Staat, Demokratie, Medien, Subjektivität und eine auf Bereicherung ausgerichtete Ökonomik können nicht darüber hinweg täuschen, dass diese mehr oder weniger nur im Sinne einer Typisierung, also nicht als Übergangsgestalten, das heißt vor allem ohne die Momente oder Tendenzen einer Überschreitung fixiert werden. Das Neue wird im direkten Gegenzug gegen die alte Welt definiert: Als Nicht-Klassenstaat, als eine partizipative statt vorgetäuschte Demokratie, als eine globale äquivalenzökonomische Wirtschaft statt nationale marktanarchische Wirtschaft. Der befreiten Subjektivität, dem *ethischen Menschen* werden Konsumidioten gegenübergestellt, die den modernen Manipulationstechniken erliegen.

Wenn aber die eingangs getroffene Bestimmung der historischen Situation als Übergangsperiode oder Übergangsgesellschaft zutrifft, dann wird sich diese gesellschaftliche Grundsituation im Sinne „widersprüchlicher gesellschaftlicher Praxis“ in den Seinscharakteren aller gesellschaftlicher Sphären reflektieren. Aus praxistheoretischer Sicht ist dieser *zweidimensionale, gemischte, doppelsinnige, hybride Übergangscharakter der Epoche* vorausgesetzt und sind daher die Charaktere der gesellschaftlichen Praxis keineswegs nur schlechthin entfremdete und erschöpfte Verfallsgestalten, wie sie auch die ältere Kritische Theorie mit Vorliebe zeichnete. Ein nur negatorisch-dialektisches, eindimensional totalisierendes Muster der kritischen Reflexionen verfehlt den Vorschein, die Potentialität oder die Latenzen, innerlich bereits arbeitende, zur Überschreitung drängende Tendenzen. Aber auch in diesem Fall muss schließlich eine Antwort auf die Frage nach den sprengenden Kräften gesucht werden.

Das Sprengende als Produktivkraft-Ensemble

Auf die Frage nach dem Wirkpotential einer Transformation gibt es die klassische Antwort, dass die sich entfaltenden Produktivkräfte zur sozialrevolutionären Sprengung⁵² der Produktionsverhältnisse drängen, wenn letztere ihren ursprünglichen Charakter als Entwicklungsformen verlieren und zu Fesseln werden. Das Sprengende kann weder nur in technischen

⁵² Vgl. die Formulierung im „Vorwort“ der „Kritik der politischen Ökonomie“, MEW 13: 8-9. Marx spricht hier nicht von einem *Akt*, sondern von einer „Epoche sozialer Revolution“.

Potenzen noch in einem separat, etwa aus aktiven Widerstandshandlungen erwachsenden revolutionären Kollektivsubjekt gefunden werden. Praxistheoretisch und geschichtsmaterialistisch gesehen kommt es vielmehr darauf an, ein im Schoße des Alten bereits heranwachsendes, transzendierendes Produktivkraft-Ensemble aufzuzeigen, in dem sich eine zivilisatorisch höher stehende Reproduktionsform zu formieren beginnt. So gefasst verweist die fortschrittliche Entwicklung auch zugleich auf eine subjektive Repräsentanz.⁵³

Ein solches Ensemble kann auf dem heute erreichten Niveau der Vergesellschaftung nicht nur in partikularen Elementen wie Produktionsgenossenschaften oder etwa Formen einer solidarischen Ökonomie bestehen. Es muss sich um eine im Schoße des Gegenwärtigen angelegte, mehr oder weniger latente oder partiell manifeste, zur Emanzipation drängende ganze Reproduktions- und Sozialform handeln. Anders wären „alle Sprengversuche“ und Bauvorhaben nach erdachten Konstruktionsplänen „Donquichoterie“, ein Kampf gegen Windmühlenflügel.⁵⁴

Aus Sicht dieser Vorüberlegungen kann der Auffassung nicht zugestimmt werden, den sozialistischen Experimenten der Vergangenheit habe im Wesentlichen das technische Element der modernen Computertechnik, Informatik und Kybernetik gefehlt. *„Aber es gab weder Computer, noch Datenübertragungsnetze noch die fortgeschrittene Mathematik, welche für die Wertkalkulation eines Produktes in der Praxis notwendig sind... Die für die Gestaltung einer ... sozialistisch-demokratischen Ökonomie vitalen Theoreme der Wertbildung, Wertgrößen, Wertformen und Austauschverhältnisse, konnten daher nicht zur operativen Basis einer realen Ökonomie werden.“* Demnach wäre heute aufgrund der modernen Informatik und Kybernetik die Instituierung einer arbeitswertbasierten sozialistischen Ökonomik, praktisch einer informatisierte Planwirtschaft möglich und fällig - es fehlt nur der *politische Wille*, oder es lähmen eben eine *„systematische Idiotisierung über die ... Massenindoktrinierung ... und das Opium des Konsumismus.“*⁵⁵

Hier wird eine vorschnelle Problemlösung aufgerufen: In Wahrheit hat Marx die wert- und reproduktionstheoretischen Fragen einer postkapitalistischen Ökonomik nicht geklärt und in sein Arbeitsprogramm nie ernstlich

⁵³ Dem gegenüber ist eine „Solidargemeinschaft der Opfer“ keinen ausreichende Bezugsgröße. Auch die „demokratisierende Praxis des globalen Weltveränderungs-subjekts“ bleibt vage. Dazu später mehr.

⁵⁴ MEW 42: 93

⁵⁵ Dieterich 2006: 47, 92

aufgenommen - sonst hätte er 1875 auch nicht nur „kritische Randglossen“ zum „Gothaer Programm“⁵⁶ geschrieben, sondern ein definitives Konzept dagegengestellt. Es ist unmöglich, sich hier *unvermittelt* auf Marx zu beziehen. Die späteren Auseinandersetzungen über Werttheoreme, über Fragen der Reproduktionsanalyse und um die Stichhaltigkeit von Krisentheorien haben nicht erst mit Rosa Luxemburg⁵⁷ begonnen und sind mit aktuellen Beiträgen über „Die Wissenschaft vom Wert“⁵⁸, mit Theorien der „Globalen Enteignungsökonomie“⁵⁹ oder mit Untersuchungen zur transformistischen Dynamik der Kapitalismus-Formation bis hin zum globalen „Post-Fordismus“⁶⁰, zum „finanzgetriebenen Akkumulationsregime“ oder zu einer möglichen Erschütterung des Systems durch die heraufziehende Krise des „Fossilismus“⁶¹ nicht beendet. Ferner ist eine *dem Niveau der Marxschen Kapitalanalyse entsprechende* sozialistische Wirtschaftstheorie niemals entwickelt worden und die praktischen Experimente plus strittigen theoretischen Echos vormaliger „sozialistischer Ökonomie“ geben auch heute noch mehr Fragen auf als sie zu lösen vorgeben.

Ich möchte im Folgenden in einigen Gedankenschritten die These entwickeln, dass das historische Produktivkraftniveau für eine Systemtransformation im fortgehenden 20. Jahrhundert *noch nicht* erreicht, dass das gesuchte transzendierende Produktivkraftensemble in Vorbereitung, aber *noch nicht* hinreichend ausgebildet war. Mit anderen Worten, der sogenannte *Realsozialismus* wäre besser oder bestenfalls als *prä-sozialistische Formierung* zu begreifen und von der Eröffnung einer *Übergangsepoche* kann eigentlich erst an der Wende zum 21. Jahrhundert die Rede sein.

Zur Gewinnung eines reproduktionstheoretischen Ansatzpunktes

Das Rätsel einer nichtkapitalistischen Ökonomie scheint ein regelrechter gordischer Knoten zu sein. Kann man sich da mit Blick auf die schon von Marx hinterlassenen offenen Fragen mit der Feststellung beruhigen: „Für die Ausarbeitung eines konkreten Vorschlags zum Wirtschaftssystem des zukünftigen Sozialismus, dem neuen Staatsgebilde sowie der Organisation

⁵⁶ MEW 19: 13-32

⁵⁷ Luxemburg 1913

⁵⁸ Heinrich 1999

⁵⁹ Zeller 2004, auch Harvey 2005: 136 ff zur Akkumulation durch Enteignung

⁶⁰ Altvater 2002

⁶¹ Altvater 2005, dazu die Kritik: Müller 2006

der sie tragenden Massen, blieb (Marx) daher keine Zeit mehr“⁶² Die provozierende Gegenthese lautet, dass Marx das Problem einer nichtkapitalistischen Ökonomik gar nicht lösen *konnte*:

Die zahlreichen Marxschen Vorgriffsversuche waren im Grunde dadurch blockiert, dass er zu seiner Zeit, in einer Frühphase der kapitalistischen Entwicklung, ein rein industriewirtschaftlich warenproduzierendes System als *Totalität* konzipierte. Auch das theoretische und praktische Scheitern der bisherigen industriewirtschaftlich-planwirtschaftlichen Konzepte verweist darauf, dass der klassische kapitaltheoretische Ansatz ein Fundamentalproblem mit sich bringt: Die spezifischen wertgesetzlichen, waren- und kapitalwirtschaftlichen Implikationen dieser Figuration⁶³, wenn man so will ihre kybernetischen Eigenschaften, stellen sich einer bruchlosen Subsumtion unter den „general intellect“⁶⁴ der Gesellschaft objektiv-prozessual entgegen. Die verquere Formel von einer „Ausnutzung“ oder „Anwendung des Wertgesetzes“⁶⁵ war im Grunde Ausdruck einer derart gestörten Praxis. Auch der in der DDR durchaus noch versuchte Einsatz fortgeschrittener Computer- und Datentechnik konnte das spannungsreiche Mischgebilde gegensätzlicher ökonomischer Kalküle nicht in eine funktionierende, geschweige überlegene Reproduktionsform verwandeln.

Wenn dies zutrifft, dann ist es nicht möglich, aus dem Reproduktionschema eines rein warenwirtschaftlich-industriellen Prozesses, das heißt aus der Modellierung dieses zwar gravitatorischen, aber zugleich partiellen Bewegungszentrums des Arbeits- und Wirtschaftslebens, die historische Alternative zu entwickeln. Zur Erforschung einer Systemalternative muss von vornherein das *gesamte System der gesellschaftlichen Arbeit auf der Entwicklungsstufe einer reiferen kapitalistischen Gesellschaft* veranschlagt werden. Ein entsprechender reproduktionstheoretischer Ansatz kann an die originä-

⁶² Dieterich 2006: 91

⁶³ Marx war wesentlich von Quesnay's Tableau economique inspiriert, dem „genialsten Einfall“ vormaliger Wirtschaftstheorie. Er untersucht das Kreislaufgeschehen im 2. Band des Kapitalwerks unter dem Titel „Die Reproduktion und Zirkulation des gesellschaftlichen Gesamtkapitals“. Die Reproduktionsschemata der einfachen und erweiterten Reproduktion modellieren innere sachlich-wertliche Strukturen einer industriellen Warenproduktion als „Totalität“. Vgl. MEW 24: 351-518.

⁶⁴ MEW 42: 594

⁶⁵ Zur DDR-Diskussion über die Anwendung oder Ausnutzung von Wertgesetzlichkeiten s. Beiträge u.a. von Fritz Behrens oder Fred Oelfner.

re Marx'sche *Forschungsstrategie*⁶⁶ anknüpfen, die der nach einigem Hin und Her schließlich gewählten speziellen, „artistischen“ *Darstellungsweise* der Kapitaltheorie vorausging. Dadurch sollte es auch möglich sein, über kapitaltheoretische Diskurse hinauszugehen, die sich auf der Abstraktionsebene des „Kapitals“ oder Kapitalismus „im allgemeinen“ halten⁶⁷, und hin zu realistischen Reproduktionsszenarien, zur heutigen wirtschaftlichen Prozesswirklichkeit und vielleicht zu neuen Schlussfolgerungen zu kommen:

In die entsprechende Modellierung des Reproduktionszusammenhangs müssen heute auch die ökonomischen Funktionen moderner Staatlichkeit und die Wirklichkeit genuin gesamtgesellschaftlicher und im daher Prinzip aus Steuern finanzierter, sozial-kultureller und infrastruktureller Produktionen einbezogen werden. Diese „sozialwirtschaftlichen Dienste“⁶⁸ werden herkömmlich der Kategorie „unproduktiver Arbeit“⁶⁹ zugeschlagen und in diesem Sinne nicht als konstitutiv angesehen, während sie heute sozusagen als die *andere Hälfte der Wirtschaft* figurieren. Diese reifere politisch-ökonomische Grundfigur einer gesellschaftlich kombinierten Arbeit zeichnete sich erst auf dem Entwicklungsniveau des fordistischen Akkumulationsregimes und der damit schließlich verknüpften Sozialstaatlichkeit und modernen urbanen Zivilisation deutlicher ab.⁷⁰

Aber selbst damit war im fortgehenden 20. Jahrhundert erst eine neue Wachstumsphase eröffnet und noch nicht ein für das System selbst fundamental problematisches Produktivkraftniveau erreicht: Erst durch die Entwicklung der modernen Informatik und Kommunikation im ausgehenden 20. Jahrhundert wurde, über das „automatische System der Maschinerie“⁷¹ hinaus, die ganze Welt der Arbeit und die gesamte Reproduktionsorganisation durch neue Informations- und Kommunikationstechniken revolution-

⁶⁶ Zeugnis geben vor allem die „Theorien über den Mehrwert“ und darin verstreute, äußerst konzentrierte wert- und reproduktionstheoretische Überlegungen und Modellierungen. Vgl. MEW 26.1, 26.2, 26.3

⁶⁷ Auf dem Lesezeichen für jegliches Studium der Kapitaltheorie sollte stehen: „Alle diese Sätze nur richtig in dieser Abstraktion für das Verhältnis auf dem jetzigen Standpunkt. Es werden weite Beziehungen hineinkommen, die sie bedeutend modifizieren.“ MEW 42: 246 f.

⁶⁸ Ausführlicheres zur Begriffsbildung „sozialwirtschaftliche Dienste“ und zur Konzeptualisierung der entsprechenden neuen Reproduktionsabteilung s. Müller 2005.

⁶⁹ Entscheidende Partien finden sich in MEW 26.1: 122 ff.

⁷⁰ Die Staatsquote ist ein Hauptindikator dieser Entwicklung. Dazu Müller 2001b.

⁷¹ MEW 42: 592 ff.

niert. Diese *postfordistische* Umformatierung markiert schließlich den Eintritt in die Zeit der neoliberalen Globalisierung.

Zeichen der neuen Zeit sind schlechthin überflüssig gemachte große Teile der Bevölkerung, eine inländische Wachstumsklemme infolge chronischer Überakkumulation und Überproduktion, aus dem fortwirkenden verwerterischen Treiben und produktivistischen Trieb erwachsende Zwänge zum Export, zu Auslandsinvestitionen und zum operativen Stellungsausbau der Unternehmungen im Weltmarkt, schließlich enormes Wachstum und Verdichtung des weltwirtschaftlichen Verkehrs. Dieser bietet anscheinend noch einmal erweiterten, letztendlich globalen Spielraum und damit besondere, auch finanzkapitalistisch exaltierte Verwertungsmöglichkeiten. Eine spezifische neue Qualität und zugleich Schranken der Globalisierung liegen anscheinend im systemischen Zwang aller zunehmend industriell Entwickelten, den gegenseitigen Warenaustausch und den Kapitalexport zu forcieren. Die moderne Weltwirtschaft gründet derart in tendenzieller *Überakkumulation, Überproduktion und einer Überkonsumtion*, welche auf grotesken Elends- und Benachteiligungs-, Ausbeutungs- und Ausplünderungsstrukturen in weniger entwickelten Wirtschaftsräumen und Weltsphären im In- und Ausland aufsetzt und zu zunehmender Überbeanspruchung, tendenziell sogar zum Ruin der natürlichen Lebensgrundlagen führt. Dies alles sind Anzeichen einer Scheinblüte, eines noch einmal wuchernden und zugleich *finalisierenden Stadiums*⁷² der Krebsökonomie, in dem „alle Widersprüche zum Prozess kommen“ und sich Anzeichen des „Drängens zur Annahme einer neuen Gestalt“ mehren.⁷³

Das Zwischenergebnis lautet, dass der Schlüssel für die politisch-ökonomische Analytik heute in der Modellierung einer der veränderten sozialhistorischen Wirklichkeit abgewonnenen, erweiterten Reproduktionsordnung liegt. Diese konnte Marx als solche nicht kennen. Sie hat sich erst im fortgehenden 20. Jahrhundert und in einem neuen Entwicklungsschub an der Wende zum 21. Jahrhundert kristallisiert und bildet den Ausgangs-

⁷² Der Ausdruck „finalisierendes Stadium“ wendet sich gegen Krisentheorien, welche den von Marx *finally* annoncierten *violent overthrow* wortwörtlich nehmen und auch politisch darauf orientieren, dass *die Blase platzt*. Vgl. MEW 42: 643. Eher sollte geprüft werden, ob der überentwickelte, global vernetzte Kapitalismus nicht in bestimmter Hinsicht *feudale Züge* annimmt, aus welchen *spezifischen Quellen* er sich noch weiterhin nähren kann, um finalisierend, auf einer ganzen Wegstrecke *gegen-sätzlicher Zivilisationsentwicklung*, weiter tödliche Blüten zu treiben.

⁷³ MEW 42: 154

punkt weitergehender historischer Tendenzen und möglicher Eingriffe angemessen ab.

Methodenfragen der Wissenschaft der politischen Ökonomie

Die Wiedergewinnung eines geschichtsmaterialistischen und reproduktionstheoretischen Ansatzes bedeutet die Verabschiedung von allen Versuchen zu technizistischen oder idealisierenden Alternativkonstruktionen. Sie erhellt zugleich wesentliche Aspekte der Methode⁷⁴, wie Marx sie verstand: Dessen Schwerpunktbildung oder Selbstbeschränkung auf die Analyse einer *industriewirtschaftlich geprägten Praxistotalität*, auf die Offenlegung deren *innerer Widersprüchlichkeit* und systemischer *Schranken der Existenzfähigkeit* erklärt sich als theoretische Projektion in einem wirtschaftsgeschichtlichen Frühstadium der kapitalistischen Entwicklung.

Wenn es aber nicht mehr um das *Werden* einer solchen *Praxistotalität* geht, sondern eine *historische Übergangsepoche* zu einer neuen Produktionsweise und Gesellschaftsform eingeleitet ist, ergeben sich Konsequenzen für die Logik der Forschung: Jetzt ist das Feld des *gesamten Form- und Perspektivenwandels* real eröffnet. Es muss in voller Ausspannung theoretisch antizipiert und erschlossen werden unter der Vorannahme, dass das Neue, mehr oder weniger noch latent oder schon durchschlagend, bereits in Prozess gesetzt ist.⁷⁵ Die ganze Forschungsanstrengung verläuft sich so in die letztendliche Aufgabe, den Standpunkt und die Perspektive der möglichen, zivilisatorisch höher stehenden Reproduktions- und Gesellschaftsform zu erobern. Im Zuge der Gewinnung der neuen Praxisperspektive und damit eines *höheren Begriffsvermögens* könnten zunehmend die Potentiale und Vorformen des Neuen an der Front des fortgehenden Theorie-Praxis-Prozesses identifiziert werden, um gezielter im Transformationsgeschehen einzugreifen.

Das heißt, der traditionelle Horizont der *Kritik der politischen Ökonomie* kann und muss heute im Sinne einer *Utopistik der politischen Ökonomie* über-

⁷⁴ Vgl. Nachwort zur zweiten Auflage in „Das Kapital“ und „Die Methode der politischen Ökonomie“, letzteres in MEW 42: 34 ff. In den Randglossen zu A. Wagners Lehrbuch der politischen Ökonomie heißt es sehr schön, dass „meine *analytische* Methode, die nicht vom Menschen, sondern der ökonomisch gegebenen Gesellschaftsperiode ausgeht, mit der professoraldeutschen Begriffsanknüpfungsmethode nichts gemein hat“. Siehe MEW 19: 371.

⁷⁵ „Ebenso führt diese richtige Betrachtung andererseits zu Punkten, an denen die Aufhebung der gegenwärtigen Gestalt der Produktionsverhältnisse - uns so foreshadowing der Zukunft, werdende Bewegung sich andeutet“. MEW 42: 373

schritten werden: An ein entsprechendes Szenario der politökonomischen Praxis sollten also wert-, reproduktions- und transformationstheoretische Fragen herangetragen werden, die sowohl Aufschluss über Wertgesetzmäßigkeiten und konkreten Tendenzen der Kapitalwirtschaft in der Zeit der Globalisierung als auch über ein in deren Reproduktionsfiguren und Arrangements bereits eingeschriebenes neues Produktivkraftensemble, eine systemische Alternative, deren Wertformen, Reproduktionsmodi und Sozialverfassung geben können. So geht es um Schritte auf neues Terrain, für die es allerdings kein zielführendes Navigationsprogramm gibt oder für die gar eine Verfahrensregel in dem Sinne angegeben werden könnte: „Ganz so, wie Marx und Engels das schon vor 160 Jahren geplant hatten.“⁷⁶

Thesen zur sozialwirtschaftlichen Systemalternative

Der methodologische Exkurs sollte deutlicher machen, dass die gesuchte konkrete Alternative mit negatorischer Logik und durch kybernetisch-systemische Konstruktionen schwerlich einzuholen ist. Ich versuche daher zunächst, auf dem anderen Weg einer *transformationstheoretischen Praxisanalytik* die Umrisse einer möglichen neuen Wirtschaftsweise fassbarer zu machen: Anhand diese Kontrast- und Interpretationsfolie können die aufgeworfenen Fragen einer „sozialistischen Ökonomie“ vielleicht eingehender und spannender diskutiert werden:

In utopistischer Forschungsorientierung wird der Horizont traditioneller Kritik und Krisentheorie überschritten und lautet die Frage, wo und wie sich innerhalb des Reproduktionsgeschehens ein neues systemisches Arrangement kristallisiert, eine neuartige Praxisformierung ankündigt. Marx hat beispielsweise sogar in der Entwicklung von „Aktienkapital“ gewisse industriekapitalistische Reife- und Übergangserscheinungen⁷⁷ oder in Genossenschaften⁷⁸ die Anlage zu einer zukünftigen gesellschaftlichen Formbildung gesehen.

Die heutige, organisch ausgeformtere, reifere kapitalistische Reproduktionsform kann aber nicht mehr nur als eine industriewirtschaftliche Totalität

⁷⁶ Dieterich 2006: 185

⁷⁷ MEW 42: 436

⁷⁸ „Wir sprechen von der Kooperativbewegung, namentlich den Kooperativfabriken, diesem Werk weniger kühnen hands. Der Wert dieser großen Experimente kann nicht überschätzt werden ... Um die arbeitenden Massen zu befreien, bedarf das Kooperativsystem der Entwicklung auf nationaler Stufenleiter und der Förderung durch nationale Mittel.“ Vgl. MEW 16: 5-13

dargestellt werden: Die unstillbar produktivistische Entwicklung hat im gleichen Atemzug mit der industriellen Entwicklung auch den typischen urban-zivilisatorischen Kokon der modernen Gesellschaft materiell herausgearbeitet und zur eigenen Existenzvoraussetzung gemacht. Damit ist neben die klassischen Wirtschaftsabteilungen, welche Produktionsmittel und Konsumtionsmittel erzeugen, eine neue, *sozialwirtschaftliche* Fraktion der gesellschaftlichen Arbeit getreten. Vermittelt durch einen enormen, gesamtgesellschaftlich durch Steuern und Abgaben organisierten Werttransfer produziert diese die allgemeinen, gemeinschaftlichen Bedingungen des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens. Dem entsprechend ist, in der reinen Grundform dieser Reproduktionsordnung, die Aneignung sozialwirtschaftlicher Dienste durch die Bürger *unmittelbar* kostenlos wie die der Schulbesuch, die Straßenbenutzung oder Leistungen der Sozialversicherung.⁷⁹

Im kapitalwirtschaftlichen Betriebs- und Systemkalkül rangiert der sozialwirtschaftliche Fonds gesellschaftlicher Arbeit aber als nicht mehrwerterschaffend und daher negativ, als unproduktiver Ballast oder als Luxus: Während also letzthin im informatisierten und automatisierten industriewirtschaftlichen Bereich samt dort aus- bzw. angelagerter Dienstleistungen immer weniger Menschen beschäftigt werden können, wird der wirtschaftsgeschichtlich ausdehnungsfähige, sowohl existenziellen wie zivilisatorischen Notwendigkeiten und Bedürfnissen der Menschen gemäße Teil der sozialwirtschaftlichen Produktionen funktionell *disparitätisch* und *repressiv* behandelt. Oder er wird, im Gegensatz zu seinem sachlichen oder gesellschaftlichen Naturell, restriktiven und entstellenden Formzwängen der Kapitalverwertung unterworfen.⁸⁰

In der aktuellen wirtschaftlichen Situation macht sich die Doppeldeutigkeit der sozialwirtschaftlichen Dienste, einerseits ein Kostenfaktor des warenproduzierenden Bereichs zu sein, aber auch als Investitions- und Gewinnfeld zu locken, immer stärker geltend. Auf der anderen Seite wachsen Bestrebungen und Proteste gegen die relative Benachteiligung der dort Beschäftigten sowie für die Sicherung sozialwirtschaftlicher Grundversorgung und Zivilisationsleistung. Gesamtwirtschaftlich zeigt sich die praktische

⁷⁹ In den vielgestaltigen Übergangs- und Mischformen zwischen öffentlichen Institutionen, staatlicher Finanzierung oder Subventionierung und privatwirtschaftlicher oder gemeinnütziger Betriebsweise drückt sich eine objektive Unentschiedenheit hinsichtlich der grundlegenden Formfrage aus. Siehe dazu Schui 2006.

⁸⁰ Siehe dazu den Beitrag von Werner Rügemer im vorliegenden Sammelband.

Unmöglichkeit einer zufriedenstellenden Finanzierung aus der überwiegenden Besteuerung von Einkommen, so dass praktisch aus unablässig wachsenden Staatsschulden finanziert wird. Die *Privatisierung des Öffentlichen* erscheint so als probates Mittel, um neue Profitmöglichkeiten zu erschließen, vermeintlich zu hohe Soziallasten zu senken und gleichzeitig die Staatsschuld zu reduzieren.

Marx hat in der heute akuten Tendenz zur Privatisierung der sozialen Dienste und infrastruktureller Produktionen bereits eine spätkapitalistische Tendenz, ein Anzeichen für eine „höchste Entwicklung der auf das Kapital gegründeten Produktion“ gesehen.⁸¹ Aber er konnte nicht voraussehen, dass es nicht mehr nur um diese oder jene Projekte wie einen Straßenbau, Eisenbahnbetrieb und andere Großunternehmungen geht, die kapitalwirtschaftlich vereinnahmt werden, sondern um eine wesentlich durch die ökonomischen Funktionen des modernen Sozialstaats vermittelte *andere Hälfte der Wirtschaft und Arbeit*.⁸²

Erst damit kann sichtbar werden, dass deren Entfaltung - bis hin zu einer gesellschaftlich garantierten, ökonomisch paritätischen Stellung im Verhältnis zum anderen Sektor - die Grundfunktionalität des Systems verändern und ein Emanzipationsfeld gesellschaftlicher Arbeit eröffnen könnte. Dies ist jedenfalls die zentrale These im Konzept „Sozialwirtschaft als Systemalternative“.⁸³

Die wesentliche immanente Schranke der Kapitalwirtschaft besteht darin, dass sie die aus ihrer Perspektive „unproduktive Arbeit“ der sozialwirtschaftlichen Tätigkeiten nicht im vollen Sinne als wertbildend fungieren lassen, sich als andersartige gemeinützig-gemeinwirtschaftliche Formbildung ausbreiten oder gar als ganze Wirtschaftsabteilung expandieren lassen kann, sondern tendenziell eindämmt oder verwertungsökonomisch integriert und damit deformiert.⁸⁴ Statt die Emanzipation sozialwirtschaftlicher Dienste und damit überhaupt die Entfaltung zivilisatorischer Produktionen und deren angemessene gesellschaftliche Aneignung zu ermöglichen, wird aus einer Situation der Überakkumulation und Überproduktion letztlich die Expansion in den Weltmarkt, mit anderen Worten: die neoliberale Globalisierung erzwungen.

⁸¹ Vgl. MEW 42: 430-440. Marx' Erörterungen brechen mit der Bemerkung ab, dass die Angelegenheit „an diesem Punkt noch nicht scharf gezeichnet werden kann“.

⁸² Müller 2001b: 922

⁸³ Müller 2005b

⁸⁴ Siehe dazu Werner Rügemer im vorliegenden Sammelband.

Mit dieser Öffnung des Ventils verwandelt sich die nationalökonomische Basis in eine Werkbank für globale kapitalistische Groß- und Konkurrenzunternehmen und verstärkt sich der allgemeine, stets wirksame kapitalwirtschaftliche Druck auf das Lebensniveau breiter Teile der arbeitenden und noch mehr der nichtarbeitenden Bevölkerung. Zugleich wird der ansonsten möglichen inneren Transformation des Systems mit probaten Mitteln entgegen gearbeitet: Alle ideologischen Agenturen, jeglicher marktschreierische Stumpfsinn wird gegen den aktiven Sozialstaat mobilisiert, die Umwidmung sozialwirtschaftlicher Produktionen in Privatunternehmen gefordert, mit berechnender Doppelzüngigkeit für die unkontrollierte Öffnung anderweitiger Warenmärkte und Investitionsfelder geworben und zwecks weltweiter Auspressung und Aneignung von menschlichen und natürlichen Ressourcen interveniert.

Die dennoch bestehende, latente Potentialität der konkreten Alternative würde jetzt auch nicht mehr dadurch aus der Welt geschafft, dass sich trotz aller kleinen und großen Katastrophen weiterhin eine „transformistische Flexibilität“⁸⁵ der Kapitalwirtschaft zeigt oder dass sich zunächst sogar ein neuer Schub des sozial und ökologisch destruktiven Produktivismus und Expansionismus einstellt. Die latente Drohung der Alternative lässt nicht nach, auch wenn die Erstreckung der eröffneten Übergangsperiode heute noch nicht genauer abzusehen ist. Im Gegenteil: Je länger und je mehr die weitertreibende ökonomische und zivilisatorische Entwicklung in schreienden Gegensätzen verläuft, desto akuter wird die gesellschaftliche Frage nach einer konkreten Alternative:

Der real-mögliche andere Entwicklungspfad oder das mögliche nichtkapitalistische politisch-ökonomische System beruhte auf der Emanzipation der sozialwirtschaftlichen Dienste aus ihrer heute noch volkswirtschaftlich prekären Stellung als Unkostenfaktor der Kapitalwirtschaft, so dass waren- oder industriegewirtschaftliche Arbeit und alle sonstige gesellschaftlich notwendige, nützliche und sinnvolle Arbeit als gleich wertbildend rangieren. Ein solches *paritätisches Verhältnis zwischen zwei Händen der gesellschaftlichen Gesamtarbeit* ist herstellbar durch die Vermittlung der Steuern, Haushalte und damit einhergehenden Entscheidungen staatlicher Instanzen, das heißt dazu berufener wirtschaftsgesellschaftlicher Organe. Die durchsichtige und gesellschaftlich kontrollierte Instituierung dieses Zusammenhangs bedeutete aber nichts weniger als eine neue Reproduktionsordnung, eine neue Gestalt der Selbstorganisation der gesellschaftlichen Gesamtarbeit, mit der

⁸⁵ Altwater 2002

qualitativ veränderte ökonomische Funktionen und Formbildungen einhergehen.⁸⁶

Diese müssen nicht als Kopfgeburten oder erst nach einem systemischen Bruch in einer fernerer Zukunft kreiert werden. Sie können vielmehr in Vorformen und Elementen, ökonomischen Mischformen und innerlichen Funktionszusammenhängen des modernen Wirtschaftslebens entdeckt und befördert werden.⁸⁷

Im sozialwirtschaftlichen Konzept wird die Warenproduktion weiterhin auch durch Ware-Geld-Formen und Märkte vermittelt, kann aber in gemeinnütziger Form betrieben werden und ist in eine veränderte *Reproduktionsordnung* eingebettet: Ein entsprechend den praktischen Verschlingungen des Reproduktionsgeschehens *exakt notwendiger* steuerlicher Werttransfer verwandelt die effektiven gesellschaftlichen Vorleistungen der sozialwirtschaftlichen Dienste für die warenproduzierende Abteilung von dort wieder in gesellschaftliches Eigentum und übersetzt diesen Wertefonds wieder weiter in gesellschaftliche Arbeit im sozialwirtschaftlichen Bereich: Aus öffentlichen Haushalten und Budgets werden, planvoll und kontrolliert, auf allen Ebenen die allgemeinen und gemeinschaftlichen Dienste und Einrichtungen finanziert. In diesem volkswirtschaftlich kombinierten Zusammenhang operieren sowohl auf dem Gebiet industriewirtschaftlicher Warenproduktionen wie im Bereich sozialwirtschaftlicher Dienste gemeinnützig-gemeinwirtschaftlich verfasste Betriebseinheiten. Über diesen Kernbereich hinaus können im wirtschaftlichen Leben auch andere Formen eine passende Rolle spielen, beispielsweise private Produktionen in bestimmten Größenordnungen oder Sonderbereichen, eine Vielfalt persönlicher Dienstleistungen sowie sozialproduktive Projekte, Vereinigungen und Institute der verschiedensten gesellschaftlichen Zwecksetzung und Sinnstiftung.

⁸⁶ MEW 42: 417. „Damit die Arbeit sich wieder zu ihren objektiven Bedingungen als ihrem Eigentum verhalte, muss ein anderes System an die Stelle des Systems des Privataustauschs treten, der, wie wir gesehen, Austausch von vergegenständlichter Arbeit gegen Arbeitsvermögen und darum Aneignung der lebendigen Arbeit ohne Austausch setzt“.

⁸⁷ Herbert Schui weist im Zusammenhang der Privatisierungsdebatte darauf hin: „In jedem Fall aber ist daran zu erinnern, dass in den kapitalistischen Ländern umfangreiche Erfahrungen mit der Organisation des öffentlichen Sektors in einem gemischtwirtschaftlichen System gemacht worden sind ... Alle diese europäischen Erfahrungen ... sind die Vorlagen, die uns helfen können, die Fragen der öffentlichen Daseinsvorsorge, der Organisation des gemischtwirtschaftlichen Systems mit einem umfangreichen öffentlichen Sektor zu lösen.“ Vgl. Schui 2006

Diese Grundorganisation des Wirtschaftens bietet jeder notwendigen, nützlichen und sinnvollen gesellschaftlichen Tätigkeit Raum und darin die Möglichkeit ihrer praktischen Bestätigung im Miteinander und auf Gegenseitigkeit. Befreiung der Arbeit hieße jetzt nicht nur einfach Selbstbestimmung des Arbeiters oder schlechthin Aufhebung von Arbeit oder nur humane Gestaltung von Lohnarbeit, sondern *Freisetzung von gesellschaftlich nützlicher und sinnvoller Tätigkeit jeglichen Inhalts*, Freisetzung einer in gesamtgesellschaftlichem Maßstab kombinierten Arbeit: Arbeit nicht mehr eingleisig zum Zweck der Warenproduktion, sondern zur synchronisierten Produktion materieller und kultureller Lebensmittel und der gemeinsamen, zivilisatorisch angemessenen Lebensbedingungen, nicht zuletzt zur Erziehung, Bildung und Information emanzipierter gesellschaftlicher Individuen. Freisetzung von Arbeitsmöglichkeiten in einer neuen, nämlich der spezifisch sozialwirtschaftlichen Formbestimmtheit und im Sinne einer „Ökonomie der Zeit“⁸⁸, in einem zeitökonomisch, menschlich und vernünftig kombinierten, vergesellschafteten Reproduktionszusammenhang.

Mit einer sehr abstrakten Formulierung, die aber die im modernen Wirtschaftsleben bereits angelegte Sollbruchstelle oder die entscheidende systemische Differenz trifft, könnte gesagt werden: Es handelt sich nicht mehr um einen historischen Typ exaltierter, industriewirtschaftlich zentrierter Warenproduktion und daran an- und eingebundener Dienstleistungen, sondern um eine sozialproduktive, intelligenterer und zivilisiertere Generierung der *Lebensform*, das heißt *der Praxis als solcher*.

Konzept einer Äquivalenzökonomie

Zum Verständnis der weiteren Argumentation sollte wenigstens im Umriss der Ansatz einer „Sozialwirtschaft als Systemalternative“⁸⁹ skizziert werden. Von daher ist eine eingehendere, kontrastreichere Untersuchung des vorliegenden Entwurfs der *sozialistischen äquivalenten Ökonomie* möglich. Zunächst wird deutlich, dass die im Konzept der Äquivalenzökonomie⁹⁰

⁸⁸ MEW 42: 105. Dazu auch Marx an Kugelmann am 11. Juli 1868

⁸⁹ Ausführliche Darstellung: Müller 2005b.

⁹⁰ Unter der ‚Anwendung‘ des Äquivalenz-Prinzips wird die Wertbestimmung *aller* Erzeugnisse nach der darin ‚enthaltenen‘ Arbeitszeit verstanden, entsprechend die Entlohnung nach der individuell aufgewendeten Arbeit und der Austausch bzw. die Verrechnung der Leistungen zum ‚echten‘, ‚objektiven‘ oder ‚absoluten‘ Arbeits(zeit)wert. Dieterich 2006: 114, 117 ff. Diese Institutionalität soll zugleich eine Art ‚soziale und ökonomische Gerechtigkeit‘ verbürgen. Dieterich 2006: 122

vorgesehene unmittelbar arbeitszeit- oder arbeitswertbasierte Totalplanung aller wirtschaftlichen Aktivitäten im Grunde weiterhin auf das traditionelle warenwirtschaftliche Reproduktionsschema aufsetzt. Die definitorische Hinzurechnung der Kategorie „Dienstleistungen“⁹¹ ändert das nicht. Mit dieser Anpassung an die reproduktionstheoretisch verunklarende Begriffsbildung der modernen Wirtschaftswissenschaft werden die Unterschiede zwischen den materiellen Charakteren und ökonomischen Formbildungen der beiden Reproduktionsabteilungen weiterhin verwischt.⁹²

Mit der zu allgemein gefassten oder beschränkten Reproduktionsfigur verbindet sich eine vereinfachte *Arbeitswert-* oder besser *Arbeitszeitwertlehre*: Wenn ökonomischer Wert in letzter Instanz nichts anderes repräsentiert als Arbeitszeit, was liegt dann näher, als den gesamten gesellschaftlichen Reproduktionsprozess wie einen Fluss von Arbeitszeitwertquanten zu interpretieren? So könnte er durch technisch-organisatorische Mittel wie RFID-Prozessoren, Computernetze, Input-Output-Matrizen⁹³ usw. erfasst, abgebildet und auch gesteuert werden, ohne dass das beanstandete Durcheinander marktwirtschaftlicher Prozesse hereinspielt. Das Ganze verläuft sich so in die Idee einer zeitökonomisch perfekten, informationstechnisch rechen- und beherrschbaren, gesellschaftlich budgetierten und kontrollierten Planwirtschaft, die sich als universelles oder globales Modell empfiehlt.⁹⁴

Der Vorschlag zielt auf eine Ökonomik „in welcher als gesellschaftliche Verrechnungseinheit nützlicher Arbeit computerisierte Arbeitszeiten anstelle monetärer Kosten-Preis-Kalkulationen verwendet und unternehmerische Autokratie durch mehrheitsdemokratische Planung“ ersetzt wird. Eine demokratisch koordinierte kybernetische Regulation soll den Markt und sein Preiskalkül ersetzen. Damit wird „Der Markt und sein Preiskalkül als fünftausendjähriger obsoleter Modus der Ressourcenverteilung, ersetzt durch Mehrheitendemokratie und wertökonomisch operierendes, elektronisch gesteuertes gesellschaftliches Produktiveigentum“.⁹⁵

⁹¹ Dieterich 2006: 114

⁹² Auch mit dem Begriff „Daseinsvorsorge“ wird noch herrschende Wirtschaftsideologie fortgeschrieben: Es geht hier nicht nur um *Vorsorge*, sondern um die Sicherung und Erhöhung der sozial-kulturellen Lebensbedingungen und des zivilisatorischen Niveaus.

⁹³ Dieterich 2006: 110, 111, 163 ff.

⁹⁴ Dieterich 2006: 100, 104!

⁹⁵ Dieterich 2006: 92, 93

Ich sehe hier zunächst nur den Versuch, den historisch gescheiterten Typ planwirtschaftlicher Regulierung auf der Grundlage einer radikal vereinfachten Konzeption ökonomischer Werthaftigkeit neu auf die Tagesordnung zusetzen. Im Grunde wird auf den gewöhnlichen Einwand, dass der Steuerungsmechanismus der Planwirtschaft an der Komplexität der Wirtschaftsvorgänge scheitert, nur mit dem Hinweis auf die grenzenlose Kapazität moderner Datenverarbeitungstechnik geantwortet.

Argumente von Cockshott und Cottrell

Das von Heinz Dieterich vorgetragene Konzept greift zurück auf wert- und wirtschaftstheoretische Ansichten von Arno Peters⁹⁶ und bezieht sich vor allem auf Ideen von Cockshott und Cottrell.⁹⁷ „Wir meinen, dass man drei Hauptideen verbinden muss: Arbeitswerttheorie, kybernetische Regulierung und partizipative Demokratie“.⁹⁸

Helmut Dunkhase hat zu der 1993 erstveröffentlichten Originalausgabe des Buches „Towards a New Socialism“ eine längere Analyse geschrieben, die deutsche Ausgabe „Alternativen aus dem Rechner“ besorgt und in neuerer Zeit unter dem Titel „Sozialismus ist machbar“ noch einmal zu den wichtigsten Grundgedanken zustimmend referiert.⁹⁹ Paul Cockshott, der an der Universität Glasgow im Bereich für Computerwissenschaft arbeitet, bekräftigte auf der Rosa-Luxemburg-Konferenz 2006: „Die Technik des Sozialismus existiert“.¹⁰⁰

Die Hauptideen der sogenannten Schottischen Schule kehren als Hauptargumente im „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ wieder, wobei der Vortrag von Cockshott und Cottrell ausführlicher und differenzierter ist, aber keine grundlegend anderen oder neuen Aspekte enthält. Der Gedanke lässt sich zu zusammenfassen: *Sozialistische Ökonomie der Zukunft ist Planwirtschaft auf Grundlage einer technisch-objektivierenden Wertrechnung in Verbindung mit möglichst direkter volksdemokratischer Entscheidung darüber, was und wie im einzelnen produziert wird.*

⁹⁶ Peters 1996, Dieterich 2006: 99-107 u.a.

⁹⁷ Cockshott / Cottrell 2006. Die Autoren geben im Vorwort an, der ursprüngliche Text sei in den späten 80er-Jahren in der Gorbatschow-Periode entstanden.

⁹⁸ Cockshott / Cottrell 2006: 11

⁹⁹ Dunkhase 2003

¹⁰⁰ Cockshott 2006

Es liegt also die *Arbeitszeitwerttheorie* oder das *äquivalenzökonomische Konzept*¹⁰¹ zugrunde, das nicht nur hinsichtlich des inneren Wirtschaftens funktionell sein soll, sondern letztlich und nicht ohne Komplizierungen auch für den äußeren Wirtschaftsverkehr, also auch für die Beziehungen mit einem nichtäquivalenten Wirtschaftsraum oder gar zwischen Gesellschaften auf unterschiedlichen Entwicklungsniveaus operativ gemacht werden muss. Für die werttheoretische Grundlagendiskussion von besonderem Interesse ist dabei, dass Cockshott und Cottrell auf die Marxschen Einwände gegen ein Stundenzettel-Modell der Ökonomie zu sprechen kommen.¹⁰²

Es erhebt sich nämlich in der Tat die Frage: Steckt hinter der Idee eines derart computersimulierten und plangesteuerten betriebs- und volkswirtschaftlichen Prozesses, der sich auf eine Grundgleichung $\text{Arbeitszeit} = \text{Wert (Preis)}$ stützt, mehr als ein mit technokratischer Phantasie weiterentwickeltes Stundenzettelmodell?¹⁰³ Cockshott und Cottrell können den Marxschen Einwänden gegen die Idee einer unvermittelte Bestimmung des eigentlichen Produktwerts entsprechend der Arbeitszeit mit dem Hinweis begegnen, dass ihr Modell *gesellschaftliches* Eigentum an Produktionsmitteln voraussetzt und dass die für Produkte geltenden Wertzumessungen jetzt nichts mehr mit *marktlichen* Prozessen zu tun haben: In der „sozialistischen Ökonomie“ ist eine gesellschaftliche Berechnung der Produktionskosten¹⁰⁴ und natürlich eine daran anknüpfende *kybernetische Regulation* des gesamten Reproduktionsgeschehens vorgesehen.

Was aber, wenn das immer noch zugrunde gelegte Denkbild einer industriewirtschaftlichen Güterproduktion überhaupt überschritten und von einer erweiterten, sozialwirtschaftlichen Reproduktionsordnung ausgegangen wird? Die aufgeworfenen alten und neuen Fragen können so oder so nicht einfach anhand von Zitaten oder Debatten der Vergangenheit geklärt werden.

¹⁰¹ Zur Äquivalenzökonomie siehe auch die Erläuterungen in Fußnote 90

¹⁰² Cockshott / Cottrell 2006: 46, 163 mit Verweis auf Marx' Kritik an Proudhon in MEW 4: 558 ff.

¹⁰³ Marx befasste sich bereits mit der Idee einer Ökonomik, bei der die in den Waren materialisierte Arbeitszeit „authentisch zu fixieren“ sein soll und ein „board“ existiert, „was für die gemeinsam arbeitende Gesellschaft Buch und Rechnung führte“. Das Modell laufe z.B. auf eine Art „Papsttum der Produktion“ hinaus. Vgl. MEW 42: 87 ff. Zu der „Grundillusion der Stundenzettler“ siehe auch MEW 42: 73 ff.

¹⁰⁴ Cockshott / Cottrell 2006: 162

Werttheoretische Fragen und Alternativen

Um der Sache weiter auf den Grund zu gehen, möchte ich die werttheoretische Problematik noch einmal grundsätzlicher erörtern: Das äquivalenzökonomische Modell postuliert eine durchgängige arbeitszeitwertbezogene Bestimmtheit, Erfassbarkeit und Steuerbarkeit des Wirtschaftslebens. Ist damit der archimedische Punkt der postkapitalistischen Ökonomie gefunden und kann das Ganze letztlich funktionieren?¹⁰⁵

Marx ging zwar davon aus, dass eine *objektive Sinnimplikation* allen ökonomischen Handelns darin besteht, dass seine Werkergebnisse ursprünglich auf einer Verausgabung von Arbeitszeit beruhen. Aber die in einer bestimmten Reproduktionsordnung schließlich in Erscheinung tretenden und fungierenden Werte, beispielsweise monetäre Marktpreise im Zusammenhang kapitalistischer Reproduktion, beruhen auf *praktisch-objektiven Wertformbildungen*, wenn man so will höheren oder verschlüsselten Organisationsformen der Werthaftigkeit. Beispielsweise ist die Mitübertragung des Werts des konstanten Kapitals im Vollzug des kapitalwirtschaftlichen Arbeitsprozesses eine Wertfunktion in dieser Praxisform und keine ahistorische Tatsache oder „Messkategorie“. Eine werttheoretische Grundlegung im Sinne der physikalischen Messung bzw. empirischen Berechnung von time-inputs und die Konstruktion einer neuen „volkswirtschaftlichen Logik“, die auf „objektiven“ Werten beruht, hat daher mit dem Marxschen Ansatz kaum etwas zu tun. Zu dieser theoretischen Distanz gegenüber Marx kommt dann aber noch eine definitive Distanzierung von Grundannahmen der Kritik der politischen Ökonomie:

Es heißt, „erst dieser objektive Charakter des Wertes erlaubt ihm, die Basis einer gerechten Ökonomie zu sein, weil der Austausch von Gütern und Dienstleistungen auf Werten gleicher Größe basieren kann, unabhängig von der konkreten Form und materiellen Gestalt, die Produkte oder Dienstleistungen haben“. Demgegenüber sind Preise heutzutage etwas Willkürliches, „im wesentlichen das Resultat der Kräftekorrelation zwischen den ökonomischen

¹⁰⁵ Dieterich bemerkt, dass es hier ums Ganze geht: „Wäre diese These der Inexistenz objektiver Werte richtig, dann könnte es natürlich auch keinen Austausch objektiv gleicher Werte geben, wodurch das Ideal der Äquivalentenökonomie zur Schimäre würde“, vgl. 2006: 123. Oder es bestünde „die einzig wirklich reale sachlich-theoretische Schwierigkeit für die Ersetzung kapitalistischer Marktwirtschaft durch eine gebrauchswertorientierte demokratisch-sozialistische Ökonomie in diesem dritten Faktor: der effizienten kybernetisch-demokratischen Regulierung einer globalisierten komplexen Wirtschaft durch die Staatsbürger.“ So Dieterich 2007.

mischen Subjekten... Der Preis in der Marktwirtschaft ist das was der Revolver beim Banküberfall ist.“ So sei es letztlich eine „irreführende Vorstellung, dass die Preise in einer Marktwirtschaft um ihre Werte oszillieren, sozusagen also das Epizentrum der Werte darstellen“.¹⁰⁶

Mit der These, dass die Preisstellung in der kapitalistischen Marktwirtschaft keinen reellen Bezug mehr zu „eentlichen“ Arbeitswerten aufweist, wird das Fundament der Marxschen Kapitalanalyse gesprengt. Denn demzufolge bietet die Kapitalwirtschaft zwar in bestimmter Hinsicht ein anarchisches Bild, beispielsweise was das Marktgeschehen und die Produktionsstruktur angeht, aber so, dass sich dabei im Durchschnitt oder letzten Endes immer wieder eine Wertgesetzlichkeit geltend macht. Es heißt etwa, dass den Beteiligten „das Haus über dem Kopf zusammenpurzelt“¹⁰⁷, wenn sich der unabhängig vom einzelnen Wollen und Tun bestehende, effektive Gesamtzusammenhang der übergreifenden gesellschaftlichen Reproduktion geltend macht. Das „Wertgesetz“ ist in diesem Sinne wie ein Gesetz der Schwerkraft definiert, was nicht damit widerlegt werden kann, dass es eine Masse irdischer oder eben auch ökonomischer Phänomene der scheinbaren Schwerelosigkeit gibt.

Den Ausführungen über *objektive* Werte und darauf beruhende Rechnungsstellungen ist praktisch entgegenzuhalten: Bereits die fungierenden Werte einfacher Industrieprodukte sind nicht objektivistisch mess- oder bestimmbar, weil schon mit der allgegenwärtigen Kalkulation betrieblicher Gemeinkosten der Boden des Empirischen verlassen werden muss. Das Argument einer *objektiven* Messbarkeit sticht dann umso weniger, je mehr die in der Produktion unmittelbar verausgabte Arbeit schwindet und sich „der Mensch vielmehr als Wächter und Regulator zum Produktionsprozess verhält“¹⁰⁸. Oder es müsste, geht man von der Alternative einer „sozialwirtschaftlichen“ Reproduktionsordnung aus, der Wert der *produktiven Tätigkeit* der sozialwirtschaftlichen Dienste, de facto gesamtwirtschaftliche Gemeinkosten, als Vorleistung in den betriebswirtschaftlichen Wertehaushalten der Warenproduktion zur Erscheinung kommen, müsste dort *nach Maßgabe erst noch vorzugebender Kalkulationsrichtlinien* als *Kapitalwert* veranschlagt werden und böte so den Ansatzpunkt zu der volkswirtschaftlich notwendigen Besteuerung bzw. zum Wertetransfer. Demgegenüber wäre die Finanzierung sozialwirtschaftlicher Dienste als *unproduktive Arbeit* aus dem *Mehrwert* eine

¹⁰⁶ Dieterich 2006: 161, 175

¹⁰⁷ MEW 23: 89

¹⁰⁸ MEW 42: 601

typisch kapitalistische Wertfunktionalität, die eben diesem System der gesellschaftlichen Arbeit eigen ist und praktisch ganz andere Konsequenzen nach sich zieht.

Die Beispiele sollen bekräftigen, was auch bittere Erfahrungen aus realsozialistischen Experimenten lehren: Das moderne Wirtschaftsleben stellt ein ungeheuer vielstelliges und vielgestaltiges System der gesellschaftlichen Arbeit dar, das ohne die Vermittlung durch praktisch-objektive Wertformbildungen und deren systemisch konkordante Handhabung im betriebswirtschaftlichen Prozess, in der ökonomischen Kommunikation und auf Ebene des volkswirtschaftlichen Zusammenschlusses nicht operieren, kalkulieren und bilanzieren kann. Durch den Rückgriff auf vermeintlich „objektive“ Arbeitszeitwerte wird nur der schwierigen Aufgabe ausgewichen, die Wertformen und Wertgesetzlichkeiten, auch die Rolle marktlicher Vermittlungen¹⁰⁹ innerhalb einer nichtkapitalistischen Produktionsweise zu klären. Dies ist aber trotz der kaum noch zu überschauenden und teilweise sehr schwierigen Analysen und Debatten unausweichlich, wenn denn zur Wirtschaft der Zukunft etwas Stichhaltiges ausgesagt werden soll. Vielleicht trägt die Klärung werttheoretischer Fragen einer höheren Reproduktionsform letztendlich auch zur Beantwortung alter Rätsel- und Streitfragen bei?

Transformation des ökonomischen Systems und Kalküls

Alle alten und neuen Fragen zur ökonomischen Werthaftigkeit sind gewissermaßen verknotet in der Problematik des ökonomischen Kalküls, des Systemkerns einer ökonomischen Figuration.¹¹⁰ So ist der kapitalwirtschaftlichen Praxis die „Logik der Kapitalverwertung“ eingeschrieben, ein unstillbarer Rationalisierungs-, Akkumulations- und Wachstumswang, der sich zugleich in der vorherrschenden Motivation der Kapitalwirte und im Denken kollaborierender Profiteure reflektiert. Das Krebskalkül der Kapi-

¹⁰⁹ Siegfried Wenzel gibt zum informationstechnisch gestützten Arbeitszeitwertmodell zu bedenken, „dass allgemeine gedankliche Vorstellungen auf dem Gebiete der Ökonomie nur erste Schritte für die Erfassung und Beherrschung der vielfältigen realökonomischen Vorgänge darstellen und allzu leicht bereits für die volle Lösung gehalten werden“. Er kommt zu dem Schluss, dass „gegenwärtig außer dem demokratisch kontrollierten marktwirtschaftlichen Regulationsmechanismus kein Konzept sichtbar (ist), das im Rahmen zumindest einer längeren Übergangsphase brauchbare ökonomische Steuerungsinstrumente beinhaltet“. Wenzel 2006: 820, 823

¹¹⁰ Eine zentrale Bedeutung erhielt der Begriff „Kalkül“ durch die immer noch anregende Studie von Charles Bettelheim: *Ökonomischer Kalkül und Eigentumsformen. Zur Theorie der Übergangsgesellschaft*. Siehe Bettelheim 1972.

talwirtschaft wirkt durch milliardenfache ökonomische Einzelentscheidungen und Einzelereignisse und programmiert das Wirtschaftsgeschehen auf nicht unmittelbar sichtbare Weise.

Von einer neuen Produktionsweise könnte daher nur die Rede sein, wenn eine veränderte Reproduktionsordnung konfiguriert und gezeigt würde, inwiefern darin praktisch-objektiv eine zivilisatorisch höher stehende politisch-ökonomische Grundfunktionalität waltet. Richtig findet sich auch bei Heinz Dieterich der Gedanke des notwendigen qualitativen Sprungs im Zuge der Instituierung einer zukünftigen Ökonomik. Ihr soll das Neue nicht einfach von oben aufgeherrscht werden, sondern eine inhärente neue Qualität darstellen.

Daher leuchtet die Feststellung ein, dass die bereits durchexerzierte Verstaatlichung der Produktionsmittel bei Beibehaltung herkömmlicher Marktvermittlungen im Kern nichts ändert: „Doch ist andererseits klar, dass die neue staatliche Eigentumsform bei Beibehaltung der zentralen Funktionsmechanismen der Marktökonomie nicht das Transformationspotential entwickeln konnte, das notwendig war, um eine qualitativ andere Produktionsweise herbeizuführen“.¹¹¹ In diesem Sinne wird ein „Marktsozialismus“ verworfen.

Hinzuzufügen ist heute im Hinblick auf Diskussionen und Strömungen einer *Alternativen Wirtschaftspolitik*, dass auch die Umstellung von der neoliberalen zu einer neo- oder links-keynesianischen Wirtschaftspolitik noch keine grundlegende systemische Umstimmung bedeutete. Es handelt sich dabei zunächst nur um das Projekt einer in gewissem Umfang möglichen volksfreundlichen Moderation und gesellschaftlichen Einhegung der markt- und kapitalwirtschaftlichen Prozesse¹¹². Die von *Keynes* selbst vertretene Krisendiagnose und seine differenzierten Ideen für eine „regulierte Ökonomie“ gehen allerdings weiter als ein *Keynesianismus* und weisen möglicherweise in eine positive Richtung.¹¹³ Ob die Hoffnung begründet ist, dass

¹¹¹ Dieterich 2006: 183

¹¹² Dräger 2006 weist darauf hin: „Auch die alternative und antikapitalistische europäische Linke bedient sich überwiegend im konzeptionellen Arsenal des wachstumsorientierten Keynesianismus“. Bei Leibiger 2006 werden als Vertreter eines linken Post-Keynesianismus Karl-Georg Zinn und Rudolf Hickel genannt. Die aktuelle Debatte reflektiert der Workshop ‚Keynesianische Ökonomie als alternative Ökonomie‘ der RLS im Februar 2006. Die prominenteste Vertretung eines Neokeynesianismus stellt wohl die Memorandum-Gruppe dar, siehe Arbeitsgruppe *Alternative Wirtschaftspolitik* 2006, ebenso die *Euromemoranden*.

¹¹³ Bischoff / Lieber 2006: 13 u. Bischoff (2006)

in der Verfolgung eines solchen Weges eine weitertreibende Dynamik entsteht oder eine Ausgangsposition für eine weitergehende Transformation gewonnen werden kann, bleibt weiter zu prüfen.

Ganz anders vertritt im äquivalenzökonomischen oder computersozialistischen Konzept die Arbeitszeitrechnung in Verbindung mit radikaler Wirtschaftsdemokratie die Stelle eines neuen ökonomischen Kalküls. Ein gesellschaftlich kontrolliertes Dirigat über die in subordinierten Produktionseinheiten verfügbaren oder objektivierten Arbeitszeitquanten soll die Marktvermittlung überflüssig machen und speziell auch die Aneignung beziehungsweise Verteilung des Mehrprodukts regeln. Der Unterschied der alten und der neuen Produktionsweise wird so auf den Punkt gebracht: „Beide Ökonomien sind getrieben durch den Imperativ steigender Produktivität, doch in der Äquivalenzökonomie entscheidet der Beschäftigte als Subjekt über die Höhe der Mehrarbeitsrate, während er im Kapitalismus lediglich ein Objekt der Ausbeutungsbestimmungen der Unternehmernagnaten ist. Die Exploitationsrate der direkten Produzenten in einer realdemokratischen Ökonomie kann nur von ihnen selbst bestimmt werden“.¹¹⁴

In diesem *Imperativ steigender Produktivität* scheint noch das planwirtschaftliche Modell aus der Mitte des 20. Jahrhunderts durch, das heißt auch die traditionelle Fixierung auf das Reproduktionsmodell einer waren- und industriewirtschaftlichen Totalität und eine in der Systemkonkurrenz auf Wachstumsraten ausgerichteten Wirtschaftspolitik. Kann dies die Wirtschaft der Zukunft sein angesichts des erreichten Standes der Produktivität bzw. Überakkumulation und Überproduktion? Selbst bei einer Ausgangsposition im zivilisatorischen Rückstand würde sich heute das einfache Modell einer nachholenden Industrialisierung kaum empfehlen: Die Entwicklung in China¹¹⁵ bietet Beispiele für die extremen, negativen Konsequenzen.

Eine entkrampfte, nachhaltige und ausgewogene Reproduktionsdynamik kann so nicht erwachsen. Das *politisch-ökonomische Paradigma der Zukunft* liegt daher nicht primär in warenwirtschaftlichen Maximierungsstrategien, sondern in einer gesellschaftlich konkordanten sozial-ökonomischen Entwicklung, die in der Reproduktion des gesamten subjektiv-objektiven Ensembles der Praxis, der Lebensform als solcher, ihr eigenes Optimum definiert. So könnte auch in der technologischen und materiellen Dimension etwas wahrhaft Besseres erreicht werden als unter einer neoliberalen oder einer staatskapitalistischen *Diktatur des Produktivismus*.

¹¹⁴ Dieterich 2006: 177

¹¹⁵ Ausgezeichnete Quellen: Peters 2005 sowie Le Monde diplomatique 2007

Marx hat bezüglich der Wirtschaft der Zukunft vor allem die Notwendigkeit einer durchsichtigen, vernünftigen Verteilung der verfügbaren Arbeitszeit auf die verschiedenen Produktionszweige¹¹⁶ angesprochen. Dieser Weisung möchte das computersozialistische Arbeitswertkonzept unmittelbar entsprechen, kann sich dabei aber nicht auf jenen berufen. Denn Marx hat trotz mancher vorgreifenden Erörterung letztlich nicht geklärt, durch welche ökonomischen Formbildungen, Steuerungslogiken und Medien¹¹⁷ ein zeitökonomisches volkswirtschaftliches Optimum erreicht werden kann. An anderer Stelle weist Marx darauf hin, dass in der zukünftigen Gesellschaft die Bereiche wie Bildung, Gesundheit usw. anwachsen.¹¹⁸ Diesen Grundgedanken entspricht die Konzeption der *Sozialwirtschaft als Systemalternative*. Dabei ist die gesellschaftlich notwendige und sinnvolle Arbeit auf die Abteilungen der industriellen Warenproduktion und die Abteilung sozialwirtschaftlicher Dienste verteilt und beide produzieren durcheinander und füreinander, vermittelt durch einen regulativen gesamtgesellschaftlichen Transfer. In der neuen Konfiguration ergibt sich aber nicht nur eine Verschiebung zwischen den Gewichten der Abteilungen. Es handelt sich jetzt um eine qualitativ veränderte Reproduktionsordnung, welche das Modell einer unvermittelten, direktiven Beherrschung industriewirtschaftlicher Warenproduktionen und daraus nur sekundär abgeleiteter Sozial- und Zivilisationsleistungen überschreitet:

In der neuen Konstellation tauschen sich nicht mehr *lebendige Lohnarbeit und verwertungshungriges Kapital*, letzteres personifiziert durch Kapitalwirte oder auch durch ein bürokratisches Regiment, gegeneinander aus. Das praktische Resultat letzterer Konstellation wäre ein Akkumulationsregime oder eine Kommandowirtschaft. Vielmehr besteht jetzt ein durch legitimierte wirtschaftsgesellschaftliche Organe koordinierbares Verhältnis auf Gegenseitigkeit zwischen den zwei Grundabteilungen oder *zwei Händen der gesellschaftlichen Arbeit*. Wenn diese in ein *paritätisch werteschaftendes* Verhältnis gesetzt sind, wird nicht die Abteilung der sozialwirtschaftlichen

¹¹⁶ MEW 42: 105

¹¹⁷ „Vermittlung muss natürlich stattfinden“ in den Verkehrsverhältnissen jeder zukünftigen Reproduktionsordnung, auch bei jener, bei der „die Gemeinschaftlichkeit als Grundlage der Produktion.. vorausgesetzt (ist)“. Vgl. MEW 42: 104

¹¹⁸ „...was zur gemeinschaftlichen Befriedigung von Bedürfnissen bestimmt ist, wie Schulen, Gesundheitsvorrichtungen etc. Dieser Teil wächst von vornherein bedeutend im Vergleich zur jetzigen Gesellschaft und nimmt im selben Maß zu, wie die neue Gesellschaft sich entwickelt.“ Marx 1875: 19

Dienste aus einem „Mehrwert“ der Industriewirtschaft finanziert. Vielmehr konstituieren sich dann die Werte der Warenproduktion auf der Grundlage der unverkürzten Anerkennung der gemeinwirtschaftlichen Vorleistungen der anderen Abteilung und wird umgekehrt die industriewirtschaftliche Produktion zur Quelle der Grundausrüstung der ersteren: Die eine Abteilung oder Agentur kann die andere weder übervorteilen noch ausbeuten, wenn das paritätische Verhältnis wirklich in Kraft gesetzt ist. Mögliche *Überschüsse in der Bilanz* beider Abteilungen drücken dann letztlich nichts anderes aus als eine *gesamtgesellschaftliche Ersparnis*, die keine zwanghafte Bedingung für den Fortgang und die Erweiterung der Reproduktion mehr darstellt wie vordem der *kapitalwirtschaftliche Mehrwert*.

Der sonst aus einem nebulösen Systemkernel immer neu erwachsende, vermittelt gesellschaftlicher Eigentums- und Machtverhältnisse personifizierte, in der herrschenden Wirtschaftsdeologie und im Konsumfetisch angebetete Verwertungs- und Akkumulationstrieb der Kapitalwirtschaft wäre aufgehoben zugunsten einer „Ökonomie der Zeit“. Dies auch im Sinne einer durch das ökonomische Kalkül zugelassenen gesamtgesellschaftlichen *Grundorientierung auf Ersparnis von Arbeitszeit*, die wiederum individuell in die Gewinnung von „disposable time“ umgesetzt werden kann.¹¹⁹ So oder so bildet jedenfalls die Brechung des mit dem alten Kalkülzwang verbündeten Verwertungsinteresses die Voraussetzung für eine gesellschaftlich kontrollierbare und ökologisch nachhaltige Produktions- und Lebensweise konkreter Gesellschaften und würde auch entsprechende Konsequenzen für die Gestaltung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen nach sich ziehen:

An die Stelle des über alle sozial-ökologischen Schranken des menschlichen und gesellschaftlichen Lebens hinausdrängenden Verwertungsregimes könnte sowohl einzel- wie gesamtwirtschaftlich eine rationelle Wirtschaftlichkeitsrechnung der Sparsamkeit, eine Orientierung auf eine Konsolidierung der gesellschaftlichen Reproduktion statt auf Akkumulation und Expansion treten. Dabei existierten weiterhin ökonomischen Gestaltbildungen, die bekannt erscheinen. Aber deren Charakter wäre durch den politisch-ökonomisch anderen Gesamtrahmen entscheidend verändert, indem darin ein neues Kalkül zur impliziten Vorausbedingung ökonomischen Handelns geworden ist.

Lohn drückte jetzt die Berechtigung auf einen Anteil am gesellschaftlichen Konsumtionsfonds aus. Die Konkurrenz wäre ein Wettstreit um bes-

¹¹⁹ MEW 42: 603 f.

sere Lösungen und um mögliche Prämien aus einem gesamtgesellschaftlichen Fonds. Der Markt wäre tatsächlich auch ein Ort der Entscheidung über ökonomisches Gelingen oder Misslingen und keine Szene für exaltierten Produktivismus und Konsumismus oder Katastrophen verschiedenster Größenordnung. Ein betrieblich erzielter rechnerischer Mehrwert drückte einen Anteil an volkswirtschaftlicher Ersparnisleistung aus und keinen aus- und abgepressten Verwertungsüberschuss. Was ist aber mit der gesellschaftlichen und politischen Dimension einer derart veränderten politischen Ökonomik?

Wirtschaftsplanung und radikaldemokratische Verfassung

Die jeweils zugrunde liegende Reproduktionsordnung ist entscheidend für die ökonomisch-politische Gesamtgestaltung einer Gesellschaft. Sowohl Dieterich als auch Cockshott und Cottrell sehen eine „radikaldemokratische Verfassung“ als „beste politische Ergänzung zu einer sozialistischen Wirtschaftsplanung“¹²⁰ an. Im Gegenzug gegen den Typus der bürgerlichen Demokratie, auch über herkömmliche Vorstellungen von einer Wirtschaftsdemokratie¹²¹ hinaus, wird für eine *partizipative Demokratie* mit starken plebiszitären Elementen plädiert. Also weder ein „sentimentales“ Rätekonzept noch ein „demokratischer Zentralismus“.¹²²

Cockshott und Cottrell führen die Gedanken zu einer Delegation und Kontrolle der Macht durch das Volk differenziert aus: Es sollte eine Vielzahl von *Ausschüssen, Räten, Komitees, ein System demokratischer Kontrolle aller öffentlichen Gremien oder Organe der öffentlichen Autorität* geben. Aber im Zentrum steht der Gedanke der wirtschaftlichen Demokratie: „Wirtschaftliche Demokratie erfordert, dass die Mehrheit der Staatsbürger eine reale Einflussnahme auf die volkswirtschaftlichen Parameter nehmen kann, die ihre Lebensqualität entscheidend beeinflussen.“ Dazu werden unter anderem Steuer- und Investitionsquoten, Infrastrukturfragen, auch internationale Verträge, Vereinbarungen innerhalb der Europäischen Union und mit den global agierenden Organisationen gezählt.

Als Beispiel für die notwendigen plebiszitären Verfahren dient der Staatshaushalt: „Die Prozedur ist relativ einfach. Die verschiedenen Haushaltsinitiativen werden einige Monate lang in ihren wesentlichen Komponenten über öffentliche und private Medien (Fernsehen, Radio, usw.) debat-

¹²⁰ Cockshott / Cottrell 2006: 215

¹²¹ Siehe Vilmar 2006, auch Krätke 2003

¹²² Cockshott / Cottrell 2006: 219, 224

tiert und dann in einem elektronischen Plebiszit entschieden.“¹²³ Auch bei Cockshott und Cottrell soll der Souverän unter anderem „auf direkte Weise“ durch „elektronische Abstimmungen“ über bestimmte Belange entscheiden.¹²⁴

Natürlich können durch direkte Volksabstimmungen nur grundlegende Fragen entschieden werden. Der laufende Vollzug und die Planmäßigkeit der wirtschaftlichen Gesamttätigkeit erfordert zugleich eine zentrale Instanz: „Die Planungsbehörde ist die institutionelle Verkörperung des gemeinsamen Besitzes der Produktionsbedingungen“ und auf dieser Basis gesellschaftlichen Eigentums sind ökonomische Aktivitäten „Projekte“, die auf Grundlage der im Rahmen der gesellschaftlichen Gesamtplanung zuerkannten Budgets wirtschaften. So gibt es also weder herkömmliche Staatsbetriebe noch relativ selbständig operierende Genossenschaften¹²⁵. Das Produktionsgeschehen wird nicht mehr durch Märkte vermittelt, da die Budget- und Produktionsplanung für die Konvergenz von Angebot und Nachfrage sorgt.

Der Grundbegriff der „partizipativen Demokratie“¹²⁶ deutet ohne Zweifel in eine positive Entwicklungsrichtung, auch wenn die Charakterisierung als „kybernetische Kompetenz“ des „sozialen Systems“ und „funktional überlegene Systemeigenschaft“¹²⁷ zum Verständnis wenig beiträgt. Die Grundorientierung wird meines Erachtens auch nicht durch die hier mit hereingetragenen illusionären Vorstellungen bezüglich elektronischer Plebiszite über Staatshaushalte oder auch durch den hinterrücks wieder eingeschleppten Zentralismus einer obersten Planungsbehörde entkräftet.

Aber *partizipative Demokratie* wird hier ganz betont plebiszitär oder radikal basisdemokratisch verstanden und auf *bestehende* Partizipationsformen wird praktisch kein Bezug genommen. Entwicklungsfähige Ansätze demokratischer Einflussnahme, Selbstorganisation, Kooperativität und Kontrolle existieren beispielsweise im Stadtquartier und auf kommunaler Ebene, im Arbeits- und Organisationszusammenhang gesellschaftlich relevanter Körperschaften und Institutionen. Warum wird das basisdemokratische Konzept gegen den Gedanken *repräsentativer Organisationsformen* und implizit

¹²³ Dieterich 2006: 156, 157

¹²⁴ Cockshott / Cottrell 2006: 226

¹²⁵ Cockshott / Cottrell 2006: 247

¹²⁶ Dieterich 2006: 103, 129

¹²⁷ Dieterich 2006: 128, 131. Es wird gar „Das Messen des Grades an oder der Größen von Demokratie“ anvisiert.

zugleich gegen die Vorstellung eines *multipolaren Praxisprozesses* derart in Stellung gebracht?

Auch Luciano Canfora geißelt die oligarchische Herrschaft in demokratischer Maske und die Aushöhlung solcher Demokratie durch die „weitestgehende Verbreitung einer allgemeinen Kultur des Reichtums bzw. seiner Anbetung mit Hilfe eines alles durchdringenden medialen Systems“. Das ist durchaus im Sinne der Parlamentarismus- und Medienkritik im „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“. Aber Canfora kommt zu einem anderen, denkwürdigen Schluss. „Tatsache ist: Weil die ‚Demokratie‘ eben keine Regierungsform, kein *Verfassungstyp* ist, kann sie in den unterschiedlichsten politisch-konstitutionellen *Formen* herrschen, teilweise herrschen, gar nicht herrschen oder sich wieder zur Geltung bringen“.¹²⁸ In diesem Sinne möchte ich Konstitutionsfragen einer *demokratisch-politischen* Ökonomie noch einmal anders beleuchten.

Sozialwirtschaft und der Logos der Praxis

Die Konstitution der vorgeschlagenen *sozialistischen Ökonomie* ist bestimmt durch basisdemokratische Interventionen in wirtschaftlichen Fragen, die permanente Aktualisierung eines äquivalenzökonomisch gerechneten Gesamtplanwerks unter Kontrolle einer Zentralbehörde und einen Planvollzug durch budgetiertes Wirtschaften. Die praxistheoretische Sichtweise legt auch hier eine ganz andere Betrachtungsweise nahe. Diese knüpft an eine andere, sozialwirtschaftliche Konfiguration des Reproduktionsgeschehens an und beinhaltet ein anderes Verständnis für die Rolle der ökonomischen Akteure und des Orientierungswissens im Vollzug der gesellschaftlichen Praxis:

Eine bisher akzeptierte und wohl auch praktisch tragfähige Vorstellung besagt, dass die operativen Grundeinheiten einer zukünftigen Produktionsweise genossenschaftlich verfasste, jedenfalls gemeinnützig wirtschaftende Betriebsgemeinschaften sind.¹²⁹ Im Hinblick auf die ausdifferenzierte Organisation der modernen Gesellschaft sind den Betriebseinheiten auf unterer gesellschaftlicher Ebene demokratisch konstituierte und haushalt-

¹²⁸ Vgl. Canfora 2006: 312, 318, 355 ff.

¹²⁹ Marx sah in der Entstehung von „Produktivgenossenschaften“ einen Ansatz zur Entwicklung der eigentlich angestrebten „genossenschaftlichen, auf Gemeingut an den Produktionsmitteln gegründeten Gesellschaft“. Vgl. MEW 19: 19, 27. Oder es soll „die Gesamtheit der Genossenschaften die nationale Produktion nach einem gemeinsamen Plan regeln“. MEW 17: 343

führende Kommunen an die Seite zu stellen. In diesem Sinne sah Marx in der Pariser Kommune eine „ausdehnungsfähige politische Form“¹³⁰, auf die aufbauend eine nationale Gesamtorganisation entstehen könnte. Auch die Finanzierung von „allgemeinen Bedingungen der Produktion“ aus Steuern und durch den Staat, über das Haushaltswesen, hatte Marx bereits einmal ansatzweise in den Blick genommen.¹³¹ So könnte man sich eine sozialstaatlich verfasste, durch partizipative, subsidiäre und auch repräsentative Strukturen gekennzeichnete gesellschaftliche Assoziation denken, deren Reproduktionsordnung vor allem durch genossenschaftlich und körper-schaftlich organisierte, gemeinnützig wirtschaftende Betriebe und Organisationen und eine sozialräumliche Gliederung in kommunalistische Basis-einheiten geprägt ist.

Kann aber in dieser Praxisfiguration ein gesamtgesellschaftlich erarbeitetes, als Totalität ständig neu zu rekonstruierendes Rechen- und Planwerk das entscheidende gesellschaftliche Medium der Orientierung darstellen und soll eine oberste Planbehörde dessen Verwalter sein? Oder *verschwindet* gesellschaftliche Wirklichkeit hier in zentral verwalteten Superrechnern und unüberschaubaren Informationsflüssen? Führt die Notwendigkeit einer permanenten *kybernetischen* Rückkopplung zwischen unzähligen Eingaben und einem ständig erneuerten Gesamtergebnis tendenziell zu einem informatorisch-kommunikativen Overkill, ähnlich jenem Pfeifton der akustischen Rückkopplung, welcher jede Verständigung letztlich unmöglich macht? Es spricht einiges dafür, dass die computersozialistische Idee ein später Nachhall vormaliger Computereuphorie und eine ausufernde informationstechnologische Utopie ist.

Das Assoziationskonzept verlangt demgegenüber eine Entfaltung der Logizität der Praxis: Individuen und operative Einheiten spannen ihre Praxisperspektive *totalisierend* aus, reflektieren die der Anderen mit und umgekehrt. Die Teilnehmer kommunizieren in diesem Prozesszusammenhang und können sich in ihrem schließlich konzipierten *Antworthandeln* auf je bestimmte Praxisvollzüge einlassen. Dieser widersprüchlich forttreibende Prozess wird auf dem Boden einer weder gesellschaftlich begriffenen noch kontrollierbaren Verwertungsökonomie und in der alten Konkurrenzgesellschaft mit ihren Machtverhältnissen, wird in einer ideologiegetränkten Wissensgesellschaft völlig andere Charaktere aufweisen als im Zusammenhang einer gesellschaftlichen Assoziation, deren ökonomischer Prozess transpa-

¹³⁰ Vgl. MEW 19: 19 und MEW 17: 339 f., 342

¹³¹ Vgl. MEW 42: 434-440

rent gemacht werden kann, die sich wirkliches und verfügbares Wissen erarbeitet und nicht nur mit einem mehr oder weniger *bornierten Bewusstsein*, sondern mit einem höheren Grad *gesellschaftlicher Bewusstheit* agiert. Hier kann und muss dann die moderne Informations- und Kommunikationstechnik eine neue Rolle spielen, die sich in transzendierenden Momenten heute schon ankündigt.¹³²

In dem skizzierten Zusammenhang könnten gesellschaftliche Individuen, kollektive Akteure und institutionelle Organe ihre Praxis wissentlich und verantwortlich organisieren und kommunizieren. Er wäre gekennzeichnet durch eine Aufhebung privatkapitalistischer Informationsbarrieren und die Wiederaneignung gesellschaftlichen Wissens. In Diskursen und Foren, in neuen Formbildungen von Öffentlichkeit würde gesellschaftliche Praxis nicht nur kommentiert, sondern totalisierend reflektiert und mitkonstituiert. Möglich wäre eine transparente, allseitige, öffentlich zugängliche Perspektivplanung aller Ressorts und eine gesellschaftlich integrierte Wirtschafts- und Haushaltsbuchführung, umfassende Wirtschaftsinformation und Sozialinformatik, ständig aktuell gehaltene Statistik, Gesamt- und Voraussrechnung, welche die pseudokonkreten Begriffe der modernen Wirtschaftswissenschaft¹³³, die Ideologie der kapitalwirtschaftlichen Praxis und überhaupt die schwarzen Löcher und Geheimkabinette des heutigen gesellschaftlichen Wirklichkeitswissens hinter sich lässt.¹³⁴ Wenn zugleich eine im ökonomischen Kalkül wurzelnde neue Rationalität des wirtschaftlichen Handelns zur Geltung kommt und den Akteuren keine eigensinnigen, kontraproduktiven und asozialen Vollzugsregeln mehr aufherrscht, wird diese Praxis auch nicht durchkreuzt durch jene scheinbar unkontrollierbare Selbstläufigkeit der Dinge, die dem Begriff der *entfremdeten Gesellschaft* zugrunde liegt.

Die Skizze sollte deutlich machen, dass die mit einer *direkten Demokratie* verfolgten Ziele aufgrund noch so *radikaler Abstimmungsregeln* nicht garantiert und vermittels einer *sozialinformativischen Hyperorganisation* vermutlich nicht erreicht werden können. Eine höhere Form praktischer, organischer Demokratie setzt vielmehr allgemein voraus, dass das wirtschaftliche Leben

¹³² Siehe dazu den Beitrag von Wolf Göhring im vorliegenden Sammelband.

¹³³ Zur Marxschen Reproduktionstheorie und Kritik der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung beispielsweise Eva Müller 2005.

¹³⁴ Siehe Weber 2006. Der Artikel verweist, auch durch weiterführende Literaturhinweise, auf das Themenfeld Wirtschaftswissen, -expertise, -politik und Wirtschaftssystem.

nicht mehr von einem Verwertungskalkül bestimmt wird und erfordert sodann vielseitige assoziative Organisationsformen, eine neue Qualität der Sozial- und Wirtschaftsinformatik und noch viel weiter gehende Veränderungen des Logos der Praxis: Sie verlangt höhere Formen der Bildung, des Wissens, der Mündigkeit, der Kommunikation und gesellschaftlichen Bewusstheit. Sie erfordert das Hervortreten emanzipierter gesellschaftlicher Individuen und verlangt zugleich nach einer Veränderung des gesamt-kulturellen Milieus. Alles dies muss sich die Gesellschaft aber immer wieder neu erarbeiten und herausbilden, und sie könnte es in dem Maße besser, in dem solches Schaffen *in der sozialwirtschaftlichen Form freigesetzt* wird.

Gesellschaftliche Synthesis und globale Ordnung

„Gesellschaft“ ist einer der am häufigsten gebrauchten und dabei umso weniger bedachten Grundbegriffe der politischen Philosophie. Auch dieser muss *praktisch-konkret* und *politisch-ökonomisch* gedacht werden¹³⁵: Nach wie vor bildet die jeweilige historische Reproduktionsweise mitsamt ihren institutionellen Organbildungen und der mitgegebenen klassenmäßigen Formierung das Kerngeschehen eines gesellschaftlichen, gesamt-kulturellen Lebenszusammenhangs. Im Hinblick auf die wechselseitige *Totalisierung* beziehungsweise *Inklusion* der gesellschaftlichen Praxen, die auf der „Wechselseitigkeit ihrer Perspektiven“ beruht¹³⁶, bietet sich das Bild eines aus unzähligen Lebensäußerungen erwachsenden, lebendig widersprüchlichen Geschehens, einer *Synthesis gesellschaftlicher Praxis*. Nun wird die *national* begrenzte Territorialität, kulturelle Prägung und rechtlich-staatliche Verfasstheit dieses Lebens in neuerer Zeit zunehmend überspielt und ausgehebelt durch die kapitalwirtschaftliche Ökonomik: Die Prozessform der Verwertungsökonomie wird an sich durch keine menschlichen, gesellschaftlichen oder ökologischen Maßverhältnisse gebändigt.

Muss entsprechend den tendenziell entgrenzenden Organisations- und Prozessformen der Kapitalwirtschaft auch die dagegen ins Feld geführte

¹³⁵ „Da, wo die Spekulation aufhört, beim wirklichen Leben, beginnt also die wirkliche, positive Wissenschaft, die Darstellung der praktischen Betätigung, des praktischen Entwicklungsprozesses der Menschen.“ Vgl. MEW 3: 27 u.a.

¹³⁶ Vgl. Sartre 1967: 72 f., 75. Sartre spricht von der „Wechselseitigkeit“ der Perspektiven, der wechselseitigen „Totalisierung“ der Praxen und entdeckt in diesem dialektisch struktiven Zusammenhang auch den Ort, an dem der individuelle Mensch „sich in Freiheit auf eine Zukunft hin“ entwirft. Seine „Theorie der gesellschaftlichen Praxis“ stellt sich so zugleich als Synthese von „Marxismus und Existenzialismus“ dar. Siehe auch den Beitrag von Arno Münster im vorliegenden Sammelband.

historische Alternative von vornherein einen globalgesellschaftlichen Charakter aufweisen? Die These von der „Unmöglichkeit des Sozialismus in einem Lande“ drückt in bestimmter Hinsicht den gleichen Gedanken aus. Dem entsprechend argumentiert Arno Peters, auf den sich Heinz Dieterich maßgeblich bezieht: „Die ganze, seit 5.000 Jahren die Wirtschaft der Welt prägende Epoche der Nationalökonomie neigt sich ihrem Ende zu... Wir treten in eine neue Epoche der Wirtschaftsgeschichte ein, die Epoche der Global-Ökonomie...“. Oder es „werden die Staatsbürger der Weltgesellschaft die Fesseln der Kapitalverwertungslogik sprengen und sich ihre geraubte Zukunft zurücknehmen.“¹³⁷ Die Idee der Äquivalenzökonomie legt in der Tat den Gedanken einer vollständigen Integration von der lokalen Ebene über die staatliche hinweg bis globalen Ebene nahe. Der ganze Ansatz mündet, konsequent weiter gedacht, in die Idee einer zukünftigen Weltstaatlichkeit oder einer notwendigen Ordnung der Dinge durch eine Weltregierung. Solche Gedankengänge haben allerdings keine Bodenhaftung im realen, extrem widersprüchlichen Szenario eines Weltinnenraums, in dem über 190 Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen agieren, die ein enormes Zivilisationsgefälle und verschiedenste Problemsituationen aufweisen und einen jeweiligen Entwicklungs- oder auch Emanzipationsweg suchen.

Mit Blick darauf sollte auch ein Anti-Nationalismus, der zunächst geschichtskonkret begründet und gerechtfertigt ist, nicht auf eine abgehobene Abstraktionsebene transponiert und so gegen ein Weltgefüge ins Feld geführt werden, das trotz allem noch maßgeblich auf faktischen und juridischen Geltungsansprüchen nationaler Volks- und Staatssouveränität beruht: Auf der Suche nach einem konkreten Konzept zukünftiger Gesellschaftlichkeit und nach alternativen globalen Ordnungsstrukturen muss vielmehr politisch-ökonomisch argumentiert werden. In dieser Beziehung sind die kosmopolitischen Ideen von Peters und Dieterich konsequent¹³⁸, beinhalten aber gerade deswegen kein realisierbares und nicht einmal ein wünschenswertes Zukunftsversprechen:

Allen abstraktifizierenden oder maßlosen Prozessformen der ökonomischen Praxis kann eine Reproduktionsordnung entgegengesetzt werden, bei der sich das Gewicht der Arbeitstätigkeit zunehmend vom industriewirt-

¹³⁷ Dieterich 2006: 39, 62

¹³⁸ Der Systemtheoretiker lässt die „philosophische Spekulation“ hinter sich und ist sich einer „zentralen Evolutionslinie“ gewiss, die „von lokaler Autorität zum Nationalstaat, zum Regionalstaat und zum Weltstaat“ führt. Dieterich 2006: 74

schaftlichen zum sozialwirtschaftlichen Bereich beziehungsweise zur Tätigkeit in gemeinwirtschaftlichen, gemeinnützigen Formen und an sozialzivilisatorischen Inhalten verlagert und sich die entsprechenden ökonomischen Formbildungen letztlich auch im warenproduzierenden Bereich durchsetzen. Dieses reproduktive Arrangement stellt nicht mehr eine durch das Verwertungskalkül programmierte Produktion von *industriell beliebig vermehrbaren Waren* für einen entfesselten Markt und Weltmarkt dar, sondern eine gesellschaftlich kontrollierte Produktion von ebenso wohl subjektbezogenen wie materiellen *Gestaltelementen einer bestimmten Sozialität*. Das bedeutet aber die Verabschiedung von der Wachstums- und Exportorientierung und dem Expansionstrieb des alten Systems mitsamt der entsprechenden bornierten Wirtschaftstheorie und Wirtschaftspolitik. Stattdessen greift dann eine Theorie und eine Politik der *reproduktiven Konsolidierung von konkreten Wirtschaftsgesellschaften*.

Im Zusammenhang einer solchen *territorial und sozial-ökonomisch bestimmten* Gesellschaftlichkeit könnte endlich auch der realen Basiseinheit des gesellschaftlichen Lebensvollzugs eine angemessene Geltung verschafft werden: Der *urbanen, kommunal verfassten Praxis*. Deren gegenwärtig noch ökonomisch subordinierte, politisch unemanzipierte Gestalt ist weit entfernt von dem, was sozialwirtschaftlich möglich und sinnvoll wäre. Diese basale Praxis müsste beispielsweise von vornherein in die Reihe grundlegender Institutionen aufgenommen werden, die im Entwurf des „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ systematisch behandelt werden. In der Perspektive einer Emanzipation der sozialwirtschaftlichen Dienste wird die Reproduktion der städtischen Lebenswirklichkeit, die *Zukunft der Stadt* und des *kommunistischen Lebens* zu einem erstrangigen Thema.¹³⁹

Auch im Außenverhältnis stellen sich dann die Dinge in einem anderen Licht dar: Das kapitalwirtschaftliche Grundrezept, dass vom Boden einer bestimmten Gesellschaft, oder besser noch diese unter den Füßen, der Weltmarkt beschickt oder erobert werden müsste, ist keine dauerhaftes Erfolgsrezept. Diese Orientierung bestätigt sich zwar *kapitalwirtschaftlich* in der Realisierung besonderer Verwertungschancen, welche sich auf dem globalen Terrain anscheinend noch einmal eröffnet haben. Sie erweist sich jedoch im historischen Stadium eines autoinformationellen Produktivismus

¹³⁹ Zum theoretischen Reservoir gehören vor allem Manuel Castells 1977 sowie die stadt- und alltagstheoretischen Arbeiten von Henri Lefebvre. Einen Zugang bietet Keim 1989. Siehe auch das Leitbild „Zukunft der Stadt“, in Deutscher Städtetag 2004.

und angesichts des zu erwartenden Aufeinanderprallens von Überproduktionen auf dem Weltmarkt, im Stadium einer globalen Erschöpfung von Ressourcen, immer mehr als ein *risikobeladener, ökologisch destruktiver kapitalwirtschaftlicher Anachronismus*.

Im Zuge der Arrondierung einer sozialwirtschaftlichen Reproduktionsbasis und Festigung organischer Demokratieformen könnte der aggressive Internationalismus und das destruktive Weltentwicklungskonzept der Kapitalwirtschaft überwunden werden: Die neue Assoziation ist per se Basis eines zwangsfreien wechselseitigen Wirtschafts- und Gesellschaftsverkehrs. Ebenso könnte sich der Charakter übernationaler Kooperationen und internationaler Organisationen in dem Maße verändern, in dem dabei Kräfte mitwirken, die sich einmal für den Erfolg versprechenden Ausweg aus der Globalisierungsfalle entschieden haben.

Rückblick auf die Sowjetunion und die planwirtschaftliche Ökonomie

Keine Sozialismuskussion kann die Auseinandersetzung mit der Oktoberrevolution, der Geschichte der Sowjetunion und den Erfahrungen mit dem entsprechenden historischen Typus der Planwirtschaft und Gesellschaftsorganisation umgehen.¹⁴⁰ Die ehemalige DDR bildete dabei ein herausgehobenes Experimentierfeld. Gegenüber diesen historischen Versuchsgestalten oder Gegenentwürfen hat sich das kapitalistische Weltsystem als übermächtig erwiesen.

Dieterich und Cockshott-Cottrell zufolge fehlten der Sowjetunion und den anderen Ostblockstaaten im Wesentlichen nur eine wahrhaft demokratische Verfasstheit und die computertechnischen Mittel für eine informatisierte Planwirtschaft, wohl auch die entsprechende Theorie einer arbeitswertbasierten Äquivalenzökonomie. In der damaligen historischen Konstellation sei ein entwickelter Sozialismus eine „historische Unmöglichkeit“ gewesen.¹⁴¹ Aber aufgrund der planwirtschaftlichen Ökonomik und der staatlichen Aneignung des Mehrprodukts habe es sich um einen sozialistischen Typ gehandelt: „Wir erkennen an, dass die Sowjetunion in einem signifikanten Sinne sozialistisch war. Andere Formen des Sozialismus sind möglich“. Es habe sich um eine „nichtkapitalistische Methode zur Aneignung des Mehrprodukts, durch politische Entscheidungen“ gehandelt. Es

¹⁴⁰ Vgl. Wallerstein 1990

¹⁴¹ Dieterich 2006: 90 ff.

bedürfte eigentlich nur „substanzieller Reformen des Planungsmechanismus“, was eine effektive kybernetische Regulierung meint, in einer Verbindung mit der Instituierung direkter oder radikaler Demokratie¹⁴².

Dagegen kann eingewandt werden: Weder waren die kapitalistisch entwickelten Gesellschaften im Westen noch die industriewirtschaftlich nahe liegenden osteuropäischen Staaten im fortgehenden 20. Jahrhundert schon reif für den historischen Quantensprung zu einer neuen Reproduktionsordnung. Denn zwar hatten sich, mit zunehmendem Produktivitätsvorsprung des Westens, bereits die Wirtschaftsabteilung der sozialwirtschaftlichen Dienste extrahiert und die sozial-ökonomischen Funktionen des Staates in beiden Lagern entsprechend entfaltet.¹⁴³ Aber eine systemische Neuordnung steht erst dann an, wenn selbst bei weiterem industriellen Wachstum keine zusätzlichen Arbeitskräfte mehr benötigt werden und stattdessen eine überschüssige Bevölkerung anwächst, also erst im historischen Stadium einer relativen Überakkumulation, Überproduktion und damit gekoppelter Überkonsumtion. Erst an dieser Schwelle erscheint eine *Emanzipation der sozialwirtschaftlichen Dienste* als funktioneller und stabilisierender Ausweg möglich und kommen dem zugleich wachsende zivilisatorische, auch ökologische Bedürfnisse und Notwendigkeiten entgegen. Demnach kann der vormalige Entwicklungsstand der Informations- und Kommunikationstechnik kaum als entscheidender Blockadefaktor gegen einen Sozialismus angesehen werden. Aber ganz abgesehen davon, wie weit sich insbesondere die Wirtschaft der DDR schon einer möglichen Transformation angenähert hatte: Die geschichts-experimentellen „realsozialistischen“ Übergangsgesellschaften zerbrachen im Vorfeld aus einer ganzen Reihe innerer und äußerer Gründe und Bedrängnisse.

Aus alledem ergibt sich, dass der Begriff „Realsozialismus“ ein eingebürgertem Verlegenheitsbegriff für den 1989 zerbrochenen Typus ist: Auch der Verweis auf das Merkmal einer *Appropriation von Mehrarbeit* durch den Staat, die dann *nach Plan verteilt* oder einer *Verwendung für die Gesamtheit der Bürger* zugeführt wird, ist als Beleg für einen *Sozialismus* nicht stichhaltig: Das könnte in der Tat ein präsozialistisches Charaktermerkmal sein, aber formal gesehen auch einen Staatskapitalismus kennzeichnen. Im Ringen um eine angemessene Bestimmung des Formationscharakters hat Rudolf Bahro ehemals den Begriff „Protosozialismus“ eingesetzt, während am anderen

¹⁴² Cockshott / Cottrell 2006: 15, 18, 22

¹⁴³ Zu Fragen einer planmäßigen Entwicklung der kulturell-sozialen Bereiche der Volkswirtschaft der DDR siehe Hahn 1984.

Ende des Meinungsspektrums heute auch vorgetragen wird, „der Osten“ sei mitnichten *sozialistisch* gewesen und der entsprechende ideologische Komplex behindere geradezu den Fortschritt.¹⁴⁴

Die Einschätzung zu dem auf merkwürdige Art geräumten historischen Experimentierfeld, dessen neu formierte Gesellschaftsverbände wieder in den Sog des kapitalwirtschaftlichen Weltsystems gerieten, sollte jedenfalls nicht als Bekenntnisfrage behandelt werden: Der Entwurf für einen „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ vermittelt allerdings diesen Eindruck. Was bleibt, ist die Aufgabe einer weitergehenden Auseinandersetzung mit den positiven und negativen Erfahrungen dieser ungeheuren geschichtlichen Hoffnungs- und Verzweiflungswirklichkeit, insbesondere mit dem theoretisch-praktischen Niederschlag auf dem Gebiet der politischen Ökonomie.¹⁴⁵

Als weitere Schlussfolgerung drängt sich auf: Die unaufgearbeiteten Probleme und unausrottbaren Missverständnisse, die sich an die Begriffsschöpfung und Geschichtswirklichkeit eines „Realsozialismus“ knüpfen, legen nahe, „Sozialismus“ vor allem als einen Horizontbegriff gesellschaftlich-geschichtlicher Entwicklungen zu verstehen. Wenn dann in der Pragmatik des politischen Lebens ein „demokratischer Sozialismus“ annonciert wird, hängt alles davon ab, wie das Projekt konkret bestimmt wird. Ich habe dazu beispielsweise vorgeschlagen, eine in greifbare Nähe rückende Transformationsperspektive als „demokratische Wirtschaftsgesellschaft auf sozialwirtschaftlicher Grundlage“¹⁴⁶ anzusprechen.

Entwicklungen in Venezuela und Lateinamerika

Wie stellen sich die neuen Entwicklungen in Lateinamerika als *aktuelle* historische Versuchsanordnungen dar? Heinz Dieterich spricht von einem „regionalen Übergangprojekt zum Sozialismus“, „wie die bolivarianische Integration Lateinamerikas, die Venezuelas Staatspräsident Hugo Chavez

¹⁴⁴ „Der Glaube, der Osten sei sozialistisch gewesen, liegt weiter wie ein Alp auf den Hirnen vieler Menschen, die nach Auswegen aus der kapitalistischen Ordnung suchen.“ Weiß 2000: 966; Bahro 1977. Ein entsprechendes Dilemma besteht heute hinsichtlich der Erklärung des „chinesischen Sozialismus“. Vgl. Peters 2005 und Le Monde diplomatique 2007.

¹⁴⁵ Siehe dazu den Beitrag von Klaus Steinitz in diesem Sammelband

¹⁴⁶ Müller 2005b: 271 ff.

vorantreibt“.¹⁴⁷ Die berechtigte Frage, die der sehr jungen Entwicklung weniger vorauseilt, lautet, ob in diesem Ereigniszusammenhang eine kaum gewisse, aber reelle Transformationsperspektive enthalten sein könnte.

Von einigen Kommentatoren wurde gemutmaßt, dass hier lediglich das sowjetstaatliche Modell nachgeahmt wird und dem Experiment ein ähnliches Schicksal wie diesem droht. Aber erstens handelte es sich um keine putschartige Machtübernahme, sondern um einen von der Mehrheit der Bevölkerung gutgeheißenen, deren Lebensinteressen offenkundig entsprechenden und weiterhin verfassungsmäßigen Regierungs- und Machtwechsel. Ein solcher volksdemokratischer Prozess ist aufgrund der leidvollen Erfahrungen mit imperialistischer Politik und insbesondere den katastrophalen Auswirkungen neoliberaler Entwicklungsstrategien eine nahe liegende Option, auch für andere Länder. Die Wiederaneignung der nationalen Ressourcen und der Versuch, einen andersartigen ökonomischen und sozialkulturellen Entwicklungspfad einzuschlagen, die praktische Solidarität mit Nachbarn und anderen Betroffenen auf diesem Weg ist insofern kein Ausnahmefall. Sie markiert eine historische Tendenz des 21. Jahrhunderts.

Zweitens ist die historische Situation eine ganz andere als zur Zeit der Sozialismusexperimente des 20. Jahrhunderts. Die neoliberale Globalisierung an der Wende zum 21. Jahrhundert markiert die letztendliche Herstellung des Weltmarkts im Sinne der Marxschen Prognose¹⁴⁸ und damit zugleich, wesentlich aufgrund des neuen Aggregatzustandes der höher entwickelten Ökonomien, den wirklichen Eintritt in eine Übergangsepoche. Die in Venezuela mit popularem und wirtschaftlichem Rückhalt versuchte politisch-ökonomische Wende ist daher nicht einfach peripher, sondern ein Ereignis mitten im simultanen, globalen Netzwerk der Kapitalwirtschaft. Dieses droht, infolge eines in vielerlei Hinsicht problematischen Aggregatzustandes der Weltökonomie und zeitgleich mit desaströsen Rückschlägen für den bisherigen Welthegeemon, exakt an diesem Knotenpunkt wie auch an anderen Stellen Risse zu bekommen.

¹⁴⁷ „Die vermittelnde erste Stufe der Transition zum Sozialismus liegt in der Kreation eines Regionalen Lateinamerikanischen Machtblocks wie der venezolanische Präsident Hugo Chavez ihn anstrebt, mit dem neuen Sozialismus als strategischem Horizont des Transformationsprogramms.“ Dieterich 2006: 158

¹⁴⁸ „Im Weltmarkt hat sich der Zusammenhang des einzelnen mit allen, aber auch zugleich die Unabhängigkeit dieses Zusammenhangs von den einzelnen selbst zu einer solchen Höhe entwickelt, daß seine Bildung zugleich schon die Übergangsbedingung aus ihm selbst enthält.“ Marx MEW 42: 95, 139

Wenn nicht innere oder äußere Gegenfinalitäten obsiegen, könnte tatsächlich etwas Alternatives auf einen Weg gebracht werden, der eben noch nicht ausdefiniert ist¹⁴⁹: Das Modell einer staatlich koordinierten wirtschaftsgesellschaftlichen Reorganisation könnte als Orientierungsmuster für die Entwicklung aus neokolonialer Unterentwicklung heraus - oder überhaupt im Ausgang von einem viel niedrigeren Entwicklungsniveau - dienen. Es ginge um einen in erster Linie gesellschaftlich selbstbestimmten, konsolidierenden, sozial-ökonomisch und industriewirtschaftlich ausgewogenen Entwicklungspfad ohne die sonst üblichen neoliberalen Grausamkeiten, Spaltungen, Deformationen und letztendlich realen Verluste.

In Venezuela deuten gegenwärtig, noch im Rahmen eines protektionistischen Staatskapitalismus, eine Reihe von Maßnahmen und Aktivitäten auf ein solches Profil der sozial-ökonomischen Entwicklung hin. Diese wird von einer aktivierten breiten gesellschaftlichen Basis mitgetragen. *Kommunale Räte und Projekte* sowie *Kooperativen jeder Art* werden gefördert. Eine Kennerin der Entwicklung beobachtete den zweifellos komplexen Prozess: Es „werden die Veränderungen des politischen, sozialen und wirtschaftlichen Systems Venezuelas weiter vertieft werden. Bisher sieht es nicht danach aus, dass das alles finanzierende Ölgeld nicht weiter fließen werde. Ob damit basisdemokratisch-sozialistische Veränderungen befördert werden oder ob es erneut zur Aneignung der Ölrente durch die neue politische Elite kommt oder ob die Regierung aus Mangel an Basis sich in eine diktatorische Richtung bewegen wird, lässt sich noch nicht abschätzen“.¹⁵⁰

Inzwischen gibt es auch Anzeichen, dass das weitergehende „große geopolitische Ziel“ einer „lateinamerikanischen Emanzipation und Einigung“ Fortschritte macht.¹⁵¹ Darauf deuten markante Linksverschiebungen im politischen Spektrum und eine Reihe von Handelsverträgen und Kooperationsvereinbarungen hin, darunter die Bolivarianische Alternative für Amerika (ALBA) als Gegenprojekt zur Gesamtamerikanischen Freihandels-

¹⁴⁹ Melcher 2005: „Arbeitswerttheorien haben in venezolanischen Köpfen kaum eine Chance. Der Staat, die Zentralregierung und die regionale Verteilung der Staatseinnahmen bilden für sie die wesentliche Quelle des Reichtums“.

¹⁵⁰ Melcher 2005: S. 520, ferner S. 511 zur Frage, ob die bolivarianische Revolution sozialistisch ist: „Für die wirtschaftlichen und sozialen Veränderungsziele scheint der ungarisch-englische Marxist Istvan Meszaros wichtig zu sein, dessen Buch *Beyond Capital* von der venezolanischen Regierung 2001 übersetzt und herausgegeben wurde... Als einzige gangbare Alternative ... fordert er einen Sozialismus .. der sich auf Basisbewegungen und Produktionsgemeinschaften gründen soll“.

¹⁵¹ Fürntratt-Kloep 2006: 194

zone (ALCA) der USA und nicht zuletzt der 2007 gegründete kontinentale Gasverbund Oppegasur: Der Bau der geplanten gigantischen Gaspipeline kann zum sinnfälligen Ausdruck einer erstarkenden politisch-ökonomischen Tendenz in Lateinamerika werden.

Internationale Beziehungen und Globalisierung

Die Verwirklichung einer sozialwirtschaftlichen Reproduktionsordnung bedeutet nichts anderes als die Instituierung einer dem Produktivkraftniveau entsprechenden, effektiven und maßhaltigen Gestalt ökonomisch-gesellschaftlicher Selbstorganisation oder Praxis-Synthesis. Begriffe wie Gesellschaft, Staat oder Nation bekommen durch den Bezug auf das Konzept einer sozialwirtschaftlich fundierten, demokratischen Wirtschaftsgesellschaft konkreten Sinn. Staatliche Verfasstheit in diesem Sinne stellt aber nicht nur eine mittlere Zwischenebene im „Schachtelsystem“¹⁵² einer zukünftigen Matroschka-Weltgesellschaft dar, sondern ist und bleibt praktisch konstitutiv für das je *konkrete gesellschaftliche Selbstsein*. Eine solche, oder wenn begründbar, dann andere, aber jedenfalls politisch-ökonomisch fundierte Konzeption bezüglich der konkreten Formbildung zukünftiger Gesellschaftlichkeit ist unumgänglich, wenn in übergreifenden Gegenwartsfragen ein Standpunkt bezogen werden soll.

Eine solche Frage stellt sich durch die Entwicklung erweiterter, integrierter Wirtschaftsräume und staatlicher Verbünde, die in allen Weltregionen in Gang gekommen sind: Beispielsweise wäre die Konstituierung der Europäischen Union als Bundes- und Superstaat nach der hier getroffenen Bestimmung von „Gesellschaft“ ein historischer Rückschritt in Richtung auf die per se problematischen Verhältnisse von politischen Kontinentalverbänden. Aber auch der gegenwärtig vorherrschende, vielleicht nicht ganz so weit drängende, als fortschrittlich verkleidete, bürokratisch exekutierte Integrationismus ist kein Emanzipationsprojekt. Ungeachtet aller professoralen und politizistischen Rhetorik¹⁵³ gilt: „Die Vision der EU-Eliten und die

¹⁵² Dieterich 2006: 119

¹⁵³ Die kurze „Berliner Erklärung“ zum Sondertreffen der gegenwärtig 27 Staats- und Regierungschefs der EU anlässlich des 50. Jahrestags der Römischen Verträge, die am 25. März 1957 unterzeichnet und Grundstein der Gemeinschaft wurden, ist eine rhetorische Blase. Kaum ein politisch-ideologischer Zentralbegriff wird ausgelassen, um dem „Traum“ von Europa den Anschein von Wirklichkeit zu geben. So soll der Weg zu einem Verfassungsvertrag wieder frei gemacht werden. Dafür wird eine Frist bis zu den Wahlen zum Europäischen Parlament 2009 ins Auge gefasst.

Praxis der real existierenden EU-Institutionen ist somit die Transformation zum ‚marktorientierten Wettbewerbsstaat‘, der lediglich symbolisch noch auf eine ‚neue Balance zwischen Flexibilität und sozialer Sicherheit‘ abzielt.“ Das vorläufige Scheitern des ersten, neoliberal und imperial durchtränkten Verfassungsentwurfs war insofern eine Sternstunde der europäischen Geschichte. Es bedeutet aber nicht, dass es eine gegenhegemoniale Gestaltungsmacht gäbe: Auf der Seite der sozialen Bewegungen und Linken „gibt es bislang keine politische oder soziale Kraft, die ein in sich konsistentes und vermittelbares nationales oder europäisches Programm ... vorzuzeigen hätte“. ¹⁵⁴ Und „Die Linke bräuchte aber eine politische Ökonomie und eine Demokratietheorie der europäischen Integration, genauso wie sie diese in früheren Zeiten für den ‚Sozialismus‘ beanspruchte.“ ¹⁵⁵

Auch auf der Ebene der europäischen Entwicklung tritt damit die zentrale konstitutionelle Schwäche der Systemopposition zutage, keine konkrete, im Kern politisch-ökonomische Alternative vorweisen zu können. Was etwa gegen die brachiale *Lissabon-Strategie*, der europäischen Variante des neoliberalen Umbaus, in der beispielhaften „Berliner Deklaration“ ¹⁵⁶ der „sozialen und ökologischen Bewegungen sowie kritischer Wissenschaft“ an Vorschlägen aufgeboten wird, sind moderate erste Schritte, um die „Grundlagen der europäischen Integration“ neu zu bestimmen.

Vom Grundansatz her wäre es erst jenseits bloßer Kurskorrekturen, etwa durch einen neuen Typ wie sozialwirtschaftlich konsolidierter, demokratischer Wirtschaftsgesellschaften möglich, andersartige Integrationsformen und internationale Beziehungen zu verwirklichen: Endlich befreit von Akkumulations- und Expansionszwängen, ohne die Duldung von Bürokratien und Technokratien, die sich gegenüber demokratischen Organen gerne

¹⁵⁴ Dräger 2007

¹⁵⁵ Klaus Dräger: „Unter dem Strich bleibt: Linke und soziale Bewegungen haben kein gemeinsam getragenes ‚Projekt für Europa‘ ... Die Idee Europa wurde so den Deutungsmustern des Liberalismus überlassen: ökonomische und politische Interdependenzen und zunehmende Globalisierung erzwingen es nahezu, dass supranationale Governance den zu klein werdenden europäischen Nationalstaat ersetzt. Zur supranationalen Governance verhält man sich entweder bloß anklagend oder europhorisch verklärend, kommt aber deshalb nicht zum Kern des demokratischen Legitimationsproblems der EU. Die Linke bräuchte aber eine politische Ökonomie und eine Demokratietheorie der europäischen Integration, genauso wie sie diese in früheren Zeiten für den „Sozialismus“ beanspruchte.“ In: sandingetriebe SiG 57 v. 11.02.2007

¹⁵⁶ Berliner Deklaration 2007

verselbständigen, auf der Grundlage von gegenseitigem Nutzen und partnerschaftlicher Verbindung.

Dieses Konzept ist sozusagen der Antagonist der neoliberalen Globalisierung. Es widerspricht aber auch der Idee der Institutionierung eines integrierten Weltsystems durch immer weitere Ausdehnung des Konzepts der Äquivalenzökonomie¹⁵⁷: Die damit verbundene Vorstellung eines gerechten Tausches zwischen reichen und armen Ländern auf Grundlage der arbeitszeitlichen Entsprechung von Leistung und Gegenleistung überdehnt die äquivalenzökonomische Idee vollends und verfehlt die vielschichtige Problematik der Unterentwicklung in imperialen Weltverhältnissen.¹⁵⁸ Ferner bestünde in diesem Fall wegen der völlig neuen Art der ökonomischen Wertstellung zugleich der Zwang, unwahrscheinlich komplizierte Übergangslösungen zu finden: „Die Ökonomie der Übergangsphase wird deswegen notwendigerweise einen Mischcharakter haben.“ Das heißt, „die voraussehbare graduelle Ersetzung einer volkswirtschaftlichen Logik durch eine andere setzt eine längere Phase der Koexistenz zwischen Marktwirtschaft und Äquivalenzwirtschaft voraus und damit die Möglichkeit, die unterschiedlichen wirtschaftlichen Verrechnungseinheiten ‚Preis‘ und ‚Wert‘ vergleichbar (kommensurabel) zu machen: dies sowohl auf nationalem wie internationalem Niveau.“¹⁵⁹

Kann eine derartig artifizielle Konstruktion jemals operativ gemacht werden? Die Zweifel an der Dignität der Idee werden nicht geringer, wenn das letztendliche Ziel ins Auge gefasst wird: Die Zukunftsvision einer vollendeten äquivalenzökonomischen Weltwirtschaft, eines „Schachtelsystems“ von der lokalen Ebene über die regionale bis hinauf zur globalen, über dem „die zentrale Plan-Institution (steht), die alle Regionen der Erde einschließt“¹⁶⁰. Solches mutet eher an wie ein Glasperlenspiel, aber kaum wie eine praktikable Lösung im überhaupt absehbaren historischen Horizont.

Subjekte und Kräfte einer möglichen Umwälzung

Kein Vortrag über eine mögliche Transformation der gesellschaftlichen Praxis kann sich schließlich der Frage nach deren Subjekten oder Potentialen entziehen. Wo sind die Interessen, Ideen und Kräfte, die in die anvisier-

¹⁵⁷ Vgl. Peters 1996

¹⁵⁸ Vgl. Bischoff / Lieber 2006: 14 und 19 mit dem Verweis auf MEW 23: 583 f., wo Marx zur Frage der Wertgesetzlichkeit im internationalen Verkehr Stellung nimmt.

¹⁵⁹ Dieterich 2006: 174

¹⁶⁰ Dieterich 2006: 119

te Richtung drängen? Die Grundformel des „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ lautet, dass an die Stelle des *historischen Proletariats*, dessen Projekt in Ost und West nicht verwirklicht werden konnte, ein neues *emanzipatorisches Subjekt* tritt. Dieses bildet sich, über mitwirkende traditionelle Klassenkräfte hinaus, aus der „Solidargemeinschaft (Kommunität) der Opfer des neoliberalen Kapitalismus und all denen, die ihren Kampf zum eigenen machen.“ Es handelt sich um eine „Gemeinschaft der Opfer“¹⁶¹ und eine aus Kämpfen hervorstachsende „Avantgarde“. In den Kämpfen geht es darum, „eine Bewusstseinsbildung der Mehrheiten in solcher Tiefe und Breite zu erlangen, dass sich das Kräftegleichgewicht im Weltmaßstab zugunsten der demokratisierenden Faktoren verschiebt“ und eine „wachsende Neutralisation des kapitalistischen Systems und seiner Eliten“ erreicht wird. „Die demokratisierende Praxis des globalen Weltveränderungsobjekts“ soll die „notwendige Kraft zur Überwindung des Systems akkumulieren“, indem es die lokalen und nationalen Kämpfe „mit einer integrierten global-regional-nationalen Perspektive“ führt.¹⁶²

Angesichts so weitreichender Weltumwälzungsgedanken fällt umso mehr auf, dass der Verweis auf das Kräfte-reservoir einer „Gemeinschaft der Opfer“ nicht Niederschlag einer Bewusstseins-, Klassen- und Situationsanalyse, sondern Ausdruck eines politischen Appells mit strategisch-revolutionärem Gestus ist. Es wird dabei aber, wie auch bei Berufungen auf die Emanzipationskräfte einer internationalen Zivilgesellschaft, nicht an ein vorhandenes und entwicklungsfähiges Produktivkraftensemble angeknüpft, aus dessen Verstärkung eine systemische Umstimmung und ein gesellschaftsgeschichtlicher Bruch erwachsen könnte. In dieser Hinsicht weist das *sozialwirtschaftliche Produktivkraftensemble* zumindest eine *unmittelbare* subjektive Repräsentanz im System der gesellschaftlichen Arbeit auf: Die „sozialwirtschaftlichen Dienste“ als „andere Hälfte der Wirtschaft“. Es legt Bündnisse mit traditionellen und anderen Fraktionen der Arbeit und Wirtschaft, mit fortschrittlichen Kräften der Zivilgesellschaft und sogar mit Teilen der Verwaltungsorganisation nahe. Ein nationaler Entwicklungspakt für einen neuen Weg ist nicht undenkbar.

¹⁶¹ „Die Gemeinschaft der Opfer ist multikulturell, pluriethnisch, klassenübergreifend, zweigeschlechtlich und global und umfasst alle Personen, die übereinstimmen mit der Notwendigkeit, Ökonomie, Politik, Kultur und die Systeme physischen Zwangs der globalen Gesellschaft von Grund auf zu demokratisieren“. Dieterich 2006: 151

¹⁶² Dieterich 2006: 142, 151, 157

Philosophie des Bruchs und Praxis der Hoffnung

Die hier diskutierten Fragen eines „Übergangsprogramms zum Postkapitalismus“¹⁶³ oder besser: einer möglichen gesellschaftsgeschichtlichen *Transformation der Wirtschaftsweise und Assoziationsform* kann vielleicht so auf den Punkt gebracht werden: In der gesellschaftlichen Debatte geht es heute nicht mehr um die Alternative *Reform oder Revolution*, wie sie in der Konfrontation zwischen Herbert Marcuse und Karl Popper einmal verhandelt¹⁶⁴ worden ist: Nach der historischen Blamage der Sozialdemokratie und aufgrund der erwiesenen Ohnmacht und Korruptierung des Reformismus, nach dem „Scheitern des Realsozialismus“¹⁶⁵ und angesichts sich aufladender gesellschaftlicher Antagonismen und entfesselter destruktiver Gewalten findet die fortgeschrittenere Diskussion heute auf dem Boden einer *politischen Philosophie des Bruchs* mit der alten Welt statt.

Demzufolge ist das im *Übergang* eröffnete politische Feld jetzt bestimmt durch die Pole *Revolution* und *Transformation*. Letztere wäre nicht zu verstehen als ein Kraft- und Gewaltakt der Instituierung, sondern als Geburtshilfe im Horizont der eröffneten Übergangsperiode, als eine Verstärkung von Formwandlungen, als Ringen in einem auch von Antagonismen durchzogenen gesellschaftlichen Kräftefeld um die Emanzipation einer neuen Reproduktions- und Assoziationsform. In dieser positiven Perspektive kann und muss auch die Auseinandersetzung mit allenthalben vordrängenden *Entzivilisierungstendenzen und neu auflebenden ideologischen Regressionen* geführt werden.

Entsprechende transformatorische Prozesse mögen in unterschiedlichsten sozialökonomischen und politischen Zusammenhängen und in einer ganzen Reihe von Entwicklungsstappen und Kampfrunden stattfinden, deren jeweiliger Ausgang nicht vorhergesagt werden kann.¹⁶⁶ Im Hinblick

¹⁶³ „Die dergestalt zu entwickelnden regional-nationalen Übergangsprogramme zum Postkapitalismus sind natürlich unterschiedlicher Natur ... Das europäische Programm kann unmittelbar den Übergang zur partizipativen Demokratie in Angriff nehmen, da alle objektiven Bedingungen für den neuen Sozialismus gegeben sind. In Lateinamerika kann dies nur mittelbar erfolgen ...“. So jedenfalls die politstrategische Anweisung bei Dieterich 2006: 157 f.

¹⁶⁴ Vgl. Marcuse und Popper 1971

¹⁶⁵ Siehe dazu den Beitrag von Klaus Steinitz in diesem Sammelband

¹⁶⁶ „Damit wären wir wieder bei der Übergangsphase, der Periode der ‚Hölle auf Erden‘. Wir werden keine einfache, entspannte politische Debatte erleben ... Es wird

auf sich abzeichnende ökonomische, ökologische, soziale und politische Schranken der Entwicklung ist es allerdings wahrscheinlich, dass entscheidende Brüche, Weichenstellungen und schmerzhaftige Geburtsvorgänge innerhalb weniger Jahrzehnte geschehen. In dieser gesellschaftsgeschichtlichen Grundsituation bestehen zur Zeit noch eminente Orientierungs- und Wirkungsschwächen aller berechtigten Kritik, Opposition und konstruktiven Praxisansätze, die eine philosophisch-wissenschaftliche Tiefendimension und einen harten politisch-ökonomischen Kern aufweisen.

Mit Blick darauf stellt sich der Entwurf für einen „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ als ein energischer Versuch dar, schon allzu lange währende Konstitutionsschwächen der Systemopposition zu beheben. Aber es zeigte sich bei näherer Untersuchung, dass die Synthese von Dialektik und Kybernetik kein grundlagentheoretisches Fundament bietet. Im Drang nach vorwärts wurde ein vorgeschobener Posten besetzt und beflaggt, aber das andere Ufer nicht erreicht. Vor allem kann die artifizielle Konstruktion der Äquivalenzökonomie¹⁶⁷ nicht beanspruchen, die Lösung der Kernfrage darzustellen: Die Identifizierung der Reproduktionsordnung und Grundfunktionalität einer nichtkapitalistischen politischen Ökonomik. Dies auf einem Reflexionsniveau, das sich an der Marxschen Wert- und Kapitaltheorie ausweisen kann und so, dass ausreichende Referenzen im Kontext realer gesellschaftlicher Praxis kenntlich werden.

Ich habe im Zuge der Kritik des Sozialismusmanifests zeigen wollen, dass entscheidende Denkvoraussetzungen für ein konkretes „Begreifen der Praxis“ heute in einer erneuerten „Philosophie und Wissenschaft gesellschaftlicher Praxis“ liegen, das heißt wesentlich in der Bezugnahme auf die konstitutions- und erkenntnistheoretischen Zusammenhänge oder die Wirklichkeitskonzeption „widersprüchlicher gesellschaftlicher Praxis“. Ferner öffnet sich ein Weg zur schöpferischen Weiterentwicklung der Wissenschaft der politischen Ökonomie durch Modellierungen und Analysen, die an Marxsche Forschungsarbeiten anschließen, aber eine moderne, reifere Gestalt der kapitalistischen Reproduktionsordnung zugrunde legen und eine utopistische Analytik veranschlagen. Das auf diesem Wege entwickelte Konzept einer *Sozialwirtschaft als Systemalternative* ist erst prototheoretisch

einen Kampf auf Leben und Tod geben. Denn es geht darum, die Grundlagen für das historische System der nächsten 500 Jahre zu legen.“ Wallerstein 2002: 95, 103

¹⁶⁷ „Der Vorschlag einer Äquivalenzökonomie verbleibt auf dem Niveau einer unentwickelten bürgerlichen Zivilgesellschaft des frühen 20. Jahrhunderts und hofft allein mit moderner Informationstechnologie die Probleme der Qualifizierung und Verteilung gesellschaftlicher Arbeit lösen zu können“. Bischoff / Lieber 2006: 14

formuliert und bleibt im Hinblick auf schwierige Fragen der Wertgesetzlichkeit und gesamten Wirtschaftsverfassung weiter zu durchdenken und zu prüfen. Das Thema als solches hat größte Bedeutung:

Es wäre viel gewonnen, wenn die bezeichnete Grundeinstellung eines notwendigen *Bruchs* über politisch-intellektuelle Kreise hinaus ins gesellschaftliche Bewusstsein eindringen würde und wenn sie sich nicht, wie gegenwärtig noch, überwiegend aus eigener Bedrängnis oder aus dem Schrecken über die sozial-ökologischen Konsequenzen der *schönen alten Welt* nährte, sondern auch auf eine deutlicher wahrnehmbare, Vertrauen erweckende *politisch-ökonomische Transformationsperspektive* stützen könnte.

Das heißt auch: Die oft nur wiederholten Argumente einer *Kritik* der politischen Ökonomie und selbst ökologische Horrorperspektiven reichen alleine nicht aus, um weitertreibende Motivationen und Orientierungen zu nähren. Das eingehegte Alltagsbewusstsein kann kaum aufgebrochen werden, solange keine alternative Reproduktionsordnung mit deutlichem zivilisatorischem Plus profiliert und kein bedeutender Faktor kollektiver theoretischer Arbeit, wissenschaftlicher und öffentlicher Debatten oder wenigstens in Teilaspekten ein Bestandteil politisch-ökonomischer Programmatik ist.

Das Fehlen einer solchen konkreteren Alternative und des damit verbundenen Vorscheins „einer höheren Konzeption des Lebens“¹⁶⁸ bedeutet eine entscheidende mentale Blockade nicht nur auf dem Weg zur Bildung eines *gesellschaftlichen Blocks*¹⁶⁹, das heißt für die Herstellung einer Interessens- und Wirkgemeinschaft von Kräften mit dem *positiven Index* einer emanzipationsfähigen Arbeits-, Sozial- und Kulturform, sondern überhaupt für die Entfaltung einer konkreten *Praxis der Hoffnung*.¹⁷⁰

¹⁶⁸ Gramsci 1983: 81

¹⁶⁹ Die politische Theorie Gramscis verlangt hier eine „*sorgfältigere und richtigere Analyse der aktiven Kräfte der Gesellschaft*“, insbesondere hinsichtlich *Ideologien*, des Zusammenhangs zwischen *Wissen* und unterschiedlichen *Konzeptionen der Wirklichkeit*, von *Sozialismus und Kultur*, also konkrete Analysen der bestehenden *gegensätzlichen Richtungen im Kampf um Hegemonie*. Vgl. Gramsci 1983: 57, 79, 82, 94, 96

¹⁷⁰ Gegen Ende seines *systematischen* Hauptwerks fasst Bloch die *Weltsicht* oder den *revolutionären Humanismus* des *Prinzips Hoffnung* unnachahmlich verdichtet so zusammen: „Darum eben geschieht die große Drehung, Hebung aus dem Dunkel des Unmittelbaren heraus, die Weltprozeß heißt: Mit tätiger Antizipation im Subjekt gerichtet auf Glück, in einer Gesellschaft ohne Herr und Knecht gerichtet auf dadurch mögliche Solidarität aller, id est auf Freiheit und menschliche Würde, in Natur als einem nicht mit uns Fremdem behafteten Objekt gerichtet auf Heimat“. Vgl. Bloch 1977: 248

Quellenhinweise:

Altwater, Elmar (2002): Kapitalismus. Zur Bestimmung, Abgrenzung und Dynamik einer geschichtlichen Formation, Hauptartikel S. 281-292 in: Erwägen Wissen Ethik, EWE 13, Heft 3, Westdeutscher Verlag, Opladen.

Altwater, Elmar (2005): Das Ende des Kapitalismus, wie wir ihn kennen. Westfälisches Dampfboot, Münster.

Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (2005): Memorandum 2005. Sozialstaat statt Konzern-Gesellschaft. PapyRossa Verlag, Köln.

Bahro, Rudolf (1977): Die Alternative. Zur Kritik des real existierenden Sozialismus. Europäische Verlagsanstalt, Köln/Frankfurt am Main.

Behrens, Fritz (1957): Zum Problem der Ausnutzung ökonomischer Gesetze in der Übergangsperiode, in: Wirtschaftswissenschaft 5 (1957), 3. Sonderheft, S. 105-140.

Berliner Erklärung (2007): Abschlusserklärung zum 2. Alternativen ECOFIN in Berlin vom 20./21. April 2007.

Bettelheim, Charles (1970): Ökonomischer Kalkül und Eigentumsformen. Zur Theorie der Übergangsgesellschaft. Wagenbach Verlag, Berlin.

Bischoff, Joachim (2006): Zukunft des Finanzmarkt-Kapitalismus. Strukturen, Widersprüche, Alternativen. VSA-Verlag, Hamburg.

Bischoff, Joachim u. Lieber, Christoph (2006): Dritter Sozialismusversuch: Äquivalenzökonomie? In: Sozialismus Heft 11/2006, S. 12-19

Bloch, Ernst (1959): Weltveränderung oder die Elf Thesen von Marx über Feuerbach, in: Das Prinzip Hoffnung. Gesamtausgabe Bd. 5. S. 288-334.

Bloch, Ernst (1977): Experimentum Mundi. Gesamtausgabe Bd. 15.

Bourdieu, Pierre (1979): Entwurf einer Theorie der Praxis. Suhrkamp Verlag, Frankfurt.

Bourdieu, Pierre (1998): Gegenfeuer. Wortmeldungen im Dienste gegen die neoliberale Invasion. UVK Verlag, Konstanz.

Canfora, Luciano (2006): Eine kurze Geschichte der Demokratie. Von Athen bis zur Europäischen Union. PapyRossa Verlag, Köln.

Castells Manuel (1977): Die kapitalistische Stadt. Ökonomie und Politik der Stadtentwicklung. VSA-Verlag.

Cavalcanti, Sven Oliveira: Herbert Marcuse – Zum 25. Todestag. Onlinetext bei sopus.org

Chavez, Hugo (2005): Rede zum Abschluß des »Völkergipfels« in Mar del Plata (Argentinien) am 4. November 2005. In: sandimgetriebe - Der deutschsprachige Newsletter von Attac Österreich, Deutschland, Schweiz. SiG v. 27.04.2006

Cockshott, W. Paul / Cottrell, Allin (2006): Alternativen aus dem Rechner. PapyRossa Verlag, Köln.

Cockshott, Paul (2006): Die Technik des Sozialismus existiert. Referat auf der XI. internationalen Rosa-Luxemburg-Konferenz "Mit dem Sozialismus rechnen" der »jungen Welt« am 14. Januar 2006 in Berlin.

Chomsky, Noam (2003): Media Control. Wie die Medien uns manipulieren. Europa Verlag, Hamburg-Wien.

Deppe, Frank (2007): Krise und Erneuerung marxistischer Theorie. Supplement der Zeitschrift Sozialismus 3/2007.

Deutscher Städtetag, Hrsg. (2004): Städte sind Zukunft. Dokumentation der 32. ordentlichen Hauptversammlung des Deutschen Städtetages in Mannheim. Deutscher Städtetag, Köln.

Dieterich, Heinz: Der Sozialismus des 21. Jahrhunderts. Kai Homilius Verlag, Berlin 2006, 2. erweiterte Auflage.

Dieterich, Heinz (2007): Historische Chance. Der Gründungsprozess der neuen Linkspartei im weltgeschichtlichen Kontext. In: Junge Welt, 2. Februar 2007, S. 10-11.

Dräger, Klaus (2007): Visionen für ein neues Sozialsystem. Hat die Linke ein Projekt für Europa? In: sandimgetriebe.. SiG 57 v. 11.02.2007

Dräger, Klaus (2006): Erneuerter Keynesianismus – Richtschnur für die Strategiedebatte der Linken? In: Berliner Debatte Initial 17 (2006) 4, Neuer Keynesianismus. Paradigmenwechsel in der Gesellschaftspolitik? S. 80-89.

Dunkhase, Helmut (2003): Sozialismus ist machbar, in: Junge Welt, Beilage Marxismus am 12.03.2003 Dieser und andere Texte und Quellen auf der Homepage des Autors.

Fürntratt-Kloep, Ernst F. (2006): Venezuela. Der Weg einer Revolution. PapyRossa Verlag, Köln.

Gramsci, Antonio (1983): Aus den Gefängnisschriften. Methodische Konzepte zum Kulturbegriff, Textauswahl in: Sabine Kebir (Hrsg.), Marxismus und Kultur, VSA-Verlag 1983, S. 56-103.

Gramsci, Antonio (1994): Philosophie der Praxis. Antonio Gramsci Gefängnishefte Bd. 6, Argument Verlag Hamburg.

Hahn, Robert u.a. Autoren (1984): Die Leitung und Planung der kulturell-sozialen Bereiche. Verlag Die Wirtschaft, Berlin.

Harvey, David (2005): Der neue Imperialismus. VSA-Verlag, Hamburg.

Hirsch, Joachim (2002): Herrschaft, Hegemonie und politische Alternativen. VSA-Verlag, Hamburg.

Heinrich, Michael (1999): Die Wissenschaft vom Wert. Westfälisches Dampfboot, Münster.

Internationaler Rat des Weltsozialforums (2001): Charta der Prinzipien. Sao Paulo, am 10. Juni 2001.

Keim, Karl-Dieter (1989): Arbeit an der Stadt. Plädoyers für eine selbstproduktive Politik der Stadtentwicklung. Bielefeld.

Kimmerle, Heinz Hrsg. (1978): Dialektik-Modelle von Marx bis Althusser. Beiträge der Bochumer Dialektik-Arbeitsgemeinschaft.

Korsch, Karl (1996): Krise des Marxismus. Schriften 1928-1935. Karl Korsch Gesamtausgabe Bd. 5, hrsg. von Michael Buckmiller.

Kosik, Karel (1970): Dialektik des Konkreten. Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main.

Krätke, Michael R. (2003): Demokratisierung der Wirtschaft - Sozialisierung der Märkte. Marktsozialismus, Wirtschaftsdemokratie und radikaldemokratische Reformkonzepte heute. S. 55-67 in: Zeitschrift Widerspruch Nr. 43, Zürich.

Le Monde diplomatique (2007): China. Verordnete Harmonie, entfesselter Kapitalismus. Edition Le Monde diplomatique Nr. 1/2007

Lefebvre, Henri (1972): Das Alltagsleben in der modernen Welt. Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main.

Lefebvre, Henri (1976): Die Revolution der Städte. Syndicat Verlag, Frankfurt am Main.

Leibiger, Jürgen (2006): Marx und Keynes - oder beide. In: isw report Nr. 67, September 2006, S. 8-13.

Lenin, W.I.: Konspekt zur Hegels ‚Wissenschaft der Logik‘, in: Lenin Werke Bd. 38. Dietz Verlag, Berlin 1968. S. 77-229.

Luxemburg, Rosa (1917). Die Krise der Sozialdemokratie (Junius-Broschüre). Gesammelte Werke, Bd. 4.

Luxemburg, Rosa (1913): Die Akkumulation des Kapitals. Ein Beitrag zur ökonomischen Erklärung des Imperialismus. Gesammelte Werke, Bd. 5. Dietz Verlag, Berlin.

Marcuse, Herbert (1967): Der eindimensionale Mensch. Studien zur Ideologie der fortgeschrittenen Industriegesellschaft. In: Herbert Marcuse Schriften 7, Suhrkamp Verlag.

Marcuse, Herbert und Popper, Karl (1971): Revolution oder Reform? Eine Konfrontation. Hrsg. von Franz Stark, Kösel-Verlag München. Vollständiger und erweiterter Text der Fernsehdokumentation des Bayerischen Rundfunks vom 5.1.1971

Marx, Karl: Brief an Ruge im Sept. 1843. In: MEW 1, S. 346.

Marx, Karl: Die deutsche Ideologie. Kapitel I. Feuerbach. Gegensatz von materialistischer und idealistischer Anschauung. In: MEW 3, S. 17-77.

Marx, Karl: Das Elend der Philosophie. Antwort auf Proudhons ‚Philosophie des Elends‘. In: MEW 4, S. 63-182.

Marx, Karl: Vorwort [zur Kritik der politischen Ökonomie]. In: MEW 13, S. 7-11.

Marx, Karl: Theorien über den Mehrwert. In: MEW 26.1, 26.2, 26.3

Marx, Karl: Das Kapital. Bd. 1-3. MEW 23, 24, 25.

Marx, Karl: Inauguraladresse der Internationalen Arbeiterassoziation. In: MEW 16, 5-13.

Marx, Karl: Marx an Dietzgen am 9. 5. 1868. In: MEW 32, S. 547.

Marx, Karl: Kritik des Gothaer Programms. In: MEW 19, S. 13-32.

Marx, Karl: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie. MEW 42.

Marx, Karl: Der Bürgerkrieg in Frankreich. Adresse des Generalrats der Internationalen Arbeiterassoziation. In: MEW 17, S. 313-365.

Melcher, Dorothea (2005): Venezuelas Erdöl-Sozialismus. S. 506 - 520 in: DAS ARGUMENT 262, Heft 4/2005.

Meszaros, Istvan: Beyond Capital. The Merlin Press, London 1995.

Müller, Eva (2005): Marxsche Reproduktionstheorie. Kritik der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. VSA-Verlag, Hamburg

Müller, Horst (1986): Marx, Mead und das Konzept widersprüchlicher Praxis, in: Ders., Praxis und Hoffnung. Studien zur Philosophie und Wissenschaft gesellschaftlicher Praxis von Marx bis Bloch und Lefebvre. Germinal Verlag, Bochum, S. 131 - 149.

Müller, Horst (2000): Geschichte und Zukunft des Praxiskonzepts. Ariadnefaden des philosophischen Marxismus. Onlinetext auf der Seite <http://www.praxisphilosophie.de/download.htm>

Müller, Horst (2001a): Bloch, Kofler und das Projekt einer utopisch-kritischen Wissenschaft gesellschaftlicher Praxis, S. 212 - 235 in: Jünke Christoph (Hrsg.), Am Beispiel Leo Koflers. Marxismus im 20. Jahrhundert. Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster.

Müller, Horst (2001b): Die Staatsquote und Transformationstendenzen in Wirtschaft und Gesellschaft, S. 909 - 924 in: UTOPIE kreativ Nr. 132.

Müller, Horst (2005a): Der Bogen Feuerbach, Marx, Bloch, Bourdieu. Realismus und Modernität des Praxisdenkens. S. 9 - 28 in: Weigand Karlheinz (Hrsg.): Bloch-Almanach. Jahrgang 24/2005, Talheimer Verlag.

Müller, Horst (2005b): Sozialwirtschaft als Systemalternative. In: Ders. (Hrsg.): Das PRAXIS-Konzept im Zentrum gesellschaftskritischer Wissenschaft. BoD-Verlag, Norderstedt 2005, S. 254 - 289.

Müller, Horst (2006): Von der Kapitalismuskritik zur Solarutopie - Elmar Altvater, wie wir ihn kennen. Onlinetext bei praxisphilosophie.de/download.htm

Müller, Horst (2007): Historische Schranken der Kapitalwirtschaft und die Frage nach der konkreten Alternative. In: Sozialismus, Heft 2/2007, S. 49 -56.

Peters, Arno (1996): Das Äquivalenz-Prinzip als Grundlage der Global-Ökonomie. Akademische Verlagsanstalt, Vaduz.

Peters, Helmut (2005): China zwischen Gestern und Morgen. Wohin geht China? In: Institut für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung, isw-report Nr. 61 , München.

Petrovic, Gajo (1965): Praxis und Sein, in: PRAXIS Nr. 1/1965, S. 26 - 40.

Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen, Hrsg. (2007): Legitimationskrise des Neoliberalismus – Chance für eine neue politische Ökonomie? Leipzig.

Sartre, Jean-Paul (1967): Kritik der dialektischen Vernunft. I. Band. Theorie der gesellschaftlichen Praxis. Rowohlt Verlag, Reinbek bei Hamburg.

Steinitz, Klaus (2005): Chancen für eine alternative Entwicklung. Linke Wirtschaftspolitik heute. VSA-Verlag, Hamburg.

Schui, Herbert (2006): Bitte rational abwägen. Die Linke im Privatisierungsdilemma, in: Freitag 48, 1. Dezember 2006, S. 6.

Vilmar, Fritz (2006): Wirtschaftsdemokratie - Zielbegriff alternativer Wirtschaftspolitik. Kritische Bilanz und Aktualität nach 40 Jahren. Onlinetext (m3206.pdf) der Memorandum-Gruppe.

Wallerstein, Immanuel (1990): Marx, der Marxismus-Leninismus und sozialistische Erfahrungen im modernen Weltsystem. S. 126 - 137 in PROKLA 78, 20. Jahrgang 1990 Nr. 1 (März): Auf der Suche nach dem verlorenen Sozialismus. Rotbuch Verlag, Berlin.

Wallerstein, Immanuel (2002): Utopistik. Historische Alternativen des 21. Jahrhunderts. ProMedia Verlag, Wien.

Weber, Beat (2006): Das umkämpfte Feld der Wirtschaftsexpertise. Wirtschaftsexpertinnen und Wirtschaftspolitik im gesellschaftlichen Wandel. In: Zeitschrift Kurswechsel, Heft 4/2005.

Weiß, Ulrich (2000): Marx und der mögliche Sozialismus. In: UTOPIE kreativ, Heft 120 (Oktober 2000), S. 958 - 971.

Weltsozialforum (2001): Charta der Prinzipien, veröffentlicht im Anschluss an das 1. Weltsozialforum 2001 in Porto Alegre/Brasilien.

Wenzel, Siegfried (2006): Sozialismus des 21. Jahrhunderts? In: UTOPIE kreativ, H. 191 (September 2006), S. 811-822.

Zeller, Christian Hrsg. (2004): Die globale Enteignungsökonomie. Westfälisches Dampfboot, Münster.

Klaus Thaler

Auf dem Weg zu einer neuen Linkspartei in Deutschland

Denkmäler und Denkwürdiges

„Denkmale haben außer der Eigenschaft, dass man nicht weiß, ob man Denkmale oder Denkmäler sagen soll, noch allerhand Eigenheiten. Die wichtigste davon ist ein wenig widerspruchsvoll, das auffallendste an Denkmälern ist nämlich, dass man sie nicht bemerkt. Es gibt nichts auf der Welt, was so unsichtbar wäre wie Denkmäler“, so Robert Musil in seinem „Nachlass zu Lebzeiten“. Denkmäler seien „durch irgend etwas gegen Aufmerksamkeit imprägniert, und diese rinnt Wassertropfen – auf Ölbezug – artig an ihnen ab“.

Wie Denkmälern scheint es gelegentlich auch großen philosophisch-politischen Systemen und Entwürfen zu gehen, nicht ausgenommen der Idee des „demokratischen Sozialismus“. Den in diese Angelegenheit verwickelten elitären Zirkeln, um mit Musil zu sprechen „Figuren einer Marmorgruppe“, geht es nicht besser. „Es scheint eine ganz ausgesuchte Bosheit zu sein“, heißt es im Hinblick auf die „großen Männer“, dass man „sie gleichsam, mit einem Gedenkstein um den Hals, ins Meer des Vergessens [stürzt].“

In der Gegenwart gibt es nun doch einige Bemühungen, linke Theorie von abweisender Imprägnierung zu befreien, wieder fruchtbar zu machen und das sozialistische Projekt dem schäumenden „Meer des Vergessens“ zu entreißen.

Motive zur Schaffung einer neuen Linken

Die Motive zur Schaffung einer neuen Linken in Deutschland waren recht pragmatischer Natur. Es galt zu allererst, den „neoliberalen Blockparteien“ eine Alternative entgegenzustellen. Vor allem während der Kanzlerschaft Schröders wurden die kritische Öffentlichkeit und oppositionelle Stimmen immer mehr zurückgedrängt. Die etablierte Presse und die Massenmedien übten sich als Verlautbarungsorgane der zunehmend neoliberal ausgerichteten Wirtschaft und ihrer politischen Vollstreckungsgehilfen. Aus der Wissenschaft hörte man nur noch „her masters voice“ heraus: die Stimme der Kapitalinteressen. Viele aus dem linken Flügel der SPD tauschten sehr rasch ihre rhetorisch hochgehaltenen roten Fahnen gegen Karriereleitern ein. Wohl gab es bereits neue Bewegungen wie attac und die Sozial-

foren, aber diese erreichten nicht die politische Entscheidungssphäre. Sie blieben auf ihren außerparlamentarischen Status beschränkt und SPD und Grüne umgingen diese Initiativen weiträumig.

In dieser Situation kam es einem kleinen politischen Erdbeben gleich, als sich zeitgleich an verschiedenen Orten der BRD alternative politische Gruppen bildeten. Von vorneherein wollten diese nicht kleine elitäre Stammtische bleiben, sondern politischen Einfluss nehmen und vor allem zunächst Foren einer kritischen Öffentlichkeit sein. Im Weiteren stellte sich heraus, dass die Drohung mit dem Verein „Wahlalternative“ und der Initiative für „Arbeit und soziale Gerechtigkeit“ wenig fruchtete. Die SPD betrachtete die Initiatoren nach Gutsherrenart als Dienstboten und griff zu Ausschlussverfahren. So wurde klar, dass eine neue Partei entstehen musste.

In den Bundestag sollte wieder eine Oppositionspartei einziehen und Möglichkeiten der parlamentarischen Ebene und Privilegien ausschöpfen: Namentliche Abstimmungen, Normenkontrollverfahren, Anhörungen und andere Instrumente und Verfahren ermöglichen es, den Bundestag als politisches Forum zu nutzen.

Eine rasante Entwicklung von 2004 bis 2007

Man vergegenwärtige sich, welche rasanten Entwicklungen sich vollzogen haben:

- im März 2004 bilden sich die „Wahlalternative“ und die Initiative „Arbeit und soziale Gerechtigkeit“,
- im Juli 2004 vereinigen sich die beiden Gruppen,
- im August 2004 bekunden Lafontaine und Gysi ihr Interesse an der WASG,
- im November findet die erste Bundesdelegiertenkonferenz der WASG in Nürnberg statt, und recht kühn beschließt die Versammlung, bereits im Mai 2005 zur Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen anzutreten,
- im Januar 2005 gründet sich die WASG in Göttingen als neue Partei,
- die Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen ist ein erster politischer Erfolg. Die WASG erhält auf Anhieb 2,2 % der Stimmen. Die PDS kommt auf 0,9 %,

- am selben Abend fordert Schröder wegen des Regierungsverlustes in diesem Bundesland vorgezogene Neuwahlen,
- zwei Tage später kündigt Lafontaine an, er wolle für ein Linksbündnis antreten und tritt zugleich aus der SPD aus,
- Gysi will Spitzenkandidat werden und sich für ein Bündnis einsetzen,
- Anfang Juni 2005 einigt man sich auf ein Bündnis, und nun beginnt eine nervenbelastende Zitterpartie - in einem solchen Fall schlafen rechte Juristen nicht: kann das Bündnis zur Wahl antreten?
- gleichzeitig muss sofort in den Wahlkampf eingestiegen werden, das Bündnis tritt unter dem Namen „Die Linke.PDS“ an,
- im Juli erfolgt eine WASG-Urabstimmung; bei 70 % Beteiligung sind 82,8% für eine Kandidatur auf PDS-Listen,
- bei der Bundestagswahl am 18. September 2005 gewinnt das Bündnis 8,7 % der Zweitstimmen und zieht mit 54 Abgeordneten in den Bundestag ein, damit ist die Linke auch stärker als die Grünen,
- Gregor Gysi und Oskar Lafontaine werden Fraktionsvorsitzende,
- seit Lafontaine sich für eine neue Linke stark gemacht hat und Mitglied der WASG wurde, steigt die Mitgliederzahl sprunghaft an; wöchentlich sind ca. 300 Neuaufnahmen zu verzeichnen,
- von den darauf folgenden Landtags- und Kommunalwahlen sind vor allem die Kommunalwahlen in Hessen besonders erfolgreich,
- die Wahl zum Abgeordnetenhaus in Berlin leidet unter der Auseinandersetzung zwischen WASG und PDS; die PDS muss eine Halbierung ihrer Wählerzahl hinnehmen; Koalitionen mit der SPD scheinen der Linken nicht gutzutun,
- 2006 ist das Jahr, in dem die beiden Parteien zusammenwachsen sollen; die Kooperationsabkommen werden geschlossen, eine Satzung, ein Programm, die Finanzordnung entworfen,
- ein vorläufiger programmatischer Entwurf sind die „Programmatischen Eckpunkte auf dem Weg zu einer neuen Linkspartei in Deutschland“ vom Oktober 2006; daneben sind die Programmentwürfe der verschiedenen Strömungen der Partei wichtig, vor

allem aber die programmatischen Reden Lafontaines auf der Rosa-Luxemburg-Konferenz 2006,

- alle Dokumente müssen nun in parallel tagenden Bundesparteitagen in Dortmund am 24./25.März 2007 mit einfacher Mehrheit sowohl von der WASG als auch von der Linkspartei. PDS angenommen werden. Der „Verschmelzungsvertrag“, der die organisatorische Vereinigung juristisch besiegelt, benötigt die Zustimmung von 75 % der Delegierten beider Parteien,
- die Gründungsdokumente werden von der PDS mit 96% der Delegierten und von der WASG mit nahezu 88 % der Delegierten angenommen; ein Ergebnis, das niemand erwartet hatte,
- bis zum 18. Mai 2007 müssen dann alle Urabstimmungen der Mitglieder abgeschlossen sein,
- am 16. und 17. Juni findet der erste Parteitag der neuen linken Partei „Die Linke.“ in Berlin statt.

Die Übersicht fasst nur die wichtigsten Daten und Ereignisse zusammen. Dahinter steht eine breite Aktivierung und Diskussion engagierter Menschen, und mittlerweile arbeiten beide Parteien mit Blick auf ihren Zusammenschluss eng zusammen. In Nürnberg besteht zum Beispiel schon ein gemeinsames Büro, Vorstandssitzungen und Mitgliederversammlungen werden gemeinsam bestritten.

Günstige Umstände auf dem Weg zu einer neuen Linkspartei

Die zügigen Entwicklungsschritte und auch der durch Schröder erzeugte „exogene Druck“, es müssten so schnell wie möglich Neuwahlen stattfinden, haben keine Gelegenheit zu „beckmesserischen“ Glaubenskämpfen um die richtige Theorie gelassen. Ein anderer Charakterzug des deutschen Politikverständnisses, die Leidenschaft fürs „Gouvernementale“, konnte sich wenig geltend machen. Vieles haben wir den Gewerkschaftern, den Gründern der WASG zu verdanken. Sitzungen wurden recht stringent geführt. Ehemalige SPD-Mitglieder waren das politische Geschäft gewohnt. Die PDS war als Volkspartei bereits im Osten Deutschlands verankert und verfügte über einen reichen politischen Erfahrungsschatz. Viele Links-Intellektuelle, denken wir nur an die „Bremer Memorandum-Gruppe“ um Axel Troost oder an Joachim Bischoff mit der Zeitschrift „Sozialismus“, schienen ja nur auf den Zeitpunkt gewartet zu haben, um eine neue Linke mit aus der Taufe zu heben. Viele, die noch nie politisch tätig waren, wurden angezogen

von unserem hohen politisch-moralischen Anspruch. Deshalb schlossen sich auch viele aus dem christlich-sozialen Spektrum an: Sozialpfarrer, betriebliche Sozialarbeiter der Kirchen.

Es zeigte sich, die Zeit war reif! Denn es ging und geht ja nicht um eine Auseinandersetzung um diese oder jene Anpassungsprozesse in der Entwicklung einer „modernen Wirtschaft“. Tatsächlich treiben die Programme und Beschlüsse der Parteien, die fast nur noch als Marionetten der Kapitalinteressen agieren, zur zunehmenden Entstellung und zu irreparablen Beschädigungen der Gesellschaft als Solidargemeinschaft und der Demokratie.

Ich zitiere aus Gisela Kesslers Beitrag am 21. November 2004, auf dem 1. Bundesdelegiertenkongress der WASG in Nürnberg:

„Es geht heute im Kern um die Enteignung unseres erkämpften sozialen Eigentums! ... Marktradikalismus und anhaltende Deregulierung führen zu einer Brutalisierung der sozialen Beziehungen unter den Menschen. Solidarität verdampft immer mehr unter den neoliberalen Verhältnissen. Konkurrenz, Egoismus und Ellenbogenprinzip sollen zur Richtschnur des individuellen und gesellschaftlichen Handelns werden.“

Weit über die verheerenden Auswirkungen der Privatisierung der Institutionen der Daseinsvorsorge hinaus verweisen Zeichen der Zeit auf einen exterministischen Charakter des Kapitalismus und erinnern an das Wort Rosa Luxemburgs, dass nur noch die Wahl zwischen Sozialismus und Barbarei besteht.

Nachdenken über das Woher und Wohin

Von den Gründungsreden bis zu den programmatischen Reden Lafontaines und den „Programmatischen Eckpunkten“ kann man eine rote Linie erkennen.

Im Zentrum der „Programmatischen Eckpunkte“ heißt es:

„Notwendig ist die Überwindung aller Eigentums- und Herrschaftsverhältnisse, ‚in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist‘. Eine Gesellschaft auf diesen Grundlagen und der emanzipatorische und transformatorische Prozess in diese Richtung, der in der heutigen Gesellschaft beginnt und über diese hinausweist, gilt vielen von uns als demokratischer Sozialismus.“

Hier wird Karl Marx zitiert. Natürlich sind programmatische Erklärungen immer dem Verdacht ausgeliefert, dass sie gebrochen werden oder dass

sie der Realität nicht standhalten. Es gilt, was Christa Wolf in „Nachdenken über Christa T.“ schreibt:

„Nachlassen, meine Lieben, dürfen wir allerdings nicht. Warum eigentlich nicht? Weil die großen Entwürfe niemals aus sich selber leben, sondern aus uns gespeist werden. Edel sei der Mensch ... Wir müssen groß von uns denken, sonst ist alles umsonst ... Lernt es auswendig, sagt sie. Meinetwegen kämmt euch die Haare dabei ... Nur einmal denkt die Sätze als eure eigenen. Denn das unterscheidet ihn ... Es war doch groß gedacht.“

In diesem Abschnitt des Romans will die Protagonistin ihre Schüler an die Klassik, aber auch an die humanistischen Grundsätze des Sozialismus heranzuführen.

Im Kern wird das „Arbeitsprogramm“ der Linken durch die programmatischen Ausführungen Lafontaines auf der Rosa-Luxemburg-Konferenz 2006 getroffen:

„Ich glaube, dass der Neoliberalismus bestimmt war von den Begriffen der Deregulierung, der Privatisierung und des Abbaus der Demokratie. Wenn man übereinstimmt, dass diese Begriffe das neoliberale Handeln charakterisieren, dann ist der Auftrag der Linken aus den Gegenbegriffen abzuleiten. Wir wollen nicht Deregulierung, sondern wir wollen Regulierung. Wir wollen nicht Privatisierung, sondern wir wollen die Ausweitung des öffentlichen Sektors. Und wir wollen nicht nur Demokratisierung, sondern wir wollen die Ausbreitung der sozialen Demokratie in unserer Gesellschaft.“ Hinzu kommt die Ablehnung militärischer Interventionen: „Die Beachtung des Völkerrechts ist dringende Voraussetzung für jede Form linker Außenpolitik.“

Programmatische Eckpunkte

Eckpunkte des Programms - hier nur als Auswahl - vom 22. Oktober 2006 sind: Pluralität und weltanschauliche Fundierung, Eindämmung und Überwindung des Kapitalismus, Primat demokratischer Politik über die Wirtschaft, Verteidigung der öffentlichen Daseinsvorsorge, Vollbeschäftigung und bedarfsorientierte Grundsicherung. Dazu einige nähere Angaben und Erörterungen:

Zur *Pluralität und weltanschaulichen Fundierung* heißt es im Programm: „Die neue Partei ist plural, wie die Linke selbst plural ist. Gemeinsam wollen wir eine Partei, wie es sie in Deutschland noch nicht gab – Linke einigend, demokratisch und sozial, feministisch und antipatriarchal, offen und plural, streitbar und tolerant, antirassistisch und antifaschistisch, eine kon-

sequente Friedenspolitik verfolgend.“ Wie sie hier verstanden wird umfasst Pluralität ein breites weltanschauliches und gesellschaftspolitisches Spektrum: „Wir stellen uns bewusst in die Traditionen der Aufklärung und des demokratischen Sozialismus, der großen Emanzipationsbewegungen der Arbeiterinnen und Arbeiter und der Frauenbewegung, der Umwelt- und Anti-AKW-Bewegung, der Friedensbewegung, der globalisierungskritischen Initiativen, der Sozialforen und Bewegungen gegen staatliche Repressionen.“ Es ist klar: Der demokratische Sozialismus ist es nicht allein, auf den wir unsere Partei aufbauen wollen. Vergessen wir nicht die Menschen aus der christlichen Sozialbewegung, die sich bei uns engagieren.

Mit der Zielsetzung einer *Eindämmung und Überwindung des Kapitalismus* werden wir auch an Systemgrenzen stoßen: „Unsere Anerkennung gilt den Bemühungen um eine sozial- und wohlfahrtsstaatliche Eindämmung des Kapitalismus ebenso wie Versuchen zu einer Überwindung der kapitalistischen Eigentums- und Herrschaftsverhältnisse.“ Man kann sagen, die Partei lässt sich also mehrere Optionen offen, was auch dem Prozesscharakter dieses Programms und der Politik entspricht. Die Grundrichtung scheint mir aber klar: „Ziel unseres Handelns ist eine Gesellschaft, ... die über den Kapitalismus hinausweist und die ihn in einem transformatorischen Prozess überwindet.“

Zum *Primat demokratischer Politik über die Wirtschaft* wird im Programm ausgeführt: „Die Linke tritt für das Primat demokratischer Politik über die Wirtschaft sowie für einen sozialen und ökologischen Wandel in der Europäischen Union ein. Alternative Wirtschaftspolitik ist gestaltende Politik. Sie zielt auf ein starkes Gewicht sozialstaatlicher Politik anstelle von deren Unterordnung unter Marktwänge.“ Hier findet sich in den Eckpunkten von Oktober 2006 wieder ein relativierender Einschub: „(Die Partei) betrachtet gewinnorientiertes unternehmerisches Handeln als wichtig für Innovation und betriebswirtschaftliche Leistungsfähigkeit.“ Dieser letzte Satz ist von den beiden Parteitag in Dortmund gestrichen worden.

Bei der Komprimierung eines umfangreichen Programms bleibt notwendigerweise vieles ausgelassen. Mir kommt es auf die *Stellungnahme zur Daseinsvorsorge* an: „Öffentliche Daseinsvorsorge für Bildung, Gesundheit, Betreuung und Kultur, für Mobilität, Wasser, Gas und Strom ist elementarer Bestandteil sozialer Sicherheit. Deshalb verteidigen wir die öffentliche Daseinsvorsorge und treten für ihre Ausweitung ein. Wir wollen den Ausverkauf öffentlichen Eigentums an Wohnungen und Versorgungsunternehmen verhindern.“ Das ist eine klare Aussage. Leider haben Teile der PDS – so in Berlin und Dresden – uns in diesen Punkten enttäuscht.

Vollbeschäftigung und bedarfsorientierte Grundsicherung ist ein Punkt, der noch umstritten ist. „Wir streben eine Gesellschaft an, in der jede Frau und jeder Mann eine existenzsichernde Arbeit ausüben kann. Erwerbsarbeit, Arbeit in Familien und Partnerschaften, Arbeit zur Mitgestaltung der Gesellschaft sowie die Teilnahme am kulturellen und sozialen Leben muss allen Menschen möglich sein. Gesellschaftlich notwendige Arbeiten ... müssen gleich verteilt sein. Das wollen wir als neue Vollbeschäftigung.“ Hier ist auch das Feld für Konzepte wie die „Sozialwirtschaft“ oder eine „solidarische Ökonomie“. Wir streben also noch das Ziel der Vollbeschäftigung an, sind uns aber auch darüber im Klaren, dass eine „bedarfsorientierte repressionsfreie Grundsicherung“ notwendig ist. Inwieweit wir uns für ein „bedingungsloses individuelles Grundeinkommen“ einsetzen, ist noch nicht ausdiskutiert.

Diese wenigen Auszüge und Bemerkungen zum Programm können natürlich nicht seine Lektüre ersetzen. Sie sollen nur eine Anregung sein, sich mit dem Text selbst auseinanderzusetzen. Auf den Parallel-Parteitag im März 2007 wurden die besprochenen programmatischen Eckpunkte etwas verändert, der Grundtenor ist gleichgeblieben.

Ein kritischer Punkt sind die *Maßstäbe für eine Regierungsbeteiligung*. Hier wären vielen Mitgliedern klarere Formulierungen lieber; die konkrete Angabe von „Haltelinien“ wird gewünscht: „Maßstäbe für Regierungsbeteiligungen sind die Verbesserung der Lage der Benachteiligten und die Verstärkung politischer Mitbestimmung, die Errichtung von Barrieren gegen die neoliberale Offensive, die Durchsetzung alternativer Projekte und Reformvorhaben.“ Auch hier gab es in Dortmund Modifizierungen. Das Programm bleibt aber noch weiter auf der Tagesordnung. Eine endgültige Fassung wird erst im Juni verabschiedet.

„Was tun“ - Tschernyschewski 1863, Lenin 1902, Die Linke 2007

Die Arbeit unserer Bundestagsfraktion kann sich sehen lassen, sie sollte ihre Arbeit wie bisher fortsetzen. Wir verfügen über exzellente Fachleute in allen Politikfeldern. Da wir von den Medien vernachlässigt werden, scheuen sich unsere Parlamentarier auch nicht, spektakuläre Aktionen zu starten: Klaus Ernst überreicht am Ende seiner Rede gegen die Residenzpflicht Arbeitsloser Frau Merkel eine von Fraktionsmitgliedern sauber geschmiedete Fußfessel. Die Fraktionsmitglieder reagieren rasch auf Anfragen von Mitgliedern und Bürgern.

Die Bundesparteien, WASG und PDS, haben bisher eine klare und konsequente Politik für die Arbeitnehmer verfochten. In allen gesellschaftspolitischen Fragen – z.B. Mindestlohn, Ablehnung der Rente mit 67 – stehen wir auf Seiten der Gewerkschaften. In der Ablehnung von völkerrechtswidrigen Kampfeinsätzen ist unsere Position identisch mit der Friedensbewegung.

Das moralische Gefälle, die Glaubwürdigkeitsdifferenz zwischen den neoliberalen Blockparteien und uns ist geradezu schwindelerregend.

In einem meiner Meinung nach einzigartigen demokratischen Prozess haben die beiden Parteien zueinander gefunden. Stellvertretend für die vielen engagierten Parteimitglieder, die die Mühen der Ebene nicht scheuten, gilt mein Dank den Gründern der WASG, Klaus Ernst und Thomas Händel. Dem letzteren allein deshalb, weil er als Schatzmeister ohne Schatz den undankbarsten Part übernommen hat.

Was uns Sorgen macht, sind PDS-Landesverbände wie Berlin, sind einzelne Mandatsträger der PDS, die auf dem „Opernball“ der neoliberalen Einheitsfront mittanzten und im Kapitalismus, so scheint es, erst einmal ankommen möchten. Vielleicht wollen sie ihn dann auch nicht mehr verlassen, während die überwiegende Mehrheit von PDS und WASG die bestehende Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung verändern will. Für das Festhalten an dieser klaren Grundlinie wird, so Lafontaine, die Privatisierung der Sparkasse in Berlin der Lackmuse sein. Dies zeigt auch: Hier müssen noch „Haltelinien“ eingebaut werden, hier muss eine „Reling“ her, damit das große Projekt, eine neue gesamtdeutsche Linke zu schaffen, nicht „über Bord“ geht.

Die Medien werden über unsere Arbeit nicht angemessen berichten, geschweige denn sie honorieren. Also müssen wir – nicht nur aus diesem Grund – unsere Mitglieder aktivieren und die Öffentlichkeit in anderer Form erreichen. Unser – so meinen viele Mitglieder – natürlicher Partner wäre die SPD. Sicher muss es uns darum gehen, auch deren Wähler und Mitglieder für uns zu gewinnen. Es ist schon paradox: Die SPD versucht aber auch alles, um die eigenen Wähler und Mitglieder loszuwerden. Nur elf MdBs der SPD haben gegen die Rente mit 67 gestimmt, also ca. 5%. Der viel beschworene „linke Flügel“ ist ein „Federchen“, weniger als ein Feigenblatt, das den nackten Neoliberalismus nicht bedecken kann. Trotz allem halten noch zu viele Mitglieder und Wähler der SPD mit einer nibelungentreuen Hartnäckigkeit an ihrem „Mitläufertum“ fest, nach dem Motto: Ihr könnt schon tun und lassen, was ihr wollt, uns werdet ihr nicht los.

Schließlich stoßen wir noch auf Barrieren in der Gesellschaft selbst und auf so etwas wie einen gesellschaftlichen Autismus in Deutschland: „Die Zwerglein ... ließen einen durchsichtigen Sarg von Glas machen, dass man es (Schneewittchen) von allen Seiten sehen konnte, legten es hinein und schrieben mit goldenen Buchstaben seinen Namen darauf, und dass es eine Königstochter wäre.“ Soweit die Gebrüder Grimm. Nun wäre es natürlich schön, wenn es, wie im Märchen, geschähe, dass „von dem Schüttern“ beim Transport des Sarges „der giftige Apfelgrütz“ aus dem Hals unserer Gesellschaft fährt. „Und nicht lange“, so heißt es, da öffnet sie die Augen, hebt den Deckel vom Sarg in die Höhe und richtet sich auf, und ist „wieder lebendig.“

Das Schütteln der Gesellschaft wäre dann die Aufgabe der Linken. Bislang sehe ich nur eine Ansammlung von „Glassärgen“ mit mehr oder weniger noblen Königskindern. So hat der Streik der AEG-Arbeiter nicht zu einer weitergehenden Politisierung geführt. Für viele von ihnen bilden die Bildschirme ihrer Fernsehgeräte die Scheiben ihres Sarges. Die bürgerlichen Intellektuellen haben sich nach 1848 in ihre Glassärge begeben und betrachten nun mit blasierterem Skeptizismus die Welt hinter der Glasscheibe, mehr geht nicht. Für viele von ihnen nimmt das Kabarett eine Art Stellvertreterrolle ein. Die ganz Kritischen beschäftigen sich derweil mit Themen wie: „Die Kritik am Kapitalismus in Goethes Faust II“. Mitunter schieben Linksinтеллектуelle den Sargdeckel schon ein Stück zur Seite. Wenn sie sich dann nicht mit ihrem theoretischen Fundamentalismus gegen die linke Nachbargruppe wenden, könnte so etwas wie Solidarität entstehen.

Die Frage ist in der Tat, wie können wir unsere „Komapatienten“ ins Leben zurückrufen und was soll in der Welt eigentlich noch geschehen, damit endlich der Glassarg zerbrochen wird? Was kann die Partei dazu beitragen? Mir erscheint manchmal die Linke zu bieder. Man möchte der Partei mit den Worten Enzensbergers den Rat geben: „Vermehre um einen Zentner den Zorn in der Welt, um ein Gran“. Diese Worte waren an Sisyphos gerichtet, und ähnlich wie seine ist auch unsere Arbeit.

Dabei ist es wichtig, keine unnötigen Ressentiments zu kultivieren. Erfahrungen im Leben der Partei zeigen immer wieder, dass Vorurteile, Abneigungen und Verdächtigungen von Mitgliedern relativ ungerichtet sind und sich durch eine kleine Drehung gegen die eigene Organisation richten können.

In einer Situation, die unserer in bestimmter Hinsicht ähnlich ist, schrieb Georg Büchner. Seine Worte beziehen sich auf die Revolutionäre aus der

Zeit des deutschen Vormärz: „Sie schreiben, man liest sie nicht; sie schreien, man hört sie nicht; sie handeln, man hilft ihnen nicht.“ Er weiß aber auch „dass nur das notwendige Bedürfnis der großen Masse Umänderungen herbeiführen kann.“ Soweit Büchner in seinen Briefen an die Familie.

Wenn wir schon nicht erwarten können, dass wir von den gleichgeschalteten Medien wahrgenommen werden, können wir aber doch hoffen, dass immer mehr Mitbürger ihre eigenen Interessen bei uns gut vertreten fühlen und schließlich auch erkennen. Die Partei muss ganz konkret für diese Interessen eintreten. Die richtige Einstellung wäre die Büchners in seiner Erzählung „Lenz“: „Man muss die Menschheit lieben, um in das eigentümliche Wesen jedes einzudringen, es darf einem keiner zu gering, keiner zu häßlich sein.“ Oskar Lafontaine hat auf dem Parteitag in Dortmund ein ähnliches Wort Paul Tillichs zitiert, der sinngemäß davon spricht, dass Sozialismus der Versuch der Rettung der Liebe in einer Zeit des schrankenlosen Egoismus' sei.

Perspektiven

Wie schön das klingt: „Der Sozialismus des 21. Jahrhunderts“, „Neue Linke im 21. Jahrhundert“. Da sieht man ja geradezu den Faltenwurf der Geschichte. Linke Theorien haben die fatale Neigung, zu Kosmogonien zu werden. Dabei weiß doch jeder, Kosmogonien sind allemal Mythen. Wir sind nie, vor allem nicht in „Alt-Europa“ in einer „Ursprungssituation“, sondern immer inmitten eines historischen, gesellschaftlichen und politischen Prozesses. Welche Perspektiven gibt es unter diesen Vorzeichen und mit aller Bescheidenheit für die neue Linke?

Die neue Linke kann eine echte gesamtdeutsche linke Partei links von der sog. SPD werden. „Sie verfügt ... über ein großes Potenzial zur Bewältigung dieser Anforderungen (eine realisierbare Perspektive des demokratischen Sozialismus), weil ein Teil ihrer Mitglieder auf reale Erfahrungen und das soziale Gedächtnis des gescheiterten Sozialismusversuchs zurückgreifen kann.“ Sie ist die Kraft, die die „Spaltungslinien und die Deformationen der verschiedenen politischen Kulturen“ aufheben kann. Gemeint sind die politischen Kulturen der Bundesrepublik alter Schreibweise und des sozialistischen Systems der ehemaligen DDR. Soweit J. Bischoff und B. Radke in ihrem Diskussionsbeitrag „Neue Linke im 21. Jahrhundert“.

Eine realistische Perspektive sehe ich in der Integration der Migranten und in der Zusammenarbeit mit ihren Organisationen. Beispielsweise ist die Zusammenarbeit mit der türkischen Arbeiterbewegung DİF bereits sehr

eng. Hauptredner bei ihrer Jubiläumsveranstaltung vor 5000 geladenen Gästen war Lafontaine, was natürlich in keiner „Nachricht“ erschien. Wir würden, gelänge es uns, ein längst überfälliges gesellschaftspolitisches „Desiderat“ erfüllen.

In der Gewerkschaftsbewegung tut sich etwas. Wenn die Gewerkschaften SPD-Politiker als Redner für den 1. Mai ausladen, dann zeigt dies, dass sie sich von der zu engen Bindung an die SPD befreien wollen. Das wäre auch gut für die Gewerkschaften, die dadurch wieder Handlungsfreiheit gewinnen.

Bischoff sieht eine „Entfremdung zwischen demokratischer Willensbildung und ökonomisch-sozialen Verhältnissen“, d. h. der eigentliche politische Wille von Mehrheiten besitzt keinen Einfluss mehr auf die Gestaltung der ökonomisch-sozialen Verhältnisse. Zu der Zerstörung der Demokratie tragen beispielsweise die Privatisierungen bei, da es dann keine politische Handhabe mehr zur Gestaltung des sozialen Lebens gibt. Wenn das Wasser oder die Bahn privatisiert sind, sind dem Wähler wichtige Gestaltungsmöglichkeiten entzogen. Zum ändern wollen wir aber auch mit dem Mittel des Streiks auf die Gestaltung des wirtschaftlichen Lebens Einfluss nehmen. Insgesamt kommt es uns auf mehr direkte Demokratie an: eine durchaus realistische Perspektive, die wir auch in der Auseinandersetzung um die Europa-Verfassung vertreten.

Wenn es uns gelänge, den grassierenden Privatisierungswahn und die neoliberalen Elemente in Kommunen und Bundesländern zurückzudrängen, so dass, in Analogie zur Anti-Atomkraftbewegung, so etwas wie „befreite Zonen“ entstünden, wären wir schon ein gutes Stück weiter. Ich kann mir vorstellen, dass wir eine überwiegende Zahl von Bürgern für entsprechende Bündnisse gewinnen könnten: die neue Linke als politischer Integrationspunkt für Bürgerinitiativen.

Realistisch ist auch, dass eine neue Linke Ausstrahlung auf ganz Europa gewinnen wird. Überall in Europa sind Parteien links von den neoliberal gewendeten Sozialdemokraten entstanden.

Wir sind in einer Zeit, in der die öffentliche Moral einen erschreckenden Niedergang erlebt, mit einem hohen Anspruch angetreten. Wenn Müntefering auf der einen Seite den Hedge-Fonds hier im Land freie Hand gibt, um Firmen zu zerschlagen und Entlassungen vorzunehmen, auf der anderen Seite zeitgleich die weltweit operierenden berühmten Heuschrecken anklagt, zeigt das nur, wie verkommen die politische Moral der neoliberalen Blockparteien ist. Die Beispielliste ließe sich fortsetzen. Eine Perspektive,

geradezu eine *conditio sine qua non* für die neue Linke ist es daher, den hohen Anspruch aufrecht zu erhalten und das moralische Gefälle immer wieder sichtbar zu machen!

Ein wesentlicher Mangel der gegenwärtigen Situation, den Bischoff und Radke bedauern, besteht darin dass „die Gewerkschaften ... zu diesem `neuen Kapitalismus` noch keinen Zugang gefunden (haben), um aus der Defensive heraus zu kommen ... Weder sie noch die politische Linke (haben) insgesamt hinreichende intellektuelle, philosophische oder politische Antworten auf diese Veränderungen gefunden.“

Eine Perspektive in diesem Zusammenhang liegt darin, dass die vielen Intellektuellen, die sich der Linken verpflichtet fühlen, erkennen lernen: Die „Partituren“ ihrer Theorien sind nicht dazu gemacht, im Museum der jeweiligen Wissenschaftsgeschichte zu verstauben, sondern müssen gespielt werden. Das entsprechende Orchester könnte die neue Linke sein. Vielleicht müssen wir auch neue Instrumente entwickeln und natürlich müssen die Kompositionen spielbar sein - es gilt schließlich das Publikum zu gewinnen.

Was, wenn nicht linke Theorien, müssen in allen Fragen und Bereichen der gesellschaftlichen Praxis politisch verwirklicht werden - der Praxisbezug ist ihr Prüfstein. Ich möchte die linken Komponisten auffordern, mit dem Orchester, das sich im Juni 2007 konstituiert, eng zusammenzuarbeiten!

Quellen:

Oskar Lafontaine: Grundlinien linker Politik, in: Sonderheft "Junge Welt" zur XI. Internationalen Rosa-Luxemburg-Konferenz 2006, S. 4-8

Dokumentation: Gründungsdokumente "Die Linke.", Beschluss der Parteitage von WASG und Linkspartei.PDS am 24. und 25. März 2007 in Dortmund, Beilage zu "Neue Linke" Nr. 3/2007

Autoren und Abstracts

Angaben zu den Autoren

Joachim Bischoff, Jahrgang 1944. Sozialwissenschaftler und Ökonom.

Auswahl aus Veröffentlichungen: *Mythen der New Economy*, Hamburg 2001. *Entfesselter Kapitalismus. Transformation des europäischen Sozialmodells*, Hamburg 2003. *Die SPD und die Zerstörung des ‚Rheinischen Kapitalismus‘*, 2005. *Zukunft des Finanzmarktkapitalismus*, Hamburg 2006. *Das »abgehängte Prekariat«*. Zur aktuellen Debatte über Unterschicht und Klassengesellschaft in Deutschland. In: *Sozialismus* 11/2006. *Allgemeines Grundeinkommen*, Hamburg 2007.

joachim.bischoff@t-online.de

Wolf Göhring, geb. 1939 in Heidelberg, Mathematiker. Sein 1. Programm schrieb er auf einem Computer mit daumengroßen Bits. Noch in den 60ern forschte er über Dialog am Computer und wenig später widmete er sich der Vernetzung von Computern. Nach einer Kampagne gegen Militärforschung war er lange Jahre ein meist freigestelltes Mitglied im Betriebsrat der Forschungsgesellschaft für Mathematik und Datenverarbeitung GMD. Nach dieser Phase hat er die politische Ökonomie der Informationsgesellschaft aus einer marxistischen Sicht behandelt. Er sieht in der Informations- und Kommunikationstechnik das Mittel, um die Warenform der Produkte aufheben zu können. Mit diesem revolutionären Schritt gelänge die Verwirklichung von Nachhaltigkeit und die Überwindung von Krieg.

Auswahl aus Veröffentlichungen: *Die "Übersicht über Architektur und Leistung von Kleinrechnern"* (Öffentliche Verwaltung und Datenverarbeitung, Oktober 1974) deutet die kommende PC-Welt an. Ein ideologiekritischer Beitrag ist *"Vom Wesen und Unwesen der Computer"* (Wechselwirkung, November 1982). In *"Praktische Probleme bei der Einführung einer ISDN-Nebenstellenanlage"* (Informatik Forum 1/1992) werden die Abwehr von Abhörmöglichkeiten bei einer ISDN-Telefonanlage und die Durchsetzung einer Betriebsvereinbarung beschrieben. In *"Mittels Informations- und Kommunikationstechnik die Warenproduktion dialektisch aufheben?"* (In: Jörg Becker, Wolf Göhring (Hg.): *Kommunikation statt Markt : Zu einer alternativen Theorie der Informationsgesellschaft*, S. 129 - 140) kommt Marx mit ins Spiel. In zwei Aufsätzen wird der Begriff der *"Produktiven Informationsgesellschaft"* eingeführt, in der die Warenform der Produkte aufgehoben sein könnte: *"The Productive Information Society: A Basis for Sustainability"* (GMD - Forschungszentrum Informationstechnik GmbH

Sankt Augustin 1999) und "User Interfaces for the Productive Information Society" (Proceedings of the HCI International 2001, Lawrence Erlbaum Ass. Inc., Mahwah). Um Fragen der 3. Welt und Entwicklung geht es in "Knowledge Discovery, Thematic Maps, and e-Discussion as Means for a Sustainable Decision Making in Developing Countries" (zusammen mit weiteren Autoren, in: Sh@ring. Proceedings of the 18th International Conference "Informatics for Environmental Protection", Genf 2004) und in "Mit Petersberg Prize gegen Digital Divide? Informationstechnik in der Dritten Welt: Stand und Perspektiven" (FifF-Kommunikation, August 2004).

Mit "Working Within the System" (in: B. Booss-Bavnbek; J. Hoyrup (eds.): Mathematics and War. Birkäuser Basel 2003) stellt der Autor sein Engagement gegen Militärforschung dar: Krieg soll unsere Zeit nicht mehr prägen.

<http://www.wolf-goehring.de> , wolf.goehring@online.de

Harald Lemke, geb. 1965, Studium der Philosophie und Geschichte in Konstanz, Hamburg, Berkeley. 2007 Gastprofessur an der East China Normal University, Shanghai. 2006 habilitierte er sich mit einer Arbeit zur Theorie einer ethisch guten Esspraxis an der Universität Lüneburg. 1999 promovierte er mit einer Arbeit zur Theorie einer ethisch guten Freundschaftspraxis bei A. Honneth in Frankfurt. Stipendiat u.a. der deutschen Studienstiftung, Alexander von Humboldt-Stiftung, Visiting Scholar at the Graduate School for Global Environmental Studies Kyoto University. Er ist derzeit Dozent für Philosophie und Kulturtheorie an der Universität Lüneburg und Hamburg.

Auswahl aus Veröffentlichungen: Kritik des Gouvernementalitäts-Diskurses. Zu Foucaults Spätwerk; Ethik des Essens. Einführung in die Gastrosophie; Michel Foucault. In Konstellationen; Die Praxis politischer Freiheit. Zur Bedeutung von Hannah Arendts Philosophie des politischen Handelns für eine kritische Gesellschaftstheorie; Gespräch mit Axel Honneth: Kampf um Anerkennung und Engagement. Wege zur normativen Begründung kritischer Theorie.

<http://www.haraldlemke.de> , mail@haraldlemke.de

Horst Müller, geb. 1945. Sozialinformatiker und Sozialphilosoph, in Nürnberg. In der Studentenbewegung aktiv und bis heute in verschiedenen philosophisch-politischen Wirkkreisen tätig, bis 1995 im Sprecherrat der Ernst-Bloch-Assoziation. Initiative für Praxisphilosophie und konkrete Wissenschaft seit 2001.

Auswahl aus Veröffentlichungen: Praxis und Hoffnung. Studien zur Philosophie und Wissenschaft gesellschaftlicher Praxis von Marx bis Bloch und Lefebvre, Bochum 1986. Als Artikel (Auswahl): Marx, Mead und das Konzept widersprüchlicher Praxis, Zeitschrift für Soziologie 1983; Bloch, Kofler und das Projekt einer utopisch-kritischen Wissenschaft gesellschaftlicher Praxis, Leo-Kofler-Gesellschaft 2001; Die Staatsquote und Transformations-tendenzen in Wirtschaft und Gesellschaft, UTOPIE kreativ 2001; Theoretische Wurzeln und Arbeitsaufgaben des Praxiskonzepts, Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen 2002; Perspektiven der gesellschaftlichen Transformation. Zur Diskussion von Immanuel Wallersteins Utopistik, grundrisse 2004; Der Bogen Feuerbach, Marx, Bloch, Bourdieu. Realismus und Modernität des Praxisdenkens, Bloch-Almanach 2005. Sozialwirtschaft als Systemalternative, Studienreihe Praxisphilosophie 2005; Kapitalwirtschaft und konkrete Alternative, Zeitschrift Sozialismus 2007.

Dr. Horst Müller, Meuschelstr. 30, D-90408 Nürnberg, T. (0911) 337781
<http://www.praxisphilosophie.de> , dr.horst.mueller@t-online.de

Arno Münster, geb. 1942, studierte Romanistik und Philosophie, habilitierte 1982 mit einer Arbeit über das Frühwerk von Ernst Bloch. Seit 1994 lehrt Münster deutsche Philosophiegeschichte an der Universität Amiens. Zahlreiche Publikationen zum deutschen Idealismus, zur Kritischen Theorie und zur politischen Philosophie.

Auswahl aus Veröffentlichungen: Paris brennt. Die Mai-Revolution 1968. Analysen, Fakten, Dokumente, Frankfurt am Main 1968; Der Kampf bei LIP. Arbeiterselbstverwaltung in Frankreich, Berlin 1974; Utopie, Messianismus und Apokalypse im Frühwerk von Ernst Bloch, Frankfurt am Main 1982; Von der Metaphilosophie zur neomarxistischen Kritik der Staatstheorien. Henri Lefebvre, Kapitel V, S. 77 - 84 in: Arno Münster, Pariser philosophisches Journal. Athenäum Verlag, Frankfurt/M. 1987; Ernst Bloch - Eine politische Biographie, Berlin 2004. Sartre et la praxis. Ontologie de la liberté et praxis dans la pensée de Jean-Paul Sartre, L'Harmattan, Paris 2005. Sartre et la morale, L'Harmattan, Paris 2007.

<http://www.arnomunster.net> , arnomunster@yahoo.fr

Ursula Reitemeyer, geb. 1955. Studium der Philosophie, Katholische Theologie, Kunstgeschichte und Pädagogik. Habilitation 1994 am Fachbereich Erziehungswissenschaft der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster. Sie lehrt dort in diesem Fachbereich, arbeitet an Fragen der Geistesgeschichte und Bildungstheorie und ist Präsidentin der Internationalen Gesellschaft der Feuerbachforscher.

Auswahl aus Veröffentlichungen: 1988: Philosophie der Leiblichkeit. Zu Ludwig Feuerbachs Philosophie der Zukunft. 1994: Realismus, Humanismus, Kommunismus. 1996: Perfektibilität gegen Perfektion. Rousseaus Theorie gesellschaftlicher Praxis. 2001: Bildung und Arbeit zwischen Aufklärung und nachmetaphysischer Moderne. 2005: Die Bedeutung von Feuerbachs früher Geschichtsphilosophie für den Entwurf einer Philosophie der Moderne. 2007: Umbruch in Permanenz. Eine Theorie der Moderne zwischen Junghegelianismus und Frankfurter Schule. Reihe Internationale Feuerbachforschung, Bd. 2. Waxmann Verlag, Münster.

http://egora.uni-muenster.de/ew/ew_personen/reitemeyer.shtml
reitemey@uni-muenster.de

Dr. phil. Werner Rügemer, Lehrbeauftragter an der Universität zu Köln, Publizist und Berater. Stv. Vorsitzender des Vorstands von Business Crime Control.

Publikationen und Themen: 1988: Nicaragua - Pädagogik der Überlebens; 1990: Utopie und Zivilgesellschaft. Rekonstruktionen, Thesen und Informationen zu Antonio Gramsci; 1996: Wirtschaften ohne Korruption?; arm und reich. Bielefeld 2003; Cross Border Leasing. Ein Lehrstück zur globalen Ent eignung der Städte. Münster 2005, 2. Auflage; Colonia Corrupta. Privatisierung, Globalisierung und Korruption im Schatten des Kölner Klüngels. Münster 2006, 5. Auflage; Die Berater. Ihr Wirken in Staat und Gesellschaft. Bielefeld 2004; Der Bankier. Ungebetener Nachruf auf Alfred von Oppenheim. Mit Vorwort von Prof. Hans See und einer Chronologie der juristischen Auseinandersetzung. 3. überarbeitet geschwärzte Auflage. Nomen Verlag, Frankfurt/Main 2006; Privatisierung in Deutschland. Eine Bilanz. Münster 2006, 3. Auflage.

<http://werner-ruegemer.de> , wer_ruegemer@web.de

Julia Schnegg, 35 Jahre, freie Grafikerin. Studium der Philosophie, Soziologie und Politik an der Freien Universität Berlin (Magister). Besonderes Interesse für Handlungstheorie, Praxisphilosophie, Erkenntnistheorie. Aktiv in der außerparlamentarischen Linken im Themenfeld Antifaschismus, Antirassismus, Antikapitalismus.

hks13@freenet.de

Prof. Dr. Wolfdietrich Schmied-Kowarzik, geb. 1939; Studium der Philosophie, Ethnologie und Psychologie an der Universität Wien; Promotion: "Sinn und Existenz in der Spätphilosophie Schellings", Wien 1963; ab 1964 Wiss. Assistent am Lehrstuhl für Philosophie und Pädagogik der Universität Bonn; Habilitation 1970; von 1971 bis zur Emeritierung 2007 Professor für Philosophie und Pädagogik an der Universität Kassel; im Vorstand der Interdisziplinären Arbeitsgruppe für philosophische Grundlagentheorie.

Arbeitsschwerpunkte: Praktische Philosophie; Kant und der deutsche Idealismus, insbesondere zu Schellings Naturphilosophie; Marx und die kritische Philosophie gesellschaftlicher Praxis; Philosophie des 20. Jahrhunderts; Bildungsphilosophie und philosophische Grundlagen der Kulturanthropologie.

Auswahl aus Veröffentlichungen: Bruchstücke zur Dialektik der Philosophie. Studien zur Hegel-Kritik und zum Problem von Theorie und Praxis, Ratingen 1974; Die Dialektik der gesellschaftlichen Praxis, Freiburg 1981; Das dialektische Verhältnis des Menschen zur Natur, Freiburg 1984; gem. mit Hans Immler: Marx und die Naturfrage. Ein Wissenschaftsstreit, Hamburg 1984; Kritische Theorie und revolutionäre Praxis, Bochum 1988; Denken aus geschichtlicher Verantwortung. Wegbahnungen zur praktischen Philosophie, Würzburg 1999; Praxis e responsabilidade, Porto Alegre 2002; Marx. Eine kurze Einführung (Hörbuch), Berlin 2006.

Editionen: Studien zur Philosophie der Praxis, 6 Bde., Bochum 1985-1989; gem. mit Heinz Eidam: Kritische Philosophie gesellschaftlicher Praxis, Würzburg 1995.

Festschrift H. Eidam, F. Hermenau, D. Stederoth (Hg.): Kritik und Praxis. Zum Problem menschlicher Emanzipation. Wolfdietrich Schmied-Kowarzik zum 60. Geb., Lüneburg 1999.

Prof. Dr. Wolfdietrich Schmied-Kowarzik, Goethestr. 68, D-34119 Kassel, <http://www.uni-kassel.de/~schmiedk>, schmied-kowarzik@arcor.de

Klaus Steinitz, geb. 1932, lebt in Berlin, Wirtschaftswissenschaftler, Dr. oec. habil., Professor, Arbeit in Lehre und Forschung an der Hochschule für Ökonomie in Berlin und der Karl Marx Universität Leipzig (1955 bis 1963), Ökonomisches Forschungsinstitut der Staatlichen Plankommission (SPK), Abteilungs- und Hauptabteilungsleiter der SPK (1963 bis 1980), 1980 bis 1990 Stellvertretender Direktor des Instituts für Wirtschaftswissenschaften der Akademie der Wissenschaften der DDR (AdW); 1990 bis 1993 Mitglied des Parteivorstands der PDS, Sprecher der AG Wirtschaftspolitik der PDS (1990 bis 2003), Korr. Mitglied der AdW der DDR, Mitglied der Leibniz-Sozietät, Vorsitzender der „Hellen Panke“ e.V.

Auswahl aus Veröffentlichungen: Chancen für eine alternative Entwicklung. Wirtschaftspolitik heute, 2005, Hamburg; Nachhaltige Energiesicherung im 21. Jahrhundert, – veränderte Bedingungen, neue Probleme und Herausforderungen, in: Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät, Band 82, 2005, Berlin; Das Scheitern des Realsozialismus. Schlussfolgerungen für die Linke im 21. Jahrhundert, 2007, Hamburg

klaus.steinitz@t-online.de

Klaus Thaler, zunächst Versicherungskaufmann, dann auf dem zweiten Bildungsweg Abitur und Studium in Erlangen und Marburg, in der Zeit von Abendroth, Hoffmann, den Gebrüdern Deppe und Kühnl. Ein Berufsleben als Gymnasiallehrer. Lange Jahre Mitglied der SPD. Seit Gründung der WASG Mitglied und im Kreisvorstand in Nürnberg/Fürth tätig.

Abstracts der Beiträge

Joachim Bischoff

Politische Ökonomie der Lohnarbeit im 21. Jahrhundert

Es ist unstrittig, dass sich in den hochentwickelten kapitalistischen Gesellschaften der Absolutheitsanspruch der Lohnerwerbsarbeit auflöst. Die enorm gesteigerte Produktivität, die gesellschaftliche Verteilung der Arbeit, die Arbeitsregelungen für Lohnarbeit, die Massenarbeitslosigkeit und die Ausbreitung der prekären Beschäftigungsverhältnisse stellen die bisherige antagonistische gesellschaftliche Entwicklung in Frage, der zufolge die Entwicklung des gesellschaftlichen Reichtums und der frei verfügbaren Zeit – sei es zur Ausübung nicht unmittelbar produktiver Tätigkeiten, sei es zur Muße, sei es zur Entwicklung menschlicher Fähigkeit und gesellschaftlicher Potenzen, die keinen unmittelbar praktischen Zweck verfolgen (Kunst, Wissenschaft etc.) – auf der geknechteten und Überarbeit der Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung basiert. Schon im gegenwärtigen Krisenstadium können daher Arbeit und Tätigkeit ihre Wirksamkeit entfalten.

Die These vom Ende der Arbeitsgesellschaft ist ein moderner Mythos. Schon rein empirisch zeigen uns die gesellschaftlichen Tendenzen das glatte Gegenteil dieser Behauptung. Bemerkenswert ist zudem die Tendenz zur Verlängerung der Lebensarbeitszeit. Die aktuelle Rentenreform, mit der eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit auf 67 Jahre eingeleitet wird, bewegt sich entlang der faktischen Veränderung der Erwerbsverhältnisse. Die massiven Produktivitätssteigerungen der letzten Jahrzehnte sind zudem verknüpft mit radikalen Veränderungen der Arbeitsorganisation. Der jetzt erreichte Intensitätsgrad – Verdichtung der Arbeit – erfordert in den industriellen Bereichen einen Arbeitsrhythmus mit begrenzten täglichen Arbeits-einsatz, wöchentlichen und jährlichen Regenerationszeiten, sowie eine Begrenzung der Lebensarbeitszeit. Die Entkoppelung von Betriebs- und Arbeitszeiten hat ein neues Mischungsverhältnis von Voll- und Teilzeitarbeitsverhältnissen möglich gemacht. Massenarbeitslosigkeit, die Ausfächerung der Unterschiede in der Einkommens- und Vermögensverteilung sowie wachsende Defizite in den öffentlichen und Sozialkassen hinterlassen seit Ende der 1970er Jahre deutliche Spuren im Sozialgefüge der entwickelten kapitalistischen Gesellschaften

Allerdings ist es eine gefährliche Illusion, davon auszugehen, die bisherige Grundlage der »produktiven Arbeit« würde sich gleichsam mit der Zeit von selbst auflösen. Der Unterschied von Arbeit und Tätigkeit kann erst

dann seinen Reichtum vollständig entfalten, wenn die Verteilungsverhältnisse einer radikalen Neuorganisation unterzogen werden. Solange die Verteilung der Kapital- und Vermögenseinkommen vollständig in Marktkräften überlassen werden, wird die Reorganisation der Gesellschaft auf ein Mindesteinkommen reduziert werden, das sich aus den historisch erkämpften Sozialtransfers (Arbeitslosenunterstützung, Sozialhilfe) speist.

Wolf Göhring

Die revolutionäre Bedeutung von Informations- und Kommunikationstechnik als besonderer Produktivkraft:

Marx betonte den Zusammenhang zwischen den vorhandenen Produktivkräften und den gesellschaftlichen Verhältnissen: „Mit der Erwerbung neuer Produktivkräfte verändern die Menschen ihre Produktionsweise, und mit der Veränderung der Produktionsweise, der Art, ihren Lebensunterhalt zu gewinnen, verändern sie alle ihre gesellschaftlichen Verhältnisse.“ In dieser Stelle aus „Das Elend der Philosophie“ wird „Produktivkraft“ qualitativ und keinesfalls quantitativ verstanden. Mit „Die Dampfmühle ergibt eine Gesellschaft mit industriellen Kapitalisten“ deutet Marx an, dass die Antriebstechnik in einem weit verstandenen Sinn – Motoren und angetriebene Aggregate wie beispielsweise Fahrzeuge, Fließbänder, Pumpen, Kräne – zusammen mit der Fähigkeit, sie zu produzieren und einzusetzen, eine eigene Produktivkraft bilden, die für die kapitalistische Produktionsweise entscheidend ist.

Diese Produktivkraft bedingte den Ausbau einer Infrastruktur aus Verkehrs-, Bildungs- und sozialen Ver- und Versorgungssystemen, zugleich wurden Produkte, Produktionsstrukturen und -prozesse sowie Handelsbeziehungen immer komplizierter. Um diese überhaupt entwickeln und handhaben zu können, mussten die entsprechenden Informationen als ein Spiegelbild vergegenständlicht werden: in Schrift, als technische Zeichnung und heute als digitale Information, die zwischen den beteiligten Menschen leicht kommuniziert werden kann, die in Berechnungen formal auswertbar ist und ohne die die Produktion, Verteilung und Reproduktion der modernen Industriegesellschaft kaum mehr denkbar wäre. Diese Technologie kann daher als eine besondere Produktivkraft verstanden werden.

Die revolutionäre Bedeutung dieser Technologie ergibt sich jedoch erst aus der Warenform der Produkte und deren Austausch. „Gebrauchsgegenstände“, notiert Marx in Kapital I, „werden überhaupt nur Waren, weil sie

Produkte voneinander unabhängig betriebner Privatarbeiten sind.“ Die zusammenhangslos betriebnen Privatarbeiten gingen aber ins Leere, gäbe es nicht bereits aufgrund der genannten Infrastrukturen auf dem jeweiligen historischen Niveau einen Zusammenhang zwischen den Produzenten, das heißt, eine Gesamt-Gesellschaft, so dass ein Austausch der Produkte überhaupt möglich wird. Es hat materiell-historische Gründe für die isolierte Produktion und die vielen, voneinander unabhängigen Austausche. Es gab kein Mittel, um den gesamtgesellschaftlichen Kontakt anders als im Austausch der längst hergestellten Produkte herbeizuführen. Die Widersprüche, die mit dieser Wirtschaftsweise verbunden sind, u.a. die Konkurrenz, verlangen heute nach der fortwährenden Weiterentwicklung der Informations- und Kommunikationstechnik.

Das Wesen dieser Technik steht jedoch im Gegensatz zur Produktion in isolierten Einheiten und zu Austauschen, die dem Zufall überlassen sind. Die Widersprüche der auf Unabhängigkeit fußenden kapitalistischen Produktionsweise treiben die Entwicklung der die Zusammenhänge gestaltenden Produktivkraft an, solange nicht jene Isolierung und Zufälligkeit soweit überwunden sind, dass die Menschheit auf die Regularien der kapitalistischen Produktionsweise – Wert, Tauschwert, Geld, Preis, Kapital, Lohnarbeit – verzichten kann.

Die Dialektik dieser Entwicklung lässt sich unter das Motto fassen: Die Privatheit *vernetzen*, ohne die *Privatheit* zu vernetzen.

Harald Lemke

Was ist Praxologie? Von Marx über die Kritische Theorie zu einer Philosophie der Praxis

Seit Marx sind das philosophische Praxisverständnis und die moderne Gesellschaftstheorie durch den Theorie-Praxis-Gegensatz geprägt. Dieser philosophisch-*marxistische* Diskurs setzt Praxis mit Herstellen (Poiesis) gleich: *Praxis* ist seitdem gleichbedeutend mit „produktiver Arbeit“ und „gegenständlicher Tätigkeit“. (Marx) Wer von gegenständiger Tätigkeit, von produktiver, Gegenstände herstellender Arbeit spricht, redet (allzu) selbstverständlich von Praxis, meint damit aber Poiesis. In jüngster Zeit findet eine Differenzierung innerhalb des Praxisbegriffs statt. Neben Bourdieu (Praxeologie), Gramsci (Praxisphilosophie) und Habermas (Universalpragmatik) ist dabei sowohl an Foucault (Diskurspraxis) und Butler (Performativität) als auch an die Cultural Studies (kulturelle Praktiken) zu denken. Diese neueren Positionen zeichnen sich gegenüber der traditionellen

marxistischen Poietologie der Praxis darin aus, dass gesellschaftliche Realität nicht länger ausschließliches Resultat des Produktionsprozesses bzw. der herstellenden Tätigkeiten ist. Stattdessen werden auch praktische Realitäten reflektiert, die nicht durch Arbeit und Poietiken, sondern durch diverse (soziale, kulturelle, diskursive, somatische, etc.) Praktiken und Faktoren des Praktischen zustandekommen. Damit eröffnet sich der Gesellschaftstheorie post-poietologische (und mithin postmarxistische) Kategorien, die neben der Poiesis (der *«Praxis»*) der ökonomischen Welt menschliche Praxis-Wirklichkeiten begreifen, die nicht poietisch verfasst sind und die kategorisch nicht durch Arbeit und Ökonomismus entstehen können. Während jedoch diese neueren Positionen ein primär handlungstheoretisches Verständnis von *«Praxis»* bzw. *«des Praktischen»* entwerfen, wird es mir um den Versuch gehen, Praxis in einem ontologischen Sinne als eine tätige Seinsweise zu begreifen. Eine solche Praxologie denkt Praxis weder, wie üblich, als ein Handeln (pragmatisch) oder im Sinne von Praktiken (praktizistisch) noch als eine gegenständliche Tätigkeit (poietisch), sondern als ein selbstzweckliches Tätig-Sein (praxisch). Ein ontologischer Praxisbegriff bezieht sich auf eine *«Lebenspraxis»* im Sinne des Vollzugs bestimmter praxischer Tätigkeiten des täglichen Lebens.

Neben der ontologischen Dimension beinhaltet die Praxologie eine normative (emanzipatorische) Orientierung. Zu diesem Zweck macht sie sich den ursprünglichen Zusammenhang zwischen dem griechischen (aristotelischen) Begriff der *«Praxis»* und einer Philosophie des Glücks (*«Eudaimonia»*) zur Sache, wonach das jedem Menschen mögliche Glück ein Tätig-Sein in der Praxis freier Tätigkeiten ist. Dann ist das Glück der Praxis damit zu erklären, dass durch nichts anders als durch eines geglückten Tätig-Seins das allgemein Gute einer lebenspraxischen Selbstbestimmung oder Freiheitspraxis zu verwirklichen ist und in den Aktivitäten entsprechender Lebenspraxen besteht. Dies hat weitreichende Konsequenzen für die theoretische Bestimmung einer emanzipatorischen Praxis, der es um ein besseres Sein geht. Dementsprechend revidiert ein praxologischer Eudämonismus oder kurz: Praxismus – in kritischer Anlehnung an Marx' Feuerbach-Thesen zum „Tätigsein“ als einer „revolutionären Tätigkeit“ – das traditionelle Verständnis einer *«verändernden Praxis»* und versucht die im philosophischen Marxismus stets unterbestimmte Utopie des Guten und der revolutionären Praxis neu zu denken.

Horst Müller

Alternativkonzepte der politischen Ökonomie – Sozialismus des 21. Jahrhunderts ?

Die Frage nach einer alternativen, zivilisatorisch höher stehenden Wirtschaftsordnung und Gesellschaftsverfassung ist die entscheidende Frage der systemkritischen Bewegungen in unserer Zeit. Im Spektrum aufschlussreicher Antwortversuche ist das Manifest für einen „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ der ambitionierteste Entwurf. Dessen philosophisch-wissenschaftliche und politisch-ökonomische Thesen werden einer eindringlichen Untersuchung unterzogen und zugleich mit praxistheoretischen Argumenten und dem positiven Konzept einer „Sozialwirtschaft als Systemalternative“ konfrontiert.

Heinz Dieterichs grundagentheoretischer Synthese von Dialektik und Kybernetik wird der Ansatz einer konstitutionstheoretischen Weiterentwicklung des Marxschen Praxisdenkens gegenübergestellt. Aus praxistheoretischer Sicht wird deutlich, dass die im Sozialismusmanifest entfaltete Kritik die institutionellen Charaktere von Staat, Demokratie, Medien, Subjektivität und schließlich der herrschenden Ökonomik einseitig als Verfallsgestalten einer untergehenden Zivilisation zeichnet. Dadurch wird deren doppel-sinniger, hybrider Charakter und werden die transzendierenden Elemente verfehlt, die ihnen in der gegebenen historischen Übergangssituation eignen. Die Alternativen werden im vorliegenden Entwurf auf dem Denkweg abstrakter Negation konstruiert, während eigentlich gesellschaftsgeschichtlich konkrete Analysen gefordert sind.

Die praxistheoretische Analyse fußt auf dementsprechend auf reproduktions- und transformationstheoretischen Modellierungen, die an die Figurati-on des reiferen Kapitalismus in seiner sozial-staatlichen Grundgestalt anknüpfen und das in neuesten Zeit erreichte Produktivkraftniveau bedenken. In diesem Zusammenhang kristallisiert sich ein neuartiges Produktivkraft-Ensemble oder die Reproduktionsfigur einer alternativen Wirtschafts- und Sozialform. Diese beruht auf einer Emanzipation der sozialwirtschaftlichen Dienste als paritätisch wertbildende Abteilung und der Vermittlung des Zusammenhangs mit der industriewirtschaftlichen Warenproduktion durch konsequente Besteuerung und die Haushaltsführung von wirtschaftsdemo-kratischen Organen. An die Stelle des Gegensatzes von Kapital und Arbeit und des chronischen Verwertungs- und Wachstumszwangs tritt eine paritätische Kooperation zweier Hände der gesellschaftlichen Arbeit in einer

Volkswirtschaft, die nicht mehr vom kapitalwirtschaftlichen Verwertungskalkül beseelt ist.

Das Sozialismusmanifest fasst demgegenüber die marktwirtschaftliche Chrematistik als allgemein konstitutives und kritisches Wesensmerkmal des Kapitalismus. Als Alternative zu eigensinnigen waren-, geld- und marktwirtschaftlichen Prozessen wird die Idee einer demokratisch regulierten, kybernetisch gesteuerten Arbeitszeitwertökonomie entwickelt, die auf derartige Formen und Vermittlungen verzichtet. Das ökonomische Kalkül dieses Wirtschaftsmodells beruht auf einer reinen Arbeitszeitwertrechnung, computersozialistischer Steuerung und erwünschten volksdemokratischen Bestimmung über Inhalte. Aber die hierbei zugrunde liegende Arbeitszeitwertlehre übergeht Erkenntnisse der Marxschen Formanalytik und führt zu einem schwerlich operativen äquivalenzökonomischen, computersozialistischen und planwirtschaftlichen Modell.

Aus der Idee der Instituierung einer Äquivalenzökonomie und radikal partizipativen Demokratie ergibt sich konsequent eine Relativierung der Bedeutung der nationalen ökonomischen Selbstorganisation und letztlich die Orientierung auf eine politisch-ökonomische Integration von der lokalen bis zur globalen Ebene. Dem wird das Konzept der Transformation zu einer demokratischen Wirtschaftsgesellschaft auf sozialwirtschaftlicher Grundlage entgegengestellt. Deren zukunftsfähige Konstitution und emanzipativer Charakter als nationale Wirtschaftsgesellschaft begründet sich politisch-ökonomisch vom Naturell der sozialwirtschaftlichen Dienste her sowie durch die Konzeption von Staatlichkeit als Ensemble partizipativer demokratischer Organe.

Die Untersuchungen auf dem spannungsreichen Themenfeld einer konkreten Alternative, die ausführlichen Zitierungen und Verweise auf theoretische Ressourcen sollen die weitergehende Diskussion über eine zukünftige nichtkapitalistische Wirtschaftsweise und gesellschaftliche Assoziation fundieren und anregen.

Arno Münster

Jean-Paul Sartre and the responsibility of the intellectuals in the society

As it is proved by a great number of documents, Sartre's swift from an ontological and existentialist phenomenology to an existentialist marxism (Cf. *The Critic of Dialectical Reason* (1960)), goes well with an increasing radical political commitment of the French philosopher whose first expres-

sions were his intellectual engagement for the Resistance in the group "Socialisme et Liberté" (1941), followed by the foundation of the Rassemblement Démocratique Révolutionnaire (R.D.R.) 1948, by his political activity at the side of the French Communist Party (1952-1956), by his struggle against colonialism in the time of the war in Indochina and Algeria and by his solidarity with the student's revolt in 1968. As we shall show, simultaneously with the radicalization of his political thought, Sartre's philosophy swifited from a rather individualistical phenomenological conception of consciousness (Cf. Being and Nothingness) to a philosophy of praxis including not only the analysis of the praxis of individuals, the groups-in-fusion and their implications in the process of history but also the analysis of the conditions of a new ontology and anthropology of the social.

Ursula Reitemeyer

Marx' Theorie der entfremdeten Arbeit im Spiegel der sich auflösenden Lohnarbeitsgesellschaft

Der bürgerlichen Gesellschaft geht im Zuge der Globalisierung der Märkte und des rapiden technologischen Fortschritts zwar nicht die Arbeit aus – es wird weltweit soviel produziert wie noch nie – aber Arbeitsplätze scheinen gleichwohl rar zu werden, so dass die Existenzsicherung großer Bevölkerungsgruppen in allen Gesellschaften gefährdet erscheint. Dies lässt die Vermutung zu, dass der technische Fortschritt nicht im Dienst der Humanisierung der Arbeits- und Lebenswelt steht, sondern umgekehrt den Konkurrenzkampf unter den „Überzähligen“ in der inzwischen globalen Klassengesellschaft verschärft. Insofern sich auch in den reichen Industrienationen die Armutsspirale trotz permanenten Wirtschaftswachstums beschleunigt, lässt sich der Entfremdungsgrad der jeweiligen Existenzweise nicht allein durch die Analyse der mehr oder weniger automatisierten Arbeitsprozesse bemessen. Vielmehr muss die doppelt entfremdete Lebenswelt der vom Lohnarbeitssystem Ausgeschlossenen in die Analyse miteinbezogen werden, um den Umfang und die Absurdität des universalen Entfremdungszusammenhangs zu erkennen, in den die bürgerliche Klassengesellschaft sich selbst gestürzt hat und der sie in Legitimationsnot drängt. Wenn der bürgerliche Rechtsstaat noch eine Chance hat, sich gegen die Ordnung des Dschungels durchzusetzen, dann nur unter der Voraussetzung, dass er wissenschaftlich technischen Fortschritt und politischen Pragmatismus nicht der Logik einer ausschließlich profit- und wachstumsorientierten Ökonomie ausliefert, sondern in den Dienst der Kosmopolis stellt. In dieser

wäre zwar nicht bezahlte Arbeit für alle, aber wenigstens die Würde des Menschen dadurch gesichert, dass er als Bürger dieser einen Welt und Weltgeschichte, d. h. als gleichberechtigter Diskurspartner anerkannt wäre.

Werner Rügemer

Privatisierung und die Alternative einer kooperativen Ökonomie

Die Privatisierung öffentlicher Unternehmen ist ein Eckpfeiler der neoliberalen Umgründung des Staates und der Gesellschaft. Diese Privatisierung ist somit auch ein tiefgreifender Mechanismus zur erweiterten und internationalisierten Akkumulation von Profit und zur Ausbeutung von Arbeitskraft. Öffentliches Vermögen, das zum Teil über ein Jahrhundert lang aufgebaut wurde - darunter Kanalisationen, Energie- und Kommunikationsnetze, Trinkwasser- und Transportsysteme, Stadtwerke, Schulen, öffentliche Gebäude, Wohnungsgenossenschaften usw. - wird kurzfristig unter Wert verschleudert und zur Basis langfristiger Sicherheiten für Kapitaltransaktionen gemacht (Verbriefung, Forderungsverkauf u.a.).

Gleichzeitig werden die bisherigen, relativen demokratischen Prozeduren ausgehöhlt oder ausgehebelt. Es herrscht eine extreme Geheimhaltung, mit der Begründung, Betriebsgeheimnisse müssten geschützt werden. Den politischen Beschlussgremien - in Deutschland Bundestag, Landtage, Stadt-, Kreis- und Gemeinderäte - werden die vollständigen Privatisierungsverträge nicht vorgelegt, sie liegen auch den Aufsichtsgremien, beispielsweise der Kommunalaufsicht oder anderen Gremien, nicht vor.

Es werden nicht nur die „Sozialpartnerschaft“ und der „Sozialstaat“ bisheriger Form abgebaut bzw. zerstört, sondern auch der Rechtsstaat: Das Recht stützt einseitiger als bisher die Rechte der „Investoren“, während die Entgelt- und Transfer-Abhängigen noch weniger Rechte und noch weniger Einkommen erhalten. Die neoliberalen Akteure sehen sich berechtigt, geltende Gesetze zu übertreten. Leistungen werden teurer, Schattenhaushalte blühen auf, die Staatsverschuldung wächst zusätzlich, das Leben der Mehrheit wird unsicherer und prekärer, die Demokratie wird zur demagogischen Fassade.

Julia Schnegg

Praxis als Erkenntnis- und Theorieproblem. Die Feuerbachthesen von Marx und die Theorie der Praxis von Bourdieu

Die Feuerbachthesen werden als Versuch gelesen, das *Begreifen* einer Praxis zum Maßstab theoretischer Reflexion zu machen, die sich als Erkenntnis- und Theorieproblem darstellt. Im Mittelpunkt steht die Frage: Was bedeutet es, Praxis als „sinnliche“, „menschliche“ und „gegenständliche“ Tätigkeit zu betrachten, wie es die 1. Feuerbachthese vorschlägt? Die Lektüre soll die Problemstellung erhellen, die Pierre Bourdieu in seiner „Theorie der Praxis“ 150 Jahre später im Theoriekontext seiner Zeit reformuliert und weiter bearbeitet: Wie ist Praxis als tätige (Selbst)Produktion des Menschen in ihrer Körperlichkeit, Gegenständlichkeit, Gesellschaftlichkeit und Geschichtlichkeit zur Geltung zu bringen, ohne sie ihres unbestimmten und flüchtigen Charakters zu berauben? Und vor allem: Wie generiert sich diese Praxis in sinnlich-körperlich verankerten, individuell vollzogenen, gesellschaftlich verfassten, zeit- und ortsspezifischen Praktiken, wie schreibt sie sich fort und wie verändert sie sich?

Wolfdietrich Schmied-Kowarzik

Der Grundwiderspruch zwischen der Wertlogik des Kapitals und dem Reichtum der Menschen und der Erde

Bereits den Griechen waren der Widerspruch zwischen Chrematistik, der Gelderwerbswirtschaft, und der Oikonomia, der nachhaltigen Gutswirtschaft, sowie die Gefahren, die von der Chrematistik ausgehen sehr wohl bekannt. Aristoteles glaubte die Ökonomie insgesamt durch eine starke Politik unter Kontrolle halten zu können. Platon, sein Lehrer, war skeptischer, nur eine revolutionäre Aufhebung der bereits bestehenden Dominanz der Ökonomie kann der sozialen Gerechtigkeit zum Durchbruch verhelfen.

Zwei Jahrtausende später finden wir dies Problem erneut von Hegel und Marx behandelt. Schon Hegel sieht den Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit in voller Schärfe, aber er hält diesen für einen unaufhebbaren, allenfalls milderbaren Widerspruch. Nur die Sittlichkeit des Staates vermag ihn in der Gemeinsamkeit nationaler Interessen zu versöhnen. Anders Marx – für ihn ist dieser Widerspruch geschichtlich-gesellschaftlich geworden und daher auch geschichtlich, d.h. durch revolutionäre Praxis der arbeitenden Menschen aufhebbar. Ja er muss sogar praktisch-notwendig aufgehoben werden, wenn die Menschheit menschlich überleben will, denn die Logik

des Kapitals, die Chrematistik, richtet sich zerstörerisch gegen die arbeitenden Menschen und die Natur.

Die sozialen Auswirkungen des Grundwiderspruchs von Kapital und Arbeit auf den heimischen und den globalen Arbeitsmarkt sind theoretisch gut erforscht, wenn auch nirgends praktisch verändert. Die ökologischen Auswirkungen des Grundwiderspruchs von Kapital und Natur sind uns zwar ebenfalls sehr wohl bekannt, aber theoretisch noch keineswegs umfassend erhoben. Hier gilt es wenigstens mit einer Bestandsaufnahme zu beginnen, denn erst wenn wir beides bedenken – die Entfremdung der Arbeit und die Entfremdung der Natur –, werden wir die Aktualität der Marx'schen Revolutionstheorie für uns ganz zu vermessen vermögen.

Klaus Steinitz

Das Scheitern des Realsozialismus im 20. Jahrhundert Konsequenzen für einen zukünftigen Sozialismus

Die Zuspitzung aller sozialen, ökologischen Widersprüche und Konflikte des globalen Kapitalismus und die Verschärfung der Ungleichheit zwischen Industrieländern und den Ländern der „Dritten Welt“ machen deutlich: Der Kapitalismus kann nicht das Ende der Geschichte sein, mit ihm ist es nicht möglich, den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts gerecht zu werden. Eine alternative sozialistische Gesellschaft steht nach dem Scheitern des Realsozialismus wieder auf der Tagesordnung. Worin bestehen die Gründe für dieses Scheitern und inwiefern können aus dem Studium und der Auswertung der Erfahrungen des Realsozialismus, seiner grundlegenden, strukturellen Defizite und Fehlentwicklungen sowie seiner Leistungen auf wichtigen Gebieten, Schlussfolgerungen für einen modernen, demokratischen Sozialismus des 21. Jahrhunderts gezogen werden? Worin müssten die entscheidenden Kriterien eines demokratischen, emanzipatorischen und zukunftsorientierten Sozialismus des 21. Jahrhunderts bestehen? Worin müsste er sich vom gescheiterten Realsozialismus des 20. Jahrhunderts unterscheiden? Ausgehend von diesen Fragen werden insbesondere Probleme der Veränderung der Eigentumsverhältnisse und -strukturen, einer neuen Regulierungsweise der gesellschaftlichen und speziell der wirtschaftlichen Entwicklungsprozesse sowie des Übergangs auf einen neuen, sozial und ökologisch nachhaltigen Pfad der ökonomischen Entwicklung behandelt.

Klaus Thaler

Auf dem Weg zu einer neuen Linkspartei in Deutschland

In Abwandlung eines Goethe-Wortes könnte gelten: Von hier und heute geht eine neue Epoche der deutschen Parteiengeschichte aus, und wir können sagen, wir sind dabei gewesen. Erstmals entsteht in Deutschland nach 1945 eine ernstzunehmende Partei links von der Sozialdemokratie. Die Sozialdemokratie bildete mit den anderen Parteien vor allem während der Kanzlerschaft Schröders ein neoliberales Blockparteiensystem, ähnlich gleichgeschaltet war das Parlament. Eine kritische Öffentlichkeit, eine kritische Wissenschaft war kaum noch vernehmbar. Nach einer rasanten Entwicklung von 2004 bis 2007 entsteht nun die Partei *Die Linke*: Bei allen Schritten von der Beteiligung an der Nordrhein-Westfalen Wahl im Mai 2005 bis zum Einzug in den Bundestag mit 54 Abgeordneten mussten rasch Entscheidungen getroffen werden: Wann, wenn nicht jetzt? so sagten sich ehemalige Sozialdemokraten, Sozialisten, Gewerkschafter, Mitglieder sozialer Bewegungen und Christen angesichts der in Schwung gebrachten sozialen Abrissbirne.

Im Zuge der Entwicklung der neuen politischen Kraft entstanden programmatische Texte, die für die Linke insgesamt wichtig sind: *die programmatischen Reden* Lafontaines, die Äußerungen der verschiedenen Strömungen, das *Eckpunkte-Programm* und im März 2007 jetzt die *Gründungsdokumente der neuen Linken*. Viel ist schon erreicht, die Arbeit der Bundestagsfraktion kann sich sehen lassen, die neue Linke verfolgt eine konsequente Politik für die Arbeitnehmer und lässt insgesamt ein eigenes Profil erkennen.

Fragen bleiben und für die neue Linke eröffnen sich vielfältige Perspektiven. Den Sozialismus werden wir nicht so schnell verwirklichen, aber einige Ansatzpunkte erscheinen realistisch. Beispielsweise könnte es gelingen, die Privatisierung öffentlicher Einrichtungen zu stoppen. Die Linke könnte zum politischen Integrationspunkt für die sozialen Bewegungen werden. Schließlich und endlich haben die Links-Intellektuellen jetzt wieder ein *Orchester*, die Partei *Die Linke* für ihre *theoretischen Partituren*, die zu kostbar sind, als dass sie im Museum der Wissenschaftsgeschichte verstauben. Es kommt in der Tat darauf an, *die Welt zu verändern*.

Studien zur _____
Philosophie & Wissenschaft
gesellschaftlicher Praxis

**Das PRAXIS-Konzept
im Zentrum
gesellschaftskritischer Wissenschaft**

**Konkrete Praxisphilosophie
Grundlagen und Aktualität**

**Karl Marx als Vorausdenker
im 21. Jahrhundert**

**Von der Reproduktionstheorie
zur System-Alternative**

Horst Müller (Hrsg.) - Beiträge und Quellen einer Tagung

*Einleitung**Zur Selbstverständigung über Kämpfe und Wünsche***Horst Müller***Der Bogen Feuerbach, Marx, Bloch, Bourdieu:
Realismus und Modernität des Praxisdenkens***Martina Thom***Zum Praxis- und Wissenschaftsverständnis von Karl Marx***Wolfdietrich Schmied-Kowarzik***Die Kernstruktur der Dialektik der gesellschaftlichen Praxis***Georg Quaas***Beiträge zu einer Erkenntnistheorie der Praxis:
G.H. Mead und Peter Ruben***Helmut Fleischer***Geschichtlichkeit und Geschichtsdenken***Wolfdietrich Schmied-Kowarzik***Marx als Denker im Zeitalter des Post-Kommunismus***Helmut Fleischer***Sozialmobilisationen und Krisenprospekte***Pierre Bourdieu***Neo-Liberalismus als konservative Restauration***Horst Müller***Zur Neuordnung des theoretischen Feldes
der politischen Ökonomie***Georg Quaas***Wertrechnung und Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung***Wolfgang Hoss***Werttheoretische Überlegungen im gesamtgesellschaftlichen
Reproduktionszusammenhang***Horst Müller***Sozialwirtschaft als Systemalternative***Initiative für Praxisphilosophie und konkrete Wissenschaft**

c/o Dr. Horst Müller, Meuschelstr. 30, 90408 Nürnberg

dr.horst.mueller@t-online.de <http://www.praxisphilosophie.de>

Die Initiatoren freuen sich über Unterstützung und Mitwirkung